Donnerstag, 19. Dezember 1985 - D * * *
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 295 - 51. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 35,00 bfr. Dänemark 6,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Medien: 220 Abgeordnete der CDU/CSU und 16 Vertreter der FDP haben beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen tragende Bestimmungen des neuen Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk (WDR) eingebracht. (S. 4)

Staatsbürgerschaft: Nach dem saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine hat sich auch der SPD-Spitzenkandidat für die niedersächsische Landtagswahl, Gerhard Schröder, für die Respektierung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Nach einem Treffen mit Honecker sagte Schröder weiter, die Frage des Grenzverlaufs an der Elbe dürfe nicht dogmatisch betrachtet werden. (S. 10)

Mahlein: Der Vorsitzende der IG Druck und Papier von 1968 bis 1983 ist im Alter von 64 Jahren in Stuttgart gestorben. (S. 10)

Aktion abgeblasen: Die Blockade der Grenzübergänge zur Bundesrepublik durch niederländische Lkw-Fahrer ist nach knapp 48 Stunden beendet worden. Die Einstellung der Aktion war von einem Gericht angeordnet worden. (S. 10)

„DDR"-Weihnacht: Warteschlangen vor den Geschäften gibt es noch immer, aber der Gabentisch ist dieses Jahr reichlicher als früher gedeckt. (S. 3)

Shultz: Trotz Versicherungen, daß die amerikanisch-jugoslawischen Beziehungen „grundsätzlich gut" seien, kam es zum Abschluß des Besuchs des US-Außenministers in Belgrad zu einem hörbaren Mißklang. Shultz und der jugoslawische Außenminister Dizdarevic konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt zu Fragen des internationalen Terrorismus einigen. (S. 10)

Rumänien: Verteidigungsminister Olteanu ist von seinem Stellvertreter, Generaloberst Milea, abgelöst worden. Seinen Posten verlor auch Metallurgie-Minister Nicolae Agachi. (S. 5)

Niederlage: Die Kongreß-(I)-Partei des indischen Ministerpräsidenten Gandhi mußte bei den Wahlen zum Regionalparlament in Assam die Macht an die neugegründete Assamische Volksfront abgeben. (S. 5)

Papst-Besuch: Johannes Paul II. erwägt für 1987 eine weitere Reise in die Bundesrepublik, um an dem „Marianischen Weltkongreß" in Kevelaer am Niederrhein teilzunehmen.

„Solidarität": Die drei polnischen Regimekritiker Henryk Wujec, Jacek Szymanderski und Anatol Lawina, die öffentlich die Freilassung politischer Häftlinge gefordert hatten, sind in Warschau festgenommen worden.

ZITAT DES TAGES



» In Afghanistan passiert etwas, das ich Völkermord nenne. Dieser Völkermord darf nicht aus Gründen der Feigheit, der Bequemlichkeit oder der Heuchelei verschwiegen werden «

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß nach Gesprächen in München mit Führern des afghanischen Widerstands FOTO: WINFRIED RABANUS

WIRTSCHAFT

Aktien: Die starke Nachfrage nach den rund 3,4 Millionen Daimler-Benz-Aktien aus dem Flick-Besitz zum Stückpreis von 1120 DM hat am ersten Tag des Angebots bereits zu einer Überzeichnung geführt. Die Zeichnung wurde deshalb sofort geschlossen.

Steuerbereinigung: Der Bundesrat verabschiedet heute das Steuerbereinigungsgesetz 1986, das am 1. Januar in Kraft tritt. Es ändert unter anderem die Abgabenordnung (AO), das EG-Amtshilfe-, das Einkommen- und Gewerbesteuer-, das Branntweinmonopol- und das Biersteuergesetz. (S. 13)

Erste Hürde: Präsident Reagan hat seine Pläne für eine tiefgreifende Steuerreform über die erste parlamentarische Hürde gebracht. Das Repräsentantenhaus stimmte der Vorlage zu. (S. 12)

Börse: Während sich bei den meisten Standardaktien die Konsolidierungstendenz fortsetzte, haussierte die Deutsche Bank. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 261,23 (259,94). BHF-Rentenindex 105,003 (104,866). BHF-Performance Index 109,409 (109,236). Dollarmittelkurs 2,5103 (2,5120) Mark. Goldpreis 320,05 (321,15) Dollar.

KULTUR

Literatur: Vor vierzig Jahren wurden die im Gefängnis geschriebenen Romane Jean Genets unterm Ladentisch verkauft, heute werden sie im Taschenbuch gelesen. Seine Theaterstücke erleben eine Renaissance. Frankreichs einstiger Skandal-Autor feiert seinen 75. Geburtstag. (S. 21)

Ausstellung: Ein Treffer ist dem New Yorker Jewish Museum mit der Ausstellung „The Circle of Montparnasse: Jewish Artists in Paris, 1905–1945" gelungen. Auf wohl einzigartige Weise wird das Schaffen und Leben dieser eng verbundenen Gruppe von Künstlern illuminiert. (S. 21)

SPORT

Tennis: Wilander und Edberg bestreiten für Schweden die Einzel beim Daviscup-Finale am Wochenende gegen Deutschland in München. Noch nicht nominiert wurde das schwedische Doppel.

Rad: Der Start zur Tour de France 1987 erfolgt anläßlich der 750-Jahr-Feier in Berlin. Für diese Genehmigung müssen drei Millionen Mark an die Gesellschaft der Tour de France entrichtet werden. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Pate: Die Ermordung des amerikanischen Mafia-Bosses Paul Castellano war möglicherweise von allen New Yorker Unterweltchefs gemeinsam beschlossen und abgesegnet worden, weil Castellano zu einer Belastung der Organisation geworden war. (S. 22)

Verkehrsrecht: Autofahrer müssen sich unmittelbar nach Einfahrten auf Autobahnen zunächst auf der rechten Fahrspur bewegen. Sie verstoßen gegen die Sorgfaltspflicht, wenn sie gleich auf die Überholspur wechseln, urteilte der Bundesgerichtshof. (S. 22)

Wetter: Vielfach stark bewölkt mit Schauern. 4 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Zimmermann: Auskunft über grüne Abgeordnete Rechtens

SPD spricht dennoch von parteipolitischem Mißbrauch des Verfassungsschutzes

GÜNTHER BADING, Bonn

Verwundert über die „Aufgeregtheiten" der sozialdemokratischen und grünen Opposition wegen der Anfrage des CDU-Abgeordneten Todenhöfer über den terroristischen und extremistischen Hintergrund von Abgeordneten der Grünen hat sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann auf der Sondersitzung des Innenausschusses in Bonn geäußert. Der Minister machte deutlich, daß an der Berechtigung seines parlamentarischen Staatssekretärs Spranger, die von dem Abgeordneten geforderte Zusammenstellung „offenen" – also nicht der Geheimhaltung unterliegenden – Materials beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) anzufordern, kein Zweifel bestehen könne. Die Stoßrichtung der Fragen durch die SPD-Abgeordneten im Ausschuß konzentrierte sich denn auch auf das angebliche „Sammeln" von Informationen über die Abgeordneten der Grünen.

Dazu hatte der Innenminister allerdings in seiner kurzen Erklärung zu Beginn der Ausschußsitzung schon deutlich gesagt: „Es ist absolut falsch, daß, wie interessierte Kreise behaupten, ein Berichtsauftrag an das Bundesamt für Verfassungsschutz gegeben worden sei, um Nachforschungen über Angehörige der Grünen anzustellen." Bei den Informationen, die aufgrund der Aufträge von Staatssekretär Spranger vom BfV erstellt wurden und teilweise an den Abgeordneten Todenhöfer gingen, habe es sich ausschließlich um „bereits vorhandene Erkenntnisse" gehandelt, die im Rahmen des gesetzlichen Auftrages des BfV bei der Beobachtung extremistischer Organisationen und ihrer Versuche gewonnen worden seien, auf demokratische Institutionen und auch auf politische Parteien Einfluß zu gewinnen. Wie unverfänglich dieses Material sei, so Zimmermann, werde daran deutlich, daß ähnliche Aussagen auch im Verfassungsschutzbericht für 1984 veröffentlicht worden seien. Dort sei zum Beispiel der Übertritt der aus dem „Kommunistischen Bund" abgespaltenen „Gruppe Z" zu den Grünen festgehalten worden. Der Minister nannte auch eine Reihe ähnlicher Anfragen wie die von Todenhöfer, die von sozialdemokratischen Abgeordneten an sein Ministerium, und auch an seinen Vorgänger Baum (FDP), gerichtet worden waren.

In der Beurteilung der Ausschußsitzung unterschieden sich Union sowie SPD und Grüne deutlich. In einer gemeinsamen Erklärung des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Miltner, des innenpolitischen Fraktionssprechers Laufs und des Obmanns im Spionage-Untersuchungsausschuß, Fellner, hieß es, der von BfV-Vizepräsident Pelny in diesem Untersuchungsausschuß erweckte Eindruck, es habe parteipolitischen Mißbrauch des BfV gegeben, sei „widerlegt". Würden solche Behauptungen weiter erhoben, so sei dies „eine böswillige Verleumdung". Fellner sagte weiter, die SPD betreibe offenbar eine „Reinwaschaktion" für die Grünen, um diese salonfähig zu machen.

Der SPD-Abgeordnete Harald Schäfer dagegen erhob trotz der Klarstellungen durch den Innenminister erneut den Vorwurf, das BfV sei „mißbraucht" worden, um Material für den tagespolitischen Kampf gegen Andersdenkende zu beschaffen. Und der FDP-Abgeordnete Hirsch, offensichtlich verärgert, weil Zimmermann dem Ausschuß unter Berufung auf Verfassungsgerichts-Urteile keine volle Akteneinsicht gewähren wollte, forderte Spranger indirekt auf, der Koalition durch seinen Rücktritt „einen Gefallen zu tun".

DER KOMMENTAR

Handlungsfähig

BERNT CONRAD

Der Kanzler hat Wort gehalten: Noch vor Weihnachten sind die Aufnahme von SDI-Verhandlungen mit Washington und eine Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes vom Kabinett beschlossen worden. Das beweist: Die Regierung ist handlungsfähig. Helmut Kohl versteht zu führen, auch wenn dies im Bonner Tagesgetümmel manchmal nicht deutlich genug gemacht wird.

Tatsächlich war über die Teilnahme deutscher Firmen am US-Weltraumforschungsprogramm (SDI) und die Zweckmäßigkeit eines staatlichen Rahmenabkommens innerhalb der Koalition schon zu lange diskutiert worden. Die FDP wollte durch eine distanzierte Haltung Profil gewinnen. Dies wiederum führte zu wachsendem Mißmut in der Union. Der Kanzler aber ließ sich vom Termin nicht abbringen.

Helmut Kohl hat erreicht, was er wollte: Es wird zu Verhandlungen mit den USA kommen, und sie werden zu Rahmenvereinbarungen über eine SDI-Mitarbeit deutscher Unternehmen führen. Die FDP hat ihr Gesicht dadurch wahren können, daß sie als Ziel der Verhandlungen – über SDI hinaus – eine generelle Verbesserung der Rahmenbedingungen für „den wechselseitigen Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technologischer Erkenntnisse" erreichte. Doch genau dies hatte die Teltschik-Kommission von Anfang an als optimal bezeichnet.

Entscheidend ist, daß der Kabinettsbeschluß ausdrücklich die in der Regierungserklärung vom 18. 4. 1985 ausgesprochene politische Unterstützung des amerikanischen Forschungsprogramms bekräftigt. Diese Feststellung trägt Kohls Handschrift.

Ebenso notwendig war es, die durch Gerichtsentscheide entstandene Unsicherheit über die finanzielle Neutralitätspflicht des Staates bei Tarifauseinandersetzungen zu beseitigen. Der Kanzler hat sich hier weder durch Gewerkschaften noch durch abweichende Stimmen im eigenen Lager irritieren lassen. In beiden Fällen gilt es nun, die Beschlüsse rasch in die Wirklichkeit umzusetzen. Helmut Kohl muß am Ball bleiben.

Politische Unterstützung für SDI

Verhandlungsauftrag für Bangemann / Blüm rechnet bei 116 mit Zustimmung der Sozialausschüsse

Co./gba. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern die politische Unterstützung des amerikanischen SDI-Forschungsprogramms bekräftigt, wie sie in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. 4. 1985 zum Ausdruck gekommen war. Damit unterstrichen die Minister die Zielrichtung der einstimmig beschlossenen Verhandlungen mit der US-Regierung über Verbesserungen beim Technologietransfer und speziell bei den Rahmenbedingungen für eine Teilnahme deutscher Firmen an der SDI-Forschung. Gleichzeitig beschloß das Kabinett die schon angekündigte Änderung des Streikrechtsparagraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes.

Die SDI-Verhandlungen sollen von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann im Januar aufgenommen werden. Regierungssprecher Friedhelm Ost bezeichnete es als möglich, schon „sehr bald" eine Rahmenvereinbarung abzuschließen. Im Kabinett sei der Wille zum Ausdruck gekommen, die Vereinbarungen nicht auf die lange Bank zu schieben.

Konkret lautet der Verhandlungsauftrag für Bangemann: „Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den wechselseitigen Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technologischer Erkenntnisse. Damit soll auch die privatrechtliche Position derjenigen deutschen Forschungsinstitute und Unternehmen verbessert werden, die sich als Auftragnehmer am SDI-Forschungsprogramm beteiligen wollen."

Die Bundesregierung begrüßte es, daß über alle Themen der Genfer Verhandlungen und über die SDI betreffenden Fragen intensive Konsultationen der US-Regierung mit den Bündnispartnern und innerhalb der NATO stattfänden. „Dabei stehen für die Bundesregierung die strategischen und rüstungskontrollpolitischen Konsequenzen der SDI-Forschung im Vordergrund."

Das Kabinett bekräftigte seine Forderung, „die SDI-Forschung in kooperative Lösungen einmünden zu lassen". An der Sitzung nahmen auch die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP, der CSU-Landesgruppenvorsitzende und die parlamentarischen Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen teil.

Mit der Änderung des Paragraphen 116 AFG, der die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf regelt, soll verhindert werden, daß Gewerkschaften künftig mit „Stellvertreterstreiks" Forderungen auch für nicht bestreikte Tarifgebiete durchsetzen, dabei aber nur im eigentlichen Arbeitskampf-Gebiet Streikgeld aus der eigenen Kasse bezahlen und außerhalb – trotz „nach Art und Umfang annähernd gleicher Hauptforderung" – diese Lohnersatzleistungen für Ausgesperrte und Kurzarbeiter auf die Bundesanstalt abwälzen. Bundesarbeitsminister Blüm sagte gestern: „Ich gehe davon aus, daß die Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse die gefundene Lösung tragen."

Bonn und Paris bilden Offiziere gemeinsam aus

DW. Paris

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand haben sich im Rahmen einer Vereinbarung über noch engere militärische Zusammenarbeit auf die gemeinsame Ausbildung qualifizierter Offiziere verständigt. Die Ausbildung könne Monate bis Jahre dauern, erklärten Kohl und Mitterrand nach einem mehrstündigen Treffen im Elysée-Palast. An dem Gespräch nahmen auch der Generalstabschef der französischen Streitkräfte, Jean-Michel Saulnier, und der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, teil.

Die Vereinbarung soll laut Mitterrand der deutsch-französischen Freundschaft im militärischen Bereich einen neuen Anstoß geben. Die militärische Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn wurde schon vor 20 Jahren im Elysée-Vertrag vereinbart.

USA richten Krisenstab in Stuttgart ein

DW. Washington

Das US-Verteidigungsministerium hat in Europa ärztliche Einsatzgruppen stationiert, um möglichst schnell und wirksam bei Terroranschlägen verletzte Personen behandeln zu können. Der Abteilungsleiter für Gesundheitsfragen im US-Verteidigungsministerium, William Mayer, sagte, „das zuständige ärztliche Personal ist bereits an den jeweiligen Einsatzorten".

Die 16 in Europa stationierten ärztlichen Einsatzgruppen bestehen aus 272 Chirurgen, Ärzten, Krankenschwestern und Versorgungspersonal. Ihnen steht ein zu einem fliegenden Lazarett umgebautes Flugzeug mit 100 Betten und Operationsraum zur Verfügung. Der Einsatz der Gruppen wird von einem sogenannten Krisenstab geleitet, dem ein General und ein Arzt vorstehen. Sein Sitz ist das Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte in Stuttgart.

Kern belgischer Terroristen zerschlagen

Pierre Carette gilt als Kopf der CCC-Organisation / Adreßbuch gefunden / Fahndung wird fortgesetzt

HELMUT HETZEL, Brüssel

Nach der spektakulären und erfolgreichen Verhaftung des mutmaßlichen Führungskaders der belgischen Terrororganisation „Kämpfende Kommunistische Zellen" (CCC) hält die belgische Polizei ein Aufrollen der gesamten Organisation für möglich. Bei der Durchsuchung einer Wohnung in Charleroi, die der CCC vermutlich als Hauptquartier diente, fand die Polizei umfangreiches Beweis- und Belastungsmaterial.

Unter den sichergestellten Gegenständen, deren Auflistung sich wie ein „Handbuch des Terrorismus" liest, befanden sich unter anderem: ein Radiogerät, mit dem der Polizei-Sprechfunk abgehört werden konnte, gefälschte Führerscheine und Pässe, eine Schreibmaschine, auf der, so meint die Polizei, die CCC-Flugblätter getippt wurden, ein ausgebautes Uhrwerk, das offensichtlich als Zeitzündermechanismus bei einem neuen Bombenanschlag gebraucht werden sollte, und, das ist nach Meinung der Ermittlungsbehörden der wichtigste Fund, ein Adreßbuch. Dieses Adreßbuch soll Namen und Anschriften von weiteren CCC-Mitgliedern enthalten. Die Polizei hofft, danach die ganze Organisation aufzurollen.

Die konspirative Wohnung in Charleroi befand sich im zweiten Stock eines Hauses, in dem außer den mutmaßlichen Terroristen ein Schönheitssalon und eine Arztpraxis untergebracht waren. Das habe ein ungestörtes „Arbeiten" der CCC vor allem in der Nacht möglich gemacht.

Bei der Verhaftung des „Terroristenquartetts" am Montag in Namur, so wurde weiter bekannt, hatte der als CCC-Chef angesehene Pierre Carette einen falschen Paß, der auf den Namen Bertrand Smoos ausgestellt war, bei sich. Außerdem beschlagnahmte die Polizei bei den vier Personen zwei schwere 9-mm-Colts und Pistolen des Typs P 38 Walther, die vor allem in Terroristenkreisen in der Bundesrepublik, Italien und Irland verbreitet seien. Aufgrund der bisher der Polizei vorliegenden Beweise und Erkenntnisse über die CCC scheint sich die Vermutung, daß der verhaftete 33jährige Pierre Carette auch tatsächlich der CCC-Chef ist, immer mehr zu verdichten. Unterdessen gehen die Hausdurchsuchungen in zahlreichen belgischen Städten weiter.

Pierre Carette, der seit dem Bombenanschlag der CCC am 3. Oktober 1984 auf eine NATO-Einrichtung in Brüssel von der Polizei gesucht wird, hatte 1975 ein Komitee zur Unterstützung politischer Häftlinge in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. 1979 wurde sein Name im Zusammenhang mit dem Attentat auf US-General Haig in Brüssel genannt. Seine Fingerabdrücke wurden am Ort einer Reihe von Bombenanschlägen gefunden.

Carettes Verbindungen zur RAF erscheinen offensichtlich. Die französische Polizei vermutet eine enge Zusammenarbeit mit der Terrororganisation Action Directe.

Aufschwung: Die Dynamik hält an

cd. Frankfurt

Das Wirtschaftswachstum ist nur in wenigen Industrieländern ähnlich stark wie in der Bundesrepublik. Das schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Sie bescheinigt dem Wirtschaftsaufschwung eine anhaltende Dynamik, die vor allem von der inländischen Investitionsnachfrage getragen wird.

Als wesentliche Triebkräfte nennt die Notenbank die günstigen Geschäftsaussichten und die grundlegend verbesserte Ertragslage der Unternehmen. Von der Belebung der Binnenkonjunktur profitiere auch der Arbeitsmarkt. Im Außenwirtschaftsbereich erwartet die Bundesbank schon bald ein Abflauen der Leistungsbilanzüberschüsse.

Seite 11: Spitzenniveau

Vier Millionen neue Autos

adh. Frankfurt

Die Automobilindustrie steuert in diesem Jahr nicht nur einen neuen Produktionsrekord an, sondern kann auch für sich verbuchen, 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Mit der Herstellung von 3 891 500 Personenwagen (elf Prozent mehr als im Vorjahr) von Januar bis November werden die deutschen Autobauer 1985 die Vier-Millionen-Marke deutlich überschreiten und ihren bisherigen Produktionsrekord (1979: 3,93 Millionen) übertreffen. Für das gute Ergebnis sorgen vor allem die Erfolge der deutschen Autos im Ausland. Für die ersten elf Monate ergibt sich ein Exportplus von 17 Prozent; insgesamt wurden 61 Prozent der Produktion im Ausland abgesetzt.

Seite 11: 20 000 neue Arbeitsplätze

These zu Pseudo-Krupp widerlegt?

PETER PHILIPPS, Bonn

Die seit langem (ein)gängige These, daß die zunehmende Luftverschmutzung in der Bundesrepublik Deutschland durch Schwefeldioxid Ursache für die Pseudo-Krupp-Erkrankungen sei, trifft nach Ansicht von Carl Mietens, dem Leiter der Universitäts-Kinderklinik in Bochum, nicht zu. Er kommt nach einer Langzeitstudie auch zu dem Schluß, daß die Behauptung, daß es in den vergangenen Jahren eine spürbare Zunahme dieser Atemwegserkrankung, von der vor allem Kleinkinder bis zum Alter von sechs Jahren bedroht sind, gegeben habe, nicht länger haltbar sei. Seine Ergebnisse hat Mietens jetzt veröffentlicht.

Umweltschützer, aber auch Ärzte hatten sich in den vergangenen Jahren offensichtlich allzu leichtfertig der griffigen Formel bedient, daß die Luftverschmutzung zu einem rapiden Anwachsen des Pseudo-Krupp geführt habe. Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht war hart attackiert worden, nachdem er der Mutter eines kranken Kindes lapidar empfohlen hatte, aufs Land zu ziehen.

Auf der 21. Tagung der Gesellschaft für Lungen- und Atmungsforschung in Bochum stellte Mietens die Erkenntnisse aus rund 1200 klinisch erfaßten Krankengeschichten vor. Seit 1967 hat er mit seinen Mitarbeitern „systematisch die Luftschadstoff-Messungen des Landesamtes für Immissionsschutz in Essen in Korrelation zu den jährlich etwa 70 bis 150 akuten Erkrankungen aus dem Raum Bochum und den Nachbarstädten gesetzt". Das Ergebnis war, daß seit 1967 die Schwefeldioxid-Konzentration in der Luft des Ruhrgebietes kontinuierlich abgenommen hat, die Zahl der Pseudo-Krupp-Fälle aber nicht. Selbst während des Smog-Alarms gab es nur vereinzelt akute Erkrankungen.

Außerdem: Zwar weist die Kurve der Erkrankungen sehr starke Schwankungen auf, aber einen generellen Anstieg der Pseudo-Krupp-Fälle konnte Mietens nicht feststellen. Über 18 Jahre gemessen, blieb die Zahl etwa gleich. Allerdings konstatierten die Wissenschaftler im September jeweils einen „auffälligen Anstieg, sogar bei klarem, sonnigem und windigem Wetter". Die Gründe hierfür sind noch nicht bekannt.

Da Pseudo-Krupp eine Virus-Erkrankung ist, die durch Tröpfcheninfektion übertragen wird, geht der Bochumer Mediziner bis auf weiteres von der These aus, daß die Häufung der Erkrankungen in der kälteren Jahreszeit „wohl zunächst auf die im Winter allgemein steigende Neigung zu Infektions-Krankheiten" zurückzuführen sei, „wie die üblichen Grippewellen bei Erwachsenen zeigen". Der Professor untersucht jedoch weiterhin auch andere Möglichkeiten eventueller „Querverbindungen zwischen Luftqualität oder Witterung und Pseudo-Krupp". So sei „die Rolle von verschiedenen Feinstäuben oder besonderen Stickoxiden noch nicht ausreichend geklärt".

Anzeige



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bald über den Berg?

Von Horst-Alexander Siebert

Nackte Zahlen, in Kolonnen aufgereiht, können durchaus Hochstimmung verbreiten. Dann zum Beispiel, wenn sie zum ersten Mal anzeigen, daß sich die USA auf dem Weg außenwirtschaftlicher Gesundung befinden, soweit es sich in der weitgefaßten Leistungsbilanz ausdrückt.

Die ersten Zeichen ähneln zwar noch zarten Trieben, die sich unter altem Laub verstecken. Zu entdecken sind sie jedoch, was belegt, daß die Abwertung des Dollars langsam zu wirken beginnt. Es geschieht zunächst auf der Kapitalseite, während die Veränderung der Warenströme wie üblich erst später sichtbar wird.

Wie nicht anders zu erwarten, müssen die USA in diesem Jahr noch einmal in den bitteren Apfel eines neuen Rekorddefizits beißen. Aber es wird erheblich unter den vorausgesagten 130 Milliarden Dollar liegen. Dem Ungeheuer ist ganz offensichtlich das Rückgrat gebrochen. Von den vermutlich eingesparten fünfzehn Milliarden Dollar profitiert die übrige Welt, weil sich Amerika um diesen Betrag weniger verschuldet.

Das Geld kann in die anderen Volkswirtschaften investiert werden, was der globalen Konjunktur zugute kommt. Dieser Prozeß wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit 1986 beschleunigen, wenn die US-Defizitkurve endgültig nach unten zeigt.

Zu diesem Bild passen nicht die Untergangsszenarien, die immer noch die Runde machen. So hat das mit deutschen Marshallplan-Geldern geförderte Institute For International Economics in Washington jetzt eine neue Studie vorgelegt, die davon ausgeht, daß Amerikas Leistungsbilanzdefizit und Auslandsschulden 1990 rund zweihundert bzw. tausend Milliarden Dollar erreichen, wenn die US-Währung auf dem heutigen Wechselkursniveau verharrt. Allein schon diese Prämisse hat einen zweifelhaften Wert, weil der „Greenback" nicht mehr dem Markt überlassen bleibt, sondern die fünf größten westlichen Industriestaaten, wie im September beschlossen, das monetäre Ungleichgewicht Stück für Stück beseitigen wollen.

Dieser Wille wird gern übersehen, da es vor allem für Liberale reizvoll ist, die Werbetrommel für kühne Experimente zu rühren. Das ist genau das, was wir jetzt nicht brauchen.

Die Vorbehalt-Soldaten

Von Rüdiger Moniac

Auf ein Kernproblem westlicher Friedenssicherung hat General Altenburg auf der 28. Kommandeurtagung sehr eindringlich hingewiesen. Er sagte, es sei unmöglich für einen Soldaten, eine Art „Teilgelöbnis" ablegen zu wollen und so zu tun, als könne er seine Bereitschaft zum Kampf gegen einen etwaigen Aggressor aufteilen in den Gebrauch von Waffen mit konventioneller Wirkung und einen Kampf mit nuklearer Sprengkraft. Dies zerstört, wie der Generalinspekteur eindringlich mahnte, den Zusammenhang der NATO-Strategie der friedenssichernden Abschreckung.

Im Zusammenhang mit der Debatte um SDI wird immer wieder der Wunsch laut, Atomwaffen möchten ihre Rolle im Kriegsverhinderungskonzept der Allianz verlieren. Wer das „Teilgelöbnis" propagiert oder seiner Sehnsucht nach der Abschaffung von Nuklearwaffen nachhängt, übersieht oder negiert den Zusammenhang, der den Frieden im Ost-West-Verhältnis erhalten hat und wohl auf lange Zeit erhalten wird. Letztlich sind und bleiben es die Atomwaffen, die der sowjetischen Führung einen militärischen Übergriff auf das westliche Verteidigungsbündnis als zu riskant für ihre eigene Existenz erscheinen lassen.

Die Gefahr der Vorbehalt-Soldaten liegt nicht in ihrer Zahl; die ist gering – auch wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland vom linken Medienspektrum viel Publizität und einen lauten Resonanzboden geboten bekommen –, und sie bestimmen nicht die Haltung und Einstellung der Soldaten. Die Mehrheit weiß, was General Altenburg sagt. Es muß beim Verbund in der „Triade" bleiben, und an ihrem oberen Ende der Reaktionsskala muß die Drohung mit dem Nukleareinsatz stehen.

Die Gefahr liegt darin, daß der Lärm um die Teilgelöbnisse Illusionen in Moskau wecken könnten: daß ein Überfall auf den freien Teil Deutschlands risikolos sei, weil die Deutschen nicht bereit seien, sich zu verteidigen. Abschreckung besteht nun einmal nicht so sehr darin, daß man sich zu wehren vermag, sondern daß die andere Seite es weiß.

Belgrader Vorbild

Von Carl Gustaf Ströhm

Der ungewöhnliche Wortwechsel zwischen dem amerikanischen Außenminister Shultz und seinem jugoslawischen Amtskollegen Raif Dizdarevic auf der Belgrader Pressekonferenz zu Fragen des internationalen Terrorismus sollte nicht den Blick auf das Wesentliche der Beziehungen Washingtons zu Belgrad verstellen. Beide Minister sprachen aus einem geöffneten Fenster – der Amerikaner in Richtung auf die hochempfindliche Öffentlichkeit der USA, der Jugoslawe in Richtung auf die Blockfreien-Bewegung, in der sein Land seit Titos Tod keinen leichten Stand hat.

Der tiefere Sinn des Besuches lag in einem anderen Bereich. Er wurde von Shultz beim Namen genannt, als dieser in Belgrad von der „Diversität", also der Unterschiedlichkeit, sprach, in der Völker miteinander leben und auskommen müssen. Die Amerikaner wollen den kleineren kommunistisch regierten und in der sowjetischen Hegemonialzone lebenden Staaten und Völkern zu mehr Selbstbewußtsein verhelfen.

Hier bietet sich Jugoslawien als Vorbild an: ein kommunistisches Land, das in seinen schwersten Augenblicken vom Westen nicht nur materiell unterstützt, sondern auch politisch akzeptiert wurde. Wenn die Belgrader Kommunisten unabhängig von Moskau überlebt haben – warum sollten die anderen kommunistischen Staaten nicht einen ähnlichen Weg der Unabhängigkeit beschreiten?

Der jugoslawische Außenminister zielte in eine ähnliche Richtung, als er sagte, sein Land sehe die Zukunft der Welt in der „friedlichen Koexistenz von souveränen und unabhängigen Staaten und nicht in Teilungen und Block-Rivalitäten".

Hinzu kommt für die Amerikaner und für den Westen ein weiterer Gesichtspunkt. Ein jugoslawischer Beobachter hat ihn am Rande der Außenminister-Begegnung treffend mit den Worten umschrieben: „Wenn Tito nicht 1948 mit den Sowjets gebrochen hätte, würden die jugoslawischen Adria-Inseln und die albanische Küste heute ähnlich aussehen wie die Ostseeküste der baltischen Republiken: bestückt mit sowjetischen Raketen und U-Boot-Basen. Das ganze Mittelmeer und der Nahe Osten hätten ein anderes Gesicht."



Klare Suppe mit feiner Einlage KLAUS BÖHLE

Der Fall Jurtschenko

Von Herbert Kremp

Die Rolle des Arztes in der kommunistischen Geschichte steht nicht selbstverständlich im Zeichen des Hippokrates. Der Sacharow-Verfolger und Nobelpreisträger Dr. Jewgenij Tschasow mag ein hervorragender Herz-Spezialist sein, seine Approbation jedoch ist politisch autorisiert. Das gehört zum einem System, das trotz offenkundiger Mißerfolge weiter danach trachtet, den Menschen in seiner geistigen Substanz zu verändern. Das reine Sozialwesen zu schaffen ist eine Bildungs-Aufgabe und gleichzeitig Sache ärztlicher Fürsorge. Denn wie könnte es „gesund" sein, daß sich das menschliche Wesen – was vorkommt – gegen seine Vollendung auflehnt? Politischer Widerstand beruht nach dieser Logik auf einer Erkrankung, die behandelt werden muß.

Kennzeichnend dafür erscheint ein Fall, der nach den Maßstäben westlicher Gedächtnisarbeit seit mehr als einem Monat abgeschlossen ist: Der Fall des Überläufers und Rückläufers Witalij Jurtschenko. Der hohe KGB-Offizier, zuletzt stellvertretender Leiter der für USA-Spionage zuständigen Abteilung, war im Juli 1985 in Rom durch das Labyrinth der Vatikanischen Museen geflüchtet und von amerikanischen Kollegen als „big fish" gebührend in Empfang genommen worden. Am 14. November saß er wieder in Moskau – in einer Pressekonferenz. Neben ihm der sowjetische Arzt Dr. Nikolai Scharikow, der den gerade vierzehn Tage vorher heimgekehrten Agenten-Chef freimütig beurteilte. Seine über Fernsehen verbreitete Diagnose lautete: Dieser Mann weist emotionelle Instabilitäten auf, er schreit gelegentlich, seine Motorik und seine Sehkraft sind beeinträchtigt. Sein Verhalten zeigt Restspuren einer akuten Gehirnerkrankung. Resultat: Jurtschenko ist nicht normal, das Rätsel seiner zeitweiligen Abwesenheit mithin geklärt.

Welche Aussagekraft hat eine solche öffentliche Diagnose, warum wird ein „Heimkehrer" als Patient vorgeführt? Was geschieht mit der Person Jurtschenko? Man kann darauf eine einfache Antwort geben: Da der KGB-Mann in den Vereinigten Staaten womöglich das ganze sowjetische Agentennetz aufgedeckt hat, soll der ärztliche „Befund" seine Informationen entwerten. Was er tat und sagte, ist in diesem Licht der Diagnose nicht mehr ernst zu nehmen.

Es gibt bekannte Beispiele: 1984 wurde das Mitglied des inoffiziellen Gewerkschaftsverbandes SMOT, Wladimir Sytinsky, verhaftet und wegen der Verbreitung „verleumderischer Literatur" (Solschenizyns „Archipel GULAG") verurteilt. Kurz danach, im Mai 1985, wurde er für seelisch krank erklärt und in die Leningrader Psychiatrie eingeliefert. Ähnlich erging es einem Mitglied der inoffiziellen sowjetischen Friedensbewegung, Olga Kabanowa. Sie wurde im Mai 1985 verhaftet und nach einer entsprechenden „Diagnose" in eine psychiatrische Heilanstalt eingeliefert. Die Fälle gleichen sich wie ein Ei dem anderen: Politische Ausbrecher erweisen sich als seelisch-geistig gestört. Zum Zwecke der Behandlung werden sie (und ihre Ideen) aus dem Verkehr gezogen.

Das System wäre jedoch unvollkommen, bliebe es bei der Einlieferung „zum Zwecke der Heilung". In Wirklichkeit leiden die Anstalts-Insassen erst nach einer bestimmten Zeit psychiatrischer und medikamentöser Behandlung an genau der Erkrankung, aus deren Eigenart und Verlauf ihr von der Norm abweichendes politisches Verhalten der Öffentlichkeit erklärt wurde. Dr. Scharikow stellte in der Moskauer Pressekonferenz also nicht den neben ihm sitzenden KGB-Agentenführer Jurtschenko vor, sondern den Patienten, zu dem Jurtschenko werden wird. Die Diagnose ist ein Urteil, das vollstreckt wird.



Die Diagnose wird sich bewahrheiten: Jurtschenko FOTO: CAMERA PRESS

Präpariert wird der Delinquent Jurtschenko, ähnlich wie seine Leidensgenossen, im Serbskij-Institut, nahe der Kunstakademie und dem Puschkin-Museum in Moskau. Das Institut ist das steinerne Herz der sowjetischen Gerichtsmedizin. Achtzig von hundert Dissidenten, die in psychiatrische Anstalten eingeliefert wurden, kamen zuerst im Serbskij-Institut auf Station. Dort verabreichte man ihnen schwere Beruhigungsmittel und traktierte sie mit Lumbal-Punktationen (Entnahme bzw. Rückgabe von präparierter Gehirnflüssigkeit), bis sie Anzeichen der Schizophrenie aufwiesen. Fast alle Symptome, auch die, mit denen Jurtschenko ausgestattet wurde, sind dieser Erkrankung zuzuordnen.

Der Arzt Dr. Scharikow, der während der Pressekonferenz Jurtschenko analysierte, ist den Dissidenten, wie Wladimir Bukowskij und Alexander Podrabinek bezeugen, gut bekannt. Zusammen mit dem Serbskij-Direktor Dr. Grigorij Morosow und den Psychiatern Taltse und Landau gehört er zur Creme der sowjetischen Polit-Ärzteschaft. Er ist korrespondierendes Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaft und Chef der psychiatrischen Abteilung des Ersten Medizinischen Instituts im Moskauer Gesundheitsministerium. Offiziell firmiert das Serbskij-Institut im Rahmen des Gesundheitsressorts, tatsächlich untersteht es dem Innenministerium, das für Sicherheit, Polizei und Arbeitslager zuständig ist.

Dr. Scharikow hat sich als Spezialist für Psychopharmaka in der sowjetischen medizinischen Literatur einen Namen gemacht. Als führendes Mitglied der sowjetischen Psychiatervereinigung bewerkstelligte er Anfang 1983 den Rückzug seines Landes aus dem Weltverband für Psychiatrie. Der Blick ins Seelen-Labor bleibt der Welt verwehrt. Witalij Jurtschenko wird man vielleicht noch einmal sehen – dann tatsächlich schwer erkrankt an Schizophrenie. Dieser Diagnose wird sich zu jenem nicht allzu fernen Zeitpunkt auch jeder westliche Arzt anschließen.

IM GESPRÄCH Joseph Momoh

Ein General wird gebeten

Von Volker Stahr

Im westafrikanischen Sierra Leone vollzieht sich ein auch für den afrikanischen Kontinent nicht üblicher Machtwechsel. Erstmals hat Ende November mit Präsident Stevens ein Zivilist freiwillig sein Amt an einen Militär übergeben: Generalmajor Joseph Saidu Momoh (48), Armeechef und schon seit langem starker Mann in Freetown.

Sierra Leones Geschichte und die seines scheidenden Präsidenten ist ein Muster für Afrikas Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie. Stevens regierte siebzehn Jahre, die meiste Zeit an der Spitze eines Einparteienstaates und mit Ausnahmerecht. Doch wohlgemerkt: Stevens galt als Demokrat. Er begann seine Karriere als Oppositionsführer. Doch als seine Partei 1967 die Wahlen gewann, putschte das Militär. Dreimal, erst für Premier Magai, dann für sich selbst; erst ein dritter Putsch junger Offiziere brachte 1968 Stevens an die Macht. Er mußte jedoch bald einsehen, daß Demokratie westlicher Prägung angesichts von Tribalismus, Wirtschaftsnot, dem Ehrgeiz einzelner Offiziere, aber auch falsch verstandener Freiheitsrechte nicht zu verwirklichen war. So beschritt er selbst den Weg zur Einheitspartei.

Als Stevens' Verdienst gilt es, in dieser Partei alle wichtigen Strömungen des Landes ausbalanciert und dabei auch den Militärs (deren Offizierskollegen in Afrika bereits rund die Hälfte aller Präsidentensessel besetzen) eine staatstragende Rolle in diesem System zugewiesen zu haben. Und in Sierra Leone geht es liberaler zu als in anderen Ländern Afrikas. Funktionierende Gewerkschaften und öffentliche Demonstrationen gegen die Regierung zeugen davon.

Vor diesem Hintergrund hat Stevens die Nachfolge entschieden. Momoh, ein stämmiger Mann vom Stamme der Limba (vorherrschend in der Armee), ist ein langjähriger Weggefährte Stevens'. Er gehörte schon vor der Unabhängigkeit der Armee an.



Disziplin gegen Mißwirtschaft: Momoh FOTO: AP

Stevens machte den als ehrgeizig und fähig bekannten Berufssoldaten 1971 zum Armeechef und berief ihn drei Jahre später auch ins Parlament. Momoh hielt die Truppen auf der Linie des Präsidenten und setzte sie nicht selten auch zur Wahrung der staatlichen Autorität gegen das Volk ein. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß auf ihren Gewehrläufen die sehr fragile innere Stabilität ruht. Aus diesem Grunde hielt es Stevens wohl für angezeigt, nicht nur zu Lebzeiten einen geregelten Machtwechsel einzuleiten, sondern dabei auch die Zukunft in die Hände der Militärs zu legen.

Der neue Mann ist kein Musterdemokrat, gilt aber als stark und verantwortungsbewußt und scheint auch im Volk einen guten Ruf zu haben. Obwohl seine Machtübernahme bestätigt, daß in Afrika ohne die Militärs nichts geht, betonte der General in seinen ersten Reden, daß er kein Militärregime errichten wolle. Doch er unterstrich jene Rolle der Armeen als vielleicht einzig funktionierende Institutionen Afrikas und sprach davon, ihren Geist in die Demokratie einbringen zu wollen: Disziplin.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HEILBRONNER STIMME

Sie schreibt zur Reisezeit:

Die zunehmende Tendenz, Weihnachten nicht zu Hause, sondern fernab zu feiern, raubt den Feiertagen den Charakter der häuslichen Besinnlichkeit ... Noch sind die drei Millionen, die mit dem eigenen Auto verreisen, und die über drei Millionen, die die Bahn benutzen, und die Hunderttausende, die mit Flugzeug und Bus unterwegs sind, in der Minderzahl. Doch der Weihnachtsbaum in der festlich geschmückten Stube zu Hause verliert angesichts bunter Prospektbilder von Pulverschnee und Palmenstränden an Attraktivität.

SÜDWEST PRESSE

Das Ulmer Blatt meint zum Zukunftskongreß:

Es wird ganz offenkundig, wie sehr in der modernen Gesellschaft ein Problem ins andere verschränkt ist ... Natürlich, zum Beispiel, trägt die Landwirtschaft hohe Mitschuld an der Pflanzengefährdung. Die Felder werden überdüngt. Die scharfe Chemie drängt die Pflanzenvielfalt zurück. Also weg mit dieser Keule? Die Natur würde sich ziemlich schnell erholen. Doch darf man so mit den Bauern umgehen? Die Landwirtschaftspolitik Brüssels zwang sie ja erst zu immer neuen Produktionsrekorden.

Saarbrücker Zeitung

Sie geht auf die EG-Außenminister ein:

Schon der erste Anlauf der EG-Außenminister zur Festschreibung der Gipfelentscheidungen der EG-Staats- und Regierungschefs in Luxemburg hat es deutlich gemacht: Das Beschlußverfahren in den Euro-Gremien wird in Zukunft noch schwerer und die Materie in der Darstellung noch komplizierter werden ... Es gibt nicht wenige auf der europäischen Szene, die schon jetzt behaupten, der europäische Ministerrat werde sich über kurz oder lang nach dem jetzigen Verfahrensmodus zurücksehnen.



Die Zeitung fordert längere Behörden-Öffnungszeiten:

Wenn Sie jemand den Tag vermiesen wollen, müssen Sie ihn nur auf eine Behörde schicken: Vor 9 sind viele Ämter noch geschlossen, zwischen 12 und 14 Uhr viele wieder zu, nach 15 Uhr ist's ein Glückspiel, offene Türen zu finden ... In einer Demokratie sind die Ämter für die Bürger da, nicht umgekehrt.

LE FIGARO

In der Pariser Zeitung fragt Exaußenminister François-Poncet nach der Zukunft für die Beziehungen zwischen Bonn und Paris:

Deutschland hat sich verändert. Es interessiert sich immer weniger für Europa, wird hier und da wiederholt gesagt. Es wendet sich von Frankreich ab. Es träumt von Wiedervereinigung und fühlt sich wieder stark genug geworden, um allein mit Washington und Moskau zu verhandeln ... Aber das Wesentliche liegt woanders: Die deutsch-französische Verständigung beruht auf einem ungeschriebenen Prinzip: auf der Existenz eines Gleichgewichts zwischen Paris und Bonn. Dieses Gleichgewicht ist heute gebrochen. Das wird im wirtschaftlichen Bereich klar.

Der Kampf der hessischen Bürger um ihre Gymnasien

„Stellt euch vor, sie bauen Gesamtschulen und keiner geht hin" / Von Joachim Neander

Mit den 197 297 Unterschriften, die die hessische „Bürgeraktion freie Schulwahl" Ende der vergangenen Woche beim Staatsgerichtshof in Wiesbaden zwecks Erhebung einer sogenannten Volksklage gegen die flächendeckende Einführung der Förderstufe für das 5. und 6. Schuljahr überreicht hat, ist der Aufstand der Betroffenen gegen diesen krampfhaften Endspurt einer verfehlten Schulreform keineswegs beendet.

Obwohl die von Artikel 131 der hessischen Verfassung für die Volksklage geforderte Unterschriftenzahl von 41 000 (ein Hundertstel der Wahlberechtigten) bereits um das Vierfache übertroffen wurde, geht die Aktion weiter. Im Januar sollen neue Unterschriftenlisten übergeben werden. Viele seien jetzt erst richtig hellhörig geworden, heißt es bei der Aktion in Frankfurt.

Örtliche Proteste werden dort hinzukommen, wo das von der rot-grünen Landtagsmehrheit durchgesetzte Abschlußgesetz sich direkt auf die Schulverhältnisse auswirkt. Einen Vorgeschmack erhielten die – von der Breite und Heftigkeit der öffentlichen Reaktionen offenbar völlig überraschten – Bildungsstrategen im Kultusministerium und in der SPD am vergangenen Wochenende in Butzbach.

Dort ist das örtliche Gymnasium gleich doppelt bedroht. Erstens durch den Wegfall der beiden untersten Klassen zugunsten der Zwangsförderstufe. Zweitens durch Pläne der rot-grünen Kreistagsmehrheit, integrierte Gesamtschulen zu errichten und den beiden Gymnasien in Butzbach und Friedberg nur noch die Rumpffunktion als Oberstufenschulen zu belassen.

Um für „ihr" Gymnasium zu kämpfen, formierten sich in dem 22 000-Einwohner-Städtchen mehr als 2000 Bürger zu einem Protestmarsch. Das ist ein Zehntel der Gesamtbevölkerung. Es war die größte Demonstration in Butzbach seit Menschengedenken. Jugendliche trugen Plakate wie: „Stellt euch vor, sie bauen Gesamtschulen und keiner geht hin".

Inzwischen tun sich auf der anderen Seite merkwürdige Dinge. Innerhalb der SPD werden Stimmen laut, die den Kultusminister Karl Schneider heftig kritisieren, weil er diesen „idiotischen Schulstreit" ohne Not in einer Phase vom Zaun gebrochen habe, wo die Öffentlichkeit sowieso schon so sensibel auf die neue Koalition reagiere.

Daß der ob des unverhofften Widerstandes wütend gewordene Frankfurter SPD-Bildungspolitiker Hartmut Holzapfel gewählte Elternvertreter auch noch als „Sumpfblüten" bezeichnete, hat nach Ansicht der innerparteilichen Kritiker den Widerstandsgeist nur noch gestärkt.

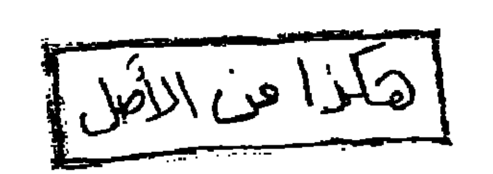
Der Hessische Elternbund, von SPD und GEW einst als linkes Gegengewicht gegen den Hessischen Elternverein ins Leben gerufen, aber hauptsächlich von Lehrern getragen, hat zur Unterschriftenaktion gegen die Förderstufe bisher noch nicht einmal Stellung bezogen. Pläne, eine Gegenaktion mit eigenen Unterschriftenlisten zu starten, sind schamhaft in der Schublade verschwunden. Und nun macht sogar noch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Einwände.

GEW-Landesgeschäftsführer Reinhard Odey hat öffentlich Zweifel daran geäußert, ob die geplante Einführung der Zwangsförderstufe bis zum Wahljahr 1987 „politisch überhaupt durchzustehen ist". Gerade die Linken in der GEW fürchten nämlich, daß die Einführung neuer Förderstufen ohne Vermehrung der Lehrerstellen schlicht und einfach auf mehr Arbeit für die Lehrer hinauslaufen werde.

Vor fünfzehn Jahren träumte der damalige hessische Regierungschef Albert Osswald noch davon, bis 1985 im ganzen Lande 380 integrierte Gesamtschulen zu errichten. Der Geldmangel hat ihn bei weniger als der Hälfte gestoppt. Das Fertiggewordene bildet vielfach (nicht überall) am jeweiligen Ort auch architektonisch den Waschbetonschandfleck der ganzen Gegend. Wie immer man den Ausgangspunkt, die ursprünglichen Ideen und die pädagogischen (nicht die politischen) Vorstellungen der damaligen Bildungsreformer beurteilen mag – es ist eine der ganz wenigen Reformbewegungen, die die große Chance erhielt, sich durch Verwirklichung selbst zu widerlegen.

Für die Zwangsförderstufe tritt unter den Pädagogen heute kaum noch jemand ein. Der frühere hessische Kultusminister und Bundesverfassungsrichter, der heute 82jährige Erwin Stein (CDU), den die SPD stets als Kronzeugen für die Verfassungsmäßigkeit ihres Gesetzes zitiert, hat pädagogisch durchaus unterschiedliche Ansichten vertreten.

In einem seiner Ministererlasse aus dem Jahre 1949 liest man: „Es ist daher gerechtfertigt, von jetzt an die Schüler der höheren Schulen strenger auszulesen und diejenigen rechtzeitig auszuscheiden, deren Verbleiben in der Schule für die Klasse nur eine Belastung und für den Schüler selbst nur eine Verzögerung seiner ihm gemäßen Ausbildung bedeuten würde." Besser kann man es nicht sagen.



In der Provinz erstrahlt der Glanz des Zaren

Es tut sich Erstaunliches in der russischen Provinz: Man erinnert sich an die oft glorreiche Vergangenheit und an das alte kulturelle Erbe. Es wird renoviert, und Bürgerinitiativen wehren sich gegen den Abriß historischer Häuser und Kirchen.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Trockener, beißender Frost in Jaroslawl. Das Thermometer zeigt minus 24 Grad an. Die Provinzstadt, 250 Kilometer von Moskau entfernt, liegt im kalten Glanz der Wintersonne. Weiße, dicke Eisschollen haben sich ineinandergeschoben und aufeinandergetürmt, hier am Zusammenfluß von Wolga und Kotorosl. In die Eisdecke haben Angler Löcher gebohrt und hocken stumm auf ihren einbeinigen Schemeln, wartend, daß ein Fisch anbeißt.

Jaroslawl ist eine der ältesten russischen Städte. Alte Sagen erzählen, daß im 10. Jahrhundert Fürst Jaroslaw der Weise sich hier eine Holzstadt erbaute und mit einer Axt einen wilden Bären erschlug. Heute trägt die Stadt noch immer den Bären im Wappen.

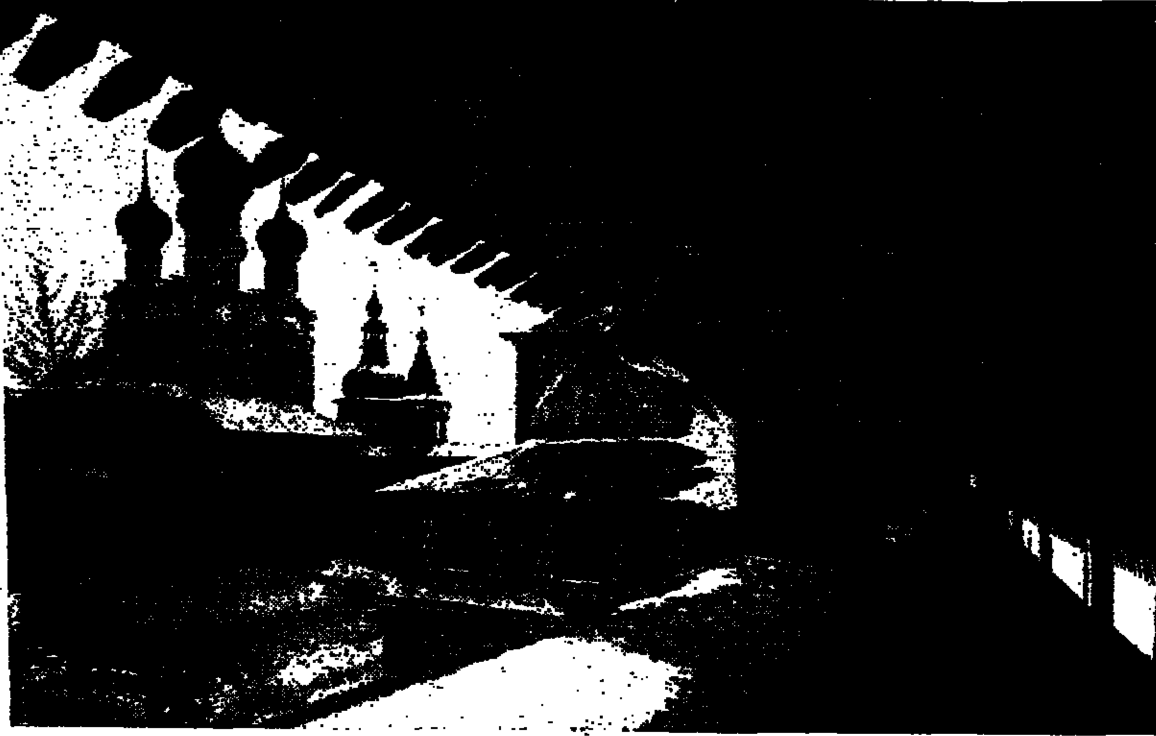
Im 12. Jahrhundert entstand hier der erste große Wolgahafen. Kirchen und Klöster wurden erbaut, gestiftet von reichen Kaufleuten. Denn diese Stadt war keine Stadt der Bojaren, sondern eine freie wohlhabende Kaufmannsstadt.

Jahrhundertelang herrschte in Jaroslawl Wohlstand und Reichtum, denn alle Handelswege von Persien, Indien und Sibirien nach Moskau oder England (über Archangelsk) führten über diese Stadt. Die Gründung von Petersburg, die Inbesitznahme der Häfen im Baltikum führten dann zur wirtschaftlichen Depression. Unter Katharina II. gab es noch einmal Glanz, als die Stadt zum Gouverneurssitz ernannt wurde. Radikal wurde sie städtebaulich nach den Plänen der Zarin umgestaltet. Prächtige Plätze und Straßenzüge wurden geschaffen. Heute ist Jaroslawl mit 600 000 Einwohnern wieder zur Provinzstadt herabgesunken. Es ist die erste Station, in der Fernzüge anhalten, wenn man von Moskau nach Peking fährt.

In der Vorstadt ziehen gewaltige Rauchfahnen aus den Schloten einer Erdölraffinerie in den Himmel. Hier wachsen die trostlosen sozialistischen Vorstädte empor. Häßliche Neubaukomplexe, grobschlächtige Wohnblöcke, Wabe an Wabe. An den Fenstern hängen Beutel mit Eßvorräten, der natürliche Kühlschrank hierzulande. Satellitenstädte, austauschbar zwischen Tallin und Wladiwostok. Das ist das zeitgenössische Jaroslawl.

Kinder fahren an diesem Wintervormittag auf den Bürgersteigen Schlittschuh. Die Schaufenster der Läden sind dick mit Eisblumen überkrustet. Die Menschen eilen dickvermummt durch die Straßen. Umlagert, wie immer, die Eisbude. Wie kalt es draußen auch sein mag, die Russen genießen ihr Eis.

Doch diese Viertel sind nur die eine Seite von Jaroslawl, die andere, die innere Stadt, zeigt Bürgerhäuser mit schönen klassizistischen Fassaden, die von der prunkvollen Vergangenheit künden. Es gibt Plätze, von denen die Straßen sternförmig ausgehen, alte Palais am Wolgaufer, jetzt als Museen oder Stadtämter entfremdet – und zahlreiche Kuppeln, die gold, grün oder mosaikartig bunt im Winterhimmel aufleuchten.



Ein gewaltiger, liebevoll restaurierter Kreml beherrscht die russische Provinzstadt Rostow

Sie, diese orthodoxen Kuppeln bestimmen unverändert die Silhouette dieser Stadt. Zwar „arbeiten" „(wie man hierzulande sagt) viele Kirchen nicht mehr, sind degradiert worden zu Kinos oder Militärdepots, wieder andere verfallen einfach im Laufe der Jahre. Und doch ist eine Wandlung im Bewußtsein der Menschen hier eingetreten: Zwar harmonieren das tausendjährige Rußland und die junge Sowjetunion äußerlich scheinbar seelenruhig miteinander, doch die Vergangenheit drängt wieder stärker ans Licht.

Man hatte, als die kommunistische Revolution begann, Hunderte und Tausende russischer Kirchen in einem Kahlschlagwahn vernichtet, sie geplündert, entehrt. Doch nun besinnt man sich wieder auf die Kulturgüter. Man braucht wieder etwas für die Seele, für das Gemüt – Revolution und der „große vaterländische Krieg" reichen nicht mehr aus.

Hier in Jaroslawl hat sich im Sommer dieses Jahres eine Bürgerinitiative zusammengetan: Maler, Soziologen, Schriftsteller, Archäologen, Restauratoren und Angehörige des Militärs. Sie gingen an die Öffentlichkeit, protestierten vehement, wollten nicht länger billigen, daß ihre Stadt zu einer geschichtslosen, gesichtslosen Gebäudeansammlung herabsinkt.

In der „Iswestija" veröffentlichten sie – mit vollem Namen – einen flammenden Appell unter der Überschrift „Sie standen jahrhundertelang und waren im Nu abgebrochen". In diesem Artikel warfen sie den Stadtverantwortlichen ihre „Bausünden" vor. So seien 1983 zwei Kirchen aus dem 17. und 19. Jahrhundert abgerissen worden. An ihre Stelle hätte man ein Lebensmittelgeschäft gesetzt, ebenso wäre eine ganze klassizistische Häuserfront dem Kran zum Opfer gefallen, um einer Trolleybus-Linie Raum zu schaffen. Der „Kulturboden" von einem der ältesten Plätze der Stadt sei weggeworfen worden, ohne daß Archäologen die Möglichkeit gehabt hätten, ihn zu untersuchen.

Das Sündenregister der Stadtverwaltung von Jaroslawl ist lang: So hätte man das Geburtshaus des Schriftstellers Nikolai Nekrassow abgerissen, anstelle der Gedenkstätte stehe nun ein Bierausschank. Neben der Kirche von „Johann Peredtstscha" (des Täufers), ein prachtvoller Bau aus dem 17. Jahrhundert, arbeite ein chemischer Betrieb, dessen Abgase die Fresken langsam zerstören würden.

Ja, die Jaroslawler Bürger sind in Harnisch, denn als kürzlich eine Delegation aus Moskau kam, um am Geburtshaus des Malers Alexej Sawarssow eine Gedenktafel anzubringen – war dieses bereits abgebrochen.

Der Artikel gipfelte in dem Vorwurf, die Behörden der Stadt verletzten das seit dem 1. März 1977 geltende Denkmalschutzgesetz. Außerdem bemerkten die aufgebrachten Jaroslawler, daß der finanzielle Aufwand für die Restaurierung und Demkmalpflege der Stadt 1984 nur 37 000 Rubel betragen hätte, obwohl 157 000 Rubel im Etat bereitgestanden hätten.

Dieser empörte Appell in der Zeitung zog ein gewaltiges Echo nach sich. Bürger aus der ganzen Sowjetunion beeilten sich, ebenfalls Beispiele von grundlosen Zerstörungen in ihren Heimatstädten anzubringen.

Vorbei, so scheint, die Zeit, da die russische Provinz übersät war mit abgewrackten Kirchenruinen, deren Kuppeln ihrer anderweitig benötigten Metallverkleidung entledigt wie leere Vogelkäfige über der Landschaft schwebten.

Auf dem Wege von Jaroslawl nach Moskau liegt Rostow. Eine behagliche Kleinstadt mit sonnengelben Häuserfassaden, die sich im Winterlicht ausbreiten. Ein Städtchen, so friedlich und abgeschieden wie aus einem Roman von Joseph Roth beschrieben.

Nicht einmal ein Hotel gibt es hier. In den Seitenstraßen steigen feine Rauchfäden aus den Isbas (Holzhäusern) auf. Die Fenster sind mit blauweißen Holzschnitzereien herrlich verziert.

Neben dem Autobus sausen Pferdeschlitten vorbei, auf denen krummbeinige Bauern in Filzstiefeln sitzen. Beherrscht und gekrönt wird der winzige Ort von einem gewaltigen Kreml mit zahlreichen Türmen, Mauern und Toren. Hier regierte einst der Metropolit.

Ein Kreml, der es mit seiner märchenhaften Silhouette durchaus mit den Bauten des Zaren aufnehmen kann. Hier hängen auch die 13 berühmten Glocken. Hector Berlioz fuhr einst eigens nach Rostow, um dieses Glockenspiel zu hören.

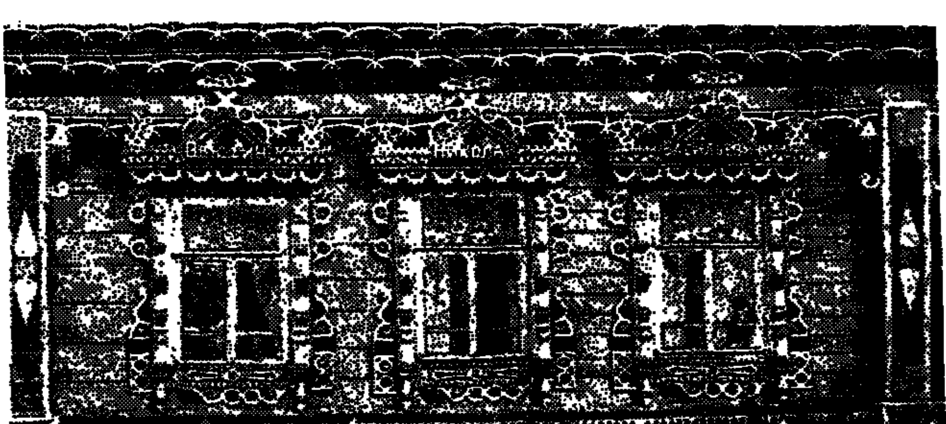
Stolz erklärt der junge Intouristführer Sascha den Fremden jeden Turm, jedes Fresko, das man minuziös derzeit wieder erstellt. Gerüste zeugen von den Restaurierungsarbeiten. Man spürt förmlich seinen Stolz auf diese gewaltige Anlage in dieser armseligen Provinzstadt. Ohne Scheu erklärt der junge Atheist, diese Residenz sei so prunkvoll angelegt worden, damit sich die weltliche Macht der kirchlichen unterordne.

Sich mit Inbrunst wieder auf die Vergangenheit zu besinnen, lautet auch die Devise in Pereslawl, einem verloren wirkenden Städtchen, das mit seinen Holzbauten, mit seiner Atmosphäre an ein russisches Theaterstück im 19. Jahrhundert erinnert. Hier hat man im Sommer dieses Jahres ein Museum eröffnet. Jetzt, im Winter kommt kaum ein Besucher hierher. Doch willig schließt man den Fremden das Haus auf.

Hier, an diesem Ort, auf dem nahegelegenen See Pleschtschejewo lernte einst der junge Peter (später Peter der Große) die Anfangsgründe der Schiffahrt. Hier baute er nach dem Vorbild der Holländer und Deutschen, die in der Moskauer Vorstadt lebten, seine ersten Schiffe. 1692 bei einer Feier, in Anwesenheit ausländischer Botschafter ließ er sie in See stechen. Hier wurde die Basis zur künftigen russischen Flotte gelegt.

In dem kleinen Museum, hoch auf einem Hügel über dem Ort, ist eines der Schiffe noch zu besichtigen. Daneben sind Flaggen, Dokumente und zahlreiche Porträts und Büsten des Zaren ausgestellt. Stolz erzählt eine junge Studentin die Heldentaten Peter des Großen.

Was tut es, wenn der letzte kleine Raum dann in den „großen vaterländischen Krieg" mündet? Was tut es, wenn dann die Angaben nicht mehr historisch genau kundgetan werden? Diskussionen – deutsche Unart – hier sind sie sowieso zwecklos wie taktlos. Also schweigt man.



Zum Stadtbild gehören auch die blau-weißen Schnitzereien an den Fenstern

Christstollen und Apfelsinen – Ost-Berlin ist eine Reise wert

Warteschlangen vor den Geschäften gibt es hier und da noch, aber der Gabentisch „Made in DDR" wird reichlicher gedeckt sein als früher. Auch im anderen Teil Deutschlands sind die Ansprüche gewachsen – die West-Verwandtschaft spürt es am Wunschzettel.

Von DIETER DOSE und H.-R. KARUTZ

Nachdem seine Diplomaten-Gäste thüringische Hasen en gros geschossen hatten, schwärmte Erich Honecker vom Christfest: „Wir können sehen und spüren, daß sich das Jahr 1985 seinem Ende nähert. Davon künden nicht nur die Lichter der Weihnachtsbäume", sagte er beim abendlichen Staatsjagd-Empfang. Die Erinnerung an die barmherzigen katholischen Schwestern in seiner saarländischen Jugend mochten Honeckers ungewöhnliche Reminiszenz erklären.

Aber auch sonst weihnachtet es wie bisher noch nie in der „DDR". Selbst das FDJ-Jugendmagazin „Neues Leben" erlaubte sich einen Festscherz. Auf dem Titelbild der Dezember-Nummer wird der Rummel um Denkmäler kommunistischer Größen aufgespießt. Die staunende Menge versammelt sich um den verhüllten Sockel. Strahlende Gesichter, als oben auf dem Podest ein richtiger ordentlicher deutscher Weihnachtsmann hervortritt.

Selbst die Genossen im Innenministerium geben dem Ereignis die Ehre: „Freuen Sie sich auf das Fest! Genießen Sie die Vorfreude, lassen Sie sich Zeit ...", tönt es aus dem amtlichen „Verkehrskompaß" im Ostberliner Fernsehen, der vom Polizeiministerium in Auftrag gegeben wird. Liebevolle Ratschläge, mit westlicher Pop-Musik unterlegt.

Seit Wochen sind die Mütter zwischen Zeuthen bei Berlin und Zittau unterwegs, um die Festtags-Zutaten zu ergattern: Mal hier eine Schlange – der Anstell-Reflex funktioniert fast automatisch, denn dort muß es „Mangelware" geben – mal dort eine Rarität.

Eine neue Spielart des „grauen Marktes" bildete sich in den vergangenen Monaten bei frischem Gemüse oder Obst: Private Händler, die irgendwo fündig wurden, bieten ihre Ware zwar mit den staatlich verordneten Preisen an, aber: „Man gibt stillschweigend 6,50 Mark, wenn die Tomaten nur 5,80 Mark kosten – als Benzinkostenanteil für das Holen der Ware", erläutern Käufer augenzwinkernd.

Polnische Gastarbeiter, vor allem im Erzgebirge beschäftigt, stillen durch Schmuggel die Nachfrage nach einem bunten Gemisch: Körbe, billige Digital-Uhren, ordentliche Hosen, Jeans, Sonnenbrillenglas, Kristallschnapsbecher aus Schlesien und Kunstleder-Jacken sind heiß begehrt.

Die „tausend kleinen Dinge" fehlen auch in diesem Jahr, z. B. Büro-Klammeraffen, Schneebesen für die feine Küche und Kandiszucker.

Die staatlichen Gebrauchtwarenläden („A & V") machen in diesen Tagen Riesenumsätze. Tafel- und Küchengeschirr, Kühlschränke, Wäscheschleudern, Modeschmuck von damals, Spitzendeckchen – Anbietern öffnet sich mit Kußhand die Ladentür. „Sofortige Barzahlung", wirbt diese einträgliche Branche.

Schon Mitte November setzte wie immer auch der Ansturm der „DDR"-Rentner auf West-Berlins Kaufhäuser ein. 5000 kommen täglich mit S- und U-Bahn. Mit klammen Fingern halten sie die Merkzettel, die ihnen die Verwandtschaft mitgegeben hat, in der Hand. Mancher tauscht geschmuggeltes Ostgeld im Kurs 4,5:1 um, für ein paar Kleinigkeiten. „Gänsebraten? Na klar", sagt der Rentner aus Brandenburg, der sich für wenige D-Mark was Westliches eintüten läßt: Marzipan aus Lübeck, Rasierklingen, Schallplatten (Nena oder Elton John), Seife (auch die spanische „Maja") oder Schulfüller für die Enkel.

Gänsebraten, Pute, Hasenrücken? Vielleicht muß der Ost-Berliner zehn Kilometer mit dem Auto oder der Straßenbahn (zwei Groschen) fahren, um seinen Braten zu ergattern, aber er bekommt ihn. Schwieriger wird es schon, braucht er neue Reifenventile: „Unmittelbar nach dem Eintreffen von 850 voll funktionsfähigen Ventilen hat der Zweiradsalon R. die Sicherungsmaßnahmen am Gelände der Lagerhalle verstärkt", ulkt die satirische Zeitschrift „Eulenspiegel".

Sieht ein Käufer irgendwo in der Kaufhalle etwas so Nahrhaftes wie Tomatenketchup, kauft er gleich fünf, sechs Flaschen. Vielleicht die letzte Chance. Bis Ostern ...

Dennoch – die Gabentische in Ost-Berlin, Leipzig, Gera oder Dessau werden sich nicht minder biegen als im Westen. Vieles hat sich gebessert: „In riesigen Lagerhallen türmen sich Plüschtiere, Sitzwürfel, Dreiräder, Spiele und Puppenhäuser", jubelt die Presse.

Aber das westliche Werbe-Fernsehen, fast überall allgegenwärtig, „verdirbt" den Geschenk-Standard. Frankreichs superbste Parfüms und andere Luxusgüter des Westens kennt heute jeder mit Namen, selbst in der abgelegensten Provinz.

„Vorwärts zum XI. Parteitag der SED" – ein Transparent im Textilgeschäft in Ost-Berlin. Dazwischen der Weihnachtsbaum mit den elektrischen Kerzen, bunt. Strumpfhosen, Pullis, T-Shirts, einfarbig und ohne Aufdruck. Und auch im Fischgeschäft, das reichlich Weihnachtskarpfen schwimmen läßt, das unvermeidliche Plakat zwischen Rollmöpsen, Bratheringen und Ölsardinen: „Der Handel an der Seite der Partei der Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden".

„Bei uns gibt's alles, fragt sich nur wo und wann", dürfen Laien-Kabaretts und Profis wie die Ostberliner „Distel" oder die Leipziger „Academixer" die Planwirtschaft auf die Schippe nehmen.

„Berlin ist eine Reise wert" – ein Slogan aus der Bundesrepublik. Jenseits der Mauer gilt er ebenso. Ost-Berlin, das ist für die Menschen aus den Vororten und vor allem für die aus der Provinz, immer noch die Reise wert. Sie kommen mit dem „Trabbi" oder der Deutschen Reichsbahn (so heißt sie immer noch), denn in Ost-Berlin da gibt es Apfelsinen, Dresdner Christstollen, schön verpackt, und Bier oder den 42prozentigen Nordhäuser Korn für die Silvesterfeier. Da lohnt auch eine weitere Reise, denn die Versorgung in der Hauptstadt ist immer noch besser.

Bei besonders begüterten West-Verwandten erbaten sich die Ost-Angehörigen über das staatliche Geschenkunternehmen „Genex" (Jahresumsatz: rund 200 Millionen West-Mark) zu diesem Fest besonders Exquisites: Videorecorder, US-Jeans und Farbfernseher. Drei Dutzend Bauwillige, ohne Aussicht auf Material, bekamen durch ihre Westkontakte sogar komplette Häuser auf die Wiese gestellt. Das teuerste für 120 000 D-Mark, alles aus „DDR"-Produktion.

Weihnachten 1986 darf's noch ein bißchen mehr sein – „Genex" bietet dann auch Videokameras und Gewächshäuser an. Und das „DDR"-Fernsehen wiederholt vielleicht den Mittelpunkt seines Ost-Festprogramms – eine Serie über „Sachsens Glanz und Preußens Gloria".

Mit Stander und Eisernem Kreuz

Von RÜDIGER MONIAC

Bundestags-Präsident Philipp Jenninger steht in der Stadthalle von Karlsruhe und spricht zu den Kommandeuren der Bundeswehr. Es ist nicht ungewöhnlich, daß ein hoher Politiker auf diesen Tagungen spricht – beim letzten Mal war es der Bundeskanzler –, doch neu, vielleicht auch ungewöhnlich ist das „Drumherum".

Rechts vom Präsidenten die Bundesdienstflagge in den Farben schwarz-rot-gold mit dem Bundesadler; das Pult des Redners schmückt der Stander des Generalinspekteurs; hinter dem Redner, fast den gesamten Hintergrund einnehmend, prangt das Eiserne Kreuz der Bundeswehr, das auf allen ihren Kampffahrzeugen zu sehen ist.

Ungwöhnlich? Ja. Denn noch bei der letzten Tagung sprach der Kanzler von einem Rednerpult, an dem nur der Name des Hotels zu lesen war. Symbole des Staates? Fehlanzeige.

Es war der ausdrückliche Wunsch von General Altenburg gewesen, der diesjährigen Kommandeurtagung – seiner letzten – den Stempel staatlicher Symbolik aufzudrücken. Er will damit klarmachen, daß zum Geist auch Herz gehört. Altenburg will den Kommandeuren die Bedeutung dieser Symbiose einprägen, und auch deshalb läßt er die staatlichen Zeichen groß und öffentlich sichtbar zeigen.

Manchem der Offiziere ist diese Veränderung von Travemünde nach Karlsruhe noch nicht bewußt. Wie, um sich zu entschuldigen, hört man: „Wir sind wahrscheinlich viel zu sehr zur Nüchternheit erzogen worden. Lernen müssen wir noch, daß unsere Soldaten auch ein Herz haben. Dazu gehören natürlich die Symbole wie Fahne und Nationalhymne."

Wie schwer es zum Beispiel ist, bei den Wehrpflichtigen positive Gefühle für den Staat zu wecken, läßt Altenburg in der Diskussion der Kommandeure mit dem Bundestagspräsidenten anklingen. Man müsse ihnen immer häufiger sagen: „Du kommst zur Truppe aus der Arbeitslosigkeit, danach gehst du wieder in die Arbeitslosigkeit. In der Zwischenzeit sollst du das Vaterland lieben." Der General meinte dies sicher nicht zynisch, aber er wollte damit sagen, daß nicht die Bundeswehr allein die Probleme von Staat und Gesellschaft lösen kann.

Gelöst ging es zu beim „Herrenabend". Ein munter plaudernder Oberstleutnant ließ als „Kammerbulle" 30 Jahre Mode in der Bundeswehr Revue passieren. Großes Gelächter gab es bei den Offizieren, als sie sahen, wie sie vor mehreren Dekaden in „Affenjäckchen" zum Dienst erschienen waren oder über den derben Wintermantel, der „nicht knittert, sondern allenfalls verbiegt".

»EINE 1 MIO DM-HALLE FÜR DM 4,87qm MONATLICH.«

Das ist der Schleswig-Holstein-Effekt.

Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot:

Mit DM 4,87 pro Quadratmeter monatlich finanzieren Sie eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein in 10 Jahren.
Und das mit einem Eigenkapital-Einsatz von nur DM 128.640 bei einer Investitionssumme von DM 1 Mio.
Durch die optimale Kombination von Zonenrandsonderabschreibung und direkten Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand ist das bei uns möglich.
Wir treten den Beweis in einem Finanzierungsmodell an. Es hat nur 6 Seiten. Sie sollten es kennen. Fordern Sie es an!



WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGS-GESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon: Bitte schicken Sie mir/uns kostenlos und unverbindlich

☐ Informationsschrift: Wie Sie bei einer Investition von DM 2 Millionen einen Steuer- und Zinsvorteil von DM 417.550,- in Schleswig-Holstein erzielen können, rechnen wir Ihnen vor.
☐ Informationsschrift: DM 596 000,- geringerer Kapitaldienst bei einer Investition von DM 2 Millionen im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein. Und das bei geringerem Eigenkapitaleinsatz!
☐ Informationsschrift: „STOP" Bevor Sie Ihre Bilanz abzugeben: Nutzen Sie die ertragsabhängigen Steuern als Eigenmittel für Investitionen. Hier sagen wir Ihnen wie.
☐ Finanzierungsmodell: DM 5 Millionen für das verarbeitende Gewerbe
☐ Finanzierungsmodell: DM 2 Millionen für den Im- und Exporthandel
☐ Finanzierungsmodell: So finanzieren Sie mit monatlich DM 4,87 per qm eine 1 000-qm-Halle in Schleswig-Holstein. Und in 10 Jahren gehört alles Ihnen.
☐ Finanzierungsmodell: Für das Handwerk und den mittelständischen Handel.

IWU/W 10/85

Ansprechpartner: Firma:
Straße: PLZ/Ort:
Telefon:

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Sophienblatt 60, 2300 Kiel 1, Tel.: (04 31) 6 30 91

Zimmermann erinnert die SPD an ihre „unzulässigen" Anfragen

GÜNTHER BADING, Bonn

Vor der Sondersitzung des Innenausschusses listete Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann nach Angaben von Teilnehmern eine ganze Reihe von Anfragen aus dem Bundestag auf, die sich – wie die von der SPD jetzt als unzulässig eingestufte Frage des CDU-Abgeordneten Todenhöfer an den Parlamentarischen Staatssekretär Spranger – ebenfalls mit extremistischen Organisationen oder Publikationen befaßten. Dabei nannte der Minister:

- Anfragen des SPD-Abgeordneten Alfred Emmerlich vom 10. September 1984 und vom 16. Dezember 1984 zur Existenz einer Reihe extremistischer Gruppierungen und zu Berichten der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.
- Der SPD-Abgeordnete Jürgen Egert stellte am 10. Oktober 1984 Fragen an das Innenministerium über den extremistischen Inhalt mehrerer Publikationen, darunter „Deutsche Wochenzeitung", „Nation Europa", „Völkerrecht und Ostdeutschland" und „Deutschland ohne Deutsche".
- Der SPD-Abgeordnete Günter Pauli aus Koblenz wollte am 14. April und 19. November 1983 Informationen zur Möglichkeit eines Verbotes des „Schutzbundes für das deutsche Volk e. V.". Ihm antwortete der Parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger.
- Im Mai 1983 forderte Pauli noch einmal Informationen zu einem Verbot der „Deutschen Nationalzeitung" und zur Indizierung von Schriften Rudels und Roeders.
- Der CDU-Abgeordnete Pohlmann fragte am 16. November 1982 nach der „Bürgerinitiative zur Rettung des deutschen Volkes".
- Der (damals wie heute) Vorsitzende des Innenausschusses, Axel Wernitz (SPD), erhielt im April 1981 von Innenminister Baum (FDP) Antwort auf Fragen zur Wehrsportgruppe Hoffmann, einem „Bundeswehr-Fanclub" und einer „Neuburger Jugendorganisation".

Der Innenminister faßte die dem Bundestagsabgeordneten Todenhöfer auf dessen Anfrage vom 20. November 1985 beim Parlamentarischen Staatssekretär Spranger (WELT v. 17. 12.) im Februar 1985 gegebene Antwort im wesentlichen so zusammen:

- Knapp ein Zehntel der zusammen 94 Mitglieder der zehn Landesvorstände der Grünen (mit Ausnahme von Berlin) war früher in linksextremistischen Organisationen tätig.
- Von den elf Mitgliedern des Bundesvorstands der Grünen war fast die Hälfte in linksextremistischen Zusammenschlüssen.
- Ähnlich gilt dies für ein Achtel der 35 Landtagsabgeordneten, ein Drittel der 27 Bundestagsabgeordneten und vier von sieben Mitgliedern des Europaparlaments.

In dem vom Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Stefan Pelny, vor dem Spionage-Untersuchungsausschuß ebenfalls als „Zumutung" genannten Bericht über Nachrücker der Grünen aufgrund des Rotationsprinzips sind nach Informationen der WELT sieben Mandatsträger aufgeführt. In dem Verfassungsschutzbericht heißt es unter dem Stichwort „Verurteilungen und sonstige Vorerkenntnisse":

- Der Abgeordnete der Berliner Alternativen Liste, Dieter Kunzelmann, sei 1971 wegen menschengefährdender Brandstiftung zu neun Jahren und einem Monat Haftstrafe verurteilt worden.
- Der Kandidat der Alternativen Liste, Gerald Klöpper, aus Berlin wurde zu elf Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt wegen Geiselnahme, erpresserischem Menschenraub – er war an der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz beteiligt –, schweren Raubes, unbefugten Waffenbesitzes und Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung „Bewegung 2. Juni".
- Die Europaabgeordnete der Grünen, Brigitte Heinrich, wurde wegen des Transports von Handgranaten und Tretminen über die schweizerisch-deutsche Grenze zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt.
- Der Bundestagsabgeordnete Hans Christian Ströbele erhielt zehn Monate Haft mit Bewährung wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.
- Der Europaabgeordnete Benedikt Härlin wurde ebenso wie der
- Europaabgeordnete Michael Klöckner zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Werbung für eine terroristische Vereinigung verurteilt.
- Der Europaabgeordnete Frank Schwalba-Hoth entging einer Verurteilung wegen seines Angriffs auf den US-General Williams im August 1983, bei dem er den Offizier mit Blut beschmierte, weil der General auf eine Strafanzeige verzichtet hatte.

Union und FDP klagen gegen WDR-Gesetz

AP, Bonn

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Normenkontrollklage gegen das neue Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk (WDR) erhoben. Die Abgeordneten Dieter Weirich (CDU/CSU) und Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP) sagten, die Klage richte sich gegen die als unausgewogen empfundene Zusammensetzung des Rundfunkrates sowie dagegen, daß dem wirtschaftlichen Aktionsradius des Senders keine Grenzen gesetzt würden. Nach den Worten Weirichs soll das Verfahren Klarheit darüber bringen, „was öffentlich-rechtliche Anstalten dürfen und was nicht". Hauptmangel des vorliegenden WDR-Gesetzes sei, daß es dem Sender keinen Rahmen für seine wesentlichen Aktivitäten vorschreibe. Damit gerate es in Widerspruch zur bisherigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes.

Angesichts der „absolut singulären wirtschaftlichen Möglichkeiten des WDR" würden die Chancen privater Konkurrenz mit geringerer Finanzkraft dahinschwinden. Der Sender könne die Vorteile des Gebührensystems und eines privatwirtschaftlichen Unternehmens verbinden.

Schwere Vorwürfe gegen Strauß

rtr, München

In der Auseinandersetzung um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf hat der Landrat von Schwandorf, Hans Schuierer (SPD), schwere Vorwürfe gegen die bayerische Staatsregierung und Ministerpräsident Franz Josef Strauß erhoben. In einem vorab veröffentlichten Interview der Zeitschrift „Natur" sagte der Landrat, das Vorgehen der Landesregierung zur Durchsetzung der WAA „in Nacht- und Nebel-Aktionen" habe ihn „an das Dritte Reich" erinnert. Schuierer verbreitete außerdem eine Erklärung, in der er die Vorwürfe, die er am Samstag in seiner Ansprache vor rund 25 000 WAA-Gegnern bei Wackersdorf erhoben hatte, wiederholte. Bayerns Innenminister Karl Hillermeier hatte am Dienstag wegen dieser Äußerungen disziplinarische Schritte gegen ihn gefordert. Über den Antrag von vier Anwohnern der geplanten Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstäbe in Wackersdorf, den Bau des umstrittenen Projekts vorläufig zu stoppen, wird der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) erst im kommenden Jahr entscheiden.

München setzt auf 218-Kompromiß

lz. München

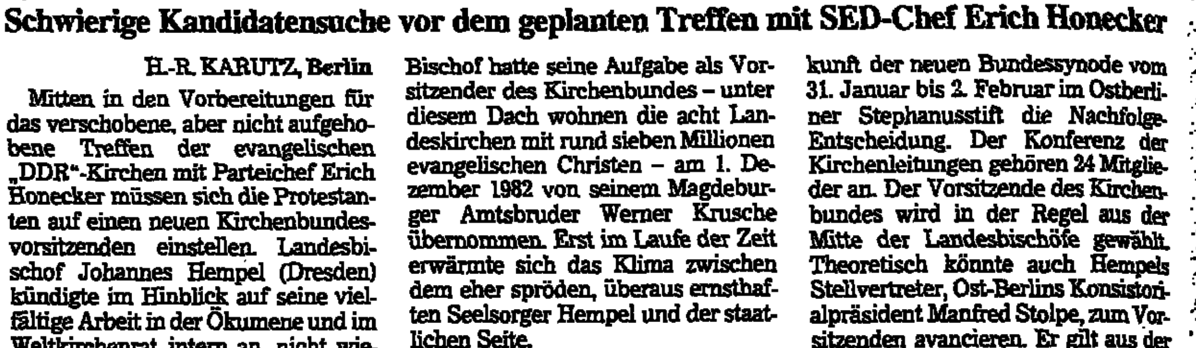
Für die CSU ist das Thema um einen verbesserten Schutz des ungeborenen Lebens „zunächst erledigt", falls der zwischen den Unionsländern gefundene Kompromiß in Form einer Entschließung morgen den Bundesrat passiert. Dies erklärte der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber. Notwendig ist dazu allerdings auch die Zustimmung der norddeutschen Unionsländer, unter denen vor allem Schleswig-Holstein Bedenken geäußert hatte. Der Kompromiß basiert auf einem CSU-Papier (WELT vom 28.11.), das unter anderem den Arzt, der eine soziale Indikation feststellt, zu einer eingehenden schriftlichen Begründung verpflichtet.

Empörung über IG Metall

UR. Bonn

Die Sozialausschüsse der CDU-Saar haben „ab sofort massiven Widerstand" gegen den Mißbrauch von Politik- als Gewerkschaftsmandaten angekündigt. Anlaß für die Empörung in den Sozialausschüssen ist die Rede des SPD-Abgeordneten Kurt Hartz im Landtag bei der Diskussion um den Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz. Hartz, zugleich IG Metall-Bevollmächtigter an der Saar, hatte die Bundesregierung verdächtigt, mit ihrer Klarstellung zum Arbeitskampfrecht die Gewerkschaften „ausschalten" zu wollen und einen Bogen zu der Beschränkung der Gewerkschaftsrechte in totalitären System gezogen. Landessozialsekretär Horst Jacob nannte die Ausführungen von Hartz den „Gipfel einer Kampagne, in der insbesondere IG-Metall-Gewerkschafter das Parteibuch mit dem Gewerkschaftsbuch verwechseln und die Einheitsgewerkschaft zur Einseits-Gewerkschaft machen". Viele CDU-Mitglieder im DGB-Saar stellten sich mittlerweile die Frage, ob man sich „angesichts der mangelnden Parteiunabhängigkeit vieler führender DGB-Funktionäre noch seinen Beitrag zum Mißbrauch des Gedankens der Einheitsgewerkschaft" leisten könne.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Der sächsische Landesbischof Johannes Hempel will sein Amt als erster Mann im Kirchenbund der „DDR" abgeben. Manfred Stolpe kommt als Nicht-Theologe für die Nachfolge kaum in Betracht. Christoph Demke gilt als Kompromißkandidat. Als Favorit zeichnet sich Werner Leich ab (von links nach rechts). FOTOS: DIE WELT

Unter der Ägide Hempels gewann die „DDR"-Kirche an Ansehen in der Welt

Schwierige Kandidatensuche vor dem geplanten Treffen mit SED-Chef Erich Honecker

H.-R. KARUTZ, Berlin

Mitten in den Vorbereitungen für das verschobene, aber nicht aufgehobene Treffen der evangelischen „DDR"-Kirchen mit Parteichef Erich Honecker müssen sich die Protestanten auf einen neuen Kirchenbundesvorsitzenden einstellen. Landesbischof Johannes Hempel (Dresden) kündigte im Hinblick auf seine vielfältige Arbeit in der Ökumene und im Weltkirchenrat intern an, nicht wieder als erster Mann der acht Landeskirchen zur Verfügung zu stehen. Die neukonstituierte Bundessynode muß sich nun Ende Januar 1986 in Ost-Berlin mit dieser Lage befassen.

Hempels „Nein" zu einer neuerlichen Kandidatur erfolgte bereits vor einiger Zeit. Der hochangesehene Kirchenführer, einer der Präsidenten des Weltkirchenrats und Mitglied im leitenden Zentralausschuß, begründete seinen Schritt mit der Konzentration auf seine Aufgaben in der Weltökumene und in der eigenen Landeskirche. Ohnehin zählte der 56jährige Geistliche aus Zittau nie zu denjenigen, die Kirchenpolitik im engeren Sinne – zumal unter den schwierigen „DDR"-Bedingungen – als Lebensaufgabe betrachten.

Besseres Klima

Hempels Entscheidung fällt – sofern ihn seine sieben Bischofskollegen nicht noch umstimmen – in eine kirchenpolitisch sensible Zeit. Denn das von Honecker bei Hempels erstem längeren Zusammentreffen mit dem SED-Chef im Februar 1985 in Ost-Berlin verabredete Treffen zur Erörterung vieler strittiger und offener Fragen steht weiterhin aus. Der Bischof hatte seine Aufgabe als Vorsitzender des Kirchenbundes – unter diesem Dach wohnen die acht Landeskirchen mit rund sieben Millionen evangelischen Christen – am 1. Dezember 1982 von seinem Magdeburger Amtsbruder Werner Krusche übernommen. Erst im Laufe der Zeit erwärmte sich das Klima zwischen dem eher spröden, überaus ernsthaften Seelsorger Hempel und der staatlichen Seite.

In Hempels Amtszeit fällt das Wort vom gewachsenen „Grundvertrauen" zwischen Kirche und Staat, das auf der Bundessynode 1984 in Greifswald allerdings von den Synodalen relativiert wurde. Dank des großen Ansehens, das der sächsische Landesbischof in der weltweiten Ökumene genoß, wuchs auch das Gewicht der „DDR"-Kirchen selbst in der protestantischen Christenheit.

Vor allem in diesem Jahr erwies sich der Doktor der Theologie, Studentenpfarrer und Pastor als begnadeter Redner. Hempel hielt in der Gedenknacht für die 35 000 Bombenopfer von Dresden in der Kreuzkirche die – neben der von Richard von Weizsäcker – wichtigste Rede in Deutschland zum Kriegsende. Dabei klammerte er auch die Gewissensnot vieler Christen in der „DDR" und die politische Lage („Die Grenzen lasten und bluten") nicht aus. Zum 8. Mai predigte Hempel in der Ostberliner Marienkirche und berührte dabei unter anderem das „DDR"-Tabu der gefallenen deutschen Soldaten, „die nicht die Kraft zum Widerstand hatten und nicht haben konnten".

Bleibt es bei Hempels Ankündigung, fällt während der Zusammenkunft der neuen Bundessynode vom 31. Januar bis 2. Februar im Ostberliner Stephanusstift die Nachfolge-Entscheidung. Der Konferenz der Kirchenleitungen gehören 24 Mitglieder an. Der Vorsitzende des Kirchenbundes wird in der Regel aus der Mitte der Landesbischöfe gewählt. Theoretisch könnte auch Hempels Stellvertreter, Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, zum Vorsitzenden avancieren. Er gilt aus der Sicht der SED als spiritueller Kopf der Kirche/Staat-Beziehungen. Als Nicht-Theologe – Stolpe ist Jurist – kommt er als Vorsitzender jedoch nur schwerlich in Betracht.

Schüler von Schönherr

Die Gedanken über einen möglichen Hempel-Nachfolger konzentrieren sich zur Zeit auf den thüringischen Landesbischof Werner Leich (Eisenach). Er ist Lutheraner und versieht sein Amt seit acht Jahren. Er stand in schwierigen Auseinandersetzungen der vom Staatssicherheitsdienst weitgehend aufgelösten „Friedensszene" in Jena. Leich gilt als Mann von intellektueller Substanz, der auf einen anhaltenden Lernprozeß zwischen atheistischer Staatspartei und Kirche baut, aber auch die Grenzen kennt.

Als denkbarer Kompromißkandidat wird intern bereits der Magdeburger Bischof Christoph Demke angesehen, ehemaliger Sekretär des „DDR"-Kirchenbundes. Er gilt als Schüler von Bischof Albrecht Schönherr, der über Jahre die kirchenpolitische Szene in der „DDR" bestimmte.

„Strukturwandel als Chance nutzen"

Auf dem Zukunftskongreß der Stuttgarter Landesregierung stand Umweltschutz im Mittelpunkt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Jede Politik der Umweltvorsorge wird sich letztlich nur durchsetzen lassen, wenn in der Gesellschaft zugleich auf breiter Basis eine Ethik der Zukunftsvorsorge wirksam ist." Diese Feststellung traf der baden-württembergische Landwirtschafts- und Umweltminister Gerhard Weiser am Schluß des zweitägigen „Zukunftskongresses" der Stuttgarter Landesregierung, der unter dem Motto „Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft – Wege zu einem neuen Grundverständnis" stand. Zum Handeln seien, wie Weiser weiter sagte, alle aufgerufen, an vorderster Stelle aber die Politik. Dabei müsse sie, was die Sache besonders schwierig mache, in zeitlich und räumlich weit gespannten Dimensionen wirken.

Sünden der Vergangenheit

Die baden-württembergische Landesregierung wolle jedenfalls, so kündigte Weiser an, der anstelle des erkrankten Ministerpräsidenten Lothar Späth sprach, alsbald zur Tat schreiten. Anfang kommenden Jahres werden die zuständigen Ressortminister prüfen, welche Anregungen dieser Tagung in konkrete Arbeitsaufträge umgemünzt werden sollten.

Den Strukturwandel solle man nach Ansicht Weisers als Zukunftschance begreifen. Es sollten alle wissenschaftlichen und technischen Ressourcen genutzt werden, um ein qualitatives Wachstum, also die Steigerung der ökonomischen Produktivität bei gleichzeitiger Verminderung ökologischer Eingriffe, zu erhalten. Die Sünden der Vergangenheit müßten bewältigt werden. Dabei habe es wenig Sinn, nach Schuldigen zu suchen, haften und bezahlen müßten alle.

Am kontroversesten wurde auf dem Kongreß erwartungsgemäß im Arbeitskreis „Gesellschaftspolitik" diskutiert. Zwar ist einerseits nicht bezweifelt worden, daß die etablierten Parteien die Umweltproblematik, wenn auch langsam und nur am Rande, aber dennoch relativ früh in ihre Programme aufgenommen haben. Auch schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich beim Aufgreifen dieser Themen recht günstig ab. Dennoch, so vermerkten Kritiker, spielte die Umwelt im Vergleich zu anderen politischen Themen in den Wahlprogrammen vergangener Jahre immer nur eine vergleichbar geringe Rolle. Insbesondere seien hierzulande erhebliche Vollzugsdefizite der öffentlichen Verwaltung im Umweltbereich festzustellen.

Der Berliner Professor Meinolf Dierkes vertrat in seinen stark beachtetes Einführungsvortrag die Auffassung, daß in der jetzigen Situation technischer Fortschritt nicht mehr allein nach seinem Beitrag für den wirtschaftlichen Wohlstand gemessen weden könne. Vielmehr müßten gleichermaßen seine wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Risiken und Chancen berücksichtigt werden. Dierkes sieht hierin ein „magisches Dreieck".

Die Kernthese von Professor Wolf Häfele, Kernforschungsanlage Jülich, lautete, daß die Tragfähigkeit der Erde für das unvermeidbare Wachstum der Erdbevölkerung nur dadurch verbessert werden könne, indem die Menschheit reicher werde, um mehr investieren zu können. Nicht Zurücknahme, sondern Erweiterung unserer zivilisatorischen Infrastruktur und des Energieeinsatzes sei dazu notwendig.

Ökologie und Ökonomie

Einen breiten Raum nahm auf dem Kongreß, der von rund 1000 Teilnehmern besucht worden war, der Zielkonflikt zwischen moderner Landwirtschaft und Grundwasserproblemen (Nitratbelastung) sowie Artenschutz bei Pflanze und Tier ein. Der Hohenhiemer Professor Günther Weinschenck sprach von der Chance einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie im Agrarbereich.

Die Lösung der Nitratprobleme wird von einigen Wissenschaftlern vorrangig in einer besseren Beratung der Landwirte gesehen. Zur Behebung der verschiedenen Ursachen der Grundwasserbelastung werden Lösungsmöglichkeiten angeboten, die von einer technisch-chemischen Reinigung des Grundwassers bis hin zu einer pflanzenbaulich-ökonomischen Problemlösung reichen.

Wer profitiert von der Steuerreform?

Was sich im neuen Jahr für den Bürger ändert / Neuregelungen im Steuer- und Sozialrecht

Zum Jahreswechsel treten diesmal besonders umfangreiche Änderungen im Steuer- und Sozialrecht in Kraft, vor allem bedingt durch die zweistufige Steuersenkung 1986/88. Die WELT gibt in mehreren Beiträgen einen Überblick über die wichtigsten neuen Bestimmungen.

HEINZ HECK, Bonn

Die zweistufige Steuersenkung bringt 1986 und 1988 eine Entlastung aller Steuerzahler um rund 19,4 Milliarden Mark. Der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt geht damit 1988 um rund einen Prozentpunkt auf 23,4 Prozent oder das Niveau von 1982 zurück. Die öffentlichen Hände – Bund, Länder und Gemeinden – verzichten auf etwa acht Prozent der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer, ohne andere Steuern zur Kompensation der Ausfälle zu erhöhen. Das hat es in dieser Form und Größenordnung seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Die Charakterisierung als größte Steuerreform ist also zutreffend.

2484 Mark pro Kind

Bundesregierung und Koalitionsparteien haben für die erste Stufe 1986 klar die politische Priorität auf die Entlastung der Familien mit Kindern gesetzt, während 1988 die allgemeine Tarifsenkung zur Milderung der Progression im Vordergrund steht.

Das machen auch die folgenden Zahlen deutlich: 1986 betragen die Steuerentlastungen rund 10,9 Milliarden Mark. Davon entfällt allein auf den Familienlastenausgleich mit 5,2 Milliarden Mark fast die Hälfte. Die steuerliche Entlastung entsteht dadurch, daß der jährliche Kinderfreibetrag von 432 auf 2484 Mark je Kind erhöht wird (ein weiterer Beitrag befaßt sich ausführlich mit dem Kinderfreibetrag).

Da außerdem in solchen Fällen, wo der Kinderfreibetrag nicht greift (zum Beispiel, weil das Einkommen zu niedrig ist) Kindergeldzuschläge von jährlich schätzungsweise 650 Millionen Mark gezahlt werden, erreicht der Familienlastenausgleich sogar ein Volumen von 5,85 Milliarden Mark.

Die Tarifentlastung 1986 macht insgesamt 5,7 Milliarden aus. Davon entfallen 2,1 Milliarden auf die Erhöhung des sogenannten Grundfreibetrags von 4212 / 8424 (Ledige/Verheiratete) um 324 / 648 auf 8424 / 9072 Mark. Jeder Steuerzahler wird durch diese Erhöhung um den einheitlichen Betrag von 72 / 144 Mark (Ledige/Verheiratete) entlastet.

Ziel ist, durch den Grundfreibetrag ein Existenzminimum von der Lohn- und Einkommensteuer freizustellen. Da dieser jedoch seit Jahren nicht mehr erhöht worden ist, hat sich inzwischen erheblicher Nachholbedarf aufgestaut, der in weiteren Steuerreformen mit hohem Aufwand befriedigt werden soll. Nach einer Faustformel führt derzeit eine Erhöhung des Grundfreibetrags um 100 / 200 Mark zu Einnahmeausfällen von etwa 700 Millionen Mark im Jahr.

Die restlichen 3,6 Milliarden Mark Einnahmeausfälle werden durch eine erste Abflachung der Steuerprogression verursacht. Die progressive Besteuerung beginnt bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 18 000 / 36 000 Mark (Ledige/Verheiratete) und endet bei 130 000 / 260 000 Mark. Darauf folgt die sogenannte obere Proportionalzone mit 56 Prozent Besteuerung (Spitzensteuersatz). Davor liegt die untere Proportionalzone mit 22 Prozent.

Nur ein Zwischenschritt

Folglich sind in der Progressionszone je 100 Mark Mehreinkommen Beträge zwischen 22 und 56 Mark abzuführen. Man spricht von der Grenzsteuerbelastung (also der Besteuerung zum Beispiel einer Gehaltserhöhung), die mit ihrem scharfen Zugriff den Anreiz zu Leistungssteigerung und damit Mehrverdienst erheblich dämpft.

So steigen beim derzeit geltenden Einkommensteuertarif (1981) die Steuersätze von 18 000 / 36 000 bis 60 000 / 120 000 Mark von 22 Prozent bereits um 28 Prozentpunkte auf über 50 Prozent. Das heißt also: Wer als Lediger 60 000 Mark zu versteuern hat, muß von 100 Mark Mehrverdienst 50 Mark Lohn- und Einkommensteuer ans Finanzamt abführen. Betroffen ist die große Zahl der Bezieher mittlerer und gehobener Einkommen – Facharbeiter, Angestellte und zahlreiche Selbständige. Die Tarifsenkung 1986 und 1988 wird daher nur als Zwischenschritt in Richtung auf einen gleichmäßig (linear) progressiven Tarif verstanden. Bei einem solchen Tarif ist die Grenzbelastung bis zum Spitzensteuersatz überall gleich.

Die deutschen Landwirte hadern mit den Parteien

Mehr als 23 Prozent wollen „überhaupt nicht" zur Wahl gehen

WILM HERLYN, Münster

Mit Besorgnis studieren die Wahlkampfstrategen aller Parteien eine Umfrage der in Münster verlegten überregionalen Fachzeitschrift „top agrar", die jetzt veröffentlicht wurde. Danach fühlt sich jeder zweite Landwirt von keiner politischen Partei „richtig vertreten". Von den 1600 befragten Lesern von „top agrar" bekannten sich exakt 40,7 Prozent zu dieser Aussage. Auf die Frage, welche Partei die landwirtschaftlichen Interessen am besten vertrete, nannten 30,2 Prozent die CDU, 5,8 Prozent die SPD, 7,6 Prozent die FDP und 1,8 Prozent die Grünen.

Alarmierend empfinden es die Parteizentralen aber, daß mehr als 23 Prozent der Befragten 1986 und 1987 „überhaupt nicht wählen" wollen. 1986 jedoch werden bundesweit fünf Wahlen stattfinden: Tests für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau betonte am Montag in Ahlen, die SPD wolle alle „politisch heimatlosen Bürger" in ihre Obhut nehmen. Das veranlaßte gestern den Sprecher der CDU in Bonn, Jürgen Merschmeier, zu der Bemerkung gegenüber der WELT: „Ich kann mir kaum vorstellen, daß sich die Bauern ausgerechnet Johannes Rau als n(N)eue Heimat aussuchen."

Beispiel Borken

Aber auch er verkennt den Ernst der Konsequenzen aus der Bauern-Umfrage nicht. Die Union sei sich bewußt, daß die Gefahr vor allem darin bestehe, „daß sich die Landwirte schlicht verweigerten". Zwar sei die Entscheidungssituation bei einer Bundestagswahl anders, aber die erschreckenden Ergebnisse der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai hätten demonstriert, daß große Teile der Bauernschaft der Urne ferngeblieben seien.

Da die Statistischen Landesämter ihre Analysen nach Geschlecht und Alter, nicht aber nach Berufsgruppen auflisten, ist eine genaue Untersuchung schwer. Aber allein das Beispiel eines auch agrargeprägten Wahlkreises scheint signifikant zu sein: Das münsterländische Borken II lieferte für die CDU stets die landesweit besten Ergebnisse: 69,7 Prozent waren es 1980 – und die SPD kam auf lediglich 25,1 Prozent. Aber 1985 sackte die Union schon auf 61,1 Prozent und die SPD konnte sich knapp an die 30-Prozent-Marke heranarbeiten. In allen anderen landwirtschaftlich geprägten Gebieten verlor die CDU in NRW an Zustimmung – vor allem, weil die Stammwähler einfach zu Hause blieben. Merschmeier ergänzte, der Bundesvorstand habe im Oktober eine „Agrar-Kommission" unter der Leitung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht eingesetzt, die im Januar ihre Arbeitsergebnisse vorlegen wird. Aber, so der CDU-Sprecher, „es ist schon sehr schwierig, die Sorgen eines Schwarzwald-Bauern mit denen eines Rüben-Bauern in Schleswig-Holstein unter einen Hut zu bringen".

Bayerische Probleme

Schwierigkeiten mit den Landwirten hat auch die CSU. In Bayern versagten ihr die Bauern bei der Europa-Wahl 1984 in Scharen die Gefolgschaft – arg für Franz Josef Strauß, denn von den rund 300 000 bayerischen Landwirten wählten sonst stets etwa 95 Prozent christlich-sozial. Dieser Wert sackte 1984 mehr als fünf Prozentpunkte ab.

Da die Bauern gegenwärtig noch gut 1,5 Prozent der Einwohner der Bundesrepublik darstellen, kümmert sich – trotz geringer Akzeptanz – auch die SPD um diese Klientel. Allerdings kommt sie dabei in Beweisnot: Die Milchquoten-Regelung und den daraus entstehenden Ärger hat die CDU/FDP-Bundesregierung auszubaden, aber noch wissen die Landwirte, daß ihnen dieses noch die sozialliberale Regierung unter Helmut Schmidt und Josef Ertl eingebrockt hat.

Landwirtschaftlichen Unmut muß auch der zuständige Düsseldorfer Minister Klaus Matthiesen ertragen. Da immer mehr Bauern von der unrentablen Milchwirtschaft auf Schweinemast umstellen, ihre Wiesen darum trockenlegen, um sie für den Getreideanbau zu nutzen, gehen auch immer mehr Feuchtwiesen und damit Lebensraum für die Vogelarten verloren. Um den Artenschutz zu gewährleisten, will Matthiesen dem einen Riegel vorschieben und die Bauern entschädigen. Die Reaktion der Landwirte in Borken: „Der will uns enteignen" – und wandeln – um listig schnell noch Fakten zu schaffen – ihre Wiesen in Äcker um.

Naherholung und Ackerbau statt Flughafen

geo. Kiel

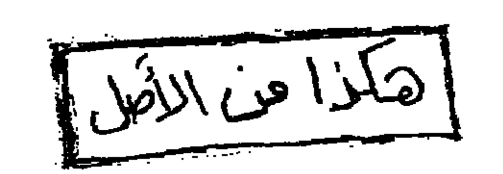
Eine positive Bilanz der Zusammenarbeit ihrer beiden Länder haben der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel (CDU), und der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) gezogen. Als Beispiel verwies Barschel auf die zukünftige Nutzung des Gebietes, das einst für den Bau des Flughafens Kaltenkirchen vorgesehen worden war. Nachdem nun auch der Bund neben den beiden Bundesländern dritter Partner der Flughafen Hamburg GmbH seine Zustimmung erteilt hat, soll das Areal als Land für Bauern und als Naherholungsgebiet genutzt werden. Nach Ansicht beider Politiker kann mit dem Bau einer Trasse zwischen dem Flughafen Fuhlsbüttel und der Autobahn A 7 (Hamburg-Flensburg), die den Flughafen günstiger an das Verkehrsnetz anschließen soll, im Jahre 1987 gerechnet werden.

Erste Lösungen zeichnen sich im Problembereich Hausmüll und Klärschlamm aus der Hansestadt ab. In der Rahmenvereinbarung hatte sich verpflichtet, über einen Zeitraum von 15 Jahren pro Jahr 80 000 Tonnen Hausmüll und Klärschlamm abzunehmen. Sie sollen auf einer Zentraldeponie im Kreis Segeberg abgelagert werden.

Schutzvorschriften werden verschärft

rtr, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern verschärfte Vorschriften für den Umgang mit gefährlichen Stoffen und Chemikalien beschlossen. Die verabschiedete Gefahrstoffverordnung werde vor allem den Schutz der Arbeitnehmer, aber auch der Verbraucher vor gefährlichen Stoffen wie Formaldehyd, Benzol, Dioxin und Asbest wesentlich verbessern, erklärte dazu der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt. Die Vorschriften erstrecken sich auf den Umgang mit diesen Stoffen und verpflichten zur Information und Beteiligung des Betriebsrats bei Schutzmaßnahmen. Wie der Staatssekretär weiter mitteilte, müssen Betriebs- und Personalräte bei Maßnahmen zum Schutz gegen gefährliche Stoffe am Arbeitsplatz beteiligt und über Gefährlichkeit und Risiken ausführlich informiert werden.



Willochs bürgerlicher Drahtseilakt

G. MEHNER, Kopenhagen

Nach monatelangem, nervenaufreibendem Tauziehen hat Norwegens bürgerliche Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Kare Willoch jetzt das Budget 1986 durchboxen können. Der Preis war hoch: Um sich die Unterstützung der Fortschrittspartei (Steuerprotestler) zu sichern, mußte Willoch das schon äußerst expansive 86er-Budget um weitere 201 Millionen Kronen ausweiten.

Seit den Stortingswahlen im September steht Willochs bürgerliche Dreierkoalition aus Konservativen, Christlicher Volkspartei und Zentrum den Linksparteien bei der Sitzverteilung in einem 78-zu-77-Verhältnis gegenüber. In dieser Situation versucht die nicht zum Koalitionskreis zählende aber sich zum bürgerlichen Lager rechnende Fortschrittspartei mit ihren politischen Pfunden – zwei Stortingsmandate – zu wuchern, also vor allem wählerwirksam weitere Ausgaben durchzusetzen. Carl I. Hagen, der Chef dieser Partei, hat seinen Anhängern erklärt, daß er keine sozialistische Politik unterstützen werde. Seither steht er in einer bürgerlichen Zwangssolidarität. Er würde politischen Selbstmord begehen, wenn seine Forderungsinflation die bürgerliche Regierung kippte.

Um dieser Partei die Chance zu einer exzessiven politischen Selbstdarstellung zu nehmen – aber auch in Reaktion auf den Verlust der absoluten bürgerlichen Mehrheit im September –, präsentierte die Koalition im Oktober einen der ausgabenfreudigsten Budgetentwürfe in der norwegischen Geschichte. Verantwortlich für die um 12,6 Prozent auf 222,3 Milliarden Kronen steigenden Ansätze sind höhere Ausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich. Wie weit die bürgerliche Koalition dabei gegangen ist, läßt sich unter anderem daran ablesen, daß erstmals seit 1977 wieder ein defizitäres Budget mit einem Neuverschuldungserfordernis von 15,5 Milliarden Norwegischen Kronen vorgelegt wurde.

Willoch machte aber gleichzeitig klar, daß für ihn dies das Ende der Fahnenstange ist: Sollte die Opposition und die Fortschrittspartei „weitere signifikante Ausgabensteigerungen" durchsetzen, dann werde er zurücktreten. Allerdings sind nach der norwegischen Verfassung keine vorzeitigen Neuwahlen möglich. Eine Regierungskrise hätte also durch eine Regierungsbildung seitens der Opposition beigelegt werden müssen. Derartige Perspektiven stoßen dort aber keineswegs auf Enthusiasmus. Gro Harlem Brundtland, die Parteivorsitzende der Sozialdemokraten: „Es gibt eine nichtsozialistische Mehrheit im Storting – also muß der bürgerliche Block regieren."

Daß Willoch sich trotz zusätzlichen Ausgabensteigerung doch weitgehend durchgesetzt hat, wird in der relativen Betrachtungsweise deutlich: Es handelt sich um eine Rahmenausweitung von lediglich 0,1 Prozent. Die Fortschrittspartei hatte dagegen viel weitergehende Ausgaben reklamiert. Auch ging ein weiterer Wunsch von ihr nicht in Erfüllung. Im Vorwort zum Haushaltsgesetz wollte sich diese Partei „als einen Teil des parlamentarischen Rückhalts der Regierung" aufgewertet wissen. Aber dies hätte Willochs beiden kleineren Koalitionspartner in Rage versetzt, die mit der Fortschrittspartei ziemlich verfeindet sind.

Aus Kreisen der Wirtschaft ist das 86er-Budget als „unverantwortlich expansiv" kritisiert worden. Zu Recht, denn die staatliche Ausgabenflut trifft auf eine florierende Binnenkonjunktur und erhöht beträchtlich das Inflations-Risiko.

Anzeige

Geistige Klarheit
kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 26,50 (Ausland 35,–, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Beruf: ______
Vorw./Tel.: ______
Datum: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ______
01-038

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Der Neuaufbau der Streitkräfte als Test für Ugandas Friedensfähigkeit

Jubel, aber auch Skepsis über den Vertrag / Wandelt sich Museveni zum Staatsmann?

DORIS GRAY/DW. Nairobi

Kenias Präsident Daniel Arap Moi sei mit dem Friedensvertrag für Uganda ein „Meisterwerk" gelungen, hieß es in Nairobi. Jubel in Kampala, als General Tito Okello zurückkehrte. Nach viermonatigen Verhandlungen hatte er gemeinsam mit Yoweri Museveni, dem Führer der Guerillabewegung Nationale Widerstandsarmee (NRA), den Vertrag unterzeichnet. Er soll den nun seit etwa fünf Jahren anhaltenden Bürgerkrieg im Land beenden.

Dennoch bleiben Zweifel, ob mit dem Friedensvertrag in dem einst als „Perle Afrikas" bezeichneten Land der Friede auch wirklich einkehren wird. Nach fast zwei Jahrzehnten der Feindschaft zwischen den Stämmen Ugandas, grausamer Verfolgungen besonders des Elitevolkes der Baganda sowie brutaler Übergriffe von Soldaten auf Zivilisten scheint es für Landeskenner eher ausgeschlossen, daß das Land wirklich Ruhe finden wird.

„Ära der Stabilität"

Skepsis herrschte in Kreisen von Exilugandern, die zu Tausenden in Kenia leben, darunter zahlreiche Universitätsprofessoren, die einst an der Elite-Universität Makerere in Kampala unterrichteten. „Wer weiß, wie lange der Friedensvertrag eingehalten wird", bemerkte ein ugandischer Wirtschaftswissenschaftler.

Optimistisch dagegen zeigte sich Kenias Präsident: Er kündigte eine „neue Ära des Friedens und der Stabilität" für Uganda an, die „über alle Stammeskonflikte hinausgehen werde".

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß das Zustandekommen des Abkommens nicht allein der Verhandlungskunst Daniel Arap Mois zu verdanken ist. Yoweri Museveni, der laut Vertrag jetzt Stellvertreter Okellos im regierenden Militärrat wird, hatte in den vergangenen Wochen die Schraube um die Hauptstadt immer enger angezogen. Die Straßen im Süden und Westen des Landes waren bereits von seinen Männern abgesperrt, der Lebensmittel- und Benzintransport somit zu einem Stillstand gekommen, und der Handel mit dem südlichen Nachbarn Ruanda war gefährdet.

Diese lebensbedrohliche Situation brachte Okello, der nach dem Sturz Präsident Obotes die Macht übernahm, in die prekäre Situation, die seine Militärregierung vor die Entscheidung stellte, entweder auf die Forderungen der Rebellen einzugehen und ein Abkommen zu unterzeichnen, oder weiterzukämpfen. Letzteres war ein aussichtsloses Unterfangen – die undisziplinierte und korrupte Armee hatte keine Chance, die straff geführte und schlagfertige NRA zu besiegen.

Während der Verhandlungen in Nairobi wurde deutlich, daß keiner der beiden Kontrahenten bereit war, seine Armee aufzulösen, die Waffen niederzulegen und einer Neuordnung der Armee zuzustimmen.

Der jetzt unterzeichnete Vertrag sieht gleichwohl die sofortige Auflösung der Armee als auch der Nationalen Befreiungsarmee vor.

20 Beobachter aus Kenia, Tansania, Großbritannien und Kanada sollen diesen Vorgang überwachen. Bei den Streitkräften sollen künftig Männer aller ethnischen und politischen Gruppierungen proportional vertreten sein. Wird dies erreicht, wäre dies das erste Mal in der Geschichte Ugandas, daß die Armee sich nicht allein aus Angehörigen der Stämme im Norden des Landes zusammensetzt.

Die neue Armee soll auf 8400 Soldaten beschränkt bleiben, um eine sorgfältige Ausbildung der Rekruten zu gewährleisten. Jene, die sich seit dem Coup im Juli der Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, sollen vor Gericht gestellt und Männer, die unter Diktator Idi Amin gedient haben, entlassen werden.

Wahlen geplant

Die derzeitige Regierungsarmee zählt etwa 20 000 Mann. „Was geschieht mit den 17 000 Soldaten, die nicht in die neue Armee aufgenommen werden?" fragt ein Landeskenner besorgt. Sie und die Rebellen, die auf über 15 000 Mann geschätzt werden, könnten ein beachtliches Unruhepotential bilden.

Eine der Bedingungen in dem fünfzig Seiten umfassenden Friedensvertrag ist, daß Museveni die Interimsverwaltung im Südwesten von Uganda aufhebt und die Straße für privaten und kommerziellen Verkehr freigibt. Außerdem ist eine nationale Konferenz geplant, die freie Wahlen zum baldmöglichsten Zeitpunkt vorbereiten soll.

Besondere Aufmerksamkeit gilt jetzt Museveni. Kann dieser gewiefte Rebell, der jahrelang im Busch gekämpft hat, die Hürde vom Guerilla-Führer zum Staatsmann nehmen? Kann Museveni, ein Mann aus dem Süden, sich zu einem Patrioten für ein geeintes Uganda entwickeln? Er wird die Karten offen auf den Tisch legen und Stellung zu den vielfältigen politischen und vor allem wirtschaftlichen Problemen beziehen müssen.

Der 71jährige General Okello sieht sich selbst nur als vorübergehender Staatschef und steht bei künftigen Wahlen vermutlich nicht als Kandidat zur Verfügung.

Wahlsieg mit dem Slogan „Assam den Assamesen"

Droht jetzt 400 000 Einwanderern die Ausweisung?

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

Die Szene erinnert kaum an die Wahlen 1983 im indischen Bundesstaat Assam. Jene, die damals die Wahlen der Staatsregierung boykottierten, drängten sich jetzt zu Hunderten vor den Wahllokalen, um ihre Partei, den Assamesischen Volkskongreß (AGP) zu wählen.

Mit 80 Prozent war die Wahlbeteiligung für indische Verhältnisse außerordentlich hoch. Nach ersten Stimmauszählungen stand gestern bereits fest, daß künftig Assamesen ihr Land regieren werden, die der AGP der bisher regierenden Kongreßpartei von Ministerpräsident Rajiv Gandhi eine schwere Niederlage bereitet haben.

Die Kongreßpartei konnte 1983 die Mehrheit der Stimmen nur deshalb erringen, weil rund 90 Prozent der Wahlberechtigten die damaligen Wahlen boykottierten.

Die Schlappe für die Kongreßpartei und der Sieg für die noch junge AGP ist, wie es ein assamesischer Student formuliert, „die Bestätigung für uns, daß die Bevölkerung hinter der Assam-Bewegung steht und unsere Vereinbarung mit der indischen Zentralregierung über die Ausweisung von Ausländern unterstützt".

So jung wie die AGP – sie besteht erst seit knapp zwei Monaten – ist auch ihre Führung. Jene Studenten der Gauhati-Universität, die seit fünf Jahren eine Agitation gegen die indische Zentralregierung führen, werden jetzt vermutlich die Regierung in Assam stellen, mit AGP-Chef Prafulla Kumar Mahanta an der Spitze. Ob es ihr gelingt, alleine in Assam zu regieren, oder ob sie eine Koalition eingehen muß, war zunächst noch offen.

Noch vor sechs Wochen sah es so aus, als sei ein Wahlsieg der AGP unwahrscheinlich. Die Partei verfügt heute wie damals weder über eine breite Struktur, noch eine Mitgliederliste oder eine gesicherte Finanzierung. Außer dem Slogan „Ausländer raus" – gemeint sind damit jene Bengalen und Nepalesen, die nach 1971 (dem indisch-pakistanischen Krieg, der die Entstehung von Bangladesch zur Folge hatte) illegal nach Assam eingewandert sind und dort gut florierende Geschäfte betreiben oder Beamte in Schlüsselpositionen in der bisherigen Kogreß-Regierung waren – hat die AGP bis heute kaum ein politisches Programm zur Entwicklung des in den letzten 20 Jahren wirtschaftlich stark vernachlässigten Staates zu bieten. „Erst jetzt", so meinen führende AGP-Mitglieder, „können wir uns auch darum kümmern."

Verlierer der Wahl ist nach bisherigen Ergebnissen Ministerpräsident Hiteswar Saikia von der Kongreßpartei, obwohl er seinen Sitz im Landesparlament halten konnte. Saikia, seiner Partei und seiner Regierung wurde im Wahlkamf Korruption vorgeworfen, vor allem aber Halbherzigkeit bei der bevorstehenden Durchführung der Assam-Vereinbarung. Schon vor den Wahlen fürchtete Saikia Probleme bei der „Ausweisung von Ausländern", wie sie jetzt auf die neue Regierung zukommen.

Wohin sollen die mehr als 400 000 Menschen, nachdem Bangladesch und Nepal sie nicht aufnehmen wollen, da sie ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft nicht nachweisen können? Die Kongreßpartei hatte das „Schreckgespenst Ausweisung" im Wahlkampf an die Wand gemalt und sich damit die Stimmen der ethnischen Minderheiten Assams geholt – zu wenige gegen die Mehrheit der assamesischen Wähler, die dem Slogan ihrer Partei „Assam für die Assamesen" gefolgt sind.

Erneut Minister in Rumänien ausgewechselt

DW. Bukarest

In Bukarest fand eine Regierungsumbildung statt, für die jedoch keine Gründe genannt wurden. Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu gab nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Agerpress bekannt, daß Verteidigungsminister Konstantin Olteanu von seinem Posten abgelöst worden sei. Er werde sich künftig Parteiaufgaben widmen. Olteanus Nachfolger werde sein bisheriger erster Stellvertreter, Generaloberst Vasile Milea. Im Ministerium für Metallurgie übernahm Mann Enache den Ministerposten von Neculae Agachi.

Ceausescu hob hervor, daß die Armee „aktiver am sozialen und politischen Leben sowie am Ausbau der Wirtschaft teilnehmen" müsse.

Erst vor fünf Wochen war der ehemalige Außenminister Andrei durch Ilie Vaduva ersetzt worden. Seit Montag gibt es in Rumänien ein Ministerium für Nahrungsmittel-Industrie und die Beschaffung landwirtschaftlicher Produkte. Es übernimmt in dem von Nahrungsmittel-Knappheit und Versorgungsengpässen geplagten Land Aufgaben, die bisher vom Landwirtschaftsministerium wahrgenommen wurden. An die Spitze des neuen Ministeriums wurde Gheorghe Pana berufen, Mitglied des Exekutivkomitees der KP.

Das KP-Zentralorgan „Scinteia" kündigte an, daß ein Netz von Betriebsverkaufsstellen und Betriebsküchen geschaffen werde, um die Versorgung der Angestellten und Arbeiter und ihrer Familien sicherzustellen. Rumänien hatte Anfang der achtziger Jahre verstärkte Bemühungen unternommen, die Landwirtschaft zu entwickeln. Mangels privater Initiative und bedingt durch Planungsfehler kam die Entwicklung jedoch nur schleppend voran.

„Die Wahrheit zeigen"

Zur Aktion „Gläsernes Afghanistan" / WELT-Gespräch

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Seit der Machtübernahme Gorbatschows wird die Politik der verbrannten Erde in Afghanistan mit mehr Brutalität denn je fortgesetzt. Wie kann Moskau so unter Druck gesetzt werden, daß es die Völkermordpolitik am Hindukusch aufgibt? „Die friedlichste Waffe ist, die Wahrheit bekanntzumachen", meint der CDU-Politiker Jürgen Todenhöfer. In einem Gespräch mit der WELT erläutert er die Initiative, die er gemeinsam mit dem Verein für afghanische Flüchtlingshilfe in diesem Sinn unternimmt.

Um den Medien mehr Möglichkeiten für eine authentische Berichterstattung zu geben, „wird der Verein im Rahmen seiner Aktion ‚Gläsernes Afghanistan' 60 junge Afghanen, die in einem strengen Ausleseverfahren nach Volksstämmen ausgewählt wurden, mit Videokameras, Fotoapparaten und anderen technischen Hilfsmitteln ausrüsten und sie in einem mehrwöchigen Intensiv-Lehrgang durch hochqualifizierte Fachleute für die Berichterstattung aus den 29 Provinzen Afghanistans ausbilden". Die 60 Video-Freiheitskämpfer seien unter mehreren hundert Bewerbern in Zusammenarbeit mit Vertretern der Befreiungsbewegungen ausgesucht worden.

Über den Ort der Ausbildung wird noch entschieden. „Im Prinzip kommen alle Länder in Frage, die für die UN-Resolution zur Beendigung der Besatzung Afghanistans votiert haben." Diese 60 jungen Männer würden „mit der Kalaschnikow in den Krieg ziehen, wenn sie nicht mit der Kamera bewaffnet werden."

Die Kosten für die Ausbildung und die Geräte schätzt Todenhöfer „auf einige hunderttausend Mark". Er setzt auf die Hilfsbereitschaft der Deutschen, „schließlich handelt es sich um eine humanitäre Aktion". Wichtig sei, „die spätere Verteilung des Materials durch eine private Agentur, auf jeden Fall auf unabhängiger Basis zu bewerkstelligen". Das Material würde im Zeitraum einiger Stunden bis Tage aus dem Land geschafft. Mulis und Jeeps stünden bereit. „Wenn die internationalen Medien jede Woche ein- oder zweimal über Afghanistan berichten, dann wird der Kreml überlegen müssen, wie er seine Gewaltverzichtsangebote plaziert sehen will, ob vor dem Afghanistan-Bericht oder dahinter. Wenn die Medien ihrer Pflicht genügen, wird der politische Preis für die Sowjets sehr hoch. Denn dann erscheinen die Abrüstungsvorschläge zusammen mit dem Testen neuer Waffensysteme in Afghanistan und die Moratoriumsofferten zusammen mit der verstärkten und brutaleren Kriegsführung in einem schwächeren Land."

Todenhöfer: „Wir müssen diesen Krieg beenden, so wie der Vietnam-Krieg durch die Medien beendet worden ist. Auch wenn der Vergleich nicht ganz zutreffend ist, weil es in der Sowjetunion keine öffentliche sondern nur eine Parteimeinung gibt, in puncto Wirkung hat er Parallelen. Die Wahrheit kann politisch ungeahnte Kräfte entfalten, und sei es nur zur Unterstützung der Freiheitskämpfer im Westen."

Die Gefahr für die jungen Afghanen mit den Kameras in ihrer weiten Kleidung „ist geringer als die der Ärzte. Die Mediziner sind meist fest stationiert, die Kamera-Mudschahedins dagegen bewegen sich, tauchen unter, können fliehen". Die Spenden werden auf dem Konto des Vereins für afghanische Flüchtlingshilfe e. V., gesammelt (Konto-Nummer: 777 888, BLZ: 380 700 59, Deutsche Bank, Bonn), sind steuerabzugsfähig und werden freilich auch für Medikamente und Nahrungsmittel verwendet.

Todenhöfer sieht eine sowjetische Propagandakampagne gegen die Aktion voraus: „Die Sowjetunion muß sich jedoch entgegenhalten lassen, daß Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen jedem Menschen das Recht einräumt, ‚Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten'. Kein sowjetischer Politiker hat das Recht, Afghanen zu verbieten, die Wahrheit über Afghanistan in die ganze Welt zu exportieren."

Technologie-Export erschwert

USA denken an Auflagen für SDI-Forschungsaufträge

cvb. Brüssel

Bei der Vergabe von SDI-Forschungsaufträgen ins Ausland werden die USA bestimmte Auflagen machen, um den ungewünschten Abfluß sensitiver technologischer Informationen in die Sowjetunion abzublokken. Wie es in Brüsseler NATO-Kreisen heißt, ist dabei nicht allein die Technologie gemeint, die unmittelbar mit SDI zu tun hat. Es wird auf Erklärungen hingewiesen, die der Staatssekretär im Pentagon, Richard Perle, am 10. Dezember in Washington vor drei Unterausschüssen des außenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses abgegeben hatte. Perle sagte, der Abschluß von Verträgen mit ausländischen Unternehmen, die sich am SDI-Programm beteiligen wollten, werde die Verpflichtung der Regierung zum Ausdruck bringen, die „unerlaubte Verbreitung" von SDI-Informationen und allgemeiner Hochtechnologie zu verhindern. Um sich an einem SDI-Auftrag zu beteiligen, müßten ausländische Unternehmen Sicherheitsauflagen erfüllen.

Perle: „Der potentielle ausländische Vertragspartner muß eine Sicherheitsbescheinigung seiner Regierung vorlegen. Geheimzuhaltende Informationen, die in dem Vertrag eine Rolle spielen, müssen von der US-Regierung freigegeben und sie dürfen nur von Regierung zu Regierung weitergeleitet werden. Wir beabsichtigen, die striktesten Sicherungen zu beachten, um sensitive SDI-Informationen und Technologien zu schützen." In NATO-Kreisen wird erklärt, der Schwerpunkt der amerikanischen Auflagen diene weniger dem Schutz von SDI, das laut Programmchef Abrahamson nur wenige streng geheime Elemente enthalte, sondern solle als Technologiesperre gegenüber dem Ostblock wirken. (SAD)

Girokonten
in der Bundesrepublik:
= 24 Mio.

Leistung muß immer aufs neue bewiesen werden. Genügen 24 Millionen Beweise?

Rund die Hälfte aller Girokonten in der Bundesrepublik wird von der Sparkassenorganisation betreut. In großen Städten ebenso wie auf dem Lande. Mit full service in jeder Sparkasse: vom pünktlich erledigten Dauerauftrag und dem Dispokredit des Privatmanns bis zum Datenträgeraustausch für Unternehmen.

Das bedeutet 5 Milliarden Buchungsposten über 10 Billionen DM pro Jahr. Um diesen gewaltigen Zahlungsstrom reibungslos zu bewältigen, setzen wir modernste elektronische Datenverarbeitung ein. So z. B. wickeln regionale Rechenzentren den Zahlungsverkehr der Sparkassen ab. Statt Zahlungsbelege zu verschicken werden immer mehr Zahlungen beleglos durch Datenübertragung erledigt. Das gilt schon für 87% der regelmäßigen Abbuchungen durch Lastschrift und für fast die Hälfte aller Überweisungen, die die Sparkassenorganisation ausführt. Daß aber bei uns die Technik nicht den Menschen ersetzt, beweist dies: Die Zahl unserer Mitarbeiter nimmt zu.

Die Sparkassen

Boden ist der Träger allen Lebens. Durch übermäßigen Einsatz von Umweltchemikalien ist diese Lebensgrundlage aber bereits so belastet, daß nur rasches Handeln helfen kann, vor allem, weil eine Sanierung wesentlich zeitaufwendiger ist als in anderen Umweltbereichen.

Die Umwelt steht auf schwankendem Boden

Von H. de LA CHEVALLERIE

Ein Gramm gesunder Boden enthält ca. eine Milliarde Bodenbakterien, 400 000 Pilze und 100 000 Algen. Boden ist also kein lebloses Material, sondern insgesamt gesehen ein „lebender Organismus". Boden und Pflanzen sind miteinander in vielfältiger Weise ökologisch vernetzt. Ohne Bodenorganismen können Pflanzen nicht existieren. Sie leben miteinander und voneinander. Pflanzen liefern mit ihren absterbenden Teilen organische Masse, die im Boden von den „Zersetzern" in Humus verwandelt und damit wieder Pflanzennahrung wird. Außerdem verarbeiten die Mikroorganismen die im Boden befindlichen Mineralien und erschließen so den Pflanzen die für sie lebensnotwendigen Nährstoffe wie Phosphor, Kali, Kalk und etliche Spurenelemente.

Ein vernetztes Ökosystem

Das ganze Verbundsystem funktioniert nur, wenn auch die physikalischen und chemischen Abläufe im Boden, ausreichende Wärme, Wasser und Sauerstoff, nach einem seit Millionen von Jahren gewohnten Schema abläuft. Nur die Vernetzung aller biotischen und abiotischen Vorgänge zwischen Bodenleben und Vegetation ermöglicht erst Wachstum und bildet somit das Fundament für eine ganze Reihe von Nahrungsketten, von denen fast alle auf der Erde lebenden Tiere und damit auch die Menschen abhängig sind. Boden ist in der Tat Grundlage der menschlichen Existenz.

Die Ackerbauern vergangener Generationen hatten noch einen Sinn für diese ökologischen Kreisläufe. In den Zeiten der sog. Dreifelderwirtschaft konnte immer ein Teil der Akkerfläche ausruhen und neue Kraft sammeln. Im Zeitalter der Industrie und Chemie hat der Kunstdünger schon längst den Stallmist ersetzt und dies in einem solchen Übermaß, daß Boden und Grundwasser mit Salzen überlastet sind. Der Mähdrescher löste die Sense ab, und die Herbizide die Hacke. Ein Viertel der Fläche der Bundesrepublik werden regelmäßig total mit Herbiziden, ein Achtel mit Fungiziden (Pilzmittel) besprüht. 90 Prozent der Ackerböden gelten als überdüngt, werden sogar immer saurer, was ihre Toxidität erhöht und Boden- und Pflanzenleben verändert. Keiner wagt eine Prognose, welche Dauerschäden im Boden auftreten, von dem Verlust der Wildkräuter und der mit ihnen vernetzt lebenden Tierarten ganz zu schweigen. Im Schnitt existieren an jedem Ackerwildkraut ein Dutzend verschiedene Insektenarten. Auch die Bodenstruktur selbst und damit die Bodenorganismen werden durch immer schwerere, den Boden verdichtende Maschinen verändert. Dies ist jedoch nicht die einzige Auswirkung.

Die immer größer und schneller werdenden Maschinen brauchten große, zusammenhängende Flächen. Die Flurbereinigungen sorgten dafür, Feldwege wurden versiegelt und ganze Landschaften ausgeräumt, d. h., den Fortschritt störende Hekken und Flurgehölze gerodet, Feuchtgebiete drainisiert, Bäche begradigt, Weinberge durch Planierraupen umgesetzt. Eine der spürbaren Folgen: Hasen und Rebhühner sind selten geworden, Flußkrebse sind fast ausgestorben. Neben der Übernutzung der landwirtschaftlichen Böden, was sich u. a. durch den immer mehr zunehmenden Schwund des Humusgehaltes bemerkbar macht, kommt die immense Belastung des Bodens durch diverse Schadstoffbelastungen, nicht nur der Landwirtschaft allein, sondern im viel größeren Umfang durch Industrie, Gewerbe, Verkehr und natürlich auch durch den Hausbrand.

Am 6. Februar 1985 hat das Bundeskabinett das bereits lange angekündigte Bodenschutzprogramm verabschiedet. Am 24. 5. 1985 hat die Umweltministerkonferenz zum Thema „Umweltschutz im Baugesetzbuch" dieses Programm in seine Überlegungen eingearbeitet.



Elf Hektar Ackerland in der Nähe von Hagen können 30 Jahre lang nicht mehr benutzt werden, da sie mit Cadmium verseucht sind FOTO: DPA

Damit wird dokumentiert, daß Bodenschutz nur dann funktionieren kann, wenn fachübergreifend in alle Planungsressorts „hineinregiert" werden kann. So sind sich zumindest die Umweltminister einig, daß die Ökologie grundsätzlich Vorrang vor den ökonomischen Nutzungen haben muß, in der Einsicht, daß alle wirtschaftlichen Erfolge langfristig von den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna abhängig sind. Wenn nun ernsthaft die Probleme der Bodenüberlastung, der Bodenvergiftung und des Bodenverbrauches angegangen werden sollen, muß der Bodenpolitik eine ähnliche ressortübergreifende Schlüsselrolle zugewiesen werden, wie sie die Gesundheitspolitik hat.

Rasches Handeln ist nötig

Jahrzehnte hat es gedauert, ehe die nicht mehr zu übersehenden Zwänge zum politischen Handeln geführt haben, wobei allerdings die Erfolge erst noch abgewartet werden müssen. Boden hatte bislang nur seinen ökonomischen Marktwert. Der ökologische Wert und die Tatsache, daß die im Boden gespeicherten Gifte über das Wasser oder die Pflanze selbst in den Nahrungsketten bis in den menschlichen Organismus gelangen, haben selbst Landwirte und Gärtner verdrängt. Auch für sie war Boden nur Produktionsfläche, die allein nach industriellen, marktwirtschaftlichen Maximen bestellt wurde. Geflissentlich wurde übersehen, daß ein vergifteter Boden praktisch für immer unbenutzbar bleibt. Anders als bei belasteter Luft oder Wasser, die relativ schnell sauber sein kann, wenn es gelingt, die Schmutzquellen in den Griff zu bekommen, werden Ablagerungen im Boden auf ewige Zeiten gespeichert und es dauert viele tausend Jahre, ehe sich neuer, fruchttragender Boden durch biologische Verwitterung gebildet hat.

So muß das Hauptaugenmerk auf alle Störungen, auf alle Belastungen der mit Schadstoffen belasteten Nahrungsketten und das Grundwasser gerichtet werden. Keiner kann heute sagen, welche Änderungen dies für unser Wirtschaftssystem bedeutet. Nach Berechnungen der Bodenwissenschaftler erhöht sich z. B. der Cadmiumgehalt des Bodens durch allgemeine Luftniederschläge, jährlich pro kg Boden um 0,006 ppm. Selbst wenn die Luft wieder völlig sauber wäre, würde mit jedem kg Mineraldünger, vorwiegend durch Phosphor, weiterhin dem Boden jährlich pro kg 0,0016 ppm Cadmium zugeführt werden. Ein Teufelskreis, aus dem es keinen Ausweg mehr zu geben scheint.

Bodenschutz ist also ein sehr vielschichtiges Aufgabengebiet. Es geht nicht nur um den Schutz der noch vorhandenen Natur, sondern um die Sanierung der ausgeräumten Landschaften. Bodenschutz ist nur möglich, wenn die Produktionsgewohnheiten in Industrie und Landwirtschaft umgestellt werden und wenn weiterer Flächenverbrauch in der zukünftigen Stadtentwicklung minimiert wird.

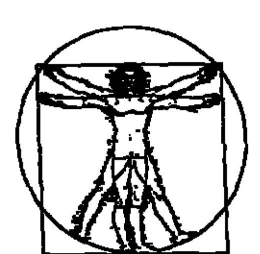
NOTIZEN

Beizmittel verboten

Braunschweig (dpa) – Die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) hat 36 Pflanzenschutz-Präparaten mit den Wirkstoffen Captan, Captafol und Folpet die Zulassung entzogen. Die Entscheidung wird zum März 1986 wirksam. Die BBA entschloß sich im Einvernehmen mit dem Bundesgesundheitsamt zu diesem Schritt, da neue Untersuchungen an Tieren erbschädigende und krebserzeugende Eigenschaften dieser Wirkstoffe nahelegen. Schäden beim Menschen seien zwar noch nicht bekannt, doch sollten derartige Mittel nur mit Schutzmasken und -kleidung ausgebracht werden. Dies sei in der Praxis nicht gewährleistet.

Dritte Erdfunkstelle

Fuchsstadt (DW.) – Am 16. Dezember nahm die neue Satelliten-Erdfunkstelle Fuchsstadt im Kreis



Bad Kissingen ihren Betrieb auf. Nach Raisting (Oberbayern) und Usingen bei Frankfurt ist dies die dritte Funkstelle für den internationalen Nachrichtenverkehr. Im Erstausbau sind von der Firma Siemens zwei Antennenanlagen errichtet worden, die eine Übertragungskapazität von 600 Fernsprechkreisen besitzen.

Zweistoffmotoren

Winterthur (DW.) – Der Schweizer Konzern Sulzer entwickelt zur Zeit eine Zweistoffversion für Schiffsdieselmotoren, die auch mit Gas betrieben werden kann. Durch Verwendung einer Hochdruck-Gaseinspritzung weist der Motor eine höhere spezifische Leistung und niedrigeren Brennstoffverbrauch auf. Großes Interesse an diesem Motortyp hat vor allem Japan, das Flüssiggas aus Kanada und Australien bezieht. Die dabei eingesetzten Tanker können mit Zweistoffmotoren kostengünstiger operieren.

Der Computer stellt die Weichen für die Zukunft

Die Bundesbahn startet das erste elektronische Stellwerk

Von HORST DALCHOW

Die Deutsche Bundesbahn hat jetzt in Murnau an der Strecke von München nach Garmisch-Partenkirchen einen neuen Stellwerkstyp in Betrieb genommen, der vollständig auf mikroelektronischer Basis arbeitet. Mit diesem System, das in seiner konsequenten Anwendung neuer Technologien einmalig auf der Welt ist, hat die Bahn jetzt auch bei den Stellwerken die Weichen für die Zukunft gestellt. Aufträge für weitere vier Stellwerke des neuen Typs in Norddeutschland sind bereits vergeben.

An der Entwicklung sind die Firmen AEG, SEL und Siemens beteiligt. Alle bisher von Relais ausgeführten Funktionen werden bei der neuen Stellwerksgeneration von Mikroprozessoren übernommen. Sie bilden zusammen ein signaltechnisch sicheres System, das die gesamte Stellwerkslogik enthält: Fahrwege und deren Sicherung, die Steuerung der Weichen und schließlich die zulässige Geschwindigkeit der Züge.

Während der für jeweils mindestens ein Jahr vorgesehenen Testphase soll geprüft werden, ob sich die theoretisch absolute Sicherheit der Systeme auch in die Praxis übertragen läßt. Zunächst werden die neuen Werke parallel zu den vorhandenen Einrichtungen betrieben, um jedes Risiko auszuschalten. Schließlich soll auch der Nachweis größerer wirtschaftlicher Effizienz gegenüber den herkömmlichen Relais-Stellwerken erbracht werden.

Störungen ausgeschlossen

Die Vorteile der Elektronik in allen Bereichen sind offensichtlich: Durch automatische Fehlermeldung wird menschliches Versagen weitestgehend ausgeschaltet. Die Übertragung der Steuerimpulse mit Lichwellenleiterkabeln kann nicht mehr durch elektromagnetische Einflüsse gestört werden. Das Grundsystem ist standardisiert und so flexibel, daß es ohne großen Aufwand stets der neuesten Entwicklung angepaßt werden kann. Der modulare Rechneraufbau gestattet die Verwendung von überwiegend unspezifischer und deshalb sehr preiswerter Software. Die neuen Systeme ermöglichen überdies eine erhebliche Ausdehnung der Stellwerksbereiche, die derzeit noch auf sechseinhalb Kilometer begrenzt sind.

Der Fahrdienstleiter im Mikrocomputer-Stellwerk gibt seine Befehle lediglich in eine alphanumerische Tastatur ein. Das System mit seiner eingespeicherten „Logik" errechnet automatisch den richtigen Fahrweg des Zuges, bringt die Weichen in die richtige Lage, überprüft jede Einzelheit, sichert den Fahrweg, bestimmt die Geschwindigkeit des Zuges und stellt die Signale. Ein Farbsichtgerät zeigt dem Fahrdienstleiter ein Gleisbild mit allen wichtigen Daten.

Doppelte Sicherung

Um auch das letzte Sicherheitsrisiko auszuschalten, sind alle Mikrocomputer-Bausteine verdoppelt. Dadurch liegen auch alle Verarbeitungsergebnisse zweifach vor und werden ständig miteinander verglichen. Stimmen sie nicht überein, dann gehen unverzüglich alle Signale auf „Halt", das System schaltet sich ab. So kann ein eventueller Defekt an den Bauteilen der Elektronik den Bahnbetrieb in keinem Fall gefährden.

Das neue Leitsystem ist nicht nur auf die Hochgeschwindigkeitszüge der Zukunft zugeschnitten. Die ersten elektronischen Stellwerke waren bereits 1983 bei der Industriebahn im Duisburger Hafen und bei den Berliner Verkehrsbetrieben installiert worden. Gleichzeitig war Siemens von der Bundesbahn beauftragt worden, die Systeme so zu erweitern, daß sie auch für die erheblich umfangreicheren Betriebsbedingungen angewendet werden können.

Mit der termingerechten Fertigstellung des neuen Stellwerks in Murnau hat die Elektronikindustrie der Bundesrepublik gegenüber allen anderen Ländern der Welt einen erheblichen Vorsprung gewonnen und rechnet sich deshalb gute Exportchancen aus. Auch die Bundesbahn kommt ihrem Ziel höherer Wirtschaftlichkeit einen großen Schritt näher: Sie kann nicht nur ihr Stellwerkspersonal reduzieren, sondern die Elektronik ist auch erheblich billiger als die herkömmlichen Relais. Darüber hinaus kann sie auch auf kleinerem Raum installiert werden.

Unsere Bilanz

300 Unternehmen	110 Unternehmen
1,3 Mrd. Investitionen	1,0 Mrd. Investitionen
7300 Arbeitsplätze	4400 Arbeitsplätze
neu am Standort Berlin	erweitert am Standort Berlin

»BERLIN SIEHT GUT AUS!«

Wenn Sie 1986 über neue Pläne nachdenken, dann sind wir für Sie der richtige Partner. Fragen Sie uns. Wir informieren Sie gern.

Robert Leyton

Wirtschaftsförderung BERLIN

Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Budapester Straße 1, 1000 Berlin 30, Tel. (030) 26 36-1

Sie sind ein leistungs- und wettbewerbsfähiger Hersteller von
1. Produkt-Linie »bedrucktes Papier« im Boutiquestil, Schreibpapier – Mobile etc.
2. Kleinmöbel im Boutiquestil.

Wir sind ein eingeführtes HV-Team im gehobenen GPK-Bereich in den PLZ 6 + 7 + 8 und würden gerne »Action« zeigen!
Zuschriften erbeten unter W 7505 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 63, 4300 Essen.



Wollen Sie Boris Becker sehen?
Karten für jeden Spieltag, Kategorie A. Anrufen in der Zeit von 8–12.30 Uhr u. ab 19 Uhr unter 08 41 / 6 84 01

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl



Sie wollen etwas Besonderes verschenken? Verschenken Sie aktuelles Weltgeschehen!

Das kostet ein Geschenk-Abonnement der WELT:

Bezugspreis	Inland frei Haus durch Träger oder Post	Ausland normaler Post-versand	Ausland Luftpost-Versand
12 Monate	318,-	420,-	auf Anfrage
6 Monate	159,-	210,-	
1 Monat	26,50	35,-	

Hinweis: Sie haben das Recht, die Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

DIE WELT gilt als eine der besten Zeitungen der Welt – gerade richtig als Geschenk für Ihre besten Freunde (geschäftlich und privat).

Sie können wählen zwischen einem 6- und einem 12-Monats-Abonnement. Damit der Beschenkte weiß, wer ihn so außergewöhnlich bedenkt, erhält er einen attraktiven Geschenk-Gutschein. Sie können entscheiden, ob wir diesen Gutschein direkt verschicken oder ob Sie ihn überreichen wollen.

Sie brauchen nur die anhängende Bestellkarte auszufüllen und möglichst bald abzuschicken. Alles weitere erledigen dann wir. Als kleines Dankeschön erhalten Sie von uns einen Diercke-Taschenatlas der Welt.



Bitte ausfüllen und einsenden an:
DIE WELT, Vertriebsleitung,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein für ein WELT-Geschenk-Abonnement

Lieferung
Bitte liefern Sie die WELT
ab 1. ____________ 19__
☐ bis auf weiteres
☐ für die Dauer von ______ Monaten
als Geschenk an:
Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Telefon: ____________

Der Abonnements-Preis beträgt monatlich DM 26,50 (Ausland DM 35,–, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Geschenkgutschein
Den Geschenkgutschein schicken Sie bitte
☐ direkt an die Anschrift des Geschenk-Abonnement-Empfängers
☐ an meine untenstehende Anschrift, damit ich ihn dem Beschenkten selbst übermitteln kann.

Bezahlung
Ich bezahle das obenstehend bestellte Geschenk-Abonnement im voraus
☐ monatlich ☐ für die gesamte Lieferzeit in einem Betrag
☐ vierteljährlich
○ Ich ermächtige Sie, den Betrag abzubuchen von meinem
Konto Nr. ____________
bei (Geldinstitut) ____________
Bankleitzahl ____________
○ Ich bitte um Rechnungstellung
Mein Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Telefon: ________ Datum: ________
Unterschrift: ____________

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ____________

01-386

هكذا من الأصل

Ohne Anklage oder Apologie

Über den „Ausländereinsatz" im Dritten Reich

Das Thema „Fremdarbeiter" in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges ist in der zeitgeschichtlichen Forschung bislang nur in einigen wenigen Studien unter partiellen Aspekten, jedenfalls nicht der gewaltigen Dimension entsprechend unter grundlegenden politik- und sozialgeschichtlichen sowie sozialpsychologischen Fragestellungen untersucht worden. Dabei befanden sich im August 1944, also im letzten Kriegsjahr, im Gebiet des „Großdeutschen Reiches" mehr als 7,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte, von denen 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Millionen „Zivilarbeiter" waren. 2,8 Millionen waren sowjetische Staatsbürger, 1,7 Millionen Polen, 590 000 Italiener und 250 000 Belgier. Von den polnischen und sowjetischen Zivilarbeitern waren mehr als die Hälfte Frauen.

Fast die Hälfte aller damals in der deutschen Landwirtschaft Beschäftigten waren Ausländer, in den Rüstungsbetrieben herrschte die gleiche Situation, in den übrigen Industrie-Bereichen handelte es sich um mehr als ein Drittel. Das Problem, wie es im Verlauf des Krieges zu diesem „Groß-Einsatz" kam, mit welchen Zielen und Methoden die nationalsozialistische Führung diesen „Einsatz" organisierte, wie das Verhältnis der „Fremdarbeiter" zu den deutschen Arbeitskollegen und zur deutschen Bevölkerung allgemein in den verschiedenen Phasen des Krieges aussah, welche Unterschiede in der Behandlung von Polen, Franzosen und Angehörigen der Völker der Sowjetunion zu registrieren waren, bedurfte weitgespannter Forschung und differenzierter Beantwortung der darin eingeschlossenen, zum Teil brisanten Einzelfragen.

Ulrich Herbert:
Fremdarbeiter
Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn. 494 S., 38 Mark

Die auf Anregung von Lutz Niethammer entstandene Dissertation von Ulrich Herbert hat es als erste unternommen, dieses Problembündel, gestützt auf ein sehr breites Quellenmaterial genereller wie speziell auf die Verhältnisse im Ruhrgebiet bezogener Provenienz, zu untersuchen, dabei neben intensiver Auswertung dieser Materialien und verstreuter Literatur - auch durch Befragungen („Oral History") Antworten auf die Schlüsselfragen zu erhalten, um neben der Sicht von „oben" (Erlasse, Anordnungen usw.) auch die von „unten" (vor allem hinsichtlich des Verhältnisses zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern) zur Geltung zu bringen.

Zustande gekommen sind auf diese Weise eine sehr dichte Darstellung, eine umfassende Analyse und eine die Atmosphäre vorzüglich einfangende Schilderung von beispielhaften Einzelfällen, wobei hervorzuheben ist, daß der Verfasser bestrebt war, die Entwicklung bis in die letzten Kriegswochen 1945 zu verfolgen.

Zu begrüßen ist, daß Herbert sich vor Vereinfachungen gehütet hat, den Einsatz der „Fremdarbeiter" weder als eine einzige Abfolge von Demütigungen, Mißhandlungen und Verbrechen an den Ausländern erscheinen zu lassen, noch diesen Einsatz als bloße Fortsetzung der „normalen" Arbeiteremigrationen im 20. Jahrhundert zu beschreiben; er hat also Anklage und Apologie vermieden. Ihm geht es neben der Ermittlung des „Stellenwerts" der massenhaften Einsätze von „Fremdarbeitern" für das nationalsozialistische Regime vor allem um die Konsequenzen sowohl für die betroffenen Ausländer wie um die Auswirkungen und Folgen für die deutsche Bevölkerung. Geplant war – so das Fazit des Autors – der millionenfache Einsatz zu Beginn des Krieges keineswegs. Vielmehr sprachen die NS-Ideologie wie auch die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg gegen eine solche Dimension von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland, wie sie bis August 1944 erreicht war. Gewiß konnte man den Einsatz der polnischen Arbeitskräfte – schon bald nach der Eroberung Polens – noch unter dem Aspekt traditioneller Beschäftigung von Polen in der deutschen Landwirtschaft und Industrie (wie seit der Kaiserzeit üblich) ansehen, wenngleich die Formen schon die Diskontinuität markierten. Der Einsatz der Franzosen, die insgesamt – neben den Belgiern – relativ am besten behandelt wurden, erfolgte 1940 dann im wesentlichen zur Entlastung der deutschen Bevölkerung.

Gänzlich „programmwidrig" war der sogenannte „Russeneinsatz", der Einsatz der „Ostarbeiter". Bezeichnenderweise war vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion kein Arbeitseinsatz von Sowjetangehörigen in Deutschland vorgesehen. Erst der ungünstige Verlauf des Krieges führte zu einer Änderung, wobei – dies galt allgemein – interessanterweise „durchsetzungsstarke Machtpolitiker der jüngeren Generation" von Nationalsozialisten (nicht apolitische Technokraten), deren Namen wenig bekannt sind, die ideologischen Hemmnisse überwanden und ohne große Reibungsverluste innerhalb der Bürokratien den massenhaften Einsatz von „Ostarbeitern" in der deutschen Industrie erreichten. Ohne die Millionen von Fremdarbeitern hätte der Krieg nicht so lange durchgehalten werden können.

Aufschlußreich ist das Ergebnis der Untersuchung hinsichtlich der Haltung der deutschen Bevölkerung zu den ausländischen Arbeitern während des Krieges. Aus dem vom Verfasser erarbeiteten mosaikartigen Bild ergibt sich, daß „die meisten Deutschen am Schicksal der Ausländer wenig Interesse zeigten, sich weder an Mißhandlungen beteiligten, noch mit den Ausländern sympathisierten: Man hatte genug mit sich selbst zu tun. Das Elend der anderen verlor an Exklusivität, je elender das eigene Leben wurde; die Sorge um das eigene Überleben ließ nicht mehr viel Platz, das Massenelend der Fremdarbeiter mehr als nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Ausländer waren einfach da und gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelmarken und Luftschutzbunker. Die Diskriminierung der Russen und Polen wurde dabei ebenso hingenommen wie die Kolonnen halbverhungerter Menschen, die täglich durch die Straßen der Städte in die Fabriken marschierten. Auch die eigene bevorrechtigte Stellung ihnen gegenüber war nichts Exzeptionelles, nichts, worüber man sich Gedanken machte."

Diese Zusammenfassung trifft meines Erachtens den Kern: Die nationale und „rassische" Ungleichheit wurde als nun einmal gegeben vorausgesetzt, so sehr in Einzelfällen Abweichungen in der einen oder anderen Richtung, bei Franzosen mehr in dieser, bei Russen, vor allem 1942/43, in jener Richtung zu registrieren sind. Es ist dem Verfasser gelungen, diese nüchterne Bilanz aus der Fülle seiner Darlegungen bis in die Details überzeugend zu belegen.

Es ist daher nicht zu viel gesagt, wenn man feststellt, daß es sich um ein Standardwerk zu diesem schwierigen Thema handelt, das wohl durch weitere Untersuchungen noch ergänzt und in Einzeldingen modifiziert, in seinen Grundthesen aber nicht erschüttert oder in Frage gestellt werden kann.

ANDREAS HILLGRUBER



Vom Volk stets verehrt: Indira Gandhi FOTO: SVEN SIMON

Kein Bridge mit Gandhi

Dies ist ein Buch aus zweiter Hand. Das soll kein Vorwurf sein. Welcher Historiker könnte sich rühmen, alles was er schreibt, selbst erlebt zu haben. Was notwendig wäre, ist jedoch, es neu zu durchdenken. Nicht als ob der in London lebende pakistanische Schriftsteller und Journalist Tariq Ali das immer unterließe. Wo er sich kritisch zu Wort meldet, erfährt der Leser Erstaunliches, besonders in bezug auf die unter dem britischen Raj dominierend gewordene, neue indische Mittelklasse. Sie hat nach Alis Meinung mit dem britischen Kolonialherren kollaboriert, weil sie nur Selbstregierung, aber nicht absolute Unabhängigkeit verlangte.

„Sie waren alle Fünfzigprozentler", bemerkt Ali sarkastisch. „Anfangs waren sie von Gandhi verwirrt gewesen, sie konnten ihn noch nicht einmal zu einem Gläschen einladen, geschweige denn als vierten Mann zum Bridge. Ihre Einstellung zu dem Mann, der doch immerhin sein Bestes gab, um ihre Zukunft zu sichern, war von tiefer Verachtung gezeichnet. Gegenüber ihren englischen Vorgesetzten machten sie Witze über ihn, und wenn die Engländer Witze machten, sahen sie zu, daß sie am lautesten lachten."

Der reine historische Ablauf der dramatischen Entwicklung der englischen Kronkolonie Indien bis zur unabhängigen Union wird zügig beschrieben. Tiefgang in der politischen Analyse allerdings sucht der Leser vergeblich. Ali war 21 Jahre alt, als Nehru 1964 starb, und 17 Jahre, als die Chinesen 1959 durch ihren Einmarsch in Tibet versuchten, das Gleichgewicht in Asien zu ihren Gunsten zu verschieben. War der Autor zu jung, um zu verstehen, was damals geschah? Geradezu absurd ist, wie er den indisch-chinesischen Krieg von 1962 beurteilt: „Was die Situation an der chinesisch-indischen Grenze betrifft, so muß sicherlich berücksichtigt werden, daß die Westmächte versuchten, die Einnahme Tibets durch die Chinesen als Vorwand zu benutzen, um Maos Regime zu schwächen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß viele CIA-Agenten auf der indischen Seite der Grenze stationiert waren."

Tariq Ali:
Die Nehrus und die Gandhis
Eine indische Dynastie. Vorwort von Salman Rushdie. Aus dem Englischen von Erwin Duncker und Martin Pfeiffer. Ullstein Verlag, Berlin. 336 S., 38 Mark.

Welcher Geheimdienst hat Ali denn solchen Unsinn eingeflüstert? Woher der Wind weht, ergibt sich aus der Bemerkung, daß der indische Verteidigungsminister Krishma Menon geopfert werden mußte, obwohl er eigentlich keine ernsten Fehler begangen habe. Hier steht Ali allein. Nicht nur die Inder, die Weltöffentlichkeit machte Menon für das Versagen der indischen Armee an der Himalaya-Grenze im Oktober 1962 verantwortlich. Menon hatte hier nur schwache Verbände stationiert, weil nach seiner Meinung ein kommunistischer Staat wie China niemals zum Mittel eines Angriffskrieges greifen würde.

Was die Darstellung von Indira Gandhi angeht, ist Alis wesentliche Quelle das Buch von Krishan Bhatia, „Indira – A Biography of Prime Minister Gandhi". Es erschien 1974 bei Praeger Publishers Inc., New York. Der Informant steht für Integrität. Die verbleibenden elf Jahre bis zur Veröffentlichung seines eigenen Buches hat Ali benutzt, um sich unmittelbar bei Persönlichkeiten zu informieren, die er in seiner Danksagung aufführt.

Es wäre verwunderlich, hätte er sich nicht auch mit dem Phänomen der sogenannten Nehru-Gandhi-Dynastie auseinandergesetzt. Ali haftet am Spektakulären: an der vielbeschriebenen Degeneration des Kongresses, der nach seiner Meinung nur durch Indiras charismatische Persönlichkeit zusammengehalten wurde.

Der Autor stellt sich die Frage, wie lange die indische Bevölkerung angesichts der Turbulenzen, von denen das Land in letzter Zeit erschüttert wurde, noch ruhig bleiben kann. „Denn letztlich ist sie es", schreibt er, „die Dynastien auf den Thron hebt und enthronisiert. Ein großer Teil von ihr mag analphabetisch sein, aber unwissend ist sie nicht." Man kann den pakistanischen Autor nur erstaunt fragen, welcher Kenner Indiens hat das denn jemals behauptet?

GISELA BONN

Stets vom Ehrgeiz getrieben

SS-General Wolff, der Mann zwischen Himmler und Hitler

SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Mitglied des Reichstags, Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS und Höchster SS- und Polizeiführer Italiens, dazu noch Militärbefehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Italien. Dies ist die vollständige Bezeichnung des Ranges und der Dienststellungen von Karl Wolff, einer der schillerndsten und gleichzeitig exemplarischen Figuren des Nationalsozialismus, die bis in unsere Tage hinein (Wolff starb im Sommer 1984) immer wieder die Öffentlichkeit beschäftigt hat.

Der 1900 geborene Sohn einer angesehenen hessischen Bürgerfamilie war nicht das, was man einst einen „alten Kämpfer" nannte. Er war erst 1931 der NSDAP und der SS beigetreten. Aber Wolff verfügte über etwas, was fehlende Narben aus Saalschlachten mit politischen Gegnern durchaus kompensieren konnte: Gute Umgangsformen, einen wachen Verstand und – schlank, blond und blauäugig – ein den Rasseidealen der Partei entsprechendes Äußeres.

Wolff hatte sich kriegsfreiwillig gemeldet und war 1918, ausgezeichnet mit den Eisernen Kreuzen beider Klassen, der jüngste Leutnant des Großherzoglich Hessischen Leibgarde-Infanterie-Regiments Nr. 115. Um so härter traf es ihn, daß er als Folge des verlorenen Kriegs die Uniform ausziehen mußte, um eine Banklehre zu machen.

Er heiratete eine adelige Industriellentochter, wurde Angestellter in einer Anzeigen-Expedition und später selbst Besitzer eines derartigen Betriebs. Er lebte zwar nicht schlecht, aber ohne die Anerkennung, ohne die Stellung, auf die er Anspruch zu haben glaubte.

Jochen von Lang:
Der Adjutant
Karl Wolff: Der Mann zwischen Himmler und Hitler. Herbig Verlag, München. 428 S., 42 Mark.

Diese Anerkennung wurde ihm in reichem Maße zuteil, nachdem er Partei und SS beigetreten war und dort rasch Karriere machte. Von Himmler vertraulich „Wölffchen" genannt, kletterte er mit seinem Förderer die Rangleiter empor. Der zog ihn als seinen Nachfolger in Betracht.

Jochen von Lang, der mit „Der Sekretär" schon eine fundierte Biographie Martin Bormanns geschrieben hat, untersucht in seinem flüssig geschriebenen Buch Karriere und Tätigkeit Wolffs, wobei er sich auf die Bekanntschaft mit dem SS-General stützen kann. Er kommt zu dem gleichen Schluß wie das Münchner Landgericht, das Wolff 1962 wegen Beihilfe zum Mord an 300 000 Juden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte: Wolff hatte persönlich nie Grausamkeiten begangen, aber er hatte sich auch nie gegen sie gestellt.

Es nützte ihm auch wenig, daß er als Militärbefehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Italiens kurz vor Kriegsende heimlich Kontakte zu den Amerikanern aufgenommen und mit den letzten intakten deutschen Armeen in Oberitalien kapituliert hatte.

Jochen von Lang hat mit seinem Buch das geradezu exemplarische Bild eines Mitläufers geliefert. Es ist die Schilderung eines Menschen, der keineswegs von Grund auf böse oder unmoralisch, sondern nur ehrgeizig und bei der Verfolgung seines Ehrgeizes auch skrupellos war.

HENK OHNESORGE

Wieder scharfe Worte vom Weltökonomen

Helmut Schmidts strategisches Konzept

Der deutsche Büchermarkt wird noch bis zum neuen Jahr warten müssen, ehe Helmut Schmidts Gedanken über die dringende Notwendigkeit einer politischen Gesamtstrategie, eben einer „Grand Strategy for the West", auch übersetzt in der Muttersprache des Autors vorliegen.

Als sich der ehemalige Bundeskanzler kürzlich im Bundestag gründlich mit der Lage der EG und damit der westlichen Staatengemeinschaft auseinandersetzte, da klangen die Gedanken seines Buches an, das auf den Vorträgen fußt, die er im vergangenen Frühjahr in Yale gehalten hat. Das Wort von der „Grand Strategy" hat er dabei von dem britischen Militärstrategen B. H. Liddell Hart übernommen.

Kompromißlos und scharfzüngig, wie man es von ihm gewohnt ist, läßt Schmidt keinen Zweifel daran, daß er weder Margaret Thatcher noch Ronald Reagan die Führungsfähigkeit für eine westliche Gesamtstrategie zutraut, die Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik umfassen und einschließen muß: „Alle drei Bereiche müssen am Ende im Sinne eines Fachwerks ineinander greifen, ob wir dieses Fachwerk nun einfach internationale Beziehungen nennen oder, in bildhafter Sprache, das übernationale Gebäude der Welt von heute." Es sei jedenfalls ein Wahnwitz („Delusion") anzunehmen, daß die westlichen Nationen heute noch mit nationalen Maßnahmen zum Erfolg kommen könnten.

In der Analyse der gegenwärtigen Situation nimmt der „Weltökonom" erwartungsgemäß sich vor allem die USA vor, wiederholt an Reagan die Lektion, die er bereits als Kanzler und selbsternannter Lehrmeister Carter vergeblich einzubleuen versucht hatte: endlich das immense und rasant weiterwachsende Haushaltsdefizit auszugleichen. Es ist eine brillante Analyse der weltwirtschaftlichen strukturellen Probleme, die Schmidt entwickelt und über Kennedys „Zwei Säulen"-Theorie der europäisch-amerikanischen Gemeinschaft in die Außen- und Sicherheitspolitik hinein nahtlos fortführt.

Der alte Kanzler scheint wieder durch, der auch in seiner Regierungszeit regelmäßig – meist vergeblich – in Washington „Leadership" angemahnt hatte, was zuallererst auch Vorbild meinte; der zugleich aber immer ein Verfechter europäischer Eigenverantwortung im Rahmen des eigenen Bündnisses, eben als zweiter tragender Pfeiler, war.

In seinem Buch mahnt er deshalb die USA, deren Blickfeld sich in den vergangenen Jahren von Europa mehr in den Fernen Osten hin verlagert habe: „Neben Kanada sind die Westeuropäer die engsten Freunde und Verbündeten der Vereinigten Staaten in der Welt." Aber Washington dürfe deshalb noch lange nicht versuchen, die politische und ökonomische Entwicklung in diesen beiden Regionen zu kontrollieren. Und: „Die Nordamerikaner können nicht hoffen, daß sie die andere Seite des Nordatlantiks verteidigen könnten, wenn nicht die Europäer den größten Teil dieser Aufgabe selbst übernehmen."

Helmut Schmidt:
A Grand Strategy for the West
Yale University Press, 159 Seiten, 12.95 Dollar.

Die Amerikaner scheinen diese Sprache zu verstehen und zu akzeptieren. Das Schmidt-Buch verkauft sich jedenfalls hervorragend. die „New York Times" veröffentlichte eine fast schwärmerische Rezension. Und in der Tat: Es ist erquickend in einer Zeit, in der sich allzu viel Mittelmaß auf der politischen Bühne die Zeit vertreibt, den präzisen Gedanken Schmidtscher Qualität zu lauschen.

PETER PHILIPPS

Verläßliche Auskunft

Die sudetendeutschen Soizialdemokraten

Das Buch bereichert die immer noch spärliche Zeitgeschichtsschreibung über die Sudetendeutschen, die in der Vorstellung vieler Zeitgenossen als stramme Nationalisten und Hitler-Anhänger gelten, indem es überzeugend dokumentiert, wie viele Tausende von sudetendeutschen Sozialdemokraten vor der braunen Gefahr warnten und ab 1938 für ihre antifaschistische Überzeugung in Konzentrationslager und in den Tod gingen. Immerhin repräsentierte die „Deutsche Sozialdemokratische Partei" lange Zeit die stärkste sudetendeutsche politische Kraft und hatte beispielsweise im Jahre 1920 über 44 Prozent der deutschen Stimmen gewinnen können; ein Ergebnis, das die reichsdeutschen Sozialdemokraten nie zu erringen vermochten.

Der Verfasser legt gleichwohl keine „Partei-Arbeit" vor, sie ist auch für den Sudetendeutschen anderer Gesinnungscouleur ohne weiteres akzeptabel und in vielen Einzelheiten höchst informativ; das gilt besonders für den dokumentarischen und Bilder-Teil des Bandes. Denn wer von den noch lebenden Sudetendeutschen weiß heutzutage noch Näheres über die Tagung der Vertrauensmänner der „Republikanischen Wehr" im Volkshaus zu Bodenbach an der Elbe im Jahre 1934 oder hat noch eine Erinnerung an den „Reichsaufmarsch" dieser sozialdemokratischen Selbstschutzorganisation im Sommer 1937 in Aussig? Adolf Hasenöhrl vergegenwärtigt sie anhand von Zeitungsausschnitten, Bildern und Faksimile-Wiedergaben diplomatischer Papiere.

Nähere Angaben über sudetendeutsche Juden, die der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSSR angehört haben und die später in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern umgekommen sind, konnte Hasenöhrl freilich nicht ermitteln, da es darüber kaum gesonderte Unterlagen gibt.

Erschütternd die Schlußsätze des Buches: „Im Jahre 1945/46 war es genau wie 1938. Damals wurden alle Kräfte, die sich gegen den Nationalsozialismus zur Wehr setzten, vom demokratischen Westen, Frankreich und England vergessen... Auch 1945 haben die Verantwortlichen der Zweiten Tschechoslowakischen Republik diese Demokraten nicht nur ihrem Schicksal überlassen, sondern sie wurden teilweise genauso behandelt wie alle anderen Deutschen. Man verbot den deutschen Sozialdemokraten jede politische Tätigkeit, man ließ eine neue Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht zu, man verlangte von ihnen die Preisgabe ihrer nationalen Identität und gab ihnen keine Lebensmöglichkeit. Das war der Dank!"

Adolf Hasenöhrl:
Kampf, Widerstand, Verfolgung der sudetendeutschen Sozialdemokraten
Verlag Die Brücke, München. 654 S., 40 Mark.

ALFRED SCHICKEL

Aus dieser Mark läßt sich mehr machen: Mit Bundesobligationen.

Nominalzins 6,50 %
Ausgabekurs 100,30 %
Rendite 6,43 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

1 DEUTSCHE MARK 1985

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,– DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Telefon (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr" unter Telefon (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name
Straße
PLZ/Ort



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Polens Energie

„Die polnische Karte"; WELT vom 13. Dezember

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Sie drücken sich sehr verklausuliert aus. Aus spezifisch eigener Erfahrung möchte ich einen Ihrer Sätze weiterführen: Sollte es einmal zu einer europäischen Friedensordnung kommen, wird die polnische Energie eine entscheidende Rolle spielen und unmißverständlich die von der Sowjetunion okkupierten Gebiete zurückfordern.

Nichts anderes hat Walesa gemeint, als er, auf die Grenzfrage angesprochen, antwortete, er sei Pole ... und wolle deshalb dazu nichts sagen.

Er tat eben nicht, oder nicht nur den Standpunkt der Statthalter Moskaus kund.

Ich frage mich daher, mit welchen Karten wird dereinst Deutschland am Verhandlungstisch sitzen, wo doch zu sehen ist, daß ein Teil unserer Politiker ohne das geringste historische Gespür die Geschäfte Moskaus betreibt.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht die Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen ohne Not angeschnitten wird, und dies bestimmt nicht im deutschen Interesse und damit auch nicht im weitesten auch europäischen, westlichen Sinne.

Mit freundlichen Grüßen
Jochen Müller, Erbach

Pflicht getan

„Nun schießt sich die SPD auf Spranger ein"; WELT vom 14. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

in jedem normalen Menschen steckt ein Grüner. Denn wir wollen alle eine intakte Umwelt. Aber was sind „die Grünen"?

Ein intaktes Innenministerium wäre das „Aus" für manche Mitläufer der „Grünen".

Deshalb möchten sie jede Gelegenheit wahrnehmen, um Rücktritte zu fordern.

Hätte man einen Privatdetektiv damit betrauen müssen, um die Partei der „Grünen" auf verfassungsfeindliche Genossen zu überprüfen? Es geht um den Verfassungsschutz.

Meiner Meinung nach können wir „normalen" Menschen so lange ruhig schlafen, wie ein Innenministerium seine Pflicht erfüllt.

Mit freundlichen Grüßen
Ursula Hoops, Römershagen

Wort des Tages

> „Wenn die Laster uns verlassen, schmeicheln wir uns mit dem Wahn, wir hätten sie verlassen."

François La Rochefoucauld, französischer Moralist (1613–1680)

Gesamtschule

„Todesurteil für ein Gymnasium"; WELT vom 5. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben das Thema der Einrichtung von Gesamtschulen zu Lasten von anderen Schulen meines Erachtens richtig dargestellt. Soll es wirklich in einem Rechtsstaat möglich sein, daß 143 Eltern – und dies nach unverbindlicher Erklärung – ihre Gesamtschule bekommen, aber gleichzeitig das Recht der übrigen Eltern, die ihre Kinder auf eine Realschule oder ein Gymnasium bzw. zur Hauptschule schicken wollen, mit Füßen getreten werden?

Ich muß doch dann an den Richterspruch aus Karlsruhe vor einigen Jahren denken, wo der Gesetzgeber in die Schranken gewiesen wurde. Ist dies denn alles nichts anderes als eine zweite Auflage?

„Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen jedoch, daß in vielen Gemeinden in verantwortungsloser Weise Gesamtschulengründungen, unter Auflösung bestehender Schulen, ohne ausreichende Bedarfsfeststellung aus ideologischen Gründen geschlossen werden." So im Mitteilungsblatt der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW.

Die Elternpflegschaft weist in einem Aufsatz darauf hin, daß die Entscheidungen der Gemeinden durch die Aufsichtsbehörden überprüft werden können, insbesondere, daß die Errichtung und Fortführung von Schulen gem. Paragraph 10 Schulverwaltungsgesetz eine sogenannte Pflichtaufgabe der Gemeinden sei, die der Rechtsmäßigkeitskontrolle durch den Oberkreisdirektor unterliegt. Dazu bestimmt dann Paragraph 9 der Gemeindeordnung NRW, daß die Aufsichtsbehörde die Maßnahme – d. h. den Einrichtungsbeschluß – selbst an Stelle der Gemeinde treffen kann.

Ich fragte kürzlich einen Bekannten, der Studienrat an einem Gymnasium war, jetzt aber aus persönlichen Gründen an einer Gesamtschule unterrichtet, wohin er seine begabten Kinder zur Schule schicken würde. Die Antwort war eindeutig: „Zum Gymnasium"!

Mit freundlichen Grüßen
Rudi Herweg, Schermbeck 1

Zentrum Corvara

„Wenn sich Skiläufer einmal ins alte Städtchen Corvara verirren"; Reise-WELT vom 22. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Corvara verirrt man sich nicht, Corvara ist seit Jahrzehnten ein Zentrum im Sommer und im Winter, für die Berggeher und Skifahrer in den Dolomiten. Schon in der k. u. k. Monarchie war es ein Mittelpunkt des Fremdenverkehrs in Südtirol.

Es ist ein schlechter Dienst für Südtirol, von Colfosco zu sprechen. Seit Jahrhunderten heißt dieser Tiroler Ort Kolfuschg, und dabei sollte es in der deutschen Presse bleiben.

Mit freundlichem Gruß
Jens Hartmann, Hannover 28

Personalien

GEBURTSTAG

Die Schauspielerin und Entertainerin **Maria Kloth**, die mit **Freddy Quinn** als Bühnensohn in dem Musical „Heimweh nach St. Pauli" im Hamburger Operettenhaus 1966 großen Erfolg hatte, begeht am Sonntag ihren 90. Geburtstag. Als „Botschafterin Hamburgs" reiste sie zu Gastspielen in alle Teile der Bundesrepublik Deutschland. 1917 begann ihre Theaterkarriere, die sie schnell an das Deutsche Schauspielhaus brachte. Schon in den 20er Jahren machte Maria Kloth auch Rundfunksendungen.

AUSZEICHNUNGEN

Der französische Kulturminister **Jack Lang** hat gestern in Paris den deutschen Kunsthistoriker **Werner Spies** zum Kommandeur des Kulturordens Arts et Lettres ernannt. Der 47jährige Spies lehrt in Düsseldorf und lebt in Paris. Er war maßgeblich an der Ausstellung „Paris–Berlin" beteiligt, die 1978 im Pompidou-Zentrum in Paris gezeigt wurde.

*

Wegen ihrer Bemühungen um die deutsch-schwedischen Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur erhält heute Dr. Karin Hillebrand, langjährige Leiterin des Goetheinstituts in Stockholm, das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Sie zeichnete jahrelang für die Wochen der Kultur verantwortlich, die Berlin häufig in der schwedischen Hauptstadt veranstaltet.

*

Der Ernst-Lubitsch-Preis 1986 ist vom Klub der Filmjournalisten Berlin für die beste Leistung in einer deutschsprachigen Filmkomödie des Jahres 1985 an die Münchnerin **Marianne Sägebrecht** vergeben worden. Sie erhält die Auszeichnung für ihre Hauptrolle in **Percy Adlons** Filmkomödie „Zuckerbaby". Sie hatte auch schon in Adlons Film „Die Schaukel" mitgewirkt. Die Preisverleihung findet alljährlich am 28. Januar, dem Geburtstag des Altmeisters der Filmkomödie, **Ernst Lubitsch**, statt. Die 1945 geborene Marianne Sägebrecht gilt als Münchner Kleinkunst- und Künstlerkneipen-Original.

ERNENNUNG

Den engeren Kreis seiner Mitarbeiter hat jetzt in Kassel der künstlerische Leiter der „documenta 8", Dr. **Manfred Schneckenburg**, benannt. Dazu gehören aus Deutschland **Wulf Herzogenrath**, der Direktor des Kölnischen Kunstvereins, und **Armin Zweite**, der Direktor der Städtischen Galerie im Lehnbach-Palais, München. Aus Italien kommt der Kunstkritiker und Ausstellungsorganisator **Vittorio Fagone**, Mailand, und aus den USA der Kunsthistoriker **Edward Frey** hinzu.

WAHL

Neuer Vorsitzender der Vereinigung der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern ist **Gustav G. Hebold**, Cuxhaven, Präsident der Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum. Die Präsidialkonferenz der sieben Kammern wählte ihn in Celle für die Jahre 1986/87 zum Nachfolger von **Hans-Georg Thümmler** aus Oldenburg, der turnusmäßig ausschied. Neuer stellvertretender Vorsitzender wurde **Horst Münzer**, Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig.

VERÄNDERUNG

In der Geschäftsführung der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) tritt zum Jahresende Dr. **Walter Hohlefelder** die Nachfolge von Dipl.-Ing. **Otto Kellermann** an, der in den Ruhestand geht. Professor **Adolf Birkhofer**, der seit der Gründung 1977 neben Kellermann an der Spitze der Gesellschaft stand, bleibt im Amt.

*

Maltas Honorarkonsul **Otto Techam** in Hamburg erhält einen wesentlich größeren Amtsbezirk. Sein Konsularbezirk, der bisher die Länder Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein umfaßte, wird durch das Land Niedersachsen noch erweitert.

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz Orte und Hotels in Deutschland empfehlen sich.

①


② **Silencehotel Landhaus Jesteburg**
Ein Haus, in dem Sie tagen sollten!
Ideal gelegen im Autobahndreieck Bremen–Hamburg–Hannover 48 Betten, jeglicher Komfort, Kegelbahnen, Tennishalle, Tagungsräume bis 30 Personen.
Am alten Moor 2, 2112 Jesteburg, Telefon 0 41 83 / 20 51-53

② **Hotel Niedersachsen – Ringhotel Jesteburg**
2112 Jesteburg, Lüneburger Heide, Tel. 04183/20 44
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel., 70 Betten, Lift, Konferenzräume, 10–80 Personen.
Hallenbad, mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlift.

③ **HOTEL HEIDEHOF – Ringhotel Hermannsburg**
Hallenbad 7 x 12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium
Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, Radio, z.T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.
Neu, nur 3 km entfernt: 2 kompl. Ferienappartements und 6 Pferde-Gastboxen. Ideales Reitgelände.
Ringhotels
3102 Hermannsburg, Lüneburger Heide, Telefon (05052) 3481

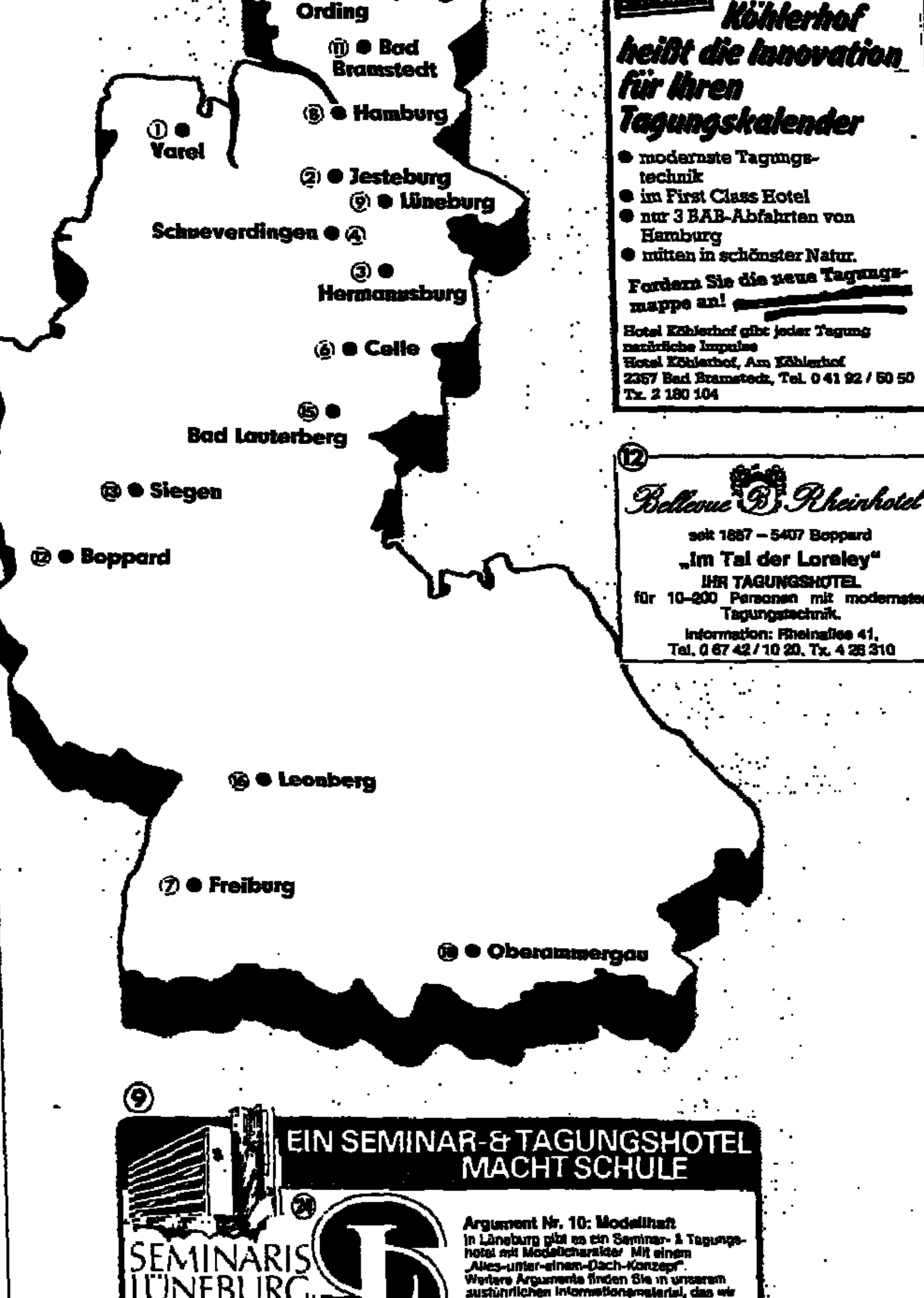
④ **Hotel Landhaus Höpen** – Das exclusive Heide-Hotel
Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9–18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten).
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.
3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031 Telex 924153

⑤


⑥ **Celle** – im Süden der Lüneburger Heide
Das Konferenz-Zimmer des Nordens
- Weit weg vom Alltag – aber bequem und schnell zu erreichen.
- Überschaubar und idyllisch – aber quicklebendig.
- Traditionsbewußt und reich an kulturellem Erbe – aber aufgeschlossen für den Komfort unserer Zeit.
- Eingebettet in idyllische Heidelandschaft – aber ausgestattet mit der ganzen Angebotsbreite einer modernen Stadt.

Ausführliche Informationen über Celle und seine führenden Tagungshäuser erhalten Sie auf schriftliche oder telefonische Anfrage vom
Verkehrsverein Celle, 3100 Celle, Postfach 373/5, Telefon (05141) 23031

⑧ **intermar** – Glücksburg · Malente · Grömitz · Timmendorfer Strand · Bad Segeberg
Tagungen im Intermar-Stil
Tagungen, Konferenzen, Seminare im Intermar-Stil sind zu einem Begriff geworden.
Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit. Ihre Buchung nimmt jedes Intermar-Hotel entgegen oder informieren Sie sich bei der
Zentralen Reservierung, Kl. Reichenstr. 20, 2000 Hamburg 11, Tel. 040/327457-58, Tx. 214915



⑦ **Freiburg von seiner schönsten Seite**
Als Herrn Dr. Mertens mittendrin die Birne platzte ...
Seitdem plant Herr Dr. Mertens seine Tagungen nur noch im
PANORAMAHOTEL am Jägerhäusle, Wintererstr. 89, 7800 Freiburg, Telefon 07 61 / 55 10 11, Telex 7 72 613 pano

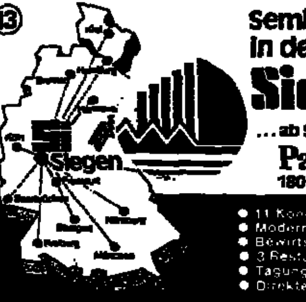
⑨ **EIN SEMINAR- & TAGUNGSHOTEL MACHT SCHULE**
SEMINARIS LÜNEBURG
Argument Nr. 10: Modellhaft
In Lüneburg gibt es ein Seminar- & Tagungshotel mit Modellcharakter. Mit einem „Alles-unter-einem-Dach-Konzept".
Weitere Argumente finden Sie in unserem ausführlichen Informationsmaterial, das wir Ihnen gern zusenden.

⑩ **Das Ammergauer Haus**

Ihre Tagungen, Konferenzen, Betriebsausflüge im Urlaubsort Holzschnitzerdorf Passionsspielort **Oberammergau**

Pluspunkte, die für Oberammergau sprechen
- Das »Ammergauer Haus« bietet den richtigen Rahmen. (Tagungsräume, Restaurant, Reisebüro, Verkehrsbüro).
- Sie tagen abseits von Hektik und Trubel im Luftkurort Oberammergau. Sie werden eingefangen von der Faszination der typisch bayerischen Mischung aus bodenständiger Tradition und moderner Weltaufgeschlossenheit.
- Sie tagen im Passionsspielort und Schnitzerdorf, wo andere Ihren Urlaub verbringen.
- Für das Rahmen- und Damenprogramm stehen Ihnen unsere vielseitigen Freizeiteinrichtungen zur Verfügung. Unser Kongreßbüro organisiert interessante Ausflüge wie auf König Ludwigs Spuren (mit Besichtigung von Schloß Linderhof und Neuschwanstein).
- Oberammergau ist verkehrsmäßig sehr günstig zu erreichen.
- Ein umfangreiches quantitativ und qualitativ hervorragendes Gastgeberangebot steht zur Verfügung.

Informationen und Kontakte: Verkehrsbüro der Arbeitsgemeinschaft Gemeinde Oberammergau und ihr GmbH, Eugen-Papst-Str. 9a, 8103 Oberammergau, Tel. 0 88 22 / 49 21

⑪

Köhlerhof heißt die Innovation für Ihren Tagungskalender
- modernste Tagungstechnik
- im First Class Hotel
- nur 3 BAB-Abfahrten von Hamburg
- mitten in schönster Natur.

Fordern Sie die neue Tagungsmappe an!
Hotel Köhlerhof gibt jeder Tagung natürliche Impulse
Hotel Köhlerhof, Am Köhlerhof, 2357 Bad Bramstedt, Tel. 0 41 92 / 50 50, Tx. 2 180 104

⑫ **Bellevue Rheinhotel**
seit 1887 – 5407 Boppard
„Im Tal der Loreley"
IHR TAGUNGSHOTEL für 10–200 Personen mit modernster Tagungstechnik.
Information: Rheinallee 41, Tel. 0 67 42 / 10 20, Tx. 4 26 310

⑬ **Seminare + Tagungen in der Mitte der Bundesrepublik**
Siegerlandhalle ... ab September 1986 mit dem Park Hotel Siegen, 180 Betten
- 11 Kongreßsäle nach Maß für 20 – 2300 Personen
- Modernste Kongreßtechnik
- Bewirtschaftung in allen Räumen und Sälen
- 3 Restaurants · 10 Kegelbahnen
- Tagungsstadt im Grünen
- Direkter Autobahnanschluß A 45 (Sauerlandlinie)

⑭ Nehmen Sie Platz auf den Stühlen direkt am Meer, und genießen Sie das Sylter Tagungsklima!
Wir organisieren Ihren Kongreß in Westerland auf Sylt bis zu 800 Personen.
Fordern Sie unsere Angebotsmappe an:
Sylter Tagungs- u. Kongreßgesellschaft zu Hd. Herrn Dr. Schaper, Strandstraße 33, 2280 Westerland/Sylt, Ruf: 0 46 51 / 8 12 20


⑮ Solarium · Kegelbahnen · Restaurants · Cafés · Bars · Kosmetik-Center · Sportmedizin
Alles unter einem Dach
Ob Sie eine GESCHÄFTSBESPRECHUNG für 6 Personen oder eine VERANSTALTUNG für 600 Teilnehmer ausrichten müssen, im revita, einem First-class-Hotel, kein Problem. 15 Veranstaltungsräume mit modernster Technik, 600 Betten, mehrere Restaurants, Cafés, Bars, aufmerksamer, individueller Service eines Familienbetriebes, vernünftige Preise.
revita HOTEL · KONGRESSZENTRUM, 3422 Bad Lauterberg/Harz, Tel. (0 55 24) 8 31 · Telex 9 6 245

⑯


هكذا من الأصل

SCHACH

Drohendes Matt für die Bundesliga

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Eigentlich ist am Sonntag in der deutschen Schach-Bundesliga das Spitzenspiel angesagt. In Porz bei Köln treffen die beiden Giganten aufeinander, die beiden prominentesten und vermutlich teuersten Mannschaften, deren Vereinsvorstände so miteinander verfeindet sind, daß sie sich kaum noch grüßen: die Schachgemeinschaft Porz mit ihren beiden Großmeistern Tony Miles (England) und Vlastimil Hort (CSSR, neuerdings aber auf dem Wege zur deutschen Staatsbürgerschaft) gegen die Solinger Schachgesellschaft mit Robert Hübner und dem exilrussischen, jetzt in Frankreich eingebürgerten ehemaligen Weltmeister Boris Spasskij an den Spitzenbrettern.

Aber irgendwie ist der Knüller kein richtiger Knüller mehr. Mit zwei blamablen Niederlagen in München haben die Porzer schon am ersten Spieltag der neuen Saison ihre Meisterschaftschancen so gut wie eingebüßt. Wichtiger noch: Über dem ganzen Unternehmen Bundesliga hängt der Katzenjammer.

Am letzten Wochenende kamen in Mainz das Präsidium und der erweiterte Vorstand des Deutschen Schach-Bundes (DSB) zusammen, um über die Ursachen der vielleicht größten Blamage des deutschen Schachsports der letzten Jahre zu beraten: über den 9. Platz des deutschen Teams bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft in Luzern, hinter vermeintlichen Zwergen wie China, der Schweiz und Frankreich. Zu den denkbaren Ursachen gehört nach Meinung namhafter Experten wie dem Bamberger Großmeister Lothar Schmid auch die „Fehlinvestition Bundesliga".

Ausschluß von Hübner?

In Mainz richteten die Attacken sich allerdings zunächst gegen Großmeister Robert Hübner, der seine Teilnahme in Luzern abgesagt hatte. Es gab Stimmen, die den Ausschluß Hübners aus dem DSB verlangten. Dazu wird es sicher nicht kommen. Hübner weigert sich aus prinzipiellen Gründen, an irgendwelchen Veranstaltungen des Weltschachbundes FIDE teilzunehmen, solange der Filipino Florencio Campomanes (der auch beim WM-Kampf Kasparow – Karpow eine zwielichtige Rolle spielte) Präsident ist. Weltmeister will der Individualist Robert Hübner sowieso nicht mehr werden. Deswegen hat er auch auf die Teilnahme an der WM-Ausscheidung verzichtet. Es reicht ihm, seinen Lebensunterhalt als in der ganzen Welt gefragter Profi ganz gut bestreiten zu können.

Auch ein anderer Vorschlag – der Rückgriff auf die bewährten, aber nicht mehr verfügbaren Lothar Schmid und Wolfgang Unzicker – kommt ernsthaft nicht in Frage, obwohl vor allem der Münchner Unzikker einen stillen Triumph nicht ganz unterdrückt haben mag.

Diskutiert werden muß aber die Frage, ob die teure Bundesliga (insgesamt werden von den 16 Vereinen und ihren Sponsoren und dem DSB jährlich mehrere hunderttausend Mark aufgewendet) sich wirklich auszahlt. Die 20 Ausländer, die man mit teilweise vierstelligen Honoraren pro Partie plus Reisekosten angelockt hat, sollten – so wurde argumentiert – die Spielstärke des deutschen Nachwuchses heben helfen. Aber diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Statt dessen aber hat die relativ bequeme Verdienstquelle Bundesliga zahlreiche deutsche Spitzenspieler dazu verführt, Studium oder Beruf aufzugeben, um als Schachprofis ihr Brot zu verdienen. Bei einigen, wie den Münchner Internationalen Meistern Stefan Kindermann und Klaus Bischoff, stehen immerhin noch wohlsituierte Väter für den Notfall bereit.

Die anderen aber müssen praktisch das ganze Jahr jedes erreichbare Turnier mitspielen, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Ein Mann wie Großmeister Eric Lobron – kurz zuvor noch strahlender Sieger in New York – wirkte in Luzern total überspielt. Bei Solingen spielt er an Brett drei. In Luzern beklagte er sich, das deutsche Team sei das am schlechtesten bezahlte von allen ...

Beispiel Hecht

Woran es wirklich liegt, demonstrierte der einzige Amateur im deutschen Team: Großmeister Hans Joachim Hecht buchte mit 5,5 Punkten aus acht Partien das beste Ergebnis. Der heute als Angestellter in München lebende Hecht war einst der erste deutsche Schachprofi. Er weiß, warum er damit aufhörte. Er braucht um Marktwerkt und Ranglistenplatz keine Angst mehr zu haben. Normalerweise spielt er nur noch für seinen Verein Bayern München.

Auch beim DSB hat man diese Entwicklung erkannt. Sportdirektor Helmut Nöttger: „Wir haben eine breite Weiterentwicklung und Verbesserung unterhalb der Spitze. Das müssen und werden wir weiter fördern. Aber wir müssen auch darüber nachdenken, ob der DSB nicht für einige, die zu unüberlegt Profis wurden, ein Auffangnetz knüpfen muß."

TENNIS / Morgen beginnt das wichtigste Spiel des Jahres. Edberg zweiter Einzelspieler der schwedischen Mannschaft

● Morgen beginnt das Finale im Daviscup zwischen Deutschland und Schweden in München. Neben Mats Wilander, Nummer drei der Weltrangliste, haben die Schweden gestern Stefan Edberg als zweiten Einzelspieler nominiert. Wer gegen wen morgen das erste Spiel bestreitet, wird heute ausgelost.

● Das sportliche Spektakel von München hat auch wichtige wirtschaftliche Hintergründe. Der bisher nur zweitklassige Deutsche Tennis-Bund rechnet mit einer Gesamteinnahme in Höhe von fünf bis sechs Millionen Mark. Das ist auch ein Verdienst des häufig kritisierten Managers von Boris Becker, Ion Tiriac.

● Wilhelm Bungert und Hans Olsson, die Kapitäne beider Teams, sagen heute in der WELT ihre Meinungen zum Finale. Die WELT beginnt heute (neben das Fernsehgerät zu legen) mit einer kleinen Regelkunde, die heute und morgen mit Erklärungen der Fachausdrücke und der Tennissprache fortgesetzt wird.

Manager Tiriac hat sich durchgesetzt, Verband mußte sehr viel lernen

H.-J. POHMANN, MÜNCHEN

Einen Tag vor Beginn des Spektakels kann Boris Beckers Manager Ion Tiriac tief durchatmen. Der Rumäne, vom Deutschen Tennis-Bund (DTB) eingesetzt, das Finale im Davis-Cup zu vermarkten, hat es geschafft, nicht nur ein Konzept für die wirtschaftliche Nutzung des sportlichen Großereignisses zu präsentieren, sondern auch erfolgreich durchzuziehen. Ein Unterfangen, das Tiriac anfangs nicht nur herbe Kritik aus den Reihen des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) einbrachte („Wir werden zu ehrenamtlichen Deppen abgestempelt", Bayerns Tennis-Präsident Freiherr von Waldenfels), es erforderte auch ein gehöriges Maß an finanziellem Risiko.

Rund anderthalb Millionen Mark mußten investiert werden, um außerhalb des sportlichen Geschehens eine Umgebung zu schaffen, die es auch der Industrie ermöglicht, an dem Finale teilzunehmen. Also engagierte Tiriac den belgischen Architekten Michel Francquin, der schon das Millionenturnier in Antwerpen („Die beste Veranstaltung der Welt", so Tiriac) ausstattete. Er hatte die Aufgabe, ein Zeltdorf zu erstellen, in dem potente Firmen ihre geschätzte Kundschaft in einem der 19 Salons (jeweils 16 bis 22 Quadratmeter) erstklassig bewirten können.

Anfangs hatte Tiriac, der seit Anfang November in einer Suite des Münchner Sheraton-Hotels zehn Mitarbeiter rund um die Uhr beschäftigt, Startschwierigkeiten. Mißverständnisse, („Herr Tiriac hat ein schlechtes Image", Freiherr von Waldenfels) erschwerten ein Zugreifen der Industrie. Hinzu türmten sich zuvor Schwierigkeiten auf, über die einige Verantwortliche nicht so richtig nachgedacht hatten. Denn laut Davis-Cup-Reglement dürfen in der Halle keine Unternehmen werben, die in Konkurrenz zu den Hauptsponsoren des weltweiten Pokal-Wettbewerbs stehen, keine Konkurrenten also von NEC (Computer-Firma), Ebel (Uhren), Volvo (Automobil) und Lacoste (Bekleidung). Zudem galt es, 3500 Quadratmeter Werbefläche in der Münchner Olympiahalle zu verkaufen, die in einem Paket angeboten wurden. Karten, Werbefläche, Bewirtung und Parkplätze hieß das Arrangement, das zum Beispiel die Firma Dunlop-Slazenger für 50 Karten 125 000 Mark kostete.

Heute ist das Geschäft gelaufen, die Werbeflächen verkauft. Übrig geblieben sind 300 von 2600 Karten, die wieder zurückgehen und noch heute (ab 9.00 Uhr) in München in den freien Verkauf gelangen. Es sind Dauerkarten zum Preis von 375 Mark.

„Abrechnungen liegen noch nicht vor, dennoch glaube ich, daß alle Erwartungen, auch die des DTB, erfüllt wurden", lautete die stolze Auskunft von Jörg Lindner, der seit einem halben Jahr deutscher Statthalter von Ion Tiriac ist.

Damit ist dem DTB auch der erste Schritt gelungen, sich der Tennis-Prominenz aus aller Welt mit „internationalem Niveau" (DTB-Präsident Claus Stauder) darzustellen. Sportdirektor Günter Sanders: „Denn das gehört natürlich ebenso zu einem Davis-Cup-Finale wie zu den Turnieren von Paris, Wimbledon oder Flushing Meadow."

Dennoch hat die Führungsspitze des DTB eingesehen, „daß wir anfangs von der Entwicklung überrollt worden sind". Präsident Stauder selbskritisch: „Sieben Monate Lernprozeß sind ganz einfach zu kurz, um das Know-how der Abwicklung einer derartigen Veranstaltung zu erlernen. Deshalb müssen wir uns auch den Schuh der mangelnden Informationen der Öffentlichkeit selbst anziehen".

Sei es, wie es sei, allen Kartenwünschen gerecht zu werden war von vornherein nicht möglich. 1000 Karten beansprucht die Internationale Tennis-Federation (ITF), und 1000 Tickets waren für die Schweden vorgesehen. 2500 wurden unter den 14 Mitgliedsverbänden des DTB verteilt, darunter erhielten die Bayern 600 Tickets, sportlich erfolgreiche Landesverbände wie Baden (185) oder Berlin wurden mit 45 Karten abgefunden. Für die Medien reservierte man 324 Sitzplätze, die Team-Sponsoren erhielten jeweils 50 Karten, genauso viel wie die Mannschaften. Blieben noch die 4500 Karten für den reinen Verkauf übrig. 850 Ehrenkarten waren von vornherein vergriffen.

Unter dem Strich rechnet Stauder mit einer „Gesamteinnahme von fünf bis sechs Millionen Mark", ein Betrag, „der uns nicht nur weiterhin finanziell unabhängig läßt, sondern auch ungeahnte sportliche Perspektiven ermöglicht".

Zunächst aber kann sich der mit 1,7 Millionen Aktiven mitgliederstärkste Verband der Welt im Glanze des Cup-Finales sonnen. Aus dem einst international belächelten DTB ist nicht zuletzt dank Boris Becker eine Institution geworden. Und diese Position gilt es nicht nur zu verteidigen, sondern auch auf einen soliden Unterbau zu stellen.

In diesen Wochen war der gesamte Organisationsapparat des DTB überfordert und überlastet, ja, gar nicht mehr angsprechbar. Über eines sollten sich alle im klaren sein: Derart hochkarätige Ehrengäste, die sich zu den Spielen von Becker und Co. angesagt haben, wird es bei einer Sportveranstaltung in Deutschland so schnell nicht wieder geben. Es kommen Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Juan Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees. Und – vielleicht am Samstag – auch Königin Sylvia von Schweden.



Ein Mann zwischen allen Stühlen oder ein Glücksfall für das deutsche Tennis? – Der Rumäne Ion Tiriac, wegen seiner geschäftlichen Aktivitäten heftig kritisiert, hat sich durchgesetzt. FOTO BAADER

Das sind die Prognosen und Meinungen der Kapitäne beider Mannschaften

Um Boris Becker ist mir nicht bange

Von WILHELM BUNGERT

Dieses Finale im Davis-Cup ist nach dem Wimbledon-Sieg die erste große Reifeprüfung für Boris Becker. Mein Gott, was lastet nicht alles auf diesem Jungen. Eine ganze Nation schaut auf ihn, die Erwartungshaltung der Medien und natürlich der eigene selbstauferlegte Erfolgsdruck.

Hauptaufgabe von uns Offiziellen wird sein, ihm soviel wie möglich von diesem Druck zu nehmen. Aber ob das möglich sein wird? Denn der Erfolg oder Mißerfolg in diesem schweren Finale gegen die großartigen schwedischen Weltklassespieler steht und fällt natürlich mit der Leistung von Boris Becker.

Aber eigentlich ist mir um ihn nicht bange. Physisch, von den Spielanlagen her, und auch psychisch ist er für das große Duell gerüstet. Sein Superaufschlag, sein Volley, seine Grundlinienschläge – kaum eine schwache Seite.

Michael Westphal hat sich im Sog der Davis-Cup-Erfolge von Becker zu ungeahnter Leistungsstärke in Pokalspielen aufgeschwungen. Jetzt müßte er sich noch einmal steigern. Michael wird auf jeden Fall kämpfen. Da bin ich ganz sicher.

Andreas Maurer könnte von seinen Qualitäten her einen Platz als Einzelspieler beanspruchen. Aber er beschränkt sich auf das Doppel und stellt sich so ganz in den Dienst der Mannschaft. Ich finde, das ist eine ganz tolle Einstellung. Sie beweist unseren Team-Geist.

*

Wilhelm Bungert (46) ist Deutschlands Tennis-Rekordnationalspieler. Er wurde in 43 Davis-Cup-Begegnungen eingesetzt, bestritt bei ihnen 102 Spiele und gewann 66. Bungert stand 1967 im Finale des Turniers von Wimbledon (3:6, 1:6, 1:6 gegen John Newcombe/USA).

Eigene Halle ist der Vorteil der Deutschen

Von HANS OLSSON

Ich glaube, meine schwerste Aufgabe in den Tagen und Wochen bis zum Finale in München war es, meine lieben Landsleute wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen. Für viele ist dieses Endspiel gegen die Deutschen nur noch eine Formsache, die unter der Rubrik „Erfolg" schon abgebucht wird.

Aber sie vergessen, wo dieses Spiel stattfindet: nämlich in Deutschland. Und das ist ein Vorteil, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann. Ich behaupte: Unser Sieg im letzten Jahr gegen die beiden amerikanischen Weltklassespieler John McEnroe und Jimmy Connors geht nicht zuletzt auf das Konto der Tatsache, daß wir in eigener Halle, auf einem Boden unserer Wahl, mit der Mithilfe unserer Fans antreten durften. Ein Davis-Cup-Spiel mit der Stimulation der eigenen Zuschauer setzt in den Spielern ungeahnte Kräfte frei. Und diese Vorteile liegen in diesem Jahr auf der Seite der Deutschen.

Ich behaupte weiter: Das Finale gegen Boris Becker und seine Mannschaftskameraden wird für uns weit schwerer als unser Sieg vor Jahresfrist gegen die USA. Denn bei all diesen Vorteilen für die Deutschen habe ich die überragende Form eines Boris Becker noch nicht einmal berücksichtigt. Und auch ein Michael Westphal, der sich im Davis-Cup stets in außergewöhnlicher Form präsentiert, darf nicht unterschätzt werden.

*

Hans Olsson (45) war als Vorstandsmitglied des schwedischen Tennisverbandes beauftragt, einen Kapitän für das Team zu finden. Als sich niemand meldete, ernannte er sich selbst dazu. Der 1,90 m große Olsson ist Lehrer für Geographie und Mathematik.

Nervenkrieg um Boden und Licht

dpa/sid, München

Die schwedische Davis-Cup-Mannschaft steht. Kapitän Hans Olsson gab gestern nach dem Vormittags-Training bekannt, daß Mats Wilander und Stefan Edberg die Einzel spielen werden. Unsicher ist jetzt nur noch, wer im Doppel antritt. Anders Jarryd, der dafür zusammen mit Edberg vorgesehen war, konnte auch gestern noch nicht trainieren.

Der 24jährige Jarryd war, wenn auch in Zivilkleidung und mit dikkem Schal, erstmals beim Training anwesend. Er leidet noch unter einer Hals-Entzündung. Olsson gab bekannt, daß er Jarryd dennoch in der Mannschaft belassen werde und niemanden nachnominiere. Olsson: „Wir gehen zwar dann das Risiko ein, daß wir mit Joakim Nyström nur noch einen Ersatzspieler haben und bei Ausfall von zwei Spielern sogar die ganze Mannschaft platzt, aber vielleicht ist Anders ja auch bis Samstag wieder fit." Sollte Jarryd nicht im Doppel spielen können, kämen voraussichtlich Mats Wilander und Joakim Nyström zum Einsatz. Olsson muß seine Entscheidung erst eine Stunde vor dem Doppel bekanntgeben. Er wird diese Frist voraussichtlich voll ausschöpfen.

Die Platzverhältnisse in der Münchener Olympiahalle sind inzwischen verbessert worden. Nachdem Oberschiedsrichter Patrick Flodrops (Frankreich) kritisiert hatte, daß sich Linien und Ball zu wenig von dem hellen Boden abheben würden, wurde das Flutlicht weniger grell eingestellt und einige Strahler anders postiert. Die Internationale Tennis-Federation (ITF) hält nach der Veränderung, auf die sich das schwedische und das deutsche Team sowie Vertreter der Fernsehanstalten einigten, die Spielbedingungen für akzeptabel.

Flodrops wurde von der ITF wegen seiner offenen Kritik gerügt. „Der Boden liegt, das Licht ist gut, der Schiedsrichter soll seine Augen ein bißchen aufmachen", sagte ITF-Direktor Thomas Hallberg (Schweden). Der Boden und die Beleuchtung, für die der Deutsche Tennis-Bund und nicht die Olympiahalle in München zuständig ist, ist aber auch nach der Änderung der Lichtverhältnisse weiterhin Diskussionsstoff. „Hier entwickelt sich ein Nervenkrieg der Teams", meinte Wilfried Spronk, der Sprecher der Olympiahalle München.

Während die schwedischen und die deutschen Spieler nur verhalten Kritik an der Beleuchtung übten, meinte der schwedische Kapitän Hans Olsson, daß Boden und Licht bewußt so hell gewählt worden seien. Hart aufschlagende Spieler, zu denen Boris Becker gehört, wären dann bevorteilt. Sprecher der Herstellungsfirma erklärten, der Boden sei handelsübliche Ware. Das Problem entstehe durch die zu grelle Beleuchtung.

Aufschlag, Spiel, Satz und Sieg . . .

So eindeutig ist es fast in keiner anderen Sportart: Die Tennis-Regeln haben einen festen Geburtstag. Am 23. Februar 1874 ließ sich ein Engländer namens Walter Clapton Winfield, pensionierter Major der Dragoner Garde Ihrer Majestät, patentamtlich schützen, was heute noch gilt.

● **Der Gedanke des Spiels** kann einfach gefaßt werden: „Tennis ist ein als Einzel, Doppel oder gemischtes Doppel für Männer oder Frauen ausgetragenes Spiel, bei dem es gilt, den Ball mit dem Schlager so im gegnerischen Feld zu plazieren, daß der Gegner ihn nicht regelgerecht zurückschlagen kann." Die Tücken stecken schon in der ersten Ballberührung.

● **Der Aufschlag:** Der Aufschläger muß mit beiden Füßen in Ruhestellung hinter der Grundlinie und zwischen der gedachten Verlängerung des Mittelzeichens und der Seitenlinie stehen. Nachdem er den Ball in die Luft geworfen hat, muß er ihn treffen, bevor er den Boden berührt hat. Dabei darf er seine Stellung nicht verändern, er darf mit dem Fuß nicht die Linie berühren (**Fußfehler**). Der Aufschlag erfolgt abwechselnd von der rechten (hier wird begonnen) und linken Hälfte des Feldes. Der Ball muß das Netz (91,5 cm hoch) überfliegen und im diagonal gegenüberliegenden Aufschlagsfeld aufprallen. Verfehlt der Aufschläger den Ball, macht er einen Fehler. Berührt der Ball die Netzkante, prallt aber ins richtige Feld, wird der Aufschlag wiederholt. Landet der Ball im Netz, im falschen Aufschlagfeld oder jenseits der Begrenzungslinien des Feldes (die Linie gehört immer zum Spielfeld), macht er einen Fehler. Nach einem Fehler hat der Aufschläger einen zweiten Versuch, macht er wieder einen Fehler (**Doppelfehler**), gewinnt der Gegner den Punkt. Der Aufschlag wechselt von Spiel zu Spiel, die Seiten des Spielfeldes werden nach jedem ungeraden Spiel (eins, drei, fünf, sieben) gewechselt.

● **Die Zählweise:** Gewinnt ein Spieler den ersten Punkt, so zählt das 15 zu seinen Gunsten, beim zweiten Punkt 30, beim dritten 40, beim vierten gewinnt er gleichzeitig ein Spiel (er führt 1:0 in einem Satz). Die Punkte des Aufschlägers werden immer zuerst genannt. Beispiel: Spieler A (der Aufschläger) gewinnt den ersten Punkt, es steht 15:0. Spieler B (der Rückschläger) gewinnt den zweiten Punkt = 15:15, B holt den dritten Punkt = 15:30, A gewinnt den vierten und fünften Punkt = 30:30 und 40:30. A holt den sechsten Punkt – er gewinnt das Spiel. Gewinnt B den sechsten Punkt, steht es 40:40 (**Einstand**) und das Spiel geht weiter, bis ein Spieler einen Vorsprung von zwei Punkten hat. Dabei wird jeder gewonnene Punkt als **Vorteil** gezählt (Vorteil Aufschläger oder Vorteil Rückschläger).

● **Satz und Sieg:** Einen Satz gewinnt der Spieler, der zuerst sechs Spiele für sich entscheidet – aber wieder mit der Differenz von zwei Spielen, mindestens also 6:4. Steht es 5:5, muß so lange weitergespielt werden, bis der Vorsprung zwei Spiele besteht (7:5, 8:6, 9:7). Die Ausnahme, die für den Davis-Cup nicht gilt, ist der **Tiebreak**. Tie (eigentlich Schlips) heißt in der englischen Sportsprache „Unentschieden", und das soll eben durchbrochen werden, um bei Turnieren solche langen Sätze wie den fünften zwischen Westphal und Smid im Davis-Cup gegen die CSSR (17:15) zu vermeiden. Beim Tiebreak, der immer beim Stande von 6:6 gespielt wird, wird gezählt wie im Tischtennis: 1:0, 2:0, 2:1, 3:1 usw. Der Spieler, der zuerst sieben Punkte hat – und wieder zwei Vorsprung –, gewinnt den Tiebreak und den Satz. Sieger ist im Davis-Cup und bei den großen Turnieren (Wimbledon, Flushing Meadow) der Spieler, der drei Sätze für sich entscheiden konnte („Best of Five"), also 3:0, 4:1 oder 3:2.

*

● **Morgen:** Weitere Regeln und Erklärungen der Fachausdrücke.

Anzeige

DAVIS-CUP
Wie sieht's aus vor dem ersten Aufschlag?
Btx weiß es.
Zum Beispiel:
* 45 444 445 # (VW)
* 40 040 550 # (ASV)
* 67 002 612 # (BASF)



Btx auch in Telefonläden der Post und im Fachhandel. Hingehen, reinschauen. Post

STAND ● PUNKT / *Tour de Berlin*

Der Vertrag ist perfekt, das freudige Ereignis kann gefeiert werden, mit Molle und Korn oder mit Schampus: Die Tour de France kommt nach Berlin, 1987 zur 750-Jahr-Feier. Rund sechs Millionen Mark wird das Geburtstagsgeschenk kosten. Drei Millionen sind an die Tour-Direktion zu zahlen, drei weitere wird die Organisation kosten. Dafür gibt es das größte Radsport-Ereignis der Welt an Havel und Spree eine ganze Woche lang live zu sehen: beim Prolog und drei Etappen lang.

Als diese Idee im Herbst heftig diskutiert wurde, glaubte auch die WELT an Schlösser, die im Monde liegen. Im Traditionsbewußtsein der Franzosen ist die Tour als ganz und gar französische Veranstaltung verankert, was eigentlich mit Berlin recht wenig zu tun hat. Oder doch?

Vor vierhundert Jahren kamen die Hugenotten nach Berlin, brachten das Rezept für Ochsenschwanz- und Zwiebelsuppe mit und einiges mehr an französischer Lebensart. Als es dem Eisernen Gustav um eine trotzige Werbung für die Pferdedroschke wider das aufblühende Industriezeitalter ging, wählte er dafür die Straßen von Berlin nach Paris. Berlin und die Tour de France – so abwegig war das dann wohl auch wieder nicht.

Abwegiger erscheint vielmehr, was Tour-Direktor Levitan nun in Berlin als neueste Idee vortrug: einen künftigen Tour-Start in Tokio. Der Gedanke einer weltumspannenden Radfernfahrt ist zwar nicht neu, aber was dann in die Tat umgesetzt würde, hätte mit der ursprünglichen Idee der Tour de France nichts mehr gemein. Der Traditionsveranstaltung Tour de France – die nun zum Geburtstag nach Berlin kommt – wäre damit der Garaus gemacht. Es gibt nun einmal Sportereignisse, die an Ort und Zeit gebunden sind – sonst verlieren sie ihre Bedeutung. Die Holmenkollenspiele gehören nach Oslo und nicht nach Mittenwald, das Wimbledon-Turnier nach London, die Tour de France nach Frankreich – und nicht auf Achse um die ganze Welt. Berlin als Tour-Station sollte die Ausnahme bleiben – schließlich wird man nicht alle Tage 750 Jahre alt.

K. Bl.

NACHRICHTEN

Gegen den Abstieg

Freiburg (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub SC Freiburg hat einen Amateurtrainer aus der fünftklassigen Landesliga berufen, um den Abstieg zu verhindern. Der Jugoslawe Jupp Becker, er ersetzt Anton Rudinsky, trainierte den SV Oberkirch.

Daski nach Bayreuth

Bayreuth (dpa) – Zwei Wochen nach der Trennung von Tibor Vozar (jetzt beim Zweitliga-Klub Waldkraiburg) verpflichtete der Eishockey-Bundesligaklub SV Bayreuth den Kanadier Mike Daski (56) als Trainer.

Meisterschaft abgesagt

Stuttgart (dpa) – Die für das Wochenende in Willingen vorgesehenen deutschen Meisterschaften im Skilanglauf wurden wegen Schneemangels abgesagt.

Strafe aufgehoben

Mospot (dpa) – Die von kanadischen Sportkommissaren ausgesprochene Geldstrafe von 10 000 Dollar gegen das Porsche-Kremer-Team ist vom internationalen Motorsportverband FISA aufgehoben worden. Die für ein Jahr geforderte Sperre wurde zur Bewährung ausgesetzt. Grund der Strafen: Um seinen tödlich verunglückten Fahrer Manfred Winkelhock zu helfen, hatte sich Kremer eines Fahrzeuges der Rennleitung bedient.

Keine Damenrennen

München (dpa) – Wegen eines starken Föhneinbruchs in den Alpen wurden alle alpinen Weltcup-Rennen der Damen für dieses Jahr abgesagt.

Dieter Brei bleibt

Düsseldorf (sid) – Dieter Brei bleibt Trainer bei Fortuna Düsseldorf. Das ist das Ergebnis einer Präsidiumssitzung des Tabellenletzten der Fußball-Bundesliga. In den letzten Wochen hatte besonders Schatzmeister Norbert Hengstenbach die Ablösung von Brei gefordert. Präsident Peter Förster: „Es gab keine Abstimmung unter den Mitgliedern des Vorstandes."

Pokal-Viertelfinale

Düsseldorf (sid) – Bayer Leverkusen empfängt heute abend (19.30) den SV Waldhof Mannheim im Viertelfinalspiel um den DFB-Pokal. Mannheim stand zuletzt 1953 im Halbfinale, Leverkusen noch nie.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren: Grenzau – Jülich 5:9. – **ETTU-Pokal**, Herren, Viertelfinale: Düsseldorf – Bayreuth 5:3.

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft, Frauen: Trostrunde: Dänemark – USA 24:18, Schweiz – Island 26:13. – Abschlußtabelle: 1. Dänemark 6:0, 2. Schweiz 3:3, 3. USA 3:3, 4. Island 0:6.

EISHOCKEY

Iswestija-Turnier für Nationalmannschaften in Moskau, 1. Spieltag: UdSSR – Kanada 8:2, CSSR – Schweden 3:3. – 2. Spieltag: Schweden – Kanada 6:1, UdSSR – Finnland 4:1.

FUSSBALL

Erste englische Division: Queens Park – Aston 0:1. – **Supercup:** Southampton – Tottenham 1:3.

Shultz-Besuch in Belgrad endet mit einem Mißklang

Trotzdem „grundsätzlich gute Beziehungen" unterstrichen

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad

Trotz beiderseitiger Versicherungen, daß die amerikanisch-jugoslawischen Beziehungen „grundsätzlich gut" seien, ist es während des Besuchs von US-Außenminister George Shultz in Belgrad zu einem hörbaren Mißklang gekommen. Shultz und sein Gastgeber, der jugoslawische Außenminister Raif Dizdarevic, konnten sich sowohl während der Gespräche als auch auf der abschließenden gemeinsamen Pressekonferenz nicht über einen beiderseitig akezptablen Standpunkt zu Fragen des internationalen Terrorismus einigen.

Als der jugoslawische Außenminister Dizdarevic – als Sproß einer bekannten moslemischen Familie Bosniens mit den Problemen der islamischen Welt eng vertraut – erklärte, man müsse genau zwischen Terrorismus einerseits und Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus und Aggression andererseits unterscheiden, und als er überdies forderte, die Ursachen für den Terrorismus zu erkennen, verlor der amerikanische Gast offensichtlich die Geduld. Mit hochrotem Kopf schlug Shultz mit der Hand auf den Tisch und rief: „Die Entführung des Schiffes („Achille Lauro" – d. Red.) und die Ermordung eines Amerikaners können durch keinerlei Ursachen gerechtfertigt werden!" Die internationale Staatengemeinschaft müsse dafür sorgen, daß die Terroristen nirgendwo einen Unterschlupf finden könnten. Die US-Regierung hätte Abu Abbas – den angeblichen Drahtzieher der Entführung der „Achille Lauro", den erst die Italiener nach Jugoslawien und dann die Jugoslawen in den Nahen Osten entkommen ließen – gerne auf der Anklagebank gesehen. Shultz sprach seine Enttäuschung darüber aus, daß die Jugoslawen Abbas nicht festgehalten haben.

Streit um die PLO

Während Dizdarevic beteuerte, Jugoslawien sei stets gegen Terrorismus gewesen und sein Land sei selber ein Opfer des Terrorismus (womit offenbar kroatisch-extremistische Anschläge gemeint sind), kam es auch in der Frage der Verurteilung der PLO zu einem weiteren tiefgreifenden Gegensatz zwischen Shultz und seinem jugoslawischen Gastgeber. Der amerikanische Außenminister antwortete auf Fragen von Journalisten, für Washington bestehe nicht der geringste Zweifel daran, daß die PLO terroristische Aktionen unternehme und sich dessen sogar rühme. Der terroristische Charakter der PLO sei für ihn keine bloße Spekulation, betonte Shultz. Es sei schwer vorstellbar, daß die PLO sich an den Verhandlungstisch für einen Nahost-Frieden setzen könne, wenn sie gleichzeitig für die Vernichtung Israels eintrete und sich an terroristischen Aktionen beteilige.

Ungeschickter Auftritt

Dagegen antwortete der jugoslawische Außenminister mit der Feststellung, für die jugoslawische Regierung sei die PLO eine „Befreiungsorganisation". Die PLO sei keineswegs eine Terrororganisation, vielmehr sei sie der „legitime Vertreter des palästinensischen Volkes". Der palästinensische Terror sollte keinesfalls mit der PLO verglichen werden.

In politischen Kreisen wurde die Frage diskutiert, ob es von jugoslawischer Seite geschickt war, einen gemeinsamen Auftritt der beiden Minister vor der Presse zu veranstalten – dazu noch vor der US-Presse, die in der Schärfe ihrer Fragen keine Rücksichten kennt. Die schwierige Lage Jugoslawiens ist der Reagan-Administration bekannt. Belgrad will unter allen Umständen versuchen, seinen seit Titos Tod stark verminderten Einfluß bei den Blockfreien – und das heißt bei den Arabern, aber auch bei den lateinamerikanischen Revolutionären – zu halten oder wiederzugewinnen. So ist das manchmal seltsam anmutende Engagement Belgrads für „Befreiungsbewegungen" von der PLO bis Nicaragua und Südafrika zu erklären. Auf der anderen Seite aber muß man festhalten, daß die Jugoslawen auch den afghanischen Widerstand gegen die Sowjetunion als legitime Befreiungsbewegung bezeichnen. Schließlich: Jugoslawien braucht die Amerikaner wirtschaftlich und politisch, gerade in der jetzigen schweren Krise des Landes.

Für Washington ist Jugoslawien aber – trotz aller Differenzen und Schwierigkeiten – ein Modell, weil hier ein Land die Blockgrenzen überwinden konnte, ohne sein (kommunistisches) System zu ändern.

Jenninger: Wir müssen eine Grauzone verminderter Sicherheit verhindern

Bundestagspräsident begrüßt vor Kommandeuren Entscheidung Bonns zu SDI-Beteiligung

RÜDIGER MONIAC, Karlsruhe

Bundestagspräsident Philipp Jenninger hat auf der 28. Kommandeurtagung in Karlsruhe die Entscheidung Bonns für eine Beteiligung am SDI-Programm der USA begrüßt und dargelegt, in welcher Weise die strategische Raketenabwehr die Sicherheit Europas und der Bundesrepublik Deutschland beeinflussen könnte.

SDI verringert nach Jenningers Worten „tendenziell die Bedeutung der nuklearen Waffen und könnte im Extremfall das Existenzrisiko, das für die beiden Weltmächte in den letzten Jahrzehnten von den Interkontinentalwaffen ausgegangen ist, beseitigen". Die denkbaren Konsequenzen dieser Entwicklung beschrieb der Bundestagspräsident folgendermaßen: „Um einer damit verbundenen möglichen Entwicklung hin zur Kriegsführungsfähigkeit in Europa entgegenzutreten, ist der Erhalt und – wenn irgend möglich – eine Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des westlichen Bündnisses anzustreben."

Die Bundesrepublik Deutschland müsse sich um die „Erhaltung der Risikogemeinschaft" mit ihren Verbündeten bemühen und verhindern, daß Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstünden. „Wir dürfen nicht in eine Situation kommen, in der die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion unangreifbar sind und sich dazwischen eine Grauzone verminderter Sicherheit auftut", warnte Jenninger. „Dies wäre für uns und alle Europäer lebensgefährlich."

Nehdrücklich unterstützte der Bundestagspräsident in seiner Rede vor den Kommandeuren die Entscheidung der Bundesregierung, eine deutsche Beteiligung an SDI sicherzustellen. Er nannte es unpolitisch, in einer so entscheidenden Frage schlicht abseits stehen zu wollen. Eine Beteiligung, in welcher Form auch immer, sei notwendig, sagte Jenninger. Nur so könne die deutsche Politik Einfluß gegenüber den USA gewinnen und werde in der Lage sein, künftige Optionen amerikanischer Politik mitzugestalten.

Als eine Möglichkeit sieht der CDU-Politiker den Fall, „die gesamte Strategie des westlichen Bündnisses neu zu definieren". Als weitere Konsequenz der SDI-Anstrengungen betrachtet der Bundestagspräsident die Notwendigkeit verstärkter deutscher Bemühungen um eine Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Der Bundeswehr müsse insbesondere auch der Bundestag dadurch helfen, daß er dazu beitrage, „das politische Klima in Sachen Landesverteidigung" zu pflegen. Es komme darauf an, daß die Bundeswehr als eine Wehrpflichtarmee von allen politischen Lagern und allen Kreisen der Bevölkerung bejaht und getragen werde.

Jenninger verhehlt dabei aber nicht seine „große Sorge" darüber, daß bisher niemand schlüssig zu erklären wisse, wie in den kommenden Jahrzehnten der Personalbedarf der Bundeswehr gedeckt werden solle. Die Öffnung der Streitkräfte für freiwillig dienende Frauen dürfe kein Tabu mehr sein, erklärte der Bundestagspräsident später auf eine entsprechende Frage eines Offiziers. Auch General Altenburg, der Generalinspekteur der Bundeswehr, stimmte dem zu.

Mahlein gestorben

dpa, Stuttgart

Der langjährige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, ist in der Nacht zum Mittwoch 64jährig in einem Stuttgarter Krankenhaus gestorben. Der gelernte Buchdrucker stand von 1968 bis 1983 an der Spitze der Druckgewerkschaft. Im Oktober 1968 hatten die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier in Koblenz Mahlein zum Ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft gewählt. Er wurde zum linken Flügel des DGB gerechnet.

1976 führte er die IG Druck und Papier in einen Streik. Sein Name kam damals in die Schlagzeilen, weil die IG Druck mit fast zehn Prozent die bis dahin höchste Forderung der Lohnrunde 1976 erhob. Einen weiteren harten Arbeitskampf führte er 1978 zur Durchsetzung und Anwendung eines Tarifvertrages für rechnergesteuerte Textsysteme. Mahlein galt als Befürworter einer Mediengewerkschaft.

Ende der LKW-Blockade

HELMUT HETZEL, Den Haag

Die Lkw-Straßenblockaden, mit denen etwa 4000 streikende niederländische Lastwagenchauffeure am Montag und Dienstag beinahe den gesamten Straßenverkehr in Holland lahmgelegt und fast alle Grenzübergänge der Niederlande zur Bundesrepublik und Belgien abgeriegelt hatten, sind beendet. Ein von Arbeitgeberseite per einstweiliger Verfügung angerufenes Gericht in Utrecht forderte die Streikenden und die Gewerkschaft FNV in dem am Dienstagabend ergangenen Urteil ultimativ auf: Alle Protest- und Blockadeaktionen sind sofort einzustellen. Sie seien rechtswidrig und in dieser Form nicht zulässig, urteilte das Gericht. Die Tarifparteien hätten unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die Transportarbeitergewerkschaft FNV fügte sich diesem Urteil. Es gibt auf den holländischen Straßen und an den Grenzen keinerlei Behinderungen mehr."

Schröder spricht von Respektierung

DW. Ost-Berlin

Der SPD-Spitzenkandidat für die niedersächsischen Landtagswahlen, Gerhard Schröder, hat sich bei einem Besuch in der „DDR" für die Respektierung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Damit vertrat er in einem Gespräch mit Parteichef Erich Honecker im Unterschied zum saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, der vor kurzem ebenfalls nach Ost-Berlin gereist war, die Linie Willy Brandts. Der SPD-Parteichef hatte Lafontaine nach dessen umstrittenen Äußerungen – der Ministerpräsident hatte von Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft gesprochen – zurechtgewiesen.

Die Frage des Grenzverlaufs an der Elbe dürfe nicht dogmatisch betrachtet werden, sagte Schröder laut ADN nach dem Gespräch mit Honecker. Die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle wäre ein Schritt, der weitere Verbesserungen im deutsch-deutschen Verhältnis ermöglichte.

China baut auf den Erfolg kapitalistischer Methoden

Honecker-Vertrauter spricht von ‚Unterlegenheit des Sozialismus'

DW./hrk. Bonn/Berlin

In den sozialistischen und kommunistischen Staaten macht sich immer mehr die Erkenntnis breit, daß das kapitalistische System dem Sozialismus überlegen ist und die wirtschaftlich größeren Erfolge aufzuweisen hat. Dies geht aus den Äußerungen bedeutender Politiker und Wissenschaftler des kommunistischen Lagers hervor. Chinas starker Mann Deng Xiaping forderte jetzt sogar die Anwendung kapitalistischer Methoden, um die Wirtschaftsproduktion des Landes zu erhöhen.

Abhängig vom Westen

In der Auslandsausgabe der „Volkszeitung" wurde Deng mit den Worten zitiert, die Liberalisierung der Landwirtschaft habe in China zu einer starken Produktionssteigerung geführt. Durch Reformen sei die Landwirtschaft belebt worden. „Wir müssen weiter kapitalistische Methoden anwenden, die den Grundsätzen des Sozialismus nicht widersprechen", sagte Deng. Er ist beauftragt worden, die zentrale Wirtschaftsplanung in China zu lockern und ein stärkeres Konkurrenzdenken durchzusetzen.

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat auf einer Tagung der RGW-Länder in Moskau von der wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber dem Westen und von der „Druckausübung des Imperialismus" gesprochen. Vor den Regierungschefs der Mitgliedsländer des „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe" rief Gorbatschow dazu auf, sich in der Wirtschaft gegenüber dem Westen größere Unabhängigkeit zu verschaffen und dem Druck besser zu widerstehen. Dies solle durch eine Aufwertung des Wirtschaftspotentials der RGW-Länder erreicht werden.

Die „beträchtliche Unterlegenheit" der „DDR" und des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus hat auch einer der engsten Vertrauten von Erich Honecker, der weltweit angesehene Wissenschaftler Professor Jürgen Kuczynski, herausgestellt. Die Einschätzungen Kuczynskis, der als einflußreicher Wirtschaftswissenschaftler hin und wieder im „Neuen Deutschland" die Wirtschaftspolitik von Erich Honecker analysiert und verteidigt, finden sich in der Kulturzeitschrift „Sinn und Form".

Dabei handelt es sich um einen Briefwechsel zwischen dem Chef des „DDR"-Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, und dem 81jährigen Professor der Humboldt-Universität über die akademisch-abstrakte Frage nach dem „Preis der Kunst". Als politische Quintessenz seiner Einschätzung des „DDR"-Entwicklungsstandes formuliert Kuczynski: Die „DDR" habe als „entscheidendes Fundament" für die Entwicklung des Sozialismus die Produktionsmittel verstaatlicht und sei in „steter Bemühung" um die allgemeine Erziehung in den Grundlehren des Marxismus-Leninismus.

Dann fügt er hinzu: „Beträchtlich unterlegen sind wir dem Kapitalismus noch in der Anwendung moderner Technik in der Produktion und damit in der Arbeitsproduktivität." Nach Marx und Lenin ist jedoch der siegreiche Kampf um die Vorherrschaft auf diesem Gebiet die Grundlage für den angeblich unaufhaltsamen Sieg des Kommunismus in der Welt.

Kuczynski zitiert in seinem Brief auch Honecker selbst mit dessen Neujahrsbotschaft von 1985, in der der SED-Chef seine Unzufriedenheit über das industriell-technologische Entwicklungstempo in der „DDR" zum Ausdruck gebracht hatte: „Sich in unserer Zeit unter den industriell fortgeschrittenen Ländern zu behaupten, stellt eine Herausforderung an Forschergeist und Ingenieurwissen, an die Qualitätsarbeit jedes einzelnen dar."

In seiner Rede vor den SED-Kreissekretären am 1. Februar 1985 habe Honecker, weist Kuczynski nach, das Schlüsselwort für die nächsten Jahre formuliert: „Vom mittleren Niveau kann die DDR nicht leben."

Flotte Formulierungen

Kuczynski hatte zuletzt mit seinem fiktiven „Dialog mit meinem Urenkel" auf sich aufmerksam gemacht. In den vergangenen Monaten war das Werk wegen seiner vielen unbotmäßigen und für „DDR"-Verhältnisse „flotten" Formulierungen in den mitteldeutschen Buchläden ein Bestseller geworden. Kuczynski sah sich danach auch Angriffen aus der SED gegenüber, die jedoch wegen seines starken Rückhalts in der Parteiführung ohne Wirkung blieben.

Preise für über 400.000,-DM!
HÖRZU
Jede Woche neue Gewinne!
HÖRZU zahlt Ihnen einen Monat alles!
Von der Miete bis zum Essen – von den Autokosten bis zum Taschengeld!

هكذا من الأصل

Klötze am Bein

cd. – Es sei eine sehr gute Arbeitssitzung gewesen, hieß es über die gestrige schon seit langem geplante Sitzung des Aufsichtsrats der DAL (Deutsche Anlagen Leasing). Was das auch immer bedeuten mag: man muß sich fragen, wo eigentlich die Zukunft des angeschlagenen Unternehmens liegt.

Die DAL sitzt auf einem großen Block voller Engagements, der mit Milliardenhilfe der Gesellschafter saniert wird. Darauf muß sich das Unternehmen mit aller Macht konzentrieren, damit es aus den Schlagzeilen herauskommt; denn die behindern das Neugeschäft, dessen Chancen im Immobilien-Leasing ohnehin alles andere als rosig sind.

Gefragt ist eine neue Konzeption. Doch es wird, wie es scheint, weitergewurstelt. Wenn der DAL ihre faulen Engagements nicht wie ein Klotz am Bein hängen sollen, müßten sie gänzlich aus dem Unternehmen ausgegliedert werden.

Dafür könnte man sich die Gründung einer besonderen Auffanggesellschaft vorstellen oder aber auch die Fusion einer gesäuberten DAL mit einer anderen Gesellschaft, die zum Teil die gleichen Eigner hat.

Wie dem auch sei: Die Gesellschafter der DAL sollten endlich einmal beginnen, ihr angeschlagenes Unternehmen auf einen neuen Weg zu bringen. Gefordert ist hier vor allem die Westdeutsche Landesbank als der Gesellschafter mit dem größten Kapitalanteil, die mit ihrem Vorstandsvorsitzer Friedel Neuber auch den Aufsichtsratvorsitzenden stellt. Solange nichts bewegt wird, droht nur kostbare Zeit verlorenzugehen.

Raucher-Bekenntnisse

Von JAN BRECH

„Ich rauche gern." Dieses Bekenntnis ist seit einiger Zeit an den Heckscheiben deutscher Autos zu lesen. Der Marktführer Reemtsma war es, der mit diesem Slogan nicht nur die eigenen Kunden, sondern allen etwa 17 Millionen Rauchern das Selbstbewußtsein mündiger Bürger einflößen wollte. Zu dem, was man gern tut, soll man auch stehen.

Die überwiegend ablehnende Haltung auf die Reemtsma-Aktion, die bei Gesundheitspolitikern gar in Empörung ausartete, zeigte allerdings, daß die Zigaretten-Hersteller nicht zu den industriellen Lieblingskindern gehören. Das Geschäft mit dem blauen Dunst stößt auf Widerstand an allen Fronten.

So massiv und aggressiv wie in der jüngsten Vergangenheit ist die Zigarettenindustrie dabei lange nicht mehr angegangen worden. In den USA etwa stehen zahlreiche Schadensersatzklagen gegen Tabakkonzerne zur Verhandlung, wobei die Beträge in Millionenhöhe gehen. Sollte einer dieser Prozesse negativ für die Industrie ausgehen, droht ihr eine unkalkulierbare Lawine von Schadenersatzansprüchen.

Auch in der Bundesrepublik hat die Koalition der Antiraucher zum Angriff geblasen. Um Jugendliche vor der Zigarette zu schützen, soll eine Abgabeverordnung vergleichbar wie bei Alkohol und Kontrollen für den Verkauf über die rund 750 000 Automaten erlassen werden. Gesundheitspolitiker denken über noch höhere prohibitive Steuern und über zusätzliche „Gesundheitspfennige" für jede Zigarette nach. Die Gefahr des Passivrauchens und des sich daraus ergebenden Rauchverbots am Arbeitsplatz wird ebenso erbittert diskutiert wie das generelle Verbot von Werbung für Tabakwaren.

Für die Zigaretten-Industrie sind Anti-Rauch-Kampagnen nichts Neues. Sie weiß, daß sie es mit einem hoch sensiblen Produkt zu tun hat, und hat sich bislang entsprechend verhalten. Staatlichen Reglementierungen ist sie mit einer Politik der vorbeugenden Selbstbeschränkung zuvorgekommen. Der Verzicht auf die Fernsehwerbung war freiwillig, ebenso der Aufdruck von Nikotin- und Kondensatwerten auf den Packungen. Sie gab sich einen Werbe-Code, der mehr verbietet als erlaubt, und sie machte die Zigarette mit hohem finanziellen Aufwand „leichter", ohne dafür zu werben.

Der Reemtsma-Slogan läßt nun erkennen, daß sich in der Branche sehr vorsichtig ein Umdenken anbahnt. Zum ersten Mal gibt ein Konzern den Rauchern Zuspruch, den „Genuß mit Reue" nicht immer nur schlechten Gewissens zu praktizieren. Der Umschwung steht in enger Verbindung mit der Entwicklung der Branche in den letzten Jahren. Die drastische Tabaksteuer-Erhöhung von 1981 hat erst den Markt in ein Absatzchaos gestürzt, dann ruinierte die Industrie mit ihrem ersten selbst angezettelten Preiskrieg die Ertragsbasis. Als der Qualm abzog, stand die Branche mit verändertem Selbstverständnis da. Sie hatte die Lektion gelernt, daß sich ihr Markt nicht von denen anderer mit allen Auswüchsen unterscheidet.

Der langsame Stimmungsumschwung hat zudem mit neuen Leuten in den Führungsspitzen der Branche zu tun. In den Chefetagen fast aller Hersteller ist eine jüngere Generation nachgerückt: Handfeste, offensivere Marketing-Leute. Bei Diskussionen um das umstrittene Produkt Zigarette weisen sie schon einmal darauf hin, daß ihre Industrie über Tabak- und Mehrwertsteuer den Steuersäckel immerhin mit gut 17 Milliarden Mark anreichert.

Schließlich sind es die Marktbedingungen selbst, die die Zigarettenhersteller nötigen, Versuchen weiterer Markteinschränkungen Widerstand entgegenzubringen. Der Absatz stagniert, und die der Industrie verbliebenen Mittel der Werbung und Verkaufsförderung reichen kaum aus, um neues Wachstum zu erzeugen. Der Markt hat sich bei rund 120 Milliarden Stück pro Jahr eingependelt.

Die Zigaretten-Industrie, die lange Zeit zu den Großverdienern zählte, hat Substanz genug, um mit ihren eigenen Marktproblemen fertig zu werden. Wenn sie die Raucher überzeugen will, bei der Stange zu bleiben, muß sie sich jedoch öffentlich zu ihrem Produkt bekennen. In ein Büßerhemd gekleidet macht sie keinen sonderlich starken Eindruck bei der Auseinandersetzung um Rauchen und Gesundheit, die ja beileibe nicht ohne Grund und nur von einer der Industrie übel gesonnenen Lobby geführt wird.

BUNDESBANK / Der Leistungsbilanzüberschuß überschreitet seinen Höhepunkt

Deutsches Wirtschaftswachstum hat internationales Spitzenniveau

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nur in wenigen Industrieländern wächst die Wirtschaft so stark wie in der Bundesrepublik. Die Belebung der Binnenkonjunktur schafft neue Arbeitsplätze und sorgt über den Importsog für eine Normalisierung des Leistungsbilanzüberschusses. Die Geldpolitik fördert bei sinkenden Zinsen den Aufschwung. Mit diesen Kernaussagen in ihrem Monatsbericht bezieht die Bundesbank zugleich Stellung gegen Forderungen nach zusätzlichen wirtschaftspolitischen Wachstumsmaßnahmen.

Dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik – die Wirtschaftsleistung war im dritten Quartal 1985 um drei Prozent höher als vor einem Jahr – bescheinigt die Bundesbank eine anhaltend starke Dynamik. Im verarbeitenden Gewerbe, das von den konjunkturellen Auftriebskräften besonders begünstigt wurde, arbeiten inzwischen viele Unternehmen an der Kapazitätsgrenze, womit die Bereitschaft zu Erweiterungsinvestitionen gestärkt werde.

Die Produktionsausweitung erfordere auch vielfach zusätzliche Arbeitskräfte. Wenn die Arbeitslosigkeit nur wenig zurückgegangen sei, obwohl im dritten Quartal eine Viertel Million mehr Menschen beschäftigt waren als vor einem Jahr, so liege das auch daran, daß die gebesserten Beschäftigungschancen mehr bisher nicht Erwerbstätige animierten, sich bei den Arbeitsämtern als Stellungsuchende registrieren zu lassen, schreibt die Bundesbank. Der Arbeitsmarkt profitiere besonders davon, daß der Wirtschaftsaufschwung zunehmend von der Binnenkonjunktur getragen werde, von der Wirtschaftsbereiche erfaßt werden, die arbeitsintensiver produzieren als die stark exportabhängigen.

Als stärksten Konjunkturmotor stellt die Bundesbank die Investitionen der Unternehmen heraus, die von günstigen Geschäftsaussichten und in weiten Bereichen grundlegend gebesserten Ertragsverhältnissen stimuliert werden. Die Unternehmenserträge enthalten wieder eine Prämie für die mit Anlageinvestitionen verbundenen Risiken, was, wie die Bundesbank betont, eine Grundvoraussetzung für unternehmerische Investitionen ist. Für 1985 rechnet die Notenbank mit einer Rendite des Sachanlagevermögens von etwa 11,5 Prozent, während Kapitalmarktanlagen etwa sieben Prozent bringen. Die – 1981/82 negative – Spanne hat sich damit wieder auf den Stand von 1979 erweitert.

Verstärkte Nachfrageimpulse gingen nach der Analyse der Bundesbank in den letzten Monaten auch vom privaten Verbrauch und vom Staat aus, der seine Investitionsausgaben dank reichlicher fließender Einnahmen ohne Verletzung des Konsolidierungskurses steigern konnte. Selbst im Wohnungsbau registriert die Bundesbank mehr Nachfrage, wenngleich der Markt weiterhin unter Angebotsdruck stehen werde.

In der Auslandsnachfrage sieht die Bundesbank weiterhin eine wichtige Konjunkturstütze, obwohl der Ordereingang und die Exportlieferungen an Schwung verloren haben; dennoch erscheine eine positive Grundtendenz für die Zukunft gesichert. Gleichzeitig wuchs der Importbedarf, so daß der Leistungsbilanzüberschuß nicht mehr nenenswert zunahm.

Schon heute gibt es nach dem Urteil der Bundesbank – entgegen anderslautenden Prognosen – Hinweise dafür, daß der Höhepunkt in der Entwicklung des Leistungsbilanzüberschusses in naher Zukunft überschritten wird. Die Bundesbank nennt hier neben der kräftigen Aufwertung der D-Mark vor allem den Importsog, der mit der Ausweitung der Binnennachfrage – nicht zuletzt unter dem Einfluß der Steuersenkungen – zu erwarten sei.

Zufrieden äußert sich die Bundesbank unter Hinweis auf die weitgehend stabilen Kosten und Preise sowie die Konjunkturerholung zu den Ergebnissen ihrer Geldpolitik, deren Stetigkeit sie hervorhebt. Wegen des gesunkenen Dollarkurses rechnet die Bundesbank damit, daß Auslandskäufe deutscher Renten in Erwartung eines Wechselkursgewinns abflauen und daß damit auch der Druck auf den Kapitalmarktzins nachläßt.

AUTOMOBILINDUSTRIE

1985 mehr als 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen

INGE ADHAM, Frankfurt

Ein kräftiger Schub bei den Investitionen, mehr als 20 000 neue Arbeitsplätze und ein „gutes Ergebnis" werden für die deutsche Automobilindustrie das Fazit dieses Jahres sein. Mit einer Produktion von 3 891 500 Pkws/Kombis (elf Prozent mehr als im Vorjahr) von Januar bis November schicken sich die deutschen Autobauer an, in diesem Jahr die Vier-Millionen-Marke bei der Produktion von Pkws deutlich zu überschreiten und ihren bisherigen Produktionsrekord (1979) zu überrunden. 1984 waren 3,3 Millionen Pkws gefertigt worden.

Dafür sorgen vor allem die Erfolge der deutschen Autos im Ausland. Zwar blieb der Pkw-Export im November um zehn Prozent unter dem Stand vom November 1984, geht aus der jüngsten Monatsstatistik des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) hervor, für die ersten elf Monate zusammengenommen ergibt sich aber ein deutliches Exportplus von 17 Prozent auf 2 365 000 Pkws/Kombis. Damit ist die Exportquote in diesem Jahr noch einmal deutlich auf 60,8 (i. V. 59,8) Prozent gestiegen.

Die von der Branche erwartete leichte Abschwächung im Auslandsgeschäft scheint noch nicht in Sicht: Die Auslandsaufträge für Pkws sind im November höher ausgefallen als in den Monaten zuvor, schreibt der VDA in seinem Bericht. Das gilt übrigens auch für inländische Pkw-Bestellungen. Im bisherigen Jahresverlauf liegen die Pkw-Neuzulassungen in der Bundesrepublik aber noch leicht unter dem Vorjahresstand. Nach dem Verzicht der Bundesregierung auf ein Tempolimit sieht die Branche aber am Inlandsmarkt eine anhaltend positive Grundstimmung. Nach außen manifestieren sich die Erwartungen der Autoproduzenten für das nächste Jahr auch in rund 10 Mrd. DM Investitionen, ein Fünftel mehr als im Jahr zuvor, sowie in weiteren Neueinstellungen. Die gute Autokonjunktur dürfte also noch weiter positive Effekte auf den Arbeitsmarkt haben.

Völlig anders sieht die Situation im Bereich der Nutzkraftwagen aus. Bei den Lastkraftwagen (über sechs Tonnen) ist noch keine echte Belebung zu erkennen; für die ersten elf Monate summiert sich das Produktionsergebnis auf 102 500 Lkws, zwei Prozent mehr als im Vorjahr; der Export fiel um fünf Prozent zurück. Dabei haben hauptsächlich die schweren Lkws an Boden verloren, bei denen sich angesichts schlechter Baukonjunktur und anhaltend schwieriger Finanzierungsbedingungen auf zahlreichen Märkten auch keine Belebung abzeichnet; im November allein fielen Produktion und Export um jeweils rund ein Fünftel zurück.

Bei den leichten Lkws bis sechs Tonnen ist es dagegen zu einer erfreulichen Entwicklung gekommen. Die kräftig gestiegene Nachfrage im Inland und im Ausland ließ die Produktion in den ersten elf Monaten um 16 Porzent steigen der Export zog um 30 Prozent an.

AUF EIN WORT

„Der Bürger kann sich auf den deutschen Bergmann verlassen und der Bergbau sich auf diese Regierung."

Helmut Kohl, Bundeskanzler

FOTO: LOTHAR KUCHARZ

EG

Deutsche Fischer dürfen mehr fangen

WILHELM HADLER, Brüssel

Gut weggekommen ist die Bundesrepublik bei der diesjährigen Verteilung der Fangrechte im „EG-Meer". Obwohl die europäischen Fischbestände zum Teil erheblich zurückgegangen sind, können die deutschen Fischer nach Angaben von Staatssekretär Wolfgang von Geldern 1986 mit leicht verbesserten Fangmöglichkeiten rechnen.

Das Tauziehen um die zulässigen Gesamtfänge für die wichtigsten Fischarten und deren Aufteilung auf die Mitgliedsstaaten hat im ersten Anlauf nur zu einer Übereinkunft von neun der künftig zwölf Regierungen geführt. Über die Quoten für Spanien und Portugal muß auf einer zweiten Ratssitzung entschieden werden, die für morgen angesetzt ist.

Hauptsächliche Kontrahenten in dem 30stündigen „Fisch-Marathon" waren die Briten und Holländer. Die niederländische Regierung stand angesichts der bevorstehenden Wahlen unter besonders hartem Druck ihrer Fischer, die bereits in der Vergangenheit die ihnen zugeteilten Quoten wiederholt überschritten hatten.

Der Rat kam ihnen bei Schollen und Seezungen ein Stück entgegen. So sollen die zulässigen Gesamtfänge von Schollen in der Nordsee von 200 000 Tonnen auf 180 000 Tonnen verringert werden. Die Bundesregierung hatte im Einklang mit den Empfehlungen der Meeresbiologen nur 160 000 Tonnen und die Kommission 170 000 Tonnen vorgeschlagen.

FORSCHUNG

Bald Produktion im Weltall?

des. Bonn

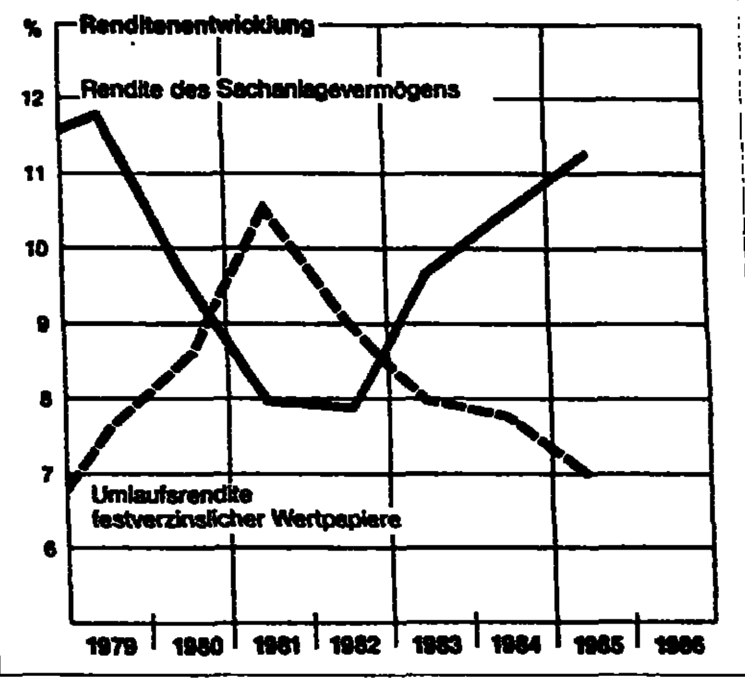
Vertreter von Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten trafen sich am Dienstag bei Forschungsminister Heinz Riesenhuber um ihre Weltraumpläne vorzustellen. Bereits im Oktober war die Firma „Intospace", die sich mit der kommerziellen Nutzung befaßt, von deutschen, französischen und italienischen Unternehmen gegründet worden. Die privatwirtschaftliche GmbH, an der auch Daimler-Benz und Preussag beteiligt sind, hat ein Stammkapital von einer Mill. DM mit einer Nachschußpflicht von acht Mill. DM.

Vor allem bei Produkten, deren Herstellungskosten pro Gewichtseinheit auf der Erde relativ hoch sind, rechnet man im Forschungsministerium mit wirtschaftlichen Erfolgen, zumal wenn das im All hergestellte Produkt qualitativ viel besser ist. Die hohen Transportkosten machten dann nur einen relativ bescheidenen Anteil aus.

Kostengünstiger wird die Produktion bei einer permanenten Raumstation, die in den 90er Jahren eingesetzt werden soll. Für die nächsten fünf Jahre gehen alle Beteiligten von einem Verlustgeschäft aus.

„Wir betreten mit der kommerziellen Nutzung des Alls Neuland", sagte Dietmar Frenzel vom Forschungsministerium, das die Gründung von „Intospace" anregte. Vorrangig sollen Unternehmen aus dem Bereich der Nutzer- und Serviceindustrie beteiligt werden. Ihnen ist ein Anteil von 68 Prozent vorbehalten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der Abschied von der Rentnermentalität der Unternehmer bringt die Wirtschaft in Schwung. Seit sich Kapital im eigenen Unternehmen besser verzinst als am Rentenmarkt, wird wieder mehr investiert. (Rendite des Sachanlagevermögens: Bruttoeinkommen der Unternehmen – abzüglich kalkulatorischen Unternehmerlohns – bezogen auf das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen.) QUELLE: BUNDESBANK

Umsatz im Handel steigt

Düsseldorf (Py.) – Der Einzelhandel wird 1985 nach Schätzungen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) einen Umsatz von kanpp 480 (468) Mrd. DM erreichen. Das würde einem nominalen Zuwachs von rund 2,5 (preisbereinigt 0,5) Prozent entsprechen. Der nach anfänglichem Zögern einsetzende Aufwärtstrend hat sich im Herbst – wenn auch abgeschwächt – fortgesetzt. Der Einzelhandel mit Textilien, Schuhen, Bekleidung und Lederwaren hielt sich mit 5,4 (real 3,2) Prozent besonders gut.

Hoher Auftragseingang

Köln (dpa/VWD) – Der Auftragseingang in der deutschen Metallindustrie ist in den ersten zehn Monaten 1985 um 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Dabei seien die Bestellungen aus dem Ausland mit plus 13 Prozent doppelt so stark gestiegen wie die Inlandsbestellungen, gab der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände bekannt. Die Zahl der Arbeitslosen habe sich vom Tiefstand Mitte 1984 um 61 500 auf 295 800 im September verringert.

Kartellamt gegen Linde

Berlin (tb.) – Das Bundeskartellamt hat der Linde AG, Wiesbaden, den geplanten Kauf sämtlicher Anteile der Agefko Kohlensäure Industrie GmbH, Düsseldorf, untersagt. In einer Mitteilung des Amtes heißt es, durch den Zusammenschluß würden marktbeherrschende Stellungen bei Kohlensäure, Stickstoff und Schweißmischgasen, die Linde oder Agefko zusammen mit anderen Anbietern haben, verstärkt. Linde ist ein bedeutender Anbieter von technischen Gasen, Agefko gehört zu den führenden Herstellern von Kohlensäure. Die Untersagung ist noch nicht rechtskräftig.

Aktien ausverkauft

Frankfurt (cd.) – Die 3,4 Millionen Daimler-Aktien aus Flick-Besitz, die von der Deutschen Bank zum Kurs von 1120 DM zur Zeichnung angeboten wurden, sind ausverkauft. Wegen der starken Nachfrage wurde die Zeichnung gestern geschlossen. Die Deutsche Bank, die ihr Angebot erst am Dienstag unmittelbar nach Börsenschluß bekanntgegeben hatte, war selbst von diesem Run überrascht. Der Daimler-Kurs ging unerwartet leicht um 34,50 auf 1186 DM zurück.

Werbeaufwand steigt

Bonn (dpa/VWD) – Die deutsche Wirtschaft will 1986 mehr werben. Wie der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) gestern mitteilte, werden die Einnahmen der Medien aus der Werbung im neuen Jahr voraussichtlich um drei bis fünf Prozent auf über 16 Mrd. DM steigen. 1985 erhöhten sich die Werbeausgaben mit rund drei Prozent gegenüber dem Vorjahr – 5,7 Prozent – nur mäßig.

VEREINIGTE STAATEN

Steuerreform nimmt Hürde, Korrekturen sind möglich

Sbt., Washington

Im Ringen um die weitestgehende US-Steuerreform seit mehr als 40 Jahren ist die erste Hürde geschafft. Nachdem das Plenum des Repräsentantenhauses zunächst einen Versuch der Republikaner, den umstrittenen Entwurf an den Bewilligungsausschuß zurückzuverweisen, mit 256 gegen 171 Stimmen abwehrte, votierte in der Nacht zum Mittwoch eine klare Mehrheit für das 1400 Seiten umfassende Paket. Es ist ein Sieg Präsident Reagans, der eine Meuterei unter den eigenen Abgeordneten unterdrücken mußte, und des demokratischen Sprechers O'Neill. Die nächste Station ist der Senat, der an einer eigenen Version arbeitet. Die endgültige Verabschiedung wird nach dem Sommer 1986 erwartet.

Nachdem das Gesetz in der vergangenen Woche fast scheiterte, wurde es diesmal von etwa 70 Republikanern unterstützt. Dies war zu erwarten angesichts des starken Drucks des Weißen Hauses. Reagan mußte jedoch schriftlich versprechen, daß er gegen die endgültige Fassung sein Veto einlegen werde, wenn es nicht den Wünschen der Konservativen entspricht. Sie protestieren gegen die geplante Mehr-Belastung der Unternehmen.

Andererseits soll die Körperschaftsteuer von 46 auf 36 Prozent reduziert werden, wodurch nach Ansicht großer Konzerne die Streichung anderer Steuervorteile (längere Abschreibungsfristen zum Beispiel) ausgeglichen wird. Bei der Besteuerung der Einkommen wird der Spitzensatz von 50 auf 38 Prozent herabgesetzt. Eingeführt wird eine Mindeststeuer von 25 Prozent für alle Firmen und US-Bürger. Die Beschlüsse sind jedoch nicht das letzte Wort.

AIRBUS INDUSTRIE / Noch keine Namen für die Schäffler-Nachfolge genannt

Entscheidung über TA 11 im Januar

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ende Januar werden bei Airbus Industrie die Weichen neu gestellt. Der Verwaltungsrat des europäischen Flugzeugbau-Konsortiums muß dann für den deutschen Generaldirektor Johann Schäffler, der zu Dornier geht, einen Nachfolger „mit ebenso überragenden Airbus-Qualitäten" bestellen, erklärte Generalmanager Jean Pierson in Paris ohne Namen zu nennen. Gleichzeitig fällt die Entscheidung über die Erweiterung des Airbus-Programms.

Konkret geht es um die beiden Projekte TA 9 und TA 11, die entweder einzeln oder kombiniert mit Entwicklungskosten verwirklicht werden sollen, welche Pierson auf etwa 2,5 Mrd. Dollar veranschlagte. Bei dem deutschen Airbus-Partner MBB erwartet man auch wegen des starken Interesses der Lufthansa einen positiven Entscheid.

Auf die Frage der WELT, ob die Verwirklichung dieses Projekts für Airbus Industrie Kapazitätsprobleme stellen würde, verneinte Pierson. Die in Toulouse und bei den Partnern verfügbaren Anlagen reichten ohne weiteres aus, um die Monatsproduktion bei einer entsprechenden Verstärkung des Maschinenparks auf zwölf Flugzeuge zu bringen, zumal wenn die derzeitige Serie A 300 und A 310 gedrosselt werden müßte. Deshalb stünden auch weitere Standorte für die Endmontage (außer Toulouse) nicht zur Diskussion.

Gegenwärtig werden drei Airbusse monatlich gefertigt. Wenn die Produktion des neuen Mittelstreckenflugzeugs A 320 voll anläuft werden es 9,5 sein. Effektiv produziert wurden in diesem Jahr 33 Maschinen. Ausgeliefert wurden 41 Flugzeuge, womit sich der Ausstoß auf 328 Flugzeuge stellt – bei 479 Bestellungen, davon 90 A 320.

Nach den mageren Jahren 1983 und 1984 war 1985 vor allem für die A 320 „sehr gut", sagte Pierson. Für die nächsten 20 Jahre wird in diesen Sektor mit 1336 Airbus-Verkäufen gerechnet was einem Weltmarktanteil von 36 Prozent entsprechen würde. Weniger günstig sind die Aussichten für die Großraumflugzeuge (A 300 und A 310). Bei dem neuen Langstreckenflugzeug (TA 9 bzw. TA 11) erwartet Pierson einen Weltmarktanteil von 23 Prozent.

Immerhin wurde der Bestand an unverkauften Großraumflugzeugen im Laufe dieses Jahres von 20 auf drei reduziert. Die Glaubwürdigkeit des Airbus-Programms sei international hergestellt. Jetzt käme es darauf an, gegenüber den Sonderwünschen der Fluggesellschaften, insbesondere hinsichtlich der Innenausstattung, sehr flexibel zu sein. Für die neuen Projekte interessieren sich nach Pierson als Risikopartner ohne Kapitalbeteiligung unter anderem die Italiener.

Das große WELT-Prämien-Angebot

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele: Stereo-Radiorecorder, 4-teiliges Patchworkleder-Reiseset, Schallplatten oder aktuelle Bücher. Weitere Prämien im WELT-Katalog.

Bitte anfordern!

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte informieren Sie mich über die wertvollen Prämien, die ich erhalte, wenn ich für die WELT neue Abonnenten gewinne.

Name: ____

Straße/Nr.: ____

PLZ/Ort: ____

Vorw./Tel.: ____ 01-944

GROSSBRITANNIEN / Härtere Bankenkontrolle geplant

Lawsons Konzept liegt vor

fu. London

Die britische Regierung hat ein Maßnahmenpaket vorgelegt, mit dem die Bankenaufsicht verbessert und betrügerische Machenschaften im britischen Bankwesen weitgehend ausgeschlossen werden sollen. Zu den wichtigsten Punkten der Regierungsvorschläge, die von Schatzkanzler Lawson in einem Weißbuch dem Parlament unterbreitet wurden, zählen die Schaffung eines Bankenaufsichtsgremiums innerhalb der Bank von England, das den Notenbankgouverneur in Aufsichtsfragen unterstützen und die Einhaltung des Bankgesetzes überwachen soll, sowie die Zusammenfassung zweier verschiedener Typen von Banken zu einer einzigen Bank-Kategorie.

Der Gesetzentwurf ist die Antwort der Regierung auf die Affäre der Johnson Matthey Bankers, die im vergangenen Jahr um Haaresbreite zum Zusammenbruch des Institutes aufgrund aberwitzig hoher, fauler Kreditverleihungen geführt hätte. Dabei ist die Aufsichtsrolle der Bank of England stark ins Gerede gekommen. Die jetzt vorgelegten Regierungsvorschläge waren in der Londoner City weitgehend bekannt.

Das Bankenaufsichtsgremium innerhalb der Bank von England wird aus dem Notenbankgouverneur, seinem Stellvertreter, dem geschäftsführenden Direktor der Bank von England sowie fünf Außenseitern (drei Bankiers, ein Wirtschaftsprüfer, ein Anwalt) bestehen; letztere werden vom Gouverneur bestellt. Er hat auch die Macht, Entscheidungen des Gremiums zu überstimmen, sofern er den Schatzkanzler davon unterrichtet.

Falsche Auskünfte von Banken an die Notenbank sollen künftig als strafbare Vergehen geahndet werden. Die bisherige Aufteilung in Vollbanken und Teilbanken (lizensierte Depositennehmer), wobei die letztere Gruppe einer lascheren Bankenaufsicht unterliegt, wird dem Entwurf zufolge aufgehoben. Die Straffung der Aufsicht und Regulierung in der Londoner City wird von der Regierung Thatcher morgen abend mit der Vorlage einer weiteren Gesetzesinitiative zur Selbstkontrolle des Wertpapierhandels und des Anlagebereiches fortgesetzt.

HWWA / Die Bedingungen sprechen für einen lang anhaltenden Aufschwung

Arbeitslosenzahl wird deutlich sinken

J. BRECH, Hamburg

Die Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik im Jahr 1986 wird vom Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung positiv eingeschätzt. Die Bedingungen des Aufschwungs seien günstig, heißt es, wobei sich die Auftriebskräfte zunehmend von der Auslands- zur Inlandsnachfrage verlagerten. Alles in allem erwartet das Institut für das kommende Jahr ein reales Wachstum von rund 3 Prozent. Dies ist die seit 1979 höchste Zuwachsrate.

Die Voraussetzungen sprechen nach Meinung des Instituts zudem für einen über das Jahr 1986 hinausgehenden Aufschwung. Die gegenwärtige Konjunkturentwicklung unterscheide sich deutlich von der früherer Jahre, und zwar nicht nur im negativen, durch sein bedeutend geringeres Wachstum, sondern auch positiv durch seine außergewöhnliche Stabilität. Während frühere Aufschwünge von zunehmender Anspannung der Ressourcen und einer Beschleunigung des Kosten- und Preisauftriebs begleitet waren, verläuft der gegenwärtige weitgehend spannungsfrei und mit wachsender Preisstabilität. Den Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte schätzt das HWWA 1986 auf 1,5 bis 2 Prozent. Risiken für einen länger anhaltenden Aufschwung erkennt das Institut nur in weltwirtschaftlichen Entwicklungen.

Das Wachstum im Inland wird 1986 auch zu einer deutlichen Zunahme der Beschäftigung führen. Nach dem weitgehenden Abbau der Kurzarbeit und der fortgeschrittenen Ausschöpfung innerbetrieblicher Arbeitskraftreserven erwartet das HWWA eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 250 000. Die Zahl der in der Statistik geführten Arbeitslosen dürfte im Durchschnitt des Jahres deutlich von 2,3 auf 2,15 Millionen Personen zurückgehen.

Zur gegenwärtigen Diskussion um eine aktivere Beschäftigungspolitik vermerkt das Institut, daß es nach wie vor ein weitverbreiteter Irrtum sei, über staatlich aufgelegte Programme Beschäftigungspolitik betreiben zu können. Diese Programme erzielten im allgemeinen nur vorübergehende Wirkung. Für eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungslage leiste eine Wirtschaftspolitik, die das Wachstum sichert und fördert, sehr viel mehr als ein Beschäftigungsprogramm.

Wirtschaftswachstum allein, so räumt das Institut ein, reiche allerdings nicht aus, um die Bedingungen am Arbeitsmarkt langfristig zu verbessern. Tarifpolitik, Arbeitsmarktpolitik und auch Wirtschafts- wie Sozialpolitik seien gefordert, bestehende Hindernisse abzubauen. Das HWWA verweist in diesem Zusammenhang auf zu hohe Entlassungsbarrieren, die gleichzeitig als Einstellungsbarrieren wirkten. Die Kosten der Arbeit, vor allem die Lohnnebenkosten, seien zu hoch, die Lohndifferenzierung unzureichend.

EG / Kommission will Rindfleischüberschuß abbauen

Interventionen angeprangert

Ha. Brüssel

Die Grundsätze für eine Politik zum Abbau des „Rindfleischberges" in der EG hat die Brüsseler Kommission ausgearbeitet. Sie sind in einem Memorandum enthalten, über das die Landwirtschaftsminister heute einen ersten Meinungsaustausch abhalten.

Kern des Konzepts ist der Versuch, die staatliche Verpflichtung zum Aufkauf von Rindfleisch einzuschränken. Nach Meinung der Kommission ist die Intervention, die ursprünglich nur zur Überbrückung konjunktureller Marktstörungen gedacht war, durch ihre Umgestaltung zu einem generellen Instrument der Preissicherung eine der Ursachen für die Überproduktion geworden.

Die Bundesregierung hatte von jeher vor der Gefahr von Produktionsanreizen gewarnt. Tatsächlich hat sich die EG von einem defizitären Markt zum Nettoexporteur entwikkelt, wobei trotz erheblicher Subventionen gegenwärtig noch 750 000 Tonnen Rindfleisch in den Kühlhäusern lagern.

Die EG-Behörde möchte während einer zweijährigen Übergangsfrist die Interventionspflicht auf bestimmte Qualitäten beschränken und später Aufkäufe nur noch in Ausnahmefällen zulassen. Als Ausgleich dafür sollen auf Fleischproduktion spezialisierte Betriebe künftig eine Prämie je Tier erhalten. Außerdem sollen die Lagerbeihilfen aufgestockt werden.

Präzise Verordnungsvorschläge liegen – wie für den Getreidemarkt – noch nicht vor. Die heutige Ratsdiskussion wird sich daher weitgehend auf allgemeine Stellungnahmen beschränken müssen.

Ursprünglich hatten sich die Minister vorgenommen, die heutige Sondersitzung ausschließlich der Beratung der Reformen und der gemeinsamen Agrarpolitik zu widmen. Da sich die formellen Kommissionsvorschläge verzögert haben, wurden jedoch kurzfristig auch einige andere Probleme auf die Tagesordnung gesetzt (z. B. das Verbot von Hormonen in der Tiernahrung).

Im Grundsatz stoßen die Orientierungen der EG-Behörde bei allen Regierungen auf Zustimmung. Kontrovers droht die Diskussion jedoch zu werden, wenn es um die Details geht.

BUNDESBAHN / Erfolgreich im Jubiläumsjahr

Kooperation mit Wirtschaft

gb. Frankfurt

Das Jubiläumsjahr 1985 war für die Deutsche Bundesbahn erfolgreicher als erhofft. Wie der Vorstandsvorsitzende des Schienenunternehmens, Reiner Gohlke, jetzt in Frankfurt sagte, gelang es, die durch das Jubiläum erzeugte Sympathiewelle voll zu nutzen und auch schon die Bahn der Zukunft vorzustellen. Gohlke nennt hier neben dem ICE, der jetzt überall in der Bundesrepublik Demonstrations- und Probefahrten ausführt, vor allem das erste vollelektrische Stellwerk in Murnau in Bayern. Hier handelt es sich um eine völlig neue Weichenstellung, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne.

In diesem Zusammenhang spricht der Bahnchef aber auch von der Eröffnung des um- und neugebauten Bahnhofs in Düsseldorf, der besonders gut zeige, was die Bahn wolle: den Kunden einen nachhaltig verbesserten Service bieten. Neue Projekte wie Park und Rail, Road und Rail sowie Rail und Fly lägen in ihren Ergebnissen über den Plänen.

Nach den Vorstellungen der Bahn sollen die Bahnhöfe generell wieder aufgewertet werden. Aus diesem Grunde solle um sie herum investiert werden. Gohlke spricht vom Bau einer Reihe neuer Hotels, die die Bahn in Kooperation mit der privaten Wirtschaft errichten will. Langfristig ist an 40 Häuser gedacht, für die die Bahn gewisse konzeptionelle Vorgaben macht. Ansonsten aber will sie nur das Grundstück, wo immer es geht, in Erbpacht zur Verfügung stellen. Bau und Betreibung wären Aufgabe privater Partner.

Auch in anderen Bereichen sucht die Bahn die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen. Gohlke wies dabei auf Überlegungen hin, den sehr personalintensiven Reinigungsdienst, der allein für Wagenreinigung 7000 Mitarbeiter erfordere, in einer Weise durchzuführen, die der Bahn größere Flexibilität gebe. Zunächst ist dabei aber nur an Pilotprojekte gedacht.

US-LEISTUNGSBILANZ / Der schwächere Kurs des Dollars wirkt sich schon aus

Defizit nicht so hoch wie befürchtet

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Außenposition der USA hat sich nicht mehr so stark verschlechtert, wie ursprünglich befürchtet. Zwar schließt die Leistungsbilanz, die sich aus der Handels- und Dienstleistungsbilanz sowie den einseitigen Übertragungen ohne Militärhilfe zusammensetzt, wieder mit einem Rekorddefizit. Aber die vorausgesagten 130 Mrd. Dollar werden nicht erreicht. Wie es jetzt aussieht, wird das Vorjahresminus, das mit 107,4 Mrd. Dollar zu Buch schlug, nur um etwa sieben Prozent überschritten.

Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, erhöhte sich das Leistungsbilanzdefizit im dritten Quartal 1985 gegenüber der April-Juni-Periode von 27,7 auf 30,5 Mrd. Dollar. Für die ersten neun Monate ergab sich ein Passivsaldo von 82,4 Mrd. Dollar, verglichen mit 75,6 Mrd. Dollar in der gleichen Zeitspanne 1984. Eine Veränderung ist insofern eingetreten, als die Einnahmen aus ausländischen Direktinvestitionen kräftig zunahmen, und zwar von 17,6 auf 23,5 Mrd. Dollar. Teilweise ausgeglichen wurde dadurch die größere Lücke im Warenverkehr.

Gegenüber dem vorausgegangenen Quartal stieg das US-Handelsdefizit von Juli bis September saisonal bereinigt um 4,6 auf 33,1 Mrd. Dollar, wobei die Importe um 3,2 auf 85,5 Mrd. Dollar wuchsen und die Ausfuhren um 1,3 auf 52,3 Mrd. Dollar sanken. Betroffen waren hier Agrar- und Industriegüter. Amerikas landwirtschaftliche Exporte, zumeist Getreide und Baumwolle, schrumpften auf das niedrigste Niveau seit Anfang 1979. Aus Diensten kassierten die USA 6,7 (plus 2,3) Mrd. Dollar netto, an Einkommen aus Direktinvestitionen 10,2 (1,6) Mrd. Dollar. Dies waren die ersten Auswirkungen der bisherigen Dollar-Abwertung.

Andererseits verringerten sich die Einkommen, die Ausländer aus Direktinvestitionen in den USA erzielten, um 0,4 auf 2,4 Mrd. Dollar. Als Ursache werden die gesunkenen Unternehmensgewinne genannt. Weil die Zinsen fielen, nahmen sowohl die amerikanischen als auch die ausländischen Einnahmen aus anderen privaten Anlagen ab, und zwar um 0,4 auf 12,2 bzw. 0,1 auf 8,7 Mrd. Dollar. Aus allen privaten Investitionen erhielten die USA mithin 22,4, das Ausland jedoch nur 11,1 Mrd. Dollar.

In bescheidenem Umfang gestiegen sind die Forderungen der US-Banken gegenüber Ausländern (1,4 Mrd. Dollar), die im zweiten Quartal noch um 4,1 Mrd. Dollar reduziert worden waren. Dies reflektiert die moderate Beschleunigung der Konjunktur im Ausland, zeigt aber auch die Vorsicht gegenüber Entwicklungsländern und die Substituierung durch Eurokredite. Netto erwarben die Amerikaner für 1,8 (2,2) Mrd. Dollar ausländische Wertpapiere; US-Firmen erhöhten ihre Direktinvestitionen von 5 auf 6,3 Mrd. Dollar.

Die Verpflichtungen der US-Banken gegenüber dem Ausland wuchsen um 6,5 (0,2), die Nettokäufe amerikanischer Wertpapiere durch Ausländer um 11,6 (7,1) Mrd. Dollar. Der billigere Dollar reizte zum Erwerb von US-Aktien, der von 0,4 auf 1,4 Mrd. Dollar zunahm. Amerikanische Unternehmen emittierten für 10,2 (5,3) Mrd. Dollar Auslandsanleihen.

FRANKREICH / Tagung des Unternehmerverbands

Unerwünschter Dirigismus

J. Sch. Paris

Der französische Unternehmerverband CNPF hat auf seiner Generalversammlung die üblichen Liberalisierungsforderungen erstmals mit einem Bekenntnis zu größerer eigener Verantwortlichkeit untermauert. Noch vor den nächsten Parlamentswahlen im März will er hierzu konkrete Vorschläge zur Herstellung besserer Wettbewerbsverhältnisse vorlegen.

„Die Unternehmer wollen nicht mehr bloße Zuschauer des Regierungswechsels, sondern Akteure in einer Wirtschaft der Freiheiten sein", erklärte CNPF-Präsident Yvon Gattaz. Auch wenn es manchem Unternehmer schwerfallen sollte, sich aus der vielleicht angenehmeren dirigistischen aber subventionsträchtigen Sklavenrolle zu befreien, werde das Patronat darüber wachen, daß die neuen Freiheiten nicht mißbraucht werden.

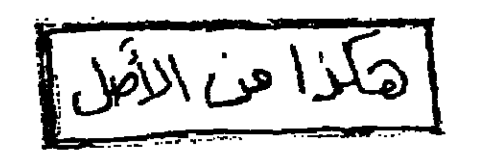
Sofort aufgehoben werden müsse die behördliche Preisreglementierung einschließlich des aus dem Jahre 1946 stammenden Ermächtigungsgesetzes für jederzeitigen Preisstopp, um den Unternehmen eine freie Handelsstrategie zu erlauben. Eine Wiederbelebung der Inflation erwartet Gattaz hiervon nicht.

Die Überwindung der Devisenkontrolle als zweitwichtigste Forderung soll die exportierenden und im Ausland investierenden Unternehmen in die Lage versetzen, den internationalen Währungsrealitäten besser Rechnung zu tragen. Jedoch dürfe diese Freiheit nicht der Spekulation Tür und Tor öffnen. Eine volle Liberalisierung des Devisenverkehrs wird also nicht gefordert.

Schließlich verlangt das Patronat die Aufhebung der behördlichen Ermächtigung für Entlassungen. Dies sei aber nicht die Freiheit, jederzeit beliebig viel Personal freizusetzen, sondern die Freiheit, ohne Zwang Personal gemäß der Marktentwicklung einzustellen. Dadurch könne ein gewaltiges Reservoir brachliegender Arbeitskräfte mobilisiert werden.

SIEMENS

Wann wissen Sie,
wie Ihre
Bürokommunikation
morgen aussieht?



STEUERBEREINIGUNGSGESETZ / Zum 1. Januar

Viele Vorschriften geändert

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesrat verabschiedet heute das Steuerbereinigungsgesetz 1986, das am 1. Januar in Kraft tritt. Es ändert über 150 Vorschriften und beruht im Kern der 25 Artikel auf den 1985 nicht mehr verabschiedeten Teilen des ursprünglichen Entwurfs. Es ändert unter anderem die Abgabenordnung (AO), das EG-Amtshilfe-, das Einkommen- und Gewerbesteuer-, das Branntweinmonopol- und das Biersteuergesetz.

Einige wichtige verfahrensrechtliche Bestimmungen treten erst am 1. 1. 1987 in Kraft. Die wichtigsten Bestimmungen im einzelnen:

Gemeinnützigkeit

Eine Ergänzung des Paragraphen 58 AO, der die gemeinnützigkeitsunschädlichen Betätigungen aufzählt, erlaubt es gemeinnützigen Körperschaften, künftig 25 Prozent der Überschüsse aus Vermögensverwaltung einer zweckfreien Rücklage zuzuführen. Dies stellt sicher, daß die Leistungsfähigkeit der Körperschaft auf Dauer erhalten bleibt.

Nach geltendem Recht verlieren Sportvereine, die neben dem unbezahlten auch den bezahlten Sport fördern, insgesamt die Gemeinnützigkeit und die mit ihr verbundenen Steuervergünstigungen. Eine neue Regelung des Paragraphen 67 a AO nimmt diese Gefahr von den Sportvereinen. Sofern die Veranstaltungen des bezahlten Sports sich selbst tragen, lassen sie die Gemeinnützigkeit des Sportvereins künftig unberührt. Die neue Regelung erspart es den Vereinen, im Interesse der Erhaltung der Gemeinnützigkeit des unbezahlten Sports für den Bereich des bezahlten Sports und damit des Leistungs- und Spitzensports Gestaltungsformen zu wählen, die vom Sport selbst nicht gewünscht werden.

Amtshilfe in der EG

Durch das EG-Amtshilfegesetz wird die EG-Amtshilferichtlinie vom 19. 12. 1977 in der Fassung der Richtlinie vom 6. 12. 1979 in innerstaatliches deutsches Recht umgesetzt. Das Gesetz regelt im einzelnen, auf welche Weise sich die deutsche Finanzverwaltung und die Finanzverwaltungen der anderen EG-Staaten Amtshilfe durch Austausch von Auskünften bei der Festsetzung der direkten Steuern sowie der Umsatzsteuer leisten, und legt die Grenzen dieser Amtshilfe fest.

Die deutsche Finanzverwaltung hat die nationale Besteuerung bei Auslandsbeziehungen gesetzmäßig durchzuführen und auch in diesem Bereich die Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu wahren. Sie hat daher ein erhebliches Interesse daran, die Hilfe ausländischer Steuerverwaltungen in Anspruch zu nehmen. Dies ist naturgemäß nur möglich, wenn die deutsche Finanzverwaltung ihrerseits bereit ist, den ausländischen Finanzverwaltungen entsprechende Amtshilfe zu leisten.

Im Verhältnis zu den EG-Staaten stellt das EG-Amtshilfegesetz den Auskunftsaustausch entsprechend der umzusetzenden EG-Amtshilferichtlinie auf eine neue Rechtsgrundlage. Diese tritt an die Stelle der bisher auf diesem Gebiet schon bestehenden völkerrechtlichen Vereinbarungen und ergänzt diese. Das Gesetz enthält die erforderlichen Regelungen zum Schutz der Beteiligten und gewährleistet insbesondere die informationelle Selbstbestimmung. So ist zum Beispiel vorgesehen,

- daß die Bundesrepublik Deutschland nicht verpflichtet ist, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von dem deutschen Recht abweichen;
- daß die ausgetauschten Auskünfte ausschließlich für die im Gesetz genannten steuerlichen Zwecke verwendet und Auskünfte nicht erteilt werden dürfen, wenn die Geheimhaltung in dem anderen EG-Staat nicht gewährleistet ist;
- daß kein Geschäftsgeheimnis offenbart werden darf, wenn die Gefahr besteht, daß dem inländischen Beteiligten ein mit dem Zweck der Amthsilfe nicht zu vereinbarender Schaden entsteht.

Der Schutz der Beteiligten wird weiter dadurch gesichert, daß

- die Auskünfte über nationale Spitzenbehörden ausgetauscht werden,
- ihr Recht auf Anhörung nach den Bestimmungen der AO durch Paragraph 117 Absatz 4 in Verbindung mit Paragraph 91 besonders sichergestellt ist.

Nach Auffassung der Bundesregierung trägt die Änderung einerseits den Interessen der Finanzverwaltung an der internationalen Amtshilfe und andererseits den Schutzbedürfnissen der Beteiligten in dem erforderlichen Maße Rechnung.

(Wird fortgesetzt)

STINNES / Nach der Umstrukturierung mit Umsatzabgabe wird für 1986 Zuwachs um 1,2 Milliarden Mark geplant

Wieder 20 Prozent an Mutter Veba ausgeschüttet

HANS BAUMANN, Essen

Das Geschäftsjahr 1985 der Stinnes AG, Mülheim, ist das Jahr der Strukturbereinigung, der Konzentration auf die eigentlichen Stärken dieses großen Handelshauses im Schoße der Veba AG, Düsseldorf. Mit der anderen Veba-Handelstochter Raab Karcher AG, Essen, wurden Aktivitäten getauscht, wobei rund 800 Mill. DM die Kassen und 700 Mitarbeiter den Arbeitgeber wechselten. Veräußert wurden 50 Prozent an der Deutschen SB-Kauf AG & Co.(DSBK), Baumarktaktivitäten in Österreich und in der Schweiz sowie industrielle Dienstleistungsunternehmen in den USA (Memco, CBC und Richard Brothers). Vorstandsvorsitzer Hans-Jürgen Knauer: „Unser New Look ist nicht mehr so bunt wie in der Vergangenheit."

„New Look" bietet auch das Zahlenwerk. Der Umsatz fällt 1985 um 16,2 Prozent von 16,7 Mrd. DM auf rund 14 Mrd., davon allein 2,2 Mrd. nach Abgabe der DSBK. Auch die Zahl der Mitarbeiter geht kräftig von 21 500 auf rund 15 800 zurück. Doch kaum hat der Riese abgespeckt, da spannt er schon wieder den Bizeps. 1986 soll – laut Plan – der Umsatz um 1,2 auf 15,2 Mrd. DM steigen. Und Mutter Veba bekommt für 1985 „das, was sie braucht", wohl wieder 20 Prozent auf das Kapital von 195 Mill. DM.

Überhaupt stimmte 1985 die Kasse noch besser als im Vorjahr. Knauer gibt die Umsatzrendite mit 1,2 Prozent an. Im Vorjahr noch lag sie unter einem Prozent. Stinnes geht mit wesentlich verstärkter Finanzkraft ins neue Jahr, eine direkte Folge der Veräußerungserlöse. Wurden 1985 noch 230 Mill. DM abgeschrieben bei Investitionen von 220 Mill. DM, so werden 1986 rund 300 Mill. DM eingesetzt und 190 bis 200 Mill. DM abgeschrieben.

Zu den einzelnen Geschäftssparten sagte der Vorstand, daß der internationale Brennstoffmarkt stark in Bewegung geraten sei. Heizöl zum Beispiel zeige eine stärkere Preistendenz um 230 bis 240 DM je Tonne (fob). Erst vor acht Tagen sei dieser Preis über Nacht von 285 auf 200 DM gefallen. Auch die Preise für Kohle sind gedrückt. So liege Kesselkohle (cif ARA-Häfen) bei 40 bis 45 Dollar, Kokskohle bei 50 bis 55 Dollar. Dazu meint Knauer: Zeiten bewegter Preise seien Händlerzeiten. Also will Stinnes die Marktchancen nutzen.

Überhaupt wird sich das Unternehmen nach Auskunft des Vorstandes daranmachen, den Weltmarkt zu seinem Markt zu machen, denn nur dort seien noch interessante Zuwachsraten zu erwarten. Tochter Brenntag zum Beispiel hat einen Exklusivvertrag mit der staatlichen saudiarabischen Sabic über den Vertrieb von Erdölchemikalien (Methanol, Polyäthylen) in der Bundesrepublik. Umsatzvolumen 1986: zwischen 150 und 200 Mill. Mark. Auch mit der Volksrepublik China werden bereits Umsätze in der Größenordnung von 130 Mill. Mark im Jahr gemeldet.

Wer die Erde mehr noch als bisher zu seinem Markt machen will, der braucht neues Instrumentarium. So kündigt Knauer die Optimierung des Informationssystems an. Entscheidend bleibt jedoch die „Software Mensch". So plant Stinnes die systematische Laufbahn- und Nachwuchsentwicklung, um für die „Front" erstklassiges Management zur Verfügung zu haben.

Zum Baustoffhandel sagte der Vorstand, daß das Ergebnis zwar nicht an das des Vorjahres herangekommen, daß es aber dennoch akzeptabel sei. Die Chemie erzielte erneut ein gutes Ergebnis. Erfolgreicher als 1984 war der Bereich Erze und Mineralien. Der technische Handel arbeitet positiv trotz der Flaute am Baumarkt. Die gleiche Auskunft wird zum Bereich Montanhandel gegeben (Walzdraht, Baustahlmatten).

Spedition und Lagerei haben die Ergebnisse erneut verbessert. Neu angeboten wird der Kundschaft ein 24-Stunden-Takt. Auch Güter unter zehn Kilogramm werden garantiert innerhalb eines Tages in der Bundesrepublik und im benachbarten Ausland zugestellt. Der Erfolg der Gruppe Schiffahrt und Häfen liegt auf der guten Höhe des Vorjahres. Von 1986 an wird Stinnes wieder die Glasaktivitäten von der Veba übernehmen und unter dem alten Namen Ruhrglas weiterführen.

TEXTILIEN

Reagan-Veto gegen neue Importhürden

rtr, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat gegen ein vom Kongreß verabschiedetes Gesetz, mit dem Textil- und Schuheinfuhren aus elf asiatischen Ländern sowie Brasilien zum Teil drastisch eingeschränkt werden sollten, sein Veto eingelegt. Reagan begründete die Entscheidung damit, daß solche Handelsbeschränkungen zu Vergeltungsmaßnahmen einladen und damit Arbeitsplätze in den USA gefährden. Der Kongreß kann das Veto nur mit einer Zweidrittelmehrheit überwinden, die politische Beobachter aber für kaum erreichbar halten.

Reagan erklärte, er habe durchaus Verständnis für die Sorgen der heimischen Bekleidungs-, Textil- und Schuhindustrie und werde unfaire ausländische Handelspraktiken nicht hinnehmen.

Reagan beauftragte Finanzminister James Baker zu prüfen, ob die international vereinbarten Einfuhrgrenzen bei Textilien und Bekleidung eingehalten werden. Baker werde innerhalb von 60 Tagen Bericht erstatten, erklärte der Präsident. Zudem habe er den Handelsbeauftragten Clayton Yeutter angewiesen, das Textilfaserabkommen neu zu verhandeln. Das Repräsentantenhaus beschloß, die gescheiterte Vorlage erst am 6. August 1986 wieder zu behandeln. Bis dahin soll zwischen Kongreß und Präsidialamt ein Kompromiß gesucht werden.

Anzeige

Kein Pfusch am Bau

Ein offenes STREIF-Wort über Qualität

Ein STREIF-Markenhaus, das heißt die Qualität und die Sicherheit einer großen Marke

Das bedeutet: ein in geschützten Hallen, sicher vor Witterung, individuell hergestelltes Haus. Ein Haus mit RAL-Gütezeichen

Ständige Güte-Inspektionen während der Herstellung garantieren die STREIF-Qualität

Im Fertigungsprozeß werden die Zwischenprüfungen für jedes STREIF-Markenhaus dokumentiert und als Qualitäts-Zertifikat aufbewahrt. Zur Sicherheit des Bauherrn

Bei STREIF ist diese garantierte Gütekontrolle Produktionsprinzip, das immer weiter perfektioniert wird. Diese besonders hochwertige und abgesicherte Art des Bauens trifft übrigens auch für die Aufbauleistung und alle handwerklich gefertigten Sonder-Bauteile zu. Das schützt vor Pfusch beim Bau. Das belegt Qualitätskonstanz, die mehr als 50 000 STREIF-Häuser beweisen.

In Europa zählt die STREIF AG deshalb zu den führenden Herstellern von Ein- und Zweifamilienhäusern

STREIF AG, 5461 Vettelschoß
Telefon 0 26 45 · 1 21

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Aeritalia geht an die Börse

Mailand (dpa/VWD) – Das italienische Flugzeugbauunternehmen Aeritalia in Rom wird teilweise privatisiert. Die Staatsholding IRI hat beschlossen, 35 Prozent des Aeritalia-Kapitals bis Ende März 1986 an der Mailänder Börse zu plazieren. Das Kapital der Gesellschaft wird nach IRI-Angaben von jetzt 250 auf 300 Mrd. Lire (454 Mill. DM) erhöht und der Wert der Aktie von 10 000 auf 1000 Lire (1,50 DM) herabgesetzt. Mit dem Publikumsangebot von Aeritalia-Anteilen setzt IRI die verstärkte Privatisierung der von ihr kontrollierten Unternehmen fort.

Texaco verklagt Pennzoil

New York (dpa/VWD) – Der US-Mineralölkonzern Texaco Inc. will auf gerichtlichem Wege die Zahlung einer Kaution von zwölf Milliarden Dollar im Zusammenhang mit einer Schadenersatzklage umgehen. Texaco war im Prozeß mit der Pennzoil Company, Houston (Texas), von einem Geschworenengericht im November zur Zahlung von 10,52 Milliarden Dollar Schadenersatz verurteilt worden. Sie soll laut Pennzoil die Getty Oil Company zum Vertragsbruch mit Pennzoil veranlaßt haben. Pennzoil will nach Angaben von Vorstand Baine Kerr mit Texaco über einen Vergleich wegen des Urteils verhandeln.

Getreideernte sinkt

Buenos Aires (AFP) – Die argentinische Weizenproduktion wird 1985/86 als Folge der Überschwemmungen und Pflanzenerkrankungen um 35 Prozent zurückgehen. Dies wurde an der Getreidebörse in Buenos Aires bekannt. Argentinien wird somit die Exportverpflichtungen von rund 2,5 Mill. Tonnen nicht erfüllen können und Mindereinnahmen von rund 300 Mill. Dollar verzeichnen.

Kein Mandat

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission hat kein Mandat für Verhandlungen mit dem Internationalen Zinnrat stellvertretend für die EG zur Lösung der Zinnkrise erhalten. Die EG-Außenminister haben sich nach Angaben eines britischen Sprechers nicht auf eine gemeinsame Position einigen können, so daß der Kommission weiter die Hände gebunden bleiben. Nur Frankreich und die Bundesrepublik hätten sich, so die britische Quelle, weiter einer solchen EG-Initiative widersetzt.

Schwächeres Wachstum

Tokio (dpa/VWD) – Indonesien, Malaysien, Thailand und Südkorea werden in diesem Jahr die niedrigsten Wachstumsraten seit der Ölkrise 1979 zu verzeichnen haben. Sie werden zwischen 3,3 (Indonesien) und 4,8 (Südkorea) Prozent liegen. Nach Angaben eines auf den ASEAN-Raum spezialisierten Instituts des japanischen Handelsministeriums wird die Wirtschaft Singapurs und der Philippinen sogar schrumpfen.

Fiat verhandelt mit UdSSR

Mailand (dpa/VWD) – Die Fiat Auto S.p.A. (Turin) und die Sowjetunion führen gegenwärtig Gespräche über die Lieferung von Anlagen zur Herstellung von Traktoren und Dieselmotoren. Nach Angaben des sowjetischen Botschafters in Rom, Nikolaj Lunkow, soll der Wert des Projekts weit über dem des von Fiat in der Stadt Togliatti errichteten Automobilwerks VAZ hinausgehen, das etwa eine Mrd. Dollar kostete.

Leichter Rückgang

Paris (dpa/VWD) – Die Arbeitslosigkeit in Frankreich ist im November erneut leicht um 0,6 Prozent zurückgegangen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums in Paris waren zum Monatsende 2,49 Mill. Arbeitslose registriert. Gleichzeitig zeige die Zahl der offenen Stellen eine aufsteigende Tendenz.

Fast-Food für Moskau

Mailand (dpa/VWD) – Moskauer Bürger werden bald „Hamburger" und „Hot Dogs" aus italienischen Küchen genießen können. Die erste Fast-Food-Kette des Ostblocks wird die Firma New Food Trade aufziehen, an der zu 25 Prozent der Zentralverband der italienischen Konsumgenossenschaften in Bologna, zu 50 Prozent die französisch-holländische Atsal Food und zu 25 Prozent die italienische Handelsgesellschaft Italtrade beteiligt sind.

Gleich.
Wenn Ihre Organisationsfachleute HICOM kennen

Die haben nämlich sofort erkannt, daß HICOM alle ISDN-Vorteile schon heute nutzt: HICOM integriert Sprache, Bild, Text und Daten zur wirtschaftlichen Mischkommunikation. Mit der Mischkommunikation von HICOM bauen Sie sich eine offene Gesamtarchitektur auf:

Offen für das, was Sie haben,
offen für das, was Sie brauchen,
offen für das, was kommt.
Wie wirtschaftlich HICOM für Ihr Büro ist, erfahren Sie von Ihrem Berater im nächsten Siemens-Büro oder von Siemens AG, Infoservice 132/122, Postfach 153, 8510 Fürth.

K PN 8539 W

HAFEN HAMBURG / Harte internationale Konkurrenz

Mehr Seegüter umgeschlagen

dpa/VWD, **Hamburg**

Im Hamburger Hafen sind im zu Ende gehenden Jahr mehr Güter umgeschlagen worden als 1984, doch haben die Erlöse mit dem Mengenzuwachs nicht Schritt halten können. Nach Angaben von Helmuth Kern, dem Präsidenten des Unternehmensverbands des größten Hafens der Bundesrepublik, ist mit einem Anstieg des gesamten Güterumschlags um elf Prozent auf 59,6 Mill. Tonnen zu rechnen. Die Erlösentwicklung sei jedoch angesichts der scharfen Konkurrenz zwischen den Häfen von Hamburg bis Antwerpen „hinter den Notwendigkeiten enttäuschend zurückgeblieben". Auf das Laden und Löschen von Stückgut entfallen voraussichtlich 21,1 Mill. Tonnen, auf Massengut 38,5 Mill. Tonnen. Während der Stückgutumschlag stagniert, wächst der Massengutumschlag um 20 Prozent.

Innerhalb des Stückgutbereichs gewinnt der Container weiter an Bedeutung. Der Anteil der Container am gesamten Stückgutverkehr wird von 47,2 auf 50,6 Prozent steigen. Die Mengensteigerung im Massengutverkehr beruht in erster Linie auf der Zunahme um 60 Prozent auf 10,3 Mill. Tonnen bei den Sauggütern (Getreide, Futtermittel, Ölsaaten).

Beim Greifergut, das um knapp 13 Prozent auf 13,4 Mill. Tonnen stieg, fiel insbesondere der gestiegene Erzumschlag für die Salzgitter AG ins Gewicht. Die Flüssigladungen (hauptsächlich Rohöl und Ölprodukte) steigen im abgelaufenen Jahr um gut fünf Prozent auf 14,8 Mill. Tonnen.

Für 1986 rechnet die Hafenwirtschaft mit ungefähr der gleichen Umschlagsmenge. Sie sehe jedoch nur geringfügige Chancen, die Erlöse zu verbessern. Zu den Plänen der Hafenwirtschaft gehöre der stärkere Ausbau des Hafens zu einem Lager- und Verteilzentrum. Schon jetzt sorgen Hafenbetriebe für die direkte Verteilung etwa im Auftrag von Versandhäusern.

Die Zahl der Hafenarbeiter hat 1985 mit 9480 erstmals nicht mehr abgenommen. Die Mitgliedsunternehmen des Hafenverbandes beschäftigen gegenwärtig rund 15 000 Mitarbeiter. Die Zahl der mittelbar mit dem Hafen zusammenhängenden Arbeitsplätze wird auf gut 140 000 geschätzt.

KNORR-BREMSE / Heinz Thiele hat alle Anteile vom bisherigen Firmeninhaber von Bandemer übernommen

Ein turbulentes Jahr mit glücklichem Ausgang

DANKWARD SEITZ, **München**

Nach einem turbulenten Jahr ist die Knorr-Bremse-Gruppe, München, jetzt durch einen umfassenden Besitzer- und Gesellschafterwechsel wieder in ein ruhiges Fahrwasser zurückgesteuert worden. Rückwirkend zum 1. Juli 1985 hat in diesen Tagen der bisherige Firmeninhaber Jens-Diether von Bandemer seine sämtlichen Anteile an der Obergesellschaft Knorr-Bremse KG und der Knorr-Bremse AG an den alleinigen persönlich haftenden Gesellschafter Heinz H. Thiele verkauft und sich damit voll aus dem Unternehmen zurückgezogen.

Vollkommen überrascht hatte von Bandemer im Januar 1985 Knorr-Bremse mit seinem Entschluß, der sektiererischen Glaubensgemeinschaft „Heimholungswerk Jesu Christi" (heute „Universelles Leben") beizutreten und ihr sein gesamtes Privatvermögen zur Verfügung zu stellen. Kurz zuvor, Ende 1984, hatte von Bandemer es noch geschafft, seinen Onkel und Mitkomplementär Joachim Vielmetter zu bewegen, ihm seine Anteile zu überlassen und als Gesellschafter auszuscheiden. Beendet wurde damit auch ein testamentarisches Patt in der Führungsholding und ein jahrelanger Streit zwischen zwei Familienstämmen, der die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft empfindlich gelähmt hatte.

Mit dem nun erfolgten Ausstieg von Bandemers bei Knorr-Bremse sind endgültig alle Befürchtungen hinfällig geworden, daß die zu den weltweit führenden Herstellern von Bremsen für Schienenfahrzeuge und Lkw zählende Gesellschaft doch noch unter den Einfluß der Glaubensgemeinschaft geraten könnte. Am (nicht genannten) Kommanditkapital der Holding Knorr-Bremse KG halten nun Thiele – bislang mit sieben Prozent beteiligt – 78 Prozent sowie von Bandemers Mutter und seine Frau 15 bzw. 7 Prozent. Das Aktienkapital der Knorr-Bremse AG in Höhe von 26 Mill. DM liegt zu 78 Prozent bei der KG und zu jeweils 11 Prozent bei Thiele und der Mutter.

Sichergestellt ist damit nach Thiele auch die unternehmerische Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Knorr-Bremse-Gruppe. In den letzten Monaten sollen mehrere in- und ausländische Konzerne Übernahmeinteressen signalisiert haben. Als unwahrscheinlich kann nun gelten, daß Knorr-Bremse demnächst an die Börse gehen wird. Wie Thiele meinte, bestehe dazu „weder die Absicht noch die Notwendigkeit".

Bei der Anteilsübernahme greift Thiele nach eigenen Angaben auf die Mittel zurück, die die Gruppe bereits Anfang des Jahres von Bandemer zur Übernahme der Vielmetter-Anteile bereitgestellt hatte. Der restliche Kaufpreis sei ihm von Bandemer „mehrjährig gestundet" und von Banken zur Verfügung gestellt worden. Ein zusätzlicher Mitteleinsatz seitens des Unternehmens sei „nicht erforderlich" gewesen.

Im Geschäftsjahr 1985 wird die im Sommer rückwirkend zum 1. Januar aus der Verschmelzung der Knorr-Bremse GmbH mit der Süddeutsche Bremse AG hervorgegangene Knorr-Bremse AG auf einen Umsatz von rund 505 Mill. DM kommen. Ein Vergleich mit 1984 (494 Mill. DM) ist wegen dieser Fusion und des Verkaufs der Motorenwerke Mannheim AG (MWM) nicht möglich. Zum Jahresumsatz 1985 werden unter anderem Schienenfahrzeug-Bremsen 166 Mill. DM – rund zwei Drittel davon kommen aus dem Export –, Lkw-Bremsen 154 Mill. DM und Gießereiprodukte 85 Mill. DM beitragen. Der Gruppenumsatz wird infolge des MWM-Verkaufs auf fast genau 1 (1,5) Mrd. DM zurückgehen. Beschäftigt werden in der AG 3600 und in der Gruppe 7400 Mitarbeiter.

Die Ertragslage bezeichnete Thiele als „zufriedenstellend". Das positive Betriebsergebnis sei zwar noch „nicht berauschend", werde sich aber 1986 bei einem erwarteten Umsatz der AG von 543 Mill. DM bedingt durch die Fusion und andere Kostensenkungsprogramme deutlich verbessern. Ausgewiesen werden dürfte ein Jahresüberschuß von 6,5 Mill. DM, der voll den Rücklagen (9 Mill. DM) zufließen soll. Zu berücksichtigen ist allerdings dabei, daß Beteiligungserträge von 5 Mill. DM und der MWM-Verkauf es ermöglichten, die Südafrika-Tochter voll abzuschreiben („das ist kein Rückzug") und die Pensionsrückstellungen deutlich aufzustocken. Investiert wurden aus eigenen Mitteln 16,5 (geplant 1986: 27,7) Mill. DM bei Abschreibungen von 20,5 Mill. DM.

INTERLÜBKE

Kein Wackeln mit den Möbelpreisen

J. G. **Düsseldorf**

Entgegen der noch vor Jahresfrist gehegten Erwartung ist auch die Interlübke Gebr. Lübke GmbH & Co.KG, Rheda-Wiedenbrück, 1985 mit einer Umsatzminderung um 5,8 Prozent auf 98 Mill. DM auf die für die deutsche Möbelindustrie in diesem Jahr typische Talfahrt gegangen. Horst Lübke als geschäftsführender Gesellschafter des seit 1937 existierenden Familienunternehmens erklärt das mit „Marktsättigungstendenzen" und auch mit den Belastungen vieler Verbraucheretats aus dem extrem kalten letzten Winter.

Der (verschwiegene) Ertrag sei zwar positiv geblieben, der Abstand zu Verlustzone aber bedenklich klein geworden. Zur bevorstehenden Kölner Möbelmesse wagt man gleichwohl noch keine Preiserhöhung; sie soll im Frühjahr 1986 mit etwa 2,6 bis 2,7 Prozent Preisaufschlag folgen. Wie denn auch Lübke erwartet, daß der diesjährige Einbruch beim Umsatz 1986 mit Steigerung auf „etwas über 100 Mill. DM" wieder aufgeholt wird.

Unverdrossen und mittlerweile als einer von nur noch „wenigen Herstellern" der Branche will Interlübke am System der unverbindlichen Verbraucherpreisempfehlung festhalten. Konsequente Pflege der eigenen Produktmarken in Kooperation mit ausgewähltem Fachhändlerkreis und mit Absage an jegliche Preisschleuderei „um des Umsatzes willen" hält man nach wie vor für die beste Überlebensstrategie.

Mit gleicher Strategie hat die Firma ihren gut doppelt so hoch wie beim Branchendurchschnitt liegenden Exportanteil 1985 noch weiter auf 38 (37) Prozent des Umsatzes ausgebaut. Vom Gesamtumsatz stellten mit Schwerpunkt bei der Schrankwand die Wohnzimmer-Einrichtungen (40 Prozent) und die Schlafzimmermöblierung (36 Prozent) weiterhin die größten Teile vor der auf jugendliche Kundschaft zielenden „duo-Linie" (20 Prozent).

Mit dem Ziel größerer Fertigungsflexibilität auch für kleine Auftragslose wurden die (selbstfinanzierten) Sachinvestitionen auf 6,5 (3) Mill. DM gesteigert. Dem sollen 1986 noch 5,5 Mill. DM folgen. Dies allerdings auch mit der Konsequenz weiteren Abbaus der Belegschaftszahl, die sich nun auf 605 (628) Mitarbeiter plus 36 (40) Lehrlinge verminderte.

KOLBERMOOR / Sonderschichten in allen Betrieben

Dividende kommt in Sicht

sz. **München**

Durchaus Hoffnungen auf eine Dividende für 1985 können sich die Aktionäre der Spinnerei Kolbermoor AG machen, nachdem sie zuletzt für 1983 eine Ausschüttung von 10 (14) DM je 100-DM-Aktie erhalten haben. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, können von den zur Gruppe gehörenden Spinnerei und Weberei Pfersse AG eine „angemessene" Dividende und die BSU Textil AG eine „erhöhte" Gewinnabführung erwartet werden. Wenn sich keine zusätzlichen Belastungen aus der Rohstoffentwicklung ergäben – Sorgen bereiten hier die Baumwollpreise und der Dollar-Kurs –, hoffe man, die Dividendenzahlung wieder aufnehmen zu können.

Von der langsamen Erholung der deutschen Textilkonjunktur 1985 konnte die Kolbermoor-Gruppe voll profitieren. Alle Produktionskapazitäten, so der Vorstand, seien aufgrund der guten Nachfrage in den ersten neun Monaten so stark ausgelastet gewesen, daß alle Betriebe Sonderschichten fahren mußten. Teilweise sei man sogar gezwungen gewesen, Aufträge wegen der langen Liefertermine abzulehnen. Auf das hohe Vorjahresniveau führt der Vorstand allerdings zurück, daß bei den Spinnwebereien ein Auftragsminus von 5,9 Prozent und bei den Verkaufsspinnereien von 3,1 Prozent hingenommen werden mußte.

Der Gesamtumsatz der fünf Produktionsgesellschaften erreichte 259 Mill. DM (plus 9 Prozent). Auf die Spinnwebereien Momm, Pfersse und Kempten entfielen davon 169 Mill. DM und die Verkaufsspinnereien Kolbermoor und BSU Textil 90 Mill. DM. Beide Gruppierungen hätten dabei nahezu gleichermaßen zum Wachstum beigetragen. Die Exportquote erhöhte sich auf 33,2 (30,1) Prozent. Die Produktion der Spinnwebereien nahm um 2,8 Prozent und die der Verkaufsspinnereien um 10,5 Prozent zu. Beschäftigt wurden per Ende September 2492 (2460) Mitarbeiter.

NAMEN

Christian Heinrich Sandler, Gesellschafter und Geschäftsführer der Vliesstoffwerke Christian Heinrich Sandler GmbH & Co. KG, Schwarzenbach, wurde als Vizepräsident, **Alexander Lönze**, Inhaber und Geschäftsführer der Lönze Maschenmoden GmbH & Co. KG, Schmallenberg, als Mitglied ins Präsidium von Gesamttextil gewählt. Dr. **Elmar Limpach**, Dr. **Hanskarl Gräder** und Dr. **Frieder Gaenslen** scheiden aus.

Rolf Leisten, Vorstandsmitglied der Kaufhof AG, ist zum Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer Köln gewählt worden.

Dr. **Dieter Schweitzer**, seit 1965 stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid, tritt zum Jahresende 1985 in den Ruhestand.

Dr. **Dieter Prokowsky** scheidet auf eigenen Wunsch zum Jahresende 1985 aus dem Vorstand der Westfalenbank AG, Bochum, aus.

Klaus Edelmann, bisher Bereichsleiter bei der SKF GmbH, Schweinfurt, ist mit Wirkung vom 1. Februar 1986 zum Mitglied der Geschäftsführung der Krupp Industrietechnik GmbH, Duisburg, bestellt worden. Er tritt die Nachfolge von **Gereon Mertens** an, der zum Jahresende ausscheidet.

Hans Peter Schreib, bisher Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), Düsseldorf, ist zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt worden. Neue DSW-Geschäftsführer wurden **Ulrich Hocker** und **Hans-Richard Schmitz**.

Karl Göbelsmann (64), seit 1982 Vorstandsmitglied der Colonia Krankenversicherung AG, Köln, geht zum Jahresende in den Ruhestand. Dr. **Bernd Richter** (43), seit 1980 Leiter der Filialdirektion Hannover, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied ernanntworden.

Dr. **Dieter Grell**, seit 1972 im Vorstand der Colonia Versicherung AG, Köln, verantwortlich für die Haftpflicht/Unfallsparten, scheidet zum Jahresende aus dem Vorstand aus, wird aber weiter in beratender Funktion zur Verfügung stehen.

Lothar Pulvermüller (56), Vorsitzender des Vorstandes der Schwabengarage AG, Stuttgart, ist zum Präsidenten der Europäischen Ford-Händlervereinigung gewählt worden.

Klaus-Dieter Leidig (43), Leiter des Böblinger Werks für Informationssysteme der Hewlett-Packard GmbH, Böblingen, ist zum weiteren Geschäftsführer des Unternehmens bestellt worden.

Klaus C. Richter (47) hat am 1. Dezember die Geschäftsführung der Racal-Milgo GmbH, Neu-Isenburg, übernommen.

In den neu eingerichteten Beirat der Blechwarenfabriken Züchner GmbH & Co., Seesen, wurden zum 1. Januar 1986 berufen: Dr. **Heinz Reichmann**, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie VVAG, Hannover, als Vorsitzender, **Manfred Züchner**, stellvertretender Vorsitzender, Prof. Dr. **Gert Lassmann**, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum, Düsseldorf, **Axel Momm**, Mitinhaber des Bankhauses Delbrück und Co., Köln, und Dr. G. **Theodor Wuppermann**, Industrieller, Leverkusen. Die Geschäftsführung setzt sich ab 1. Januar 1986 zusammen aus Dr. **Dietmar Bychowski** als Vorsitzender, **Walter Enners** und **Joachim Heermann**.

Felix Feßl (48), Vorstandsmitglied der WWK Lebensversicherung a. G., München, wurde mit Wirkung zum 1. Januar in den Vorstand der WWK Allgemeine Versicherung AG berufen. Aus dem Vorstand der WWK Leben wird **Manfred Wecker** (58) auf eigenen Wunsch zum Jahresende ausscheiden.

Dr. **Jörg F. Petersen** (42), Leiter der Niederlassung Mainz der BHF-Bank, ewird im kommenden Jahr als Generalbevollmächtigter in die Geschäftsleitung des Bankhauses Merck, FINCK & Co., München, eintreten.

Walter Siepmann, Mitgesellschafter und Seniorchef der Siepmann-Werke GmbH & Co. KG, Warstein-Belecke, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.

In tiefer Trauer und mit großer Betroffenheit geben wir bekannt, daß Herr

Wilhelm Dreinhöfer

Geschäftsführer der ISG Sanitär-Handelsgesellschaft mbH & Co KG

am 15. Dezember 1985 im 57. Lebensjahr nach kurzer Krankheit verstorben ist.

Herr Wilhelm Dreinhöfer war seit 1965, also seit 20 Jahren, Geschäftsführer unserer Gesellschaft und wurde von allen Gesellschaftern wegen seines Fleißes, seiner Einsatzbereitschaft und seines vollendeten Könnens hoch geachtet.

Bescheidenheit war ein besonderes Kennzeichen seines Wesens.

Wir werden Herrn Wilhelm Dreinhöfer und seine Verdienste um unsere ISG Gemeinschaft so bald nicht vergessen.

ISG Sanitär-Handelsgesellschaft mbH & Co KG
Essen

Aufsichtsrat und Gesellschafter

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet am Donnerstag, dem 19. Dezember 1985, um 11 Uhr auf dem Kommunalfriedhof in Hattingen-Welper statt.

Wir bitten, von Beileidsbekundungen am Grab abzusehen.

Nach einem erfüllten Leben schlief unser Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Dr. phil.

Heinrich Lorenz
Ohlendorff Mutzenbecher

geb. 21. 3. 1888, in seinem 98. Lebensjahr, am Sonnabend dem 30. November 1985, sanft ein.

Für die Familie
Till Mutzenbecher
Volkert Mutzenbecher

2000 Hamburg 52, Hemmingstedter Weg 131; 2071 Witzhave, Ober Weg 7

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

Jurist

übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.

Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

GmbH-Mantel

mit Verlustvortrag abzugeben. Eilangebote erb. unt. H 7516 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bekanntes Hamburger Exportunternehmen

ist interessiert, eine Exportfirma zu kaufen.

Möglich ist auch die Ubernahme einer Export-Abteilung oder Kooperation gegen entsprechende Vergütung.

Bitte schreiben Sie unter U 7505 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ungewöhnliches, aber sehr lukratives Angebot!

Besitzen Sie ein Büro, oder können Sie ein Büro leiten? Haben Sie freie Kapazitäten? Suchen Sie absolut krisenfeste Selbständigkeit mit fünfstelligem stetig wachsendem monatl. Einkommen vom Start an? Können Sie etwa DM 30 000,– investieren? Wenn Sie obige Fragen mit „Ja" beantworten, könnten Sie unser Partner sein.

Schreiben Sie uns mit einigen Angaben über Ihre Person oder Firma unter B 7466 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschafts- u. Finanzberatung

bietet:
- Bestandsaufnahme Ihres Unternehmens von A–Z
- dann planmäßige Durchführung der Konsequenzen daraus wie z. B.
  a) Neuorganisation, b) zeitgemäße Buchführung, c) richtige Finanzierung, d) Schuldenregulierung als Treuhänder

Vertrauliche Kontaktaufnahme unter F 7514 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Gunter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Junges, gut eingeführtes Dienstleistungsunternehmen

bei Tief-/Hochbauämtern, Autobahn- u. Straßenmeistereien sowie Bauunternehmen, sucht zwecks Geschäftserweiterung interessante Verkaufspalette im Raum NRW.

Zuschriften unter U 7481 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Handelsgesellschaft mbH

hat noch Kapazitäten frei. Ist an eine Handelsvertretung PLZ 3 + 2 interessiert. Lagermöglichkeit u. Eigenkapital vorhanden.

Nur seriöse Angebote unter C 7467 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Überregionale Organisation bietet

Repräsentanz

für Immobilien-Zwangsversteigerungsobjekte. Start: Anfang 1986

BVS-Beratungsgesellschaft für Vermögenssanierung mbH
Ostendorpstr. 5, 28 Bremen 1
Tel. 04 21 / 70 08 67, 0 59 76 / 24 82

Übernehme Auslieferungslager im Großraum Nürnberg-Fürth/Erlangen

500 m² beheizte Räume sowie Büros, Personal u. Fahrzeug vorhanden.

Guhr, Rosenbacher Str. 16
8525 Uttenreuth, Tel. 0 91 34 / 50 33

Achtung, Phono-Industrie!

Ich biete im Auftrage freibleibend an: über 20 J. bestehende GmbH mit werbewirksamem Firmennamen sowie einem gleichnamigen u. weiteren ähnlichen Warenzeichen (national u. international geschützt).

Ang. unt. V 7504 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DEUTSCHE MULTIPLE SKLEROSE GESELLSCHAFT
DMSG

Multiple Sklerose

100.000
brauchen Ihre Hilfe

Über 100.000 junge Erwachsene haben diese Diagnose schon hören müssen: „Multiple Sklerose". Die Multiple Sklerose ist eine heimtückische Erkrankung des Zentralnervensystems, die von leichten bis zu schwersten Lähmungen, Seh- und Sprachstörungen, sogar zu völliger Hilflosigkeit führen kann. Sie drängt den MS-Kranken in die Isolation.

Jeder kann an MS erkranken, besonders im Alter von 19 bis 45 Jahren. Bis heute ist noch keine Heilung möglich.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Sie braucht Geld, um durch medizinische Forschung, Beratung und soziale Betreuung das Leben mit der Krankheit zu erleichtern.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V., Rosental 5/4, 8000 München 2.
Zentrales Spendenkonto: 31 31 31 Stadtsparkasse München (BLZ 700 500 00).

SEL / CTM Computertechnik wird ganz übernommen

Schwerpunkt Digitalisierung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, will sich auch künftig „konsequent mit der Weiterentwicklung der informationstechnischen Landschaft befassen". SEL-Vorstandsvorsitzender Helmut Lohr verdeutlichte noch einmal die Zielvorgabe des Unternehmens, nicht als „Mitläufer" die Zukunft bewältigen zu wollen, sondern zu „versuchen, immer einen Schritt schneller als die anderen zu sein". Es gelte, mit kundenspezifischen Lösungen im internationalen Wettbewerb noch besser abzuschneiden und sich auf das Zusammenfließen der Daten- und Kommunikationstechnik vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang ist auch das verstärkte Engagement der SEL im EDV-Sektor zu sehen. Zum 1. Januar 1986 wird die SEL die CTM Computertechnik Müller GmbH, Konstanz, an dem die Stuttgarter bislang mit 49 Prozent beteiligt waren (51 Prozent lagen bei der Diehl-Gruppe), ganz übernommen. Die technische Entwicklung empfehle – wie es heißt – eine wirtschaftliche Führung durch den bisherigen Minderheitsgesellschafter SEL. Die Erfolge der CTM im Bereich der Bürokommunikation mit dialogorientierten Mehrplatzrechnern – mit 650 Mitarbeitern wird der Umsatz in 1985 um 25 Prozent auf gut 130 Mill. DM gesteigert – hätten den Ausschlag für das SEL-Engagement im Markt der Datentechnik gegeben.

Das zu Ende gehende Geschäftsjahr 1985 war nach Lohrs Worten für die SEL ein „gutes Jahr". Er erwartet ein Umsatzwachstum von über 11 Prozent (einschließlich CTM) oder von fast 10 Prozent (ohne CTM). Nach Angaben in dem jüngsten SEL-Aktionärsbrief erhöhte sich der Gruppenumsatz in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 8,4 Prozent auf 3 Milliarden DM. Der Exportanteil ist mit 28 Prozent relativ konstant geblieben. Der Auftragseingang aus dem Ausland übersteigt den des Vorjahres um 40 Prozent.

Zum Ergebnis meinte Lohr, es werde sich voraussichtlich weiter verbessern. Die Zahl der Beschäftigten ist um 6 Prozent auf fast 33 000 Mitarbeiter angewachsen. Durch besonders kräftiges Wachstum habe sich in diesem Jahr die Nachrichtentechnik ausgezeichnet. Beim digitalen Vermittlungssystem „System 12" sei inzwischen die Serienproduktion angelaufen. Mit dem für die Bürokommunikation abgeleiteten „System 12 B" will man im kommenden Jahr in die Mengenfertigung gehen. Darüber hinaus laufen intensive Vorbereitungen für das integriert digitale Kommunikationssystem ISDN, das 1988 bundesweit eingeführt werden soll.

Nicht ganz zufrieden ist Lohr mit dem Bereich der Bürokommunikation der SEL. Umsatz und Ergebnis hätten die Erwartungen nicht erfüllt, doch wolle man im Markt bleiben. Geändert wird in dieser Sparte die Vertriebsstruktur hin zu mehr kundenorientierter Ausrichtung. Nicht ganz zufrieden ist Lohr auch mit der Sparte der Unterhaltungselektronik, die einem harten Preiswettbewerb ausgesetzt ist. Hier baut man bei SEL freilich auf das Durchsetzungsvermögen digitaler Technologien. Dem ersten Schritt mit Einführung von Farbfernsehern mit Digital-Chassis folgt nunmehr die Produktionsaufnahme eines digitalisierten Videorecorders (in Kooperation mit Blaupunkt).

Der Aufwand für Forschung und Entwicklung wird nach Lohrs Angaben in diesem Jahr erneut bei 11 Prozent des Umsatzes liegen. Der eindeutige Schwerpunkt der Entwicklungsvorhaben werde die Weiterentwicklung der Digitaltechnik in den verschiedenen Sektoren (ISDN, Bürokommunikation und private Anwendungsgebiete) sein.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Baden-Baden: Reifenvertrieb Baden-Baden GmbH; **Bad Homburg:** Music-Corner Uwe Beck GmbH; **Braunschweig:** Klaus-Dieter Moehle, Kaufmann; **Dannenberg:** Rosemarie Schweig, Kauffrau; **Heidelberg:** Dieter Bräuninger, Eberbach; Dietlinde Bräuninger, Eberbach; **Mannheim:** Zinkann Service GmbH f. Industrie- u. Unterhaltungselektronik, Hemsbach; **Meppen:** Fa. Janning, Twist; **München:** Nachl. d. Werner Stolz; Z & B Tankwartung GmbH; Haus- u. Fertighausbau Muyen GmbH, Unterschleißheim; Nachl. d. Georg Heinecke; **Nürnberg:** Ingeborg Mökkel, Schwanstetten; TYPODRUCK PRINTUS GmbH; G. Müller-Malerbetrieb GmbH; **Seligenstadt:** Georg Hack GmbH, Mainhausen; **Traunstein:** Alpine – Heizungsbau – Schwarz GmbH & Co. KG, Freilassing; **Trier:** Ferdinand Berger; Bau-Britten GmbH, Willingen; Kirsch Bau-GmbH, Wasserliesch; **Waldshut-Tiengen:** Rheuma Rehabilitation Todtmoos GmbH, Todtmoos; **Wuppertal:** Hans Berg.

Anschlußkonkurs eröffnet: Stuttgart: AMBA GmbH Fachberatung f. Hotel- u. Gaststätteneinrichtung, Backnang.

Vergleich beantragt: Heidelberg: Gebr. Ditzel GmbH, Bammental; **Offenburg:** Doll, Fleischgroßhandel GmbH, Appenweier-Urloffen.

IM BLICKPUNKT / Harald Erichsen, Chef der Batig Gesellschaft für Beteiligungen

„Neues wird von oben gedacht"

In der Chef-Etage der Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg, geben sich Wirtschaftsjournalisten dieser Tage die Klinke in die Hand. Viel gefragter Gesprächspartner ist der Batig-Chef Harald Erichsen, der diese „Hintergrundgespräche" selbstbewußt und offen führt. Erichsen findet es nur natürlich, wenn eine so expansive Gruppe wie die Batig öffentliches Interesse weckt. Glücklich fügt sich dabei, daß er an dem Geschäft der Selbstdarstellung von Unternehmen und Management großen Gefallen gefunden hat.

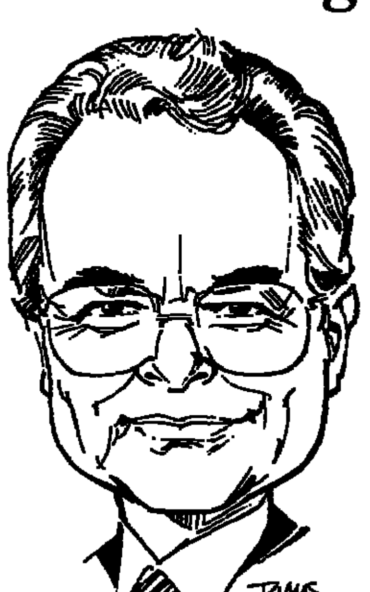
Die Möglichkeit, Strategie und Ziele der Batig in extenso zu erläutern, „verdankt" Erichsen allerdings einem Ereignis, daß die langjährigen Planungen der Gruppe eher stört denn fördert. Die professionelle Neugier hat nämlich der Verlust von zwei Top-Managern innerhalb weniger Wochen ausgelöst. Der Wechsel des Horten-Chefs Bernd Hebbering zum Konkurrenten Karstadt und des Pegulan-Vorstandsvorsitzenden Dieter Vogel zur Thyssen Handelsunion erweist sich als bester Nährboden für Spekulationen etwa der Art, daß der ehrgeizige Erichsen seinen Spitzenkräften zu wenig eigenen Spielraum lasse oder, daß die Geschäftsbereiche der Batig Karrieremanagern keine Zukunft bieten können.

Was den Ehrgeiz betrifft, so kann Erichsen darin weder einen Nachteil sehen noch den Sachverhalt leugnen. Wer die Geschicke einer Gruppe wie der Batig ohne Ehrgeiz lenke, sei für den Job entweder zu alt oder eine Flasche. Die beiden anderen Vermutungen hält er dagegen für völlig abwegig. Natürlich gebe es bei der Batig eine abgestimmte Konzernstrategie, seien Kontrollinstanzen eingebaut („wir bezahlen schließlich die Expansion") und werden neue Entwicklungen „oben angedacht".

Respektable Gruppe

An Möglichkeiten, das Geschäft vor Ort eigenständig zu gestalten und an Freiheiten, den Erfolg auch in der Öffentlichkeit zu verkaufen, mangelt es bei der Batig in der Tat nicht. Wenn Hebbering und Vogel die Fronten wechseln, so wohl deshalb, weil beide auf Posten mit einer Hoffnungs-Dimension rücken, die die Batig nicht bieten kann.

Erichsen räumt ein, daß mit dem Weggang von Vogel und Hebbering, die gleichzeitig auch im Batig-Vorstand saßen, die Chemie des Führungsgremiums zunächst leiden wird. Es ist jedoch nicht die Art von Erichsen, den Aderlaß auf der obersten Führungsebene als Hindernis für



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

die weitere Wahrnehmung der Batig-Ziele zu beklagen. So hat er inzwischen bei Pegulan den Sohn des Firmengründers Thomas Ries zum Vogel-Nachfolger erkoren. Eine Dauerlösung, wie Erichsen meint. Den Chefsessel bei der BAT Cigarettenfabrik, den Dieter von Specht im kommenden Jahr räumen wird und den Vogel übernehmen sollte, will Erichsen, „problemlos", wie er sagt, aus den eigenen Reihen besetzen. Bei der Horten AG ist Heinz Garsoffsky (59) kurzfristig zum Vorstandsvorsitzenden ernannt worden. Das gibt Erichsen Luft, jemanden entsprechend der Batig-Vorstellung zu suchen, Horten nicht nur als Warenhaus-Konzern, sondern als Brückenkopf für zahlreiche neue Aktivitäten zu verstehen.

Fast sieht es so aus, als weckten die jüngsten personellen Vorgänge bei der Batig zusätzlichen Schaffensdrang in Erichsen. Dabei hat er es schon in früheren Zeiten nicht an Dynamik fehlen lassen. 1970, nach langjähriger Vertriebstätigkeit bei Langnese-Iglo, zur BAT Cigarettenfabrik gestoßen, wurde er 1977 Vorstandsmitglied der Batig, die damals noch Interversa hieß. Zusammen mit Horst Stützer und seit Mitte 1982 als dessen Nachfolger Vorstandsvorsitzender, hat er aus dem „Konzern-Torso" Interversa eine respektable Industrie-Gruppe geformt. Unter dem Dach der Batig mit gut 8 Mrd. DM Umsatz und fast 100 Mill. DM Gewinn sind die 100-Prozent-Tochter BAT Cigarettenfabriken GmbH (Marktanteil fast 24 Prozent), die Heimausstattung- und Kunststoff-Gruppe Pegulan einschließlich der Hüppe-Gesellschaften sowie die Mehrheitsbeteiligung an der Horten AG zusammengefaßt.

Der Erfolg von Erichsen als Konzern-Stratege wird nicht dadurch geschmälert, daß der Batig für ihre Expansion von Anfang an eine stattliche Kriegskasse zur Verfügung stand und sie im Notfall auf eine schwerreiche Konzernmutter zurückgreifen konnte. Auch ist nicht alles zu Gold geworden, was die Batig angefaßt hat. Der Versuch, ein nationales Geschäft mit Wein aufzubauen, mißlang und mußte aufgegeben werden. Ernsthaft die Finger verbrannt hat sich die Gruppe dank gründlicher Vorprüfungen ihrer finanziellen Exkursionen jedoch nicht.

Vor diesem Hintergrund haben Erichsens Berichte, die in Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Vogel und Hebbering stehen, sichtbar getroffen, in denen er als „blasser Jurist" und als Produzent von viel Papier aber wenig Entscheidungen dargestellt wurde. „Das muß man verkraften können", sagt er zwar, doch macht ihm offenbar die Erfahrung zu schaffen, daß jemand, der die öffentliche Bühne so intensiv sucht, doch mal ausgepfiffen wird.

Den großen Schritt geplant

An den Zweifeln, ob publizierter Anspruch und Wirklichkeit in den Batig-Zielsetzungen immer deckungsgleich sind, ist Erichsen nicht ganz schuldlos. Seit vielen Jahren wird von der Batig angekündigt, daß das Geschäfts-Fundament aus Tabak, Heimausstattung und Einzelhandel um den Bereich „finanzielle Dienstleistungen" ergänzt werden soll. Konkretes geschehen ist bislang nicht, obwohl es gerade bei Versicherungen interessante Bewegungen und Veränderungen gegeben hat.

Hartnäckigkeit im Verfolgen von gesteckten Zielen gehört zu den Lebensinhalten von Erichsen. Das gilt gleichermaßen für die geschäftliche und private Ebene. Wer mit dem gebürtigen Hamburger (1931) etwa Tennis spielen oder auf Radtour gehen will, muß nicht nur früh aufstehen, sondern auch Ausdauer und Wille zum Erfolg mitbringen. Und so hält Erichsen an der kürzlich gemachten Aussage fest, daß die Sparte „finanzielle Dienstleistungen" bis Ende 1986 endgültig stehen wird. Der Einstieg fällt der Batig wohl deshalb so schwer, weil man gleich den großen Schritt machen will und bei Übernahmen nichts von Minderheitsbeteiligungen hält.

JAN BRECH

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Contigas im Aufschwung

Düsseldorf (J.G.) – Verläßlich im Aufschwung mit Umsatz und Ertrag ist die Contigas Deutsche Energie-AG, Düsseldorf, auch 1984/85 (30.9.) geblieben. Im ersten Rückblick teilt der Vorstand der hauptsächlich als Holding fungierenden Firma mit, daß sich die Beteiligungserträge nebst Steuergutschriften auf 47 (41,6) Mill. DM erhöhten und daß auch die Eigenbetriebe „insgesamt zufriedenstellend" arbeiteten. Die Holding-Dividende werde nach angemessener Rücklagenstärkung „mindestens an die Vorjahre" anknüpfen. Die Contigas-Gruppe steigerte 1984/85 ihren Umsatz um 8 Prozent auf 2,84 Mrd. DM, wobei sich die Stromabgabe nur um 1 Prozent auf 7,79 Mrd. kWh, die Gasabgabe aber erneut besonders kräftig um 8 Prozent auf 5,68 Mrd. kWh erhöhte.

Erfolgreich

Frankfurt (dpa/VWD) – Auch 1985 wird die deutsche büro- und informationstechnische Industrie in der Hardware-Produktion Zuwachsraten von über 20 Prozent verzeichnen. Nach Mitteilung des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) erzielte die Branche in den ersten drei Quartalen 1985 einen Produktionswert von über 12,8 Mrd. DM (plus 22 Prozent). Die Exporte stiegen um 30 Prozent auf 10,2 Mrd. DM. Die Versorgung des Inlandsmarktes erhöhte sich um mehr als 22 Prozent auf 14,5 Mrd. DM. Für das Gesamtjahr erwartet der VDMA ein Marktvolumen von etwa 33 Mrd. DM. Davon entfallen knapp 20 Mrd. DM auf Hardware und 13 Mrd. DM auf Software.

MAN baut Schwimmdock

Oberhausen (dpa/VWD) – Der Unternehmensbereich Maschinen und Anlagen der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG hat aus Polen den Auftrag zum Bau eines Schwimmdocks im Wert von rund 50 Mill. DM erhalten. Das Dock wird auf der Werft der MAN-GHH in Nordenham/Blexen gebaut und soll im Oktober 1986 ausgeliefert werden.

Ertragslage wieder besser

Berlin (tb.) – Die Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-AG, Berlin, ist mit dem Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) nicht zufrieden. Die Ertragskraft habe deutlich nachgelassen, betonte der Vorstand gestern auf der HV in Berlin. Zwar ist der Stromverkauf um 3,1 Prozent auf 8,2 Mrd. kWh gestiegen und der Umsatz um 3,4 Prozent auf 2,2 Mrd. DM, gleichzeitig stiegen aber die Aufwendungen um 10,7 Prozent. Im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 haben sich höhere Stromtarife (ab 1. 8. 1985) und stabile Preise bei den Brennstoffen positiv auf die Ertragslage ausgewirkt. Für 1984/85 zahlt die Bewag eine Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie auf 560 Mill. DM Kapital.

Hoffnung bei Kalkhoff

Cloppenburg (dos) – Bei der in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Kalkhoff-Werke GmbH, Cloppenburg, keimt neue Hoffnung. Im Anschluß an die gestrige Betriebsversammlung erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Carstens, eine Gruppe interessierter Geschäftsleute wolle die Fahrradproduktion mit rund 400 Mitarbeitern in Cloppenburg Mitte Januar wieder aufnehmen. Namen wurden nicht genannt. Dem Vernehmen nach steht aber der Oldenburger Wirtschaftsprüfer Horst Klose (Gesellschaft für Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen) hinter dem Projekt. Kalkhoff hatte Mitte November Konkurs angemeldet. Nach Angaben des Sequesters, Peter Weigmann, dürfte das Verfahren aber mangels Masse nicht eröffnet werden. Die rund 650 Kalkhoff-Beschäftigten haben gestern die Auflösungsverträge unterzeichnet.

Coop übernimmt

Frankfurt (VWD) – Die Coop AG, Frankfurt, übernimmt zum 1. Januar 1986 das niederländische Verbrauchermarkt-Unternehmen De Wit, Gouda. Erwerberin ist die GVIB Gesellschaft zur Verwaltung internationaler Beteiligungen mbH, Frankfurt, eine Beteiligungsgesellschaft der Coop AG. De Wit erwartet für 1985 mit elf Filialen einen Umsatz von 200 Mill. hfl. Coop hatte bereits Ende 1984 einen Kooperationsvertrag mit dem niederländischen Lebensmittel-Filialunternehmen Verhagen (Umsatz rund 100 Mill. DM) geschlossen.

Banken-Verschmelzung

Offenbach (VWD) – Durch die Zusammenlegung der Bankhaus Bohl GmbH, Freudenstadt, mit der Wifag-Bank GmbH, Offenbach, zum Anfang des Jahres 1986 schafft Security Pacific eine neue Basis für erweiterte Aktivitäten im deutschen Finanzmarkt. Durch die Verschmelzung der beiden Institute, die 1984 von der Security Pacific Corp., Los Angeles, erworben wurden, entsteht ein Institut mit einem Kapital von 39,4 Mill. DM, einer Bilanzsumme von ca. 620 Mill. DM, ist 195 Mitarbeitern und 16 Geschäftsstellen in der Bundesrepublik. Die neue Bank trägt den Namen Pacific Bank GmbH und hat ihren Hauptsitz in Offenbach.

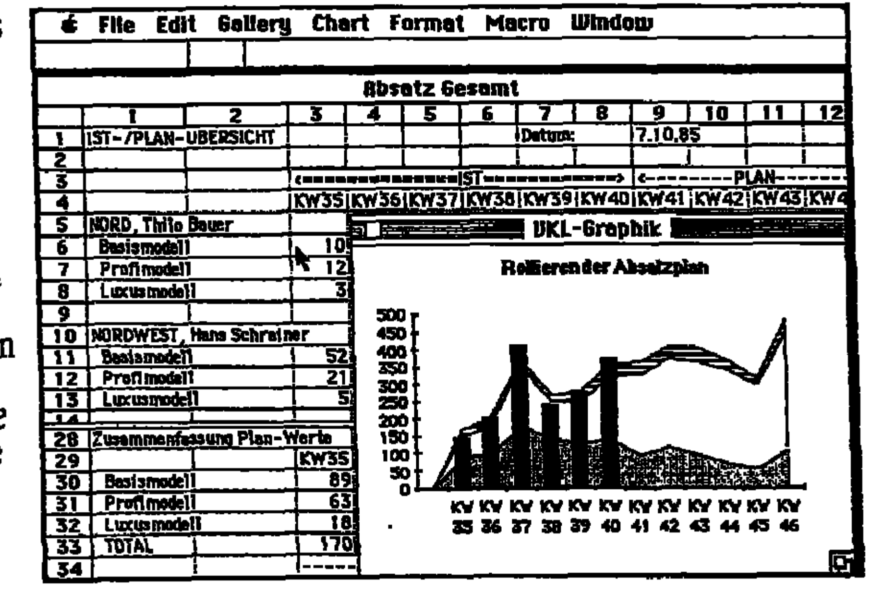
Wozu denn einen Computer einsetzen?
Wozu denn schneller arbeiten?



Noch vor wenigen Jahren ließ man geschäftliche Entscheidungen langsam reifen. Wer so handelte, galt als klug. Ganz anders heute: Wer sich beim heutigen Konkurrenzdruck zuviel Zeit nimmt, läuft Gefahr, von den Entscheidungen anderer überholt zu werden.

Ob als Produkt- oder Projektmanager, als Finanz- oder Vertriebsleiter, oder, oder, oder ... Wenn Sie heute Erfolg haben wollen, müssen Sie doppelt schnell sein. Sie müssen erstens schnell an richtige Informationen kommen, um dann zweitens genauso schnell reagieren zu können.

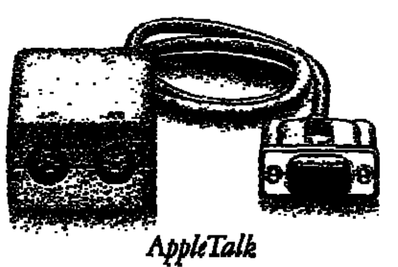
Zum Glück – und zum Erfolg – kann Ihnen ein Apple Personal Computer in beiden Fällen helfen. Denn ein Apple wie der Macintosh ist das Management-Instrument, das Ihnen in Sekunden die Mehr-Informationen verschafft, durch die Sie eine intelligentere und schnellere Entscheidung treffen. Mit Sicherheit.



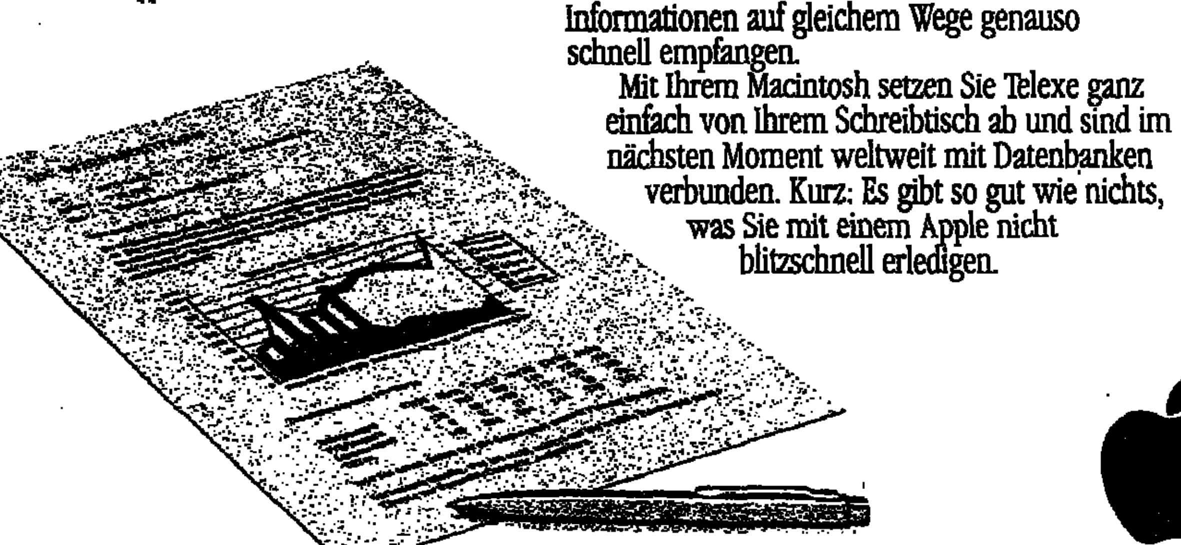
Und das nicht nur rund ums Büro, sondern auch rund um die Erde. Rund um die Uhr.

Zum Beispiel können Sie all die Fakten, Zahlen, Diagramme, Kurven und Briefe, die Sie in Ihrem Macintosh speichern, per Telefon an praktisch jeden anderen Computer auf der Welt übermitteln – elektronisch und sekundenschnell. Und Ihr Apple kann

ImageWriter II



AppleTalk



Informationen auf gleichem Wege genauso schnell empfangen.

Mit Ihrem Macintosh setzen Sie Telexe ganz einfach von Ihrem Schreibtisch ab und sind im nächsten Moment weltweit mit Datenbanken verbunden. Kurz: Es gibt so gut wie nichts, was Sie mit einem Apple nicht blitzschnell erledigen.

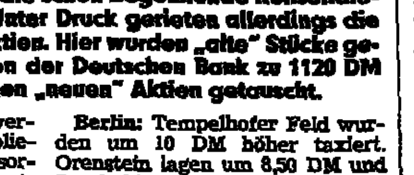


Apple Computer

* PS: Wichtig für alle Produkt- oder Projektmanager, Verkaufs- oder Finanzleiter: Bitte Berufsbezeichnung angeben für ein gezieltes Info-Paket.

Hausse in Deutsche Bank

In den übrigen Standardaktien Schwankungen



DW. – Unter dem Eindruck der raschen Plazierung der aus dem Flick-Besitz stammenden Daimler-Aktien tendierten die Papiere der Deutschen Bank zeitweise um mehr als 50 DM fester. Zwar ließ sich dieser Spitzenstand nicht halten, doch schlossen sie fast zu höchsten Tageskursen. Bei den übrigen Standardaktien setzte sich die schon begonnene Konsolidierung fort. Unter Druck gerieten allerdings die Daimler-Aktien. Hier wurden „alte" Stücke gegen die von der Deutschen Bank zu 1120 DM angebotenen „neuen" Aktien getauscht.

Das bei den Daimler-Aktien angebotene Material soll zu einem Teil von Schweizer Banken stammen, die das Übernahmeangebot der Deutschen Bank als unverhofftes Weihnachtsgeschenk sehen. Mercedes-Aktien wurden nur unwesentlich in Mitleidenschaft gezogen. Im Verlaufe kam es auch bei den VW-Aktien zu kursdrükkenden Glattstellungen. Am Bankenmarkt wurden neben den Papieren der Deutschen Bank auch die der Dresdner Bank angehoben, die am Vortag an der festen Tendenz keinen Anteil hatten. Nixdorf, in den letzten Wochen zeitweise unter Druck, setzten den Wiederanstieg um fünf fort. Fester auch SEL. Im Maschinenbaubereich konnten sich GHH-Stämme weiter verbessern. MAN-Stämme liegen nun schon um 20 DM darunter, obwohl es gelegentlich geheißen hatte, daß MAN möglicherweise 1:1 in GHH getauscht werden wird. Großchemieaktien blieben nahezu unverändert. Versorgungspapiere lagen trotz der fortschreitenden Zinssenkung überwiegend etwas leichter.

Frankfurt: Binding konnten sich um 4 DM, Kali Chemie um 5 DM und Rütgers um 10 DM erholen. Buderus verminderten sich um 20 DM, Adler büßten 15 DM ein und Didier gaben um 10 DM nach.

Düsseldorf: Banning zogen um 20 DM, Gehe um 6,80 DM und Hochtief um 15 DM an. Balcke Dürr verminderten sich um 5 DM, Kabelmetal gaben um 4 DM nach und Mauser sanken um 2,50 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden um 2 DM fester gehandelt, Hapag Lloyd erhöhten sich um 1,20 DM und Bremer Vulkan stiegen um 1 DM. Knapp gehalten lagen HEW mit minus 0,50 DM. Holsten Brauerei verbesserten sich um 5 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 10 DM höher taxiert. Orenstein lagen um 8,50 DM und Berthold um 2,50 DM fester. Rheinmetall St. verloren 26 DM, Herlitz St. 7,30 DM und DUB-Schultheiss 7 DM.

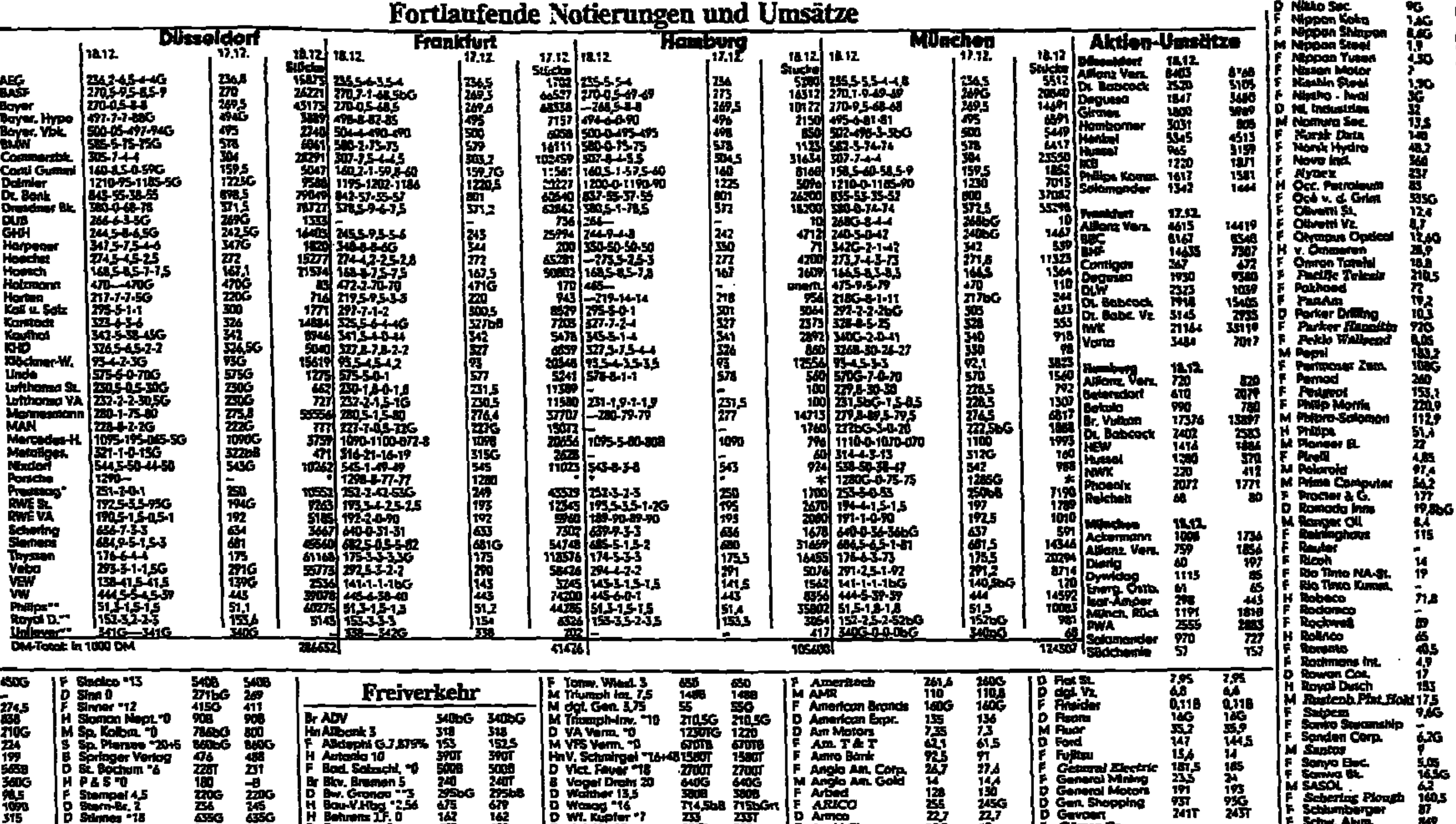
München: Aigner gaben um 10 DM nach, Deckel verloren 9,50 DM und Flachglas büßten 8,50 DM ein. Audi stiegen um 9,50 DM, Electro 2000 befestigten sich um 15 DM und Patrizier um 13 DM.

Stuttgart: Stuttgarter Hofbräu St. zogen um 11 DM an, SEL verteuerten sich um 9,50 Dm und Zeag Zement erhöhten sich um 29 DM. Daimler gaben um 25 DM und Mercedes um 10 DM nach.

Nachbörse: leichter



WELT-Aktienindex: 261,25 (259,94)
WELT-Umsatzindex: 4625 (5638)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

	18.12.	17.12.
H Aach M Beteil. 10	1850	1855
H Aach. M. Vers. 7	1390	1350
D Aach. Rück. 9	3580xD	3580
D Asea 4	415G	415G
M Ack-Gögg. 6	157bB	160bG
H Adca 3	160	163
D Adler 9	310G	310G
F Adt 0	45bG	45,1
F AEG 0	233,5	235
D AEG KABEL 9	330G	331G
S Aesculap 9	461	463

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

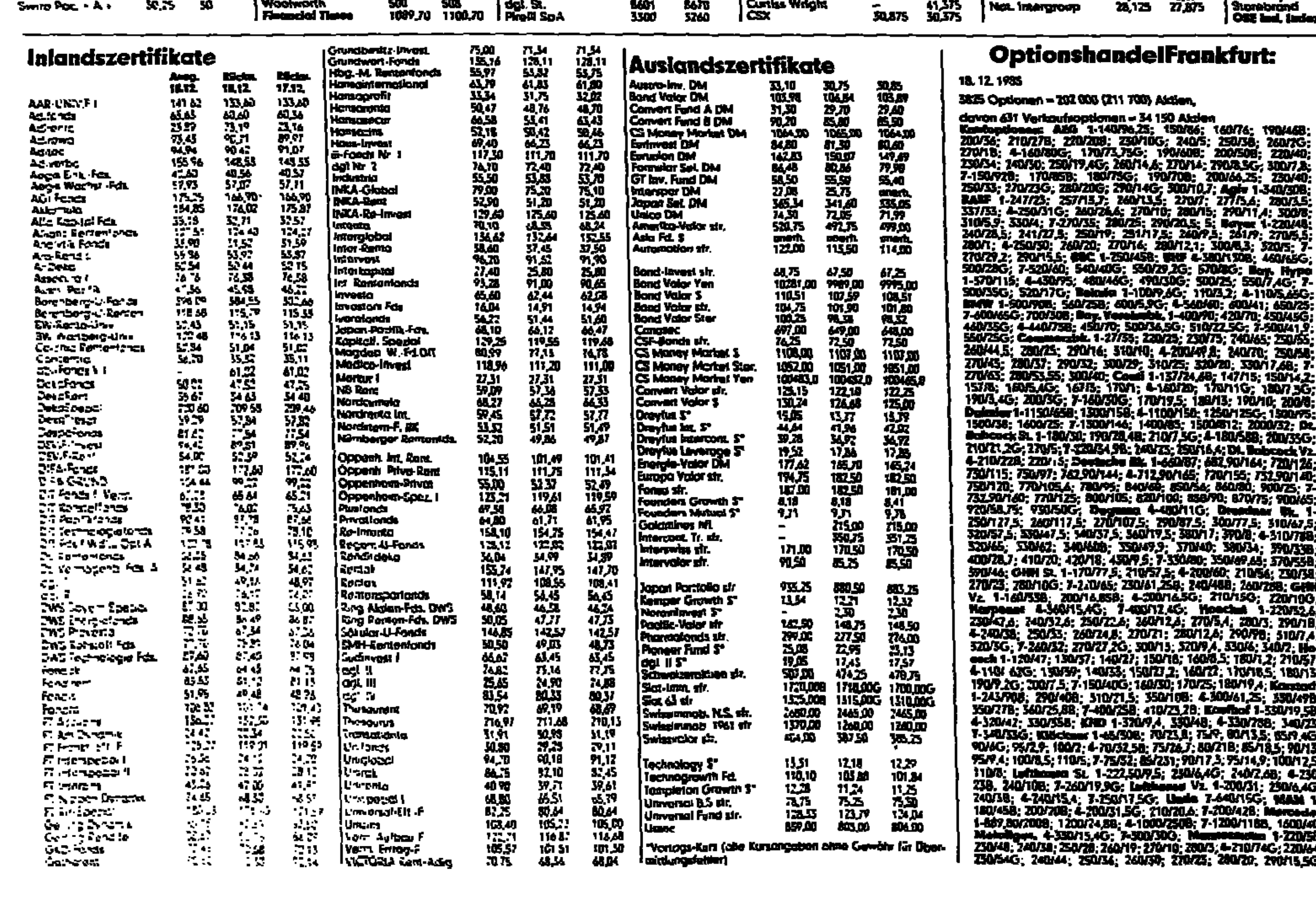
Sydney

Oslo

Toronto

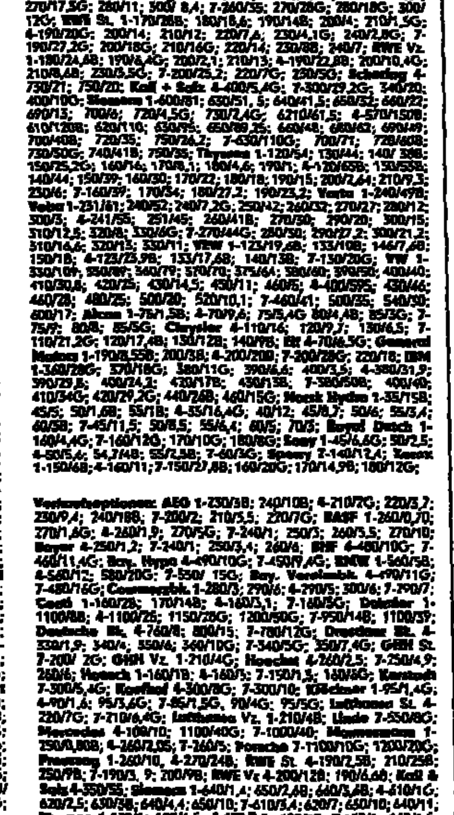
Wien

Zürich



Inlandszertifikate

Auslandszertifikate



Optionshandel Frankfurt

WELT-Aktien-Indices

Kursgewinner:

Kursverlierer:

Junge Aktien

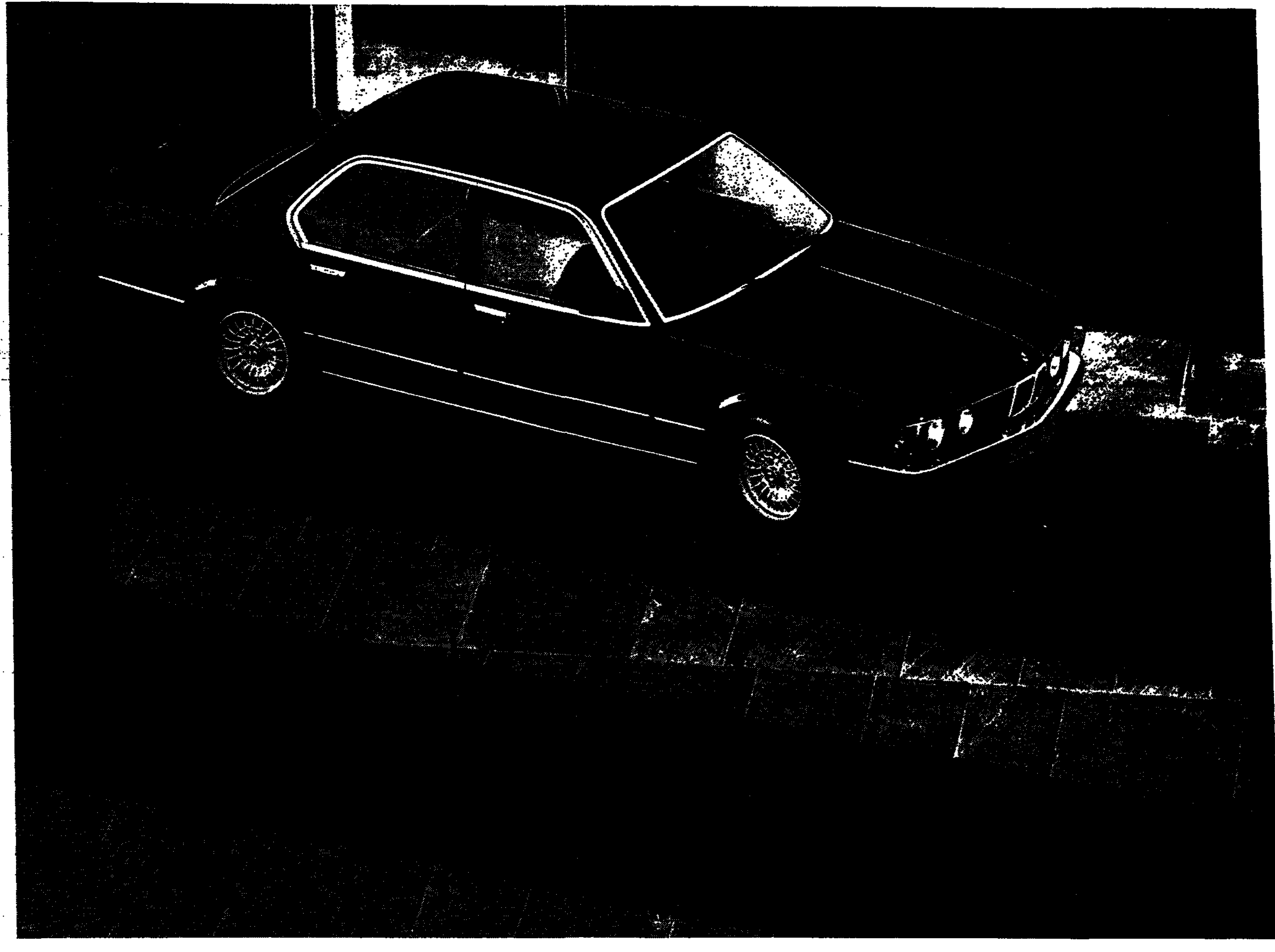
Devisenmärkte

Devisen und Sorten

هكذا من الأصل

BMW 745i:

Serienmäßig so günstige Schadstoffwerte, wie sie bei vergleichbaren Automobilen nur mit Abgas-Nachbehandlungen möglich sind.



»Was sich wie Zukunftsmusik aus fernen Motorwelten anhört, rollt teils schon auf unseren Straßen.«

Auto-Zeitung 11/85 zum 7er

BMW ist Technologieführer bei der Automobil-Elektronik. Das hat für den BMW Fahrer den Vorteil, daß er die hohen Leistungsreserven und das Geschwindigkeitspotential z.B. des 7ers nutzen kann und gleichzeitig ganz klar das Vorurteil widerlegt, daß große Automobile zu einer überproportionalen Belastung der Umwelt durch Emissionen beitragen.
Der große BMW kehrt diese Formel geradezu um.

Mit BMW Triebwerks-Elektronik serienmäßig und völlig problemlos ›bedingt schadstoffarm‹ Stufe A: BMW 745i.

Er erzielt schon heute Abgasgrenzwerte, die nach der EG-Gesetzgebung für Kleinwagen bis 1,4 l Hubraum gelten sollen.
Durch seine elektronische Triebwerkssteuerung mit integrierter Klopfregelung kann er mit allen angebotenen Benzinqualitäten betrieben werden.

Die Technik des 745i sorgt in jedem Fall selbsttätig für den bestmöglichen Wirkungsgrad, d.h. für die größtmögliche Leistungsausbeute. Darüber hinaus schont sie das Triebwerk bei schlechten Kraftstoff-Qualitäten – ein einzigartiges Konzept auch für höchste Zuverlässigkeit.

Wer das Automobil so umweltfreundlich machen will wie möglich, braucht soviel Elektronik-Know-how wie BMW.

Basis der beispielhaften Umweltfreundlichkeit des 745i ist eine einzigartige Triebwerkstechnik, über die selbst viele andere Automobile der nächsten Generation nicht verfügen werden: die Digitale Motor-Elektronik.
Damit sind Lösungen selbst scheinbar gegensätzlicher Probleme so ideal möglich, wie es mit herkömmlicher Mechanik nicht denkbar ist.

Resümee: Fahren Sie dem Fortschritt nicht hinterher. Fahren Sie BMW.

BMW in Btx * 20900 #

BMW – aus Freude am Fahren



Zinssenkung schreitet voran

Zur großen Befriedigung der Kreditinstitute machte die Zinssenkung – ausgehend von den USA – weitere Fortschritte, allerdings bei weniger lebhaften Umsätzen als in den Vortagen. Immerhin konnten sich öffentliche Langläufer weiter bis zu knapp einem halben Punkt verbessern. Die Nachfrage kommt überwiegend aus dem Ausland. Die inländischen institutionellen Anleger disponieren bereits in das kommende Jahr hinein und sind deshalb am aktuellen Geschäft. Die Pfandbriefrenditen haben sich im Großgeschäft auf etwa 7,02 Prozent ermäßigt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex, schwächer dagegen Silber und Kupfer. Mit Ausnahme des Kassa-Monats lag Kaffee fester; bei Kakao kam es zu leichten Verlusten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	17.12.	16.12.
Dez.	346,50	348,75
März	344,25	346,25
Mai	323,50	325,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif

St.L. 1 CW	287,70	287,50
Am. Durum	284,64	284,44

ROGGEN Winnipeg (can $/t)

Dez.	121,20	122,50
März	125,50	127,00
Mai	129,00	130,50

HAFER Winnipeg (can $/t)

Dez.	100,00	99,50
Jan.	105,00	105,00
Mai	106,00	105,90

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	134,50	132,00
März	139,25	137,50
Mai	141,50	140,00

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	249,75	250,50
März	250,00	250,50
Mai	254,50	254,75

GERSTE Winnipeg (can $/t)

Dez.	107,00	107,00
März	111,6G	111,70
Mai	114,40	114,40

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

17.12.	16.12.
35,00	36,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

21,25	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	21,95	22,18
Jan.	22,00	22,28
März	22,45	22,62
Mai	22,60	22,85
Juli	22,70	22,90
Aug.	22,15	22,85
Sept.	22,00	22,15

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

20,00	20,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	16,00	15,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)

top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleichf.	13,50	13,50
yellow max 10% fr F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	48,60	49,27
Feb.	45,90	47,30
April	41,90	42,32

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb	66,20	67,25
März	65,60	66,45

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Nochmals 1/16 % nachgebende Euro-Dollar-Deports hatten am 18. 12. verringerte Dollar-Termin-Abschläge zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,75-0,65	1,97-1,87	3,82-3,62
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,33-1,30	2,63-2,58
Pfund/DM	2,80-1,40	6,70-5,80	12,5-11,1
FF/DM	30-14	70-54	128-112

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18.12.: Tagesgeld 4,25-4,40 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,98 Prozent.
Privatdiskontsätze am 18.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G-3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G-3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17.12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18.12.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
3 Monate	7⅞-7¾	4⅝-4⅞	4½-4⅞
6 Monate	7⅝-7¾	4⅝-4⅞	4½-4⅞
12 Monate	7⅞-8	4⅞-5	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 18.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,78) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 18.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,68	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,234	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,86	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,39	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	54,85	6,58
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,25	6,60
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	121,00	9,98
DSL-Bank R.264	957,01	2.7.90	105,13	6,45
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	75,28	6,45
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	52,38	6,95
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	103,74	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,60	7,00
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,96	6,74
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,44	7,05
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	53,47	6,84
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,79	7,18
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,68	7,08
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	53,35	6,85
WestLB 600	100,00	2.5.95	54,45	6,71
WestLB 601	100,00	2.5.00	38,30	6,81
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,90	7,06

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

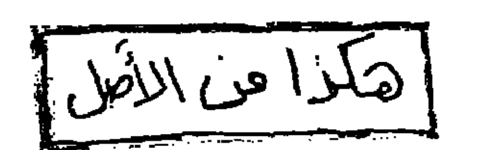
Euro-Yen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte



Transportversicherung

Py. – Die Jahre des Wehklagens der deutschen Transportversicherer sind – zumindest – im Augenblick vorbei. Freilich: Die Klagen waren stets lauter zu vernehmen als die Freudengesänge. Sie erklingen nur in Moll und verbunden mit viel „Wenn und Aber". Sicher: Das Jahr 1985 ist erst am 31. Dezember um 24 Uhr zu Ende. Die letzten Monate eines Jahres können zu einer Massierung von großen Schäden führen, erwartete Jahresergebnisse entscheidend verschlechtern.

Interessant ist nur, daß man zum Beispiel die „veröffentlichte Meinung" gern zum Transportriemen für schlechte Nachrichten in Anspruch nimmt. Gute Nachrichten dagegen brauchen den Versicherungsnehmern, zumal es sich meist nicht um private Kunden handelt, nicht so nachdrücklich vor Augen geführt werden.

In der ohnehin nicht überwältigen Öffentlichkeitsarbeit der Transportversicherer, die ja auch der Vermittlung von Informationen beispielsweise der Schadenverhütung dient, ist seit geraumer Zeit Funkstille. Kaum eine andere Sparte der Assekuranz läßt sich – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – auch (oder gerade) gute Nachrichten so aus der Nase ziehen wie die Transportversicherer.

Die Sparte tut sich selbst damit keinen Gefallen. Leicht kann es nämlich sein, daß – wenn die Ergebnispendel wieder einmal in die andere Richtung schlagen – niemand rechtes Interesse an neuerlichen schlimmen Nachrichten hat. Schade eigentlich. Aber es liegt sicher mit daran, daß Verluste aus Schäden für den Normalverbraucher nicht sichtbar sind und im Zweifel unbemerkt auf den Verkaufspreis einer Ware aufgeschlagen werden. Ähnlich wie die Transportversicherer handeln auch die Versicherungsmakler: Sie möchten Gutes über sich hören und lesen, regen zu Investitionen aber keine Hand.

STRASSENVERKEHR / Mängelbeseitigung durch Bundesbeauftragten

Versicherungspflicht beim Transport gefährlicher Güter

In der Bundesrepublik werden jährlich mehr als 200 Millionen Tonnen gefährliche Güter transportiert, darunter explosive, entzündbare, giftige und radioaktive Stoffe. Etwa 120 Millionen Tonnen hiervon werden auf der Straße befördert; Benzin und Heizöl dominieren. Der Anteil des Gefahrguttransports an der Gesamtbeförderungsmenge im Straßenverkehr hat seit 1980 um elf Prozent zugenommen. Der Transport führt durch weitgehend dichtbesiedeltes Gebiet. Bisher war die Zahl der Schäden auffallend niedrig. Gelegentlich beleben spektakuläre Vorkommnisse wie der Giftgasunfall im Februar bei Neuenburg (südlich von Freiburg) die Diskussion:

Bei der Karambolage mehrerer Fahrzeuge war auf der Rheintalautobahn ein mit Chemikalien beladener Lastzug in Brand geraten. Es gab Tote und Verletzte. Über der Unfallstelle breitete sich eine Giftwolke aus; annähernd 100 Autofahrer und Busreisende, die giftige Dämpfe eingeatmet hatten, mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Die Bundesregierung hält eine bessere Schulung der Lkw-Fahrer von gefährlichen Gütern für erforderlich und die Sicherheitsvorkehrungen an den Tankfahrzeugen sollten verbessert werden. Bei künftig auf den Markt kommenden gefährlichen Stoffen werde die Bundesregierung – so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Opposition im Bundestag – prüfen, ob der Transport stärker von der Straße auf die Schiene oder aufs Wasser verlagert werden könne. Bei Kontrollen von Fahrzeugen mit gefährlichen Gütern seien Mängel festgestellt worden: Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit, Verletzung der Vorschrift über Ruhezeiten der Fahrer, nicht ausreichend deklarierte Gefahrgüter, fehlende Feuerlöscher, Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichts.

Bald wird es einen Gefahrgutbeauftragten der Bundesregierung geben, der sich um die möglichst weitgehende Beseitigung der erkannten Mängel und Fehler kümmern soll.

Eine Haftung des Fahrzeughalters aus Gefährdung ist folgendermaßen begrenzt:

- Für Personenschäden bei Verletzung oder Tötung einer Person auf 500 000 Mark, bei Verletzung oder Tötung mehrerer Personen auf 750 000 Mark,
- für Sachschäden auf 100 000 Mark.

Bei Haftung aus Verschulden haften Fahrzeughalter und Fahrzeugführer nach dem allgemeinen Zivilrecht. Die insoweit begründete Haftung ist der Höhe nach unbegrenzt. Der Geschädigte ist beweispflichtig.

Für Gefährdungs- und Verschuldenshaftung besteht (laut Paragraph 1 Pflichtversicherungsgesetz) eine Versicherungspflicht mit folgenden Mindestsummen:

- Für Personenschäden bei Schädigung einer Person eine, bei Schädigung mehrerer Personen 1,5 Millionen Mark und für Sachschäden 400 000 Mark.

Nach der geltenden Gefahrgutverordnung wird dem Beförderer zur Auflage gemacht, eine Höherversicherung für Gefahrguttransporte abzuschließen, die im Rahmen der Verschuldenshaftung Deckungsvorsorge bis zu einer Haftungssumme von fünf Millionen Mark schafft.

Eine Haftungslücke: Der Beförderer haftet nicht, wenn der Unfall für ihn ein unabwendbares Ereignis darstellt.

Die Deckungsvorsorge nach dem Pflichtversicherungsgesetz ist (angesichts des hohen Risikos) unzureichend. Das gilt auch für die Dekkungsvorsorge von fünf Millionen Mark im Falle der unbegrenzten Verschuldenshaftung.

Verschiedene Versicherer unterscheiden die gefährlichen Güter nach Gefahrenklassen, beispielsweise „giftige Stoffe" oder „ätzende Stoffe". Hiernach werden dem Versicherungsnehmer entsprechende Zuschläge zur Prämie in Rechnung gestellt.

KARL-HEINZ STEFAN

EHESCHEIDUNG / Bezugsrechte festlegen

Nach der Trennung können manche Policen weiterlaufen

Getrennt von Tisch und Bett – so enden jährlich rund 100 000 Ehen in der Bundesrepublik. Kompliziert wird es für viele Paare, wenn nach der Scheidung auch die Versicherungsverhältnisse den neuen Lebensumständen angepaßt werden müssen. Es folgen Tips zur Kranken- und Lebensversicherung (im Januar zur Hausrat-, Haftpflicht-, Rechtsschutz- und Unfallversicherung):

War ein Partner, weil nicht berufstätig, beim Mann oder der Frau gesetzlich mitversichert, so kann er freiwillig Kassenmitglied werden. Dies muß der Kasse innerhalb eines Monats nach Rechtskraft der Scheidung mitgeteilt werden. Kinder bleiben in der gesetzlichen Krankenversicherung bei dem Partner mitversichert, der den höheren Beitrag zahlt. Waren beide Gatten beruflich tätig, ändert sich an ihrer bisherigen Krankenversicherung in der Regel nichts.

Wer nach der Scheidung berufstätig wird, kann sich privat versichern, wenn sein Bruttogehalt über der Pflichtgrenze von derzeit monatlich 4050 Mark liegt. Wer schon privat krankenversichert war, kann dies auch nach der Scheidung bleiben: Das frühere Eintrittsalter hält den Beitrag niedrig. Beamte oder deren Frauen, deren Beihilfeanspruch nach der Scheidung wegfällt, können ihren Versicherungsschutz ohne Risikoprüfung und neue Wartezeiten aufstocken. Der Antrag muß innerhalb von zwei Monaten nach Wegfall des Beihilfeanspruchs beim Versicherer gestellt werden.

Lebensversicherungen, aus denen eine Alters- oder Berufsunfähigkeitsrente gezahlt werden soll, fallen unter den Versorgungsausgleich: Er dient dazu, alle während der Ehe erworbenen Anwartschaften auf spätere Versorgung für die Partner getrennt zu errechnen und durch den Partner mit den höheren Anwartschaften finanziell ausgleichen zu lassen.

Kapitallebensversicherungen hingegen fallen unter den Zugewinnausgleich, mit dem die vorhandenen Vermögenswerte aufgeteilt werden. Berechnet wird sie nach ihrem aktuellen Rückkaufwert, den man beim Versicherer erfahren kann. Auch die Lebensversicherung auf zwei verbundene Leben wird beim Zugewinnausgleich mitgezählt und gegeneinander aufgerechnet.

Bei Risiko-Lebensversicherungen besteht die Möglichkeit, den bisher bezugsberechtigten Ehepartner zugunsten der Kinder oder anderer Personen zu streichen, wenn das Bezugsrecht widerruflich festgelegt wurde.

(AV)

Anzeige

Seit über 50 Jahren betrauen unsere Kunden uns mit der Lösung ihrer Versicherungsfragen



GRIEBEL & SPAHN
VERSICHERUNGSMAKLER
Spaldingstraße 160
2000 Hamburg 1
Ruf 0 40 / 23 30 26

Partner für Industrie, Handwerk und Handel



SCHADENVERHÜTUNG / Wichtigstes Thema der deutschen Transportversicherer

Initiativen gegen Millionenverluste

Ein Dreißig-Minuten-Film, auch als Video-Version erhältlich, wird ein kostenloser „Renner" in Industrie- und Gewerbebetrieben. Sein Titel: „70 sind genug". Anfragen nach dem Film – streckenweise ein Horrorstreifen, über alles was es in der Transportversicherung an vermeidbaren Risiken gibt – kann der Deutsche Transportversicherungsverband (DTV) kaum nachkommen.

Hans-Georg Stühff, Vorstandssprecher der Norddeutschen Versicherungs-AG und Vorsitzender der 1970 gegründeten Schadenverhütungskommission, gerät ins Schwärmen: „So einen Streifen mußten wir einfach mal haben, um zu zeigen, daß, wie der Titel verklausuliert sagt, 70 Prozent aller Schäden auf Schiene und Straße, zu Wasser und in der Luft, aber auch im Hafen, vermieden werden können." Tatsächlich gehen dem deutschen Außenhandel Woche für Woche Waren für zehn Millionen Mark verloren. Sie treten umsonst ihre oft weite Reise an, erreichen teils beschädigt, teils nie ihren Empfänger.

Hans-Georg Stühff, dessen Ausschuß in der Vergangenheit zu allen Schaden-Schwerpunkten eine Vielzahl von Informationsbroschüren initiiert oder veröffentlicht hat, beschäftigt sich seit Jahren mit der Waren-Transportversicherung und damit indirekt mit der Schadenverhütung im Bereich der Verkehrshaftungs-Versicherung, die die Spediteure und Lkw-Frachtführer nehmen. In der (See- und Fluß-)Kaskoversicherung liegt die Initiative beim einzelnen (führenden) Versicherer.

In der Schadenverhütungs-Kommission des DTV sind im Gegensatz zu anderen Fachausschüssen der Assekuranz nicht nur Erst- und Rückversicherer sowie die als Hauptbevollmächtigte ausländischer Versicherer fungierenden Assekuradeure tätig, sondern auch die Makler aus Hamburg und Bremen, seit einigen Jahren auch Vertreter namhafter deutscher Reedereien.

Die Kommission tritt dreimal jährlich zusammen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit stellt sie danach Wirtschaftsverbänden, Kammern und Unternehmen zur Verfügung.

HARALD POSNY

BÜCHER

Versicherungs-Außendienst-Kalender 1986 (Memoforum KG, Postfach 100, 8919 Dießen); Kalendarium mit 70 Seiten Text; 18 Mark plus MWSt und Versandkosten.

Der erstmals 1981 erschienene Kalender hat bereits großen Anklang gefunden; er enthält in dem von Adolf Bauer geschriebenen Textteil wertvolle Tips und Argumentationshilfen für das Verkaufsgespräch, ist aber auch hilfreich für jeden, der sich unter anderem über den aktuellen Stand der Rentenversicherung informieren will.

(WR)

NACHRICHTEN

Unfallversicherung des Bergmanns 100 Jahre alt

Bochum (dpa) – Die Unfallversicherung der Bergleute, die Bergbau-Berufsgenossenschaft, Bochum, besteht 100 Jahre. Ihr gehören heute noch rund 200 000 Versicherte aus 237 Unternehmen an, und sie hat mit 1,45 Milliarden Mark das größte Ausgabenvolumen aller 35 gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung haben sich von den Geldleistungen für gesundheitliche Schäden nach Arbeitsunfällen zunehmend auf Unfallverhütung und Rehabilitation verlagert. Vor 100 Jahren nahmen von 22 500 Arbeitsunfällen 733 einen tödlichen Ausgang, 1985 waren es 59 Todesfälle bei 24 000 Unfällen. 1890 wurde von der Bergbau-Berufsgenossenschaft in Bochum die erste Unfallklinik der Welt geschaffen.

Leistungen der Lebensversicherungen stark gestiegen

Versicherungsleistungen in Mrd. DM

1980	1981	1982	1983	1984
29,6	33,7	37,8	42,3	45,2

Die Versicherungsleistungen der deutschen Lebensversicherer sind in den letzten vier Jahren um über 50 Prozent gestiegen und haben 1984 die Summe von 45,2 Milliarden Mark erreicht. Davon wurden 2,3 Milliarden Mark an die Versicherten oder deren Hinterbliebenen ausgezahlt. Weitere 24,9 Milliarden Mark wurden den Reserven für künftig fällige Leistungen zugeführt. Um diesen Betrag wurden 1984 die Deckungsrückstellungen, die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung und die Überschußguthaben der Versicherten aufgestockt. GRAFIK CONDOR

Leistungen beachten

Bonn (Py.) – Der Bundesverband deutscher Versicherungskaufleute (BVK) warnt vor Mini-Paketversicherungen, die zum Beispiel für 30 Mark den ganzen Wintersport inklusive Skibruch versichern wollen. Hier würden oft die persönlichen Verhältnisse des Urlaubers nicht berücksichtigt. „Es kommt zu Überversicherungen, wenn die gleichen Versicherungen schon rund ums Jahr gelten, oder es wird zu niedrig versichert, damit die optisch niedrige Prämie paßt", meint der BVK.

Versicherungs-Akademie

Düsseldorf (WR) – Das Fort- und Weiterbildungsangebot der Deutschen Versicherungsakademie (DVA), München, ist für 1986 neu erschienen. Es enthält Termine von Seminarveranstaltungen und Tagungen sowie Hinweise für das Studium zum Versicherungs-Betriebswirt (DVA). Informationsmaterial und Auskunft erteilt die Deutsche Versicherungsakademie (DVA), Bruderstraße 9, 8000 München 22.

Krebsvorsorge

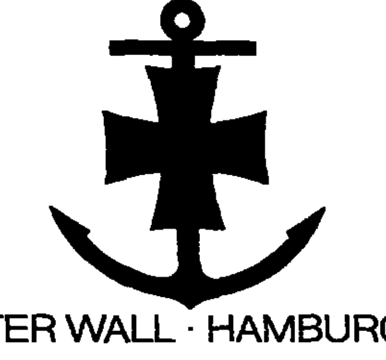
Düsseldorf (WR) – Die gesetzlichen Krankenversicherer appellieren zum Jahreswechsel an alle bei ihnen versicherten Frauen (ab dem 20. Lebensjahr) und Männer (ab dem 45. Lebensjahr), die kostenlose Gelegenheit zur Früherkennung von Krebs zu nutzen. In diesen Wochen werden den Versicherten die Berechtigungsscheine für die Vorsorgeuntersuchungen 1986 zugestellt.

Sparsame Verwaltung

Bonn (AV) – Immer weniger von jeder Beitrags-Mark für eine Lebensversicherung muß für die Verwaltung der Police bezahlt werden. Während 1980 die Verwaltungskosten noch 7,1 Prozent der Beitragseinnahmen ausmachten, waren es im vergangenen Jahr nur noch 6,1 Prozent. Datenverarbeitung macht's möglich.

Auch das soll es geben . . .

„Das Feuer entstand durch die Irrsinnigkeit des Bauern Neugebauer oder weil die Kinder zum Viehfüttern verwendet wurden. Der Brandplatz wurde durch zwei Laternen und durch einen Gendarmen erleuchtet. Die Löscharbeiten leitete der Gemeindeschreiber, weil es beim Feuerwehrkommandanten selbst im oberen Stübchen brannte."
Aus: „Der Zustand des Wetters war schlüpfrig". Kurioses aus der Versicherungswelt, von Bernd Ellermann; Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe; 54 Seiten; 9,80 Mark.



NORD-DEUTSCHE
VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT · ALTER WALL · HAMBURG
Der Transportversicherer - seit 1857

Altersvorsorge, Versicherungen, Bausparen und Investment.

Durchblicken. Vorausdenken.

Die Zukunft sicherer machen durch Absicherung nach Maß.

Mit der Iduna. Die hat die richtige Lebensversicherung für Sie. Maßgerecht und dynamisch. Zugeschnitten auf Ihren ganz persönlichen Rahmen. Zum finanziellen Sofortschutz Ihrer Familie. Und als Alterssicherung. Bei Berufsunfähigkeit ab 50% völlige Beitragsfreiheit, dazu dynamische Rente bis zur Auszahlung der Versicherungssumme mit Überschußbeteiligung.

Mit der Iduna. Die hat die richtige Baufinanzierung für Sie. Zinsgünstig und tragbar. Durch die I. Hypothek aus der Lebensversicherung. Und durch das Bauspardarlehen zum Festzins von nur 4,5% (effektiv: 5,37% p. a.). Oder wir bringen Sie mit Bankvorausdarlehen und Zwischenfinanzierung ins Eigenheim.

Mit der Iduna. Die hat die richtigen Investment-Spar- und Anlagemöglichkeiten für Sie. Zum Beispiel HANSA-international, den erfolgreichen, internationalen Rentenfonds. Seine bisherige Wertentwicklung signalisiert: Mit ihm lassen sich auch künftig hervorragende Anlageerfolge erzielen.

Mit der Iduna. Die hat die richtigen Gesprächspartner für Sie. Über 20000 kompetente Iduna-Berater. Überall im Bundesgebiet. „Ihren" finden Sie im Telefonbuch unter Iduna. Einfach mal nachfassen, einfach mal anrufen! Schließlich geht's um Ihre Zukunft...

Iduna-Hauptverwaltung
Postfach 30 27 61
2000 Hamburg 36

IDUNA
Immer der richtige Rahmen

Ein Buch über das Zivilrecht hüben und drüben

Ade, gutes altes BGB!

Während die politische, legislative und gerichtliche Praxis in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 bestrebt war, soweit wie möglich an der deutschen Rechtseinheit festzuhalten, begann die „DDR" bereits Anfang der 50er Jahre, die Rechtsspaltung Deutschlands einzuleiten. Der Aufbau einer eigenen Rechtsordnung und damit die Loslösung vom vorgefundenen Recht sind in der „DDR" schrittweise und in den einzelnen Teilrechtsgebieten unterschiedlich schnell erfolgt; auch die Intensität der Absicht, völlig neue Gesetze zu schaffen, unterlag zeitweiligen Schwankungen.

Auf keinem Rechtsgebiet aber fiel es den Juristen in der „DDR" so schwer, eine neue Kodifikation zu erarbeiten, wie auf dem des Zivilrechts.



Das Zivilrecht erwies sich als dasjenige der großen Rechtsgebiete, auf dem eine formale Rechtseinheit durch Fortgeltung des Bürgerlichen Gesetzbuches von 1896 am längsten, nämlich bis zum 31. Dezember 1975, erhalten geblieben ist. Die Ablösung des BGB durch das Zivilgesetzbuch (ZGB) hat dann aber die bereits sehr viel früher eingeleitete Herausbildung zweier selbständiger Zivilrechtsordnungen hüben und drüben besiegelt und vollendet.

Westen und Schleider verfolgen mit ihrer übersichtlich gegliederten Studie die Absicht, die Grundstrukturen eines für das Alltagsleben der Menschen bedeutsamen Rechtsgebietes in ihrer Systemrelevanz, d. h. in ihrer Abhängigkeit von den jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Grundbedingungen, verständlich zu machen. Die grundlegenden Differenzen in der Systematik und der Gliederung des Stoffes in den beiden Zivilrechtskodifikationen veranlaßten die Autoren, eine eigene Gliederung zu konzipieren. Markante Auffälligkeiten dieser andersartigen Systematik und Gliederung des ZGB im Vergleich zum BGB sind u. a. das Fehlen eines „Sachenrechts", das völlige Fehlen des Familienrechts, das bereits 1965 aus dem BGB herausgelöst und in einem gesonderten Gesetz neu kodifiziert worden ist, und ein eigener Teil zum Schadensrecht. Ins Auge fallend auch der Unterschied in der Quantität. Während die fünf Bücher des BGB insgesamt 2385 Paragraphen umfassen, gliedert sich das ZGB der „DDR" in sieben Teile mit insgesamt nur noch 480 Paragraphen.

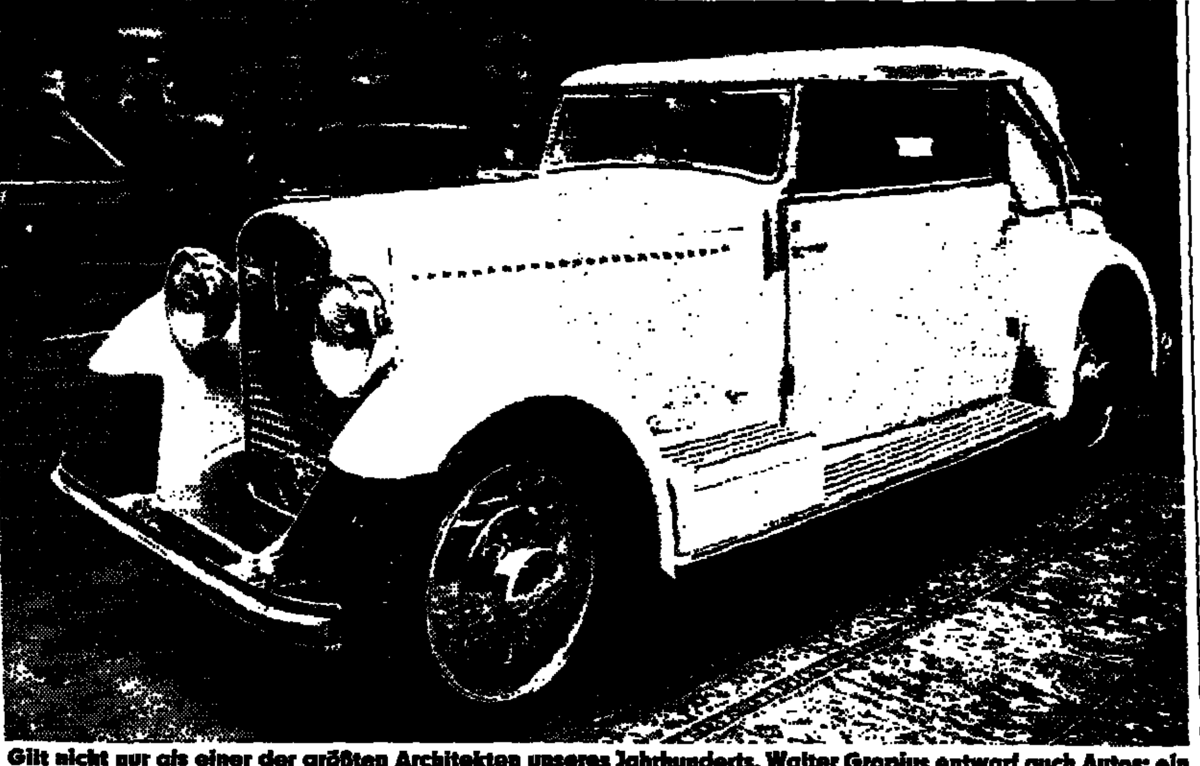
Mit der Ablösung des BGB durch das Zivilgesetzbuch der „DDR" ist der Prozeß der Rechtsspaltung in Deutschland weitgehend, wenn auch noch nicht vollständig, abgeschlossen. Die Rechtssubstanz vorkonstitutioneller Gesetze zum Zivilrecht, die in der „DDR" formell noch fortgelten, bilden beispielsweise das Handelsgesetzbuch (HGB) von 1897 (mit Ausnahme des Seehandelsrechts), das GmbH-Gesetz von 1892, das Aktiengesetz von 1937, das Genossenschaftsgesetz von 1889, das Wechselgesetz und das Scheckgesetz von 1933.

Anders als im Zivilrecht der Bundesrepublik Deutschland, bei dem handels- und wirtschaftsrechtliche Gegenstände grundsätzlich auf den auch für sie gültigen Regelungen des BGB beruhen und also auch (formell) grundsätzlich zivilrechtlichen Charakter haben, gliedert das Zivilrecht der „DDR" alle wirtschaftsrechtlichen Gegenstände aus seinem förmlichen Bestand aus. Der einzelne Bürger hat in der Wirtschaft des Sozialismus eben nichts mehr privat zu regeln.

Westen und Schleider haben einen wichtigen Beitrag zur „vergleichenden Deutschlandforschung" geliefert. Für manchen Bewohner der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins ist auch die Detailkenntnis von Regelungen des Zivilrechts der „DDR" von praktischem Nutzen, da wegen bestehender verwandtschaftlicher Bindungen oder noch bestehender Rechte in quantifizierbarer Weise unmittelbare vermögensrechtliche Interessen im Bereich dieser Rechtsordnung wahrzunehmen sind.

JENS HACKER

Klaus Westen und Joachim Schleider: „Zivilrecht im Systemvergleich. Das Zivilrecht der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland." Rechtswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin. In Kommission bei Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. 864 Seiten, 190 Mark.



Gilt nicht nur als einer der größten Architekten unseres Jahrhunderts, Walter Gropius entwarf auch Autos: ein Cabriolet für die Adler-Werke(1930/31), aus der Berliner Ausstellung FOTO: BAUHAUS-ARCHIV

Bauhaus-Archiv Berlin: Gropius-Zeichnungen aus dem Busch-Reisinger-Museum

Wer zieht mir einen geraden Strich?

Zwei Institutionen haben sich zusammengetan, um die architektonischen Leistungen von Walter Gropius vorwiegend anhand von Zeichnungen zu dokumentieren. Das Busch-Reisinger-Museum an der langjährigen Wirkungsstätte des Architekten, der Harvard University in Cambridge/Mass., hatte mit 5000 Zeichnungen, Fotos, Pausen etc. den Löwenanteil seines Nachlasses erhalten. Gropius hat hier – er war Berliner – nach dem Ausscheiden aus dem Bauhaus 1928 ein eigenes Architekturbüro gehabt und, vor der Emigration und nach dem Krieg, bedeutende Bauprojekte realisiert.

Das Berliner Bauhaus-Archiv hat mit der Ausstellung, die jetzt dort zu sehen ist, allerdings so seine Schwierigkeiten: die eigentliche „kritische" Funktion übernimmt der von Winfried Nerdinger (Architektursammlung der Technischen Universität München) als Gastkurator betreute Katalog mit einem vollständigen Verzeichnis des gesicherten Werks (voller Wenns und Abers); man kann die Ausstellung geradezu als Illustration dieses im Gebr. Mann Verlag erschienenen Buches (25 Mark) lesen. Es steht gleichermaßen als Korrektiv zur im selben Hause herausgebrachten zweibändigen Biographie von Reginald R. Isaacs, der weithin eine unkritische Haltung vorgeworfen wurde.

Gropius, die geradezu mythische Gestalt des Neuen Bauens, hat niemals selbst gezeichnet. „Ich bin nicht imstande, einen geraden Strich zu ziehen", sagte er. Bei Versuchen bekam er Krämpfe und brach die Bleistiftspitzen ab. Dieses war ein Hauptgrund, warum er das Studium nicht fortführte und in der Architektenschmiede von Peter Behrens, wo ja auch Mies van der Rohe und Le Corbusier arbeiteten, eine Art „Mädchen für alles" wurde. Gropius vermittelte seine Vorstellungen den jeweiligen Mitarbeitern in langwierigen verbalen Prozessen. Er ließ seine Ideen umsetzen. Dabei standen ihm vorzügliche „Zeichner" zur Verfügung, Leute wie Adolf Meyer, Scheper, Bayer.

Die kritische Aufmerksamkeit an Gropius' Schaffen richtet sich nicht nur auf den Anteil seines eigenen Zutuns. Das Werkverzeichnis reicht von den frühesten familiären Bauten, die er als „Jugendsünden" abtat, bis zu einem späten Porzellan-Service, auf dessen Entwürfe er „nur einen Blick" geworfen haben soll.

In Amerika provozierte Nerdingers Kommentar bei Gropius' eigenem Kooperativen Büro, der TAC, vehementen Protest: auch in späten Jahren sei Gropius eben nicht der Big Boß gewesen, sondern habe als animierender Primus inter pares mit den jüngeren Architekten der Firma zusammengewirkt. Die eigentliche Kritik ist keineswegs nur Merkmal der postmodernen Phase; sie setzte an Gropius' Vorstellungen von Trabantenstädten, seinem Wunschtraum fabrikmäßig erstellter Wohnungen und Wohnhochhäuser an.

Die Berliner Ausstellung bekommt ihre sinnlich-dramatische Anschaulichkeit im Zusammenspiel der Zeichnungen mit Originalfotos und vor allem mit Modellen, etwa dem des Faguswerks mit der epochalen Glasfassade, dem ersten „Curtain wall" in Europa, des Dessauer Bauhauses und des lebenslang erträumten „Totaltheaters". Allerdings ist auch diese Auswahl von Zeichnungen lückenhaft – allein schon wegen des dürftigen Materials aus der Frühzeit. Darüber hinaus ist der Architekt nur eine Facette der Legende „Gropius": der träumende Visionär, der Bauhaus-Gründer, der Lehrer und Denker sind andere unübersehbare Rollen. (Bis 9. 2., Frankfurt: 1. 3. bis 30. 4.)

PETER HANS GÖPFERT

Schallplatte: Junge und alte Gitarren-Virtuosen

Hemmungslose Finger

Es scheint, daß die Gitarre etwa in dem gleichen Maß, in dem sie auf dem einst so ungeheuer fruchtbaren Popularterrain heute zugunsten elektronischer Tastengeräte auf dem erzwungenen Rückzug ist, im klassischen Bereich immer mehr an Boden gewinnt. Die Auswahl anzuzeigender Neuerscheinungen wird schwieriger, das Niveau der zum großen Teil recht jungen Gitarristen immer höher, oft nur in Details differenzierbar.

Robert Wolff, 1947 in Wien geboren und seit 1964 als Lehrer tätig, legt auf „Mirror Music" ein bemerkenswertes Doppelalbum vor, das „Liure de Gvittarre" des Barockmeisters Robert de Visee (um 1650 bis um 1720), das den promovierten Wiener zum Pendant des Spezialisten Harvey Hope macht: Wolff interpretiert de Visee auf der Barockgitarre, einem anders konstruierten und besaiteten Instrument als dem „klassischen", dessen chorige Stimmungen es gerade hier sehr „lautenhaft" erklingen lassen. Dennoch kommt Wolff bewußt nicht italienisch daher, wählt eine Vielzahl französischer Verzierungen und hat mit diesen acht Suiten sein Meister-Werk vorgelegt (MM 00011/12).

Auf „Point" präsentiert der noch jüngere Däne Kresten Korsbaek sein „Guitar Recital vol. II", das zum größten Teil bewährtes Repertoire wie von Sor, Coste, Mudarra, natürlich Tarrega und Albéniz vorlegt. Es ist die zweite LP des Skandinaviers, die nicht nur ausgesprochenen Gitarren-Monomanen oft noch ein wenig tastend, defensiv und an größeren Vorbildern orientiert demonstriert, wo Talent beginnt, das in spätestens zehn Jahren der nicht eben reichen dänischen Szene neue Meisterschaft schenken wird (PLP 5056).

Längst Meister sind Michael Teuchert und Olaf van Gonnissen, die mit ihrem „Frankfurter Gitarren-Duo" seit weit über zehn Jahren konzertieren und Platten machen, die sich immer durch ausgeprägt eigene Stimme, kräftiges Selbstbewußtsein und Spaß an der Suche nach Neuem ausgezeichnet haben. Beispiel dafür ist ihre neueste Langspielplatte „Musik für zwei Gitarren und Orchester" (Blue Angel/Zweitausendeins BA 290006), das mit den „Wohltemperierten Gitarren" op. 199 (Präludien und Fugen E-Dur bzw. a-Moll) anhebt, dann die Sinfonietta Frankfurt unter Hans-Dieter Resch ohne Gitarren mit Elgars Serenade op. 20 und dann eine faszinierende zweite Seite bietet: erst Ravels Infantin-Pavane in der Bearbeitung von Pujol und als krönenden Abschluß Henri Tomasis zeitgenössische Pastorales Provençales, eine viersätzige Delikatesse.

Jahrgang 1952 ist Horst Klee, auch schon fast ein „alter Hase" auf der deutschen Klassikszene, dessen weicher, sehr warmer und von der atmosphärischen Gestaltung erstaunlich vielfältiger Ton am meisten beeindruckt. Und zwar sowohl auf der Platte „Die spanische Gitarre" (Solist 1190) als auch auf seiner „Gitarrenmusik des Barock" (Sonata 96000), auf der ihm Matthias Dammanns zweite Gitarre in Milanos Ricercare concertate und in Telemanns für Saiteninstrumente transkribiertem Kanon assistiert. Dazu gibt er Vivaldi, Couperin und Händel, rundherum alles von wunderbarer Weichheit.

Kommt der Spezialist für sehr Modernes, Reinbert Evers, auf ProViva Austrophon mit Interpretationen durchweg neuer Werke, die sehr viel Hördisziplin, Toleranz und Abenteuergeist verlangen, so stellt sich mit Eduardo Fernandez ein südamerikanischer „Neuling" vor, der gleich von Legnanis 10 Caprices op. 20 an zeigt, daß seine Finger keine technischen Hemmungen zu kennen scheinen. Ein Newcomer mit gewaltiger Ausdrucksbreite (Decca 6.43182).

Auf des in Köln lehrenden Wunder-Amerikaners Eliot Fisk neuester Platte erweist sich vor allem Villa-Lobos mit zwölf Etüden in raffinierter Tonartreihung gerade als das Richtige. Die zwölf Studien mit ihren Verminderten-Verschiebungen, bordunähnlich hämmernden Flankensaiten und wundersamen harmonischen Purzelbäumen bieten eine ganz neue Welt der gitarristischen Entdeckungen (EMI 14-6757-1).

Noch halliger als die Fisk-Platte, die auch in einer Kirche aufgenommen wurde, ist des britischen Gitarrenkönigs Julian Breams „Hommage To Andres Segovia", zu dessen 90. Geburtstag eingespielt, mit Turina, Mompou, Torroba, Gerhard, De Falla und dem bestechenden, ungeheuer gitarristisch schreibenden Ohana – ein Tribut an Breams einzigen Meister, der auch dessen „spätromantische" Interpretationsweise nachzuvollziehen trachtet (RCA Red Seal-Music of Spain vol. 7, RL 85306). Das ist zweifellos die eindrucksvollste Platte aus Breams Spanien-Reihe.

ALEXANDER SCHMITZ

Zum 50. Todestag Tucholskys: Der Prozeß in Sachen Maximilian Harden

Er fällte die Liebenberger Tafelrunde

Maximilian Harden war ein Pseudonym. Dahinter verbarg sich Felix Wittkowski, geboren zu Berlin am 20. Oktober 1861 als Sohn eines jüdischen Seidenhändlers, der zum evangelischen Glauben übergetreten war. Dieser Felix Wittkowski hatte den Ehrgeiz, Schauspieler zu werden. Dafür reichte das Talent nicht. Doch er blieb, zunächst unter dem Pseudonym „Apostata", als Kritiker dem Theater verbunden. „Apostata" führte eine geschliffene Feder, bewies untrüglichen Sinn für die Scheidung zwischen guter und falscher Münze.

Der publizistische Ehrgeiz rann höher. Gemeinsam mit dem Verleger Georg Stilke in Berlin schuf er sich ein eigenes Organ, die Wochenschrift „Die Zukunft". Die erste Nummer erschien am 1. Oktober 1892, die Auflage betrug 6000 Stück. Maximilian Harden, wie er sich nun nannte, steigerte sie in ihrer Glanzzeit auf 23 000 Exemplare.

Maximilian Hardens Ideal war eine quasi voraussetzungslose Presse, die nur dem diente, was dem Herausgeber recht erschien. Im Grunde lebte dieser Publizist von der Kritik am Bestehenden, vom Angriff auf einen fest formierten Gegner, die scheinbar noch unerschütterte Gesellschaft der Ära Kaiser Wilhelms II. Harden war persönlich eine äußerst komplexe Natur. Er fühlte sich als unbestechlicher deutscher Patriot. Er war keiner Partei oder Ideologie verpflichtet. Unerbittlich war er nur in einem, im Kampf gegen das, was er für das „persönliche Regiment" des Kaisers hielt. Der Stil war bewußt altdeutsch gehalten, in beißendem Witz, in giftiger Ironie. Seine Methoden im Kampf für Recht und Freiheit, wie er diese Idee verstand, waren nicht immer nur lauter.

Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich – 23.00 Uhr, ARD

So hat er in blendenden Artikeln in der „Zukunft" 1907/08 die unselige homosexuelle Kamarilla um Kaiser Wilhelm II. mit dessen Freund Fürst Philipp zu Eulenburg an der Spitze gesprengt. Eine Zeitlang war Harden der gefürchtetste Publizist im Kaiserreich. Der Effekt war zwiespältig. Die unbekömmliche Wirtschaft der „Liebenberger Tafelrunde" um den Fürsten hörte auf. Das monarchisch-feudale System erhielt einen schweren Schlag. Aber zugleich löste Harden, was er kaum vorausberechnet hatte, einen Säuberungsprozeß im Haus Hohenzollern wie in der Gardekavallerie aus.

Der vielbeneidete, nicht unumstrittene Lorbeer des Publizisten, des „Sittenrichters", welkte mit dem Weltkrieg, mit dem sang- und klanglosen Abtritt der Monarchie bei der sogenannten „Novemberrevolution" von 1918. Harden hatte den lebensnotwendigen Gegner verloren. Dafür geriet er als unbeirrbarer Verfechter voraussetzungsloser Presse- und Meinungsfreiheit zwischen alle Stühle. Rabiate Ultralinke stempelten ihn zum „Kriegstreiber" von 1914 – ultrarechte Radikalinskis stempelten „den Juden" zum „Novemberverräter" von 1918. Am 3. Juni 1922 schlugen antisemitische Attentäter Harden in Berlin zusammen. Er erlitt lebensbedrohende Kopfverletzungen. Politisch war er damals schon ein toter Mann. Am 30. September 1922 mußte „Die Zukunft" ihr Erscheinen einstellen. Das gebildete, linksliberale Lesepublikum war mit dem Zerfall der alten Gesellschaft geschwunden. Am 30. Oktober 1927 erlöste den ebenso berühmten wie umstrittenen Publizisten ein Bronchialleiden im Schweizer Exil von einem sinnlos gewordenen Dasein.

WALTER GÖRLITZ

KRITIK

Mit den Waffen des Glaubens

Es war wohl eine der beeindruckendsten Reportagen des Fernsehjahres: Heinz Metlitzkys Blick nach Afghanistan im Krieg – eine Ohrfeige für die medienfeindliche sowjetische Kriegführung, wie sie sich für das westliche Fernsehen gehört. **Es bleibt der Tod für Allah** (ZDF), sagten die Mudschahedin-Kämpfer, und die Kameraleute Jan Bruns und Nino Mangelli zeigten uns die Gesichter dieser Menschen, die mit ihren wenigen Raketen nicht umgehen können, denen es an anderen Waffen und Schuhen mangelt und die dennoch einer der größten Armeen Widerstand leisten.

Metlitzky zeigte, daß es die Zähigkeit eines an Härte gewohnten Volkes und der Glaube sind, die diese Kräfte freimachen. Aber er zeigte auch ein Volk, aus dem ein Viertel aller Flüchtlinge auf der Welt stammt, das sich im langen Krieg arrangiert. Im pakistanischen Grenzgebiet wurde eine eigene Wirtschaft aufgebaut, und die Stammesführer sind heillos zerstritten wie in Friedenszeiten.

Es ist eine Schwäche des Fernsehens, daß die Gewichtung von Ereignissen davon bestimmt wird, wie viele gute Bilder man zu den Meldungen beschaffen kann. Es bedarf solcher unter Gefahr gedrehter Berichte, um das dabei entstehende Zerrbild zurechtzurücken.

DETLEV AHLERS

Alte und neue Alt-Melodien

Für Überraschungen ist der selbsternannte Praeceptor Germaniae Franz Alt in seinem **Report** (ARD) nur selten gut, und so mußte auf die öffentliche Diskussion um SDI auch prompt die Aussage aus der Sicht des Kritikers kommen. In diesem Falle war es der ausführliche Bericht über Initiativen einer Friedensgruppe in Münchner Firmen, vor allem aber bei Siemens. Sie sammelt Unterschriften, womit Arbeitsverweigerung für den Fall angekündigt wird, daß sich die Firma bei der Entwicklung von SDI betätigt.

Noch sind sich die Politiker und Wissenschaftler über Sinn und Zweck von SDI gar nicht einig, noch steht jede Entscheidung aus – Alt und seine Gesinnungsfreunde sind der Entwicklung voraus und schaffen Atmosphäre.

Ein anderes Thema: Manche Rechtsfragen lassen sich nur schwer ins Optische übersetzen, und so bleibt nur zu hoffen, daß die Darstellung der nicht unbegründeten Entmündigung einer reichen 90jährigen Frau auf Betreiben der alleinerbenden Nichte und der Einweisung in ein Altersheim komplettiert mit völligem Versagen der Behörden eine traurige Seltenheit ist – obgleich die Aussagen der zuständigen Beamten und Würdenträger diesen Trost unwahrscheinlich ließen.

Letztes Thema: War es nur Zufall oder seltener Mut zur Ausgewogenheit? Unter Asylanten, hier demonstriert am Beispiel der Ghanaer, gibt es – so Report – auch Gruppen, die aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik kommen. Wer hätte das gedacht, diese Binsenwahrheit einmal in diesem Magazin zu hören? Prostitution, Scheinehen, Anerkennung als politischer Flüchtling nur für einen winzigen Bruchteil – die Darstellung solcher Tatsachen war völlig der üblichen Alt-Melodie zuwiderlaufend und vielleicht deshalb erfrischend.

HENK OHNESORGE



ARD · ZDF · III. · SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Diese Drombuschs Teile 9 und 10
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Still, still, still ...
Festliches Weihnachtskonzert mit Julia Migenes
Aufgezeichnet in der Jesuitenkirche Heidelberg
16.55 Links und rechts vom Äquator
Geschichten und Reportagen aus aller Welt
Diesmal geht es um einen 12jährigen Maschinenschlosser aus Ankara und Kinder, die eine Westberliner Schule besuchen, obwohl sie in Ost-Berlin leben. Außerdem soll ein Kinderdorf auf Sri Lanka besucht werden.
17.25 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
Heute: Computer lesen Gedanken
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jugend 85
Cooltour – Jugendkultur
21.00 Der 7. Sinn
21.05 ARD-Wunschkonzert
Lieder zur Weihnacht
Präsentation: Dagmar Berghoff und Max Schautzer
22.30 Tagesthemen
23.00 Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich
Kurt Tucholsky und der Prozeß Harden
Von Hans Prescher
Eine Sendung zum 50. Todestag von Kurt Tucholsky
Mit Klaus Schwarzkopf u. a.
Regie: Jens-Peter Behrend
„Das muß man gesehen haben. Da muß man hineingetreten sein. Diese Schmach muß man drei Tage an sich haben vorbeiziehen lassen: dieses Land, diese Mörder, diese Justiz." So beginnt Kurt Tucholsky seinen Bericht „Prozeß Harden" in der „Weltbühne" vom 21. Dezember 1922.
0.10 Tagesschau
0.15 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 allahu akbar – Allah ist groß
Der vierte Teil der Serie beschäftigt sich mit der Bedeutung und Verzweigung der islamischen Wissenschaft.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassies Abenteuer
Terrys Strubbelhund
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Silas
Drama in der Mühle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Ich heirate eine Familie
Schumanns Winterreise
Die Kinder befällt ausgerechnet an Weihnachten das Fernweh. Nach Gran Canaria würden sie gerne reisen, und selbst Papa Schumann findet die Idee nach einigem Zögern gar nicht so schlecht.
21.00 Aus Forschung und Technik
Hallo, der Komet kommt!
Werden Kometen in ferner Zukunft die Erde zerstören? Diese Frage beschäftigt die Wissenschaftler seit Jahren, und heute weiß man schon einiges mehr über die Bahnen der bekannten Kometen. Joachim Bublath stellte diese Himmelskörper in den Mittelpunkt seiner Sendung, da der Halleysche Komet sich der Erde wieder nähert.
21.45 heute-journal
22.05 Bürger fragen ...
Helmut Schmidt
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
23.20 Frank ist raus
Dreiteiliger englischer Kriminalfilm
Mit Tom Bell, Brian Croucher, Lynne Farleigh u. a.
Buch: Trevor Preston
Regie: Jim Goddard
1.00 heute

Klaus Schwarzkopf als Kurt Tucholsky in dem Fernsehspiel „Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich" – 23.00 Uhr, ARD FOTO: PRESSE AGENTUR KÖVESDI

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Weihnachtsurlaub
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Mit Deanna Durbin, Gene Kelly u. a.
Regie: Robert Siodmak
21.45 Landesspiegel
Lücke im Beton
Vom freien Leben in der Stadt
22.15 Kulturszene
Ein Magazin
23.00 Das große Thema
Wieder Lust auf Deutschland? – Nationalkult in Ost und West
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Songfestival '85 (2)
in der Hamburger Fabrik
Mit Anne Haigis und Edo Zanki
19.15 Natur und Freizeit (18)
20.00 Tagesschau
20.15 Die zarte Falle
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Frank Sinatra, Debbie Reynolds, David Wayne u. a.
Regie: Charles Walters
22.00 Bücherjournal
22.50 Makoto Ozone – Jazzpiano
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.30 WDR-Computerclub
19.05 L – wie Lustwagen
19.20 Sag niemals ja
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Elvis Presley u. a.
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
U. a.: Wenn Väterchen Frost kommt – Moskau bereitet sich auf den Winter vor
Ein Idol feiert Geburtstag: Spaniens „Pasionara" wurde 90
22.30 Ein Jeglicher wird seinen Lohn empfangen ... (5)
Serie von Claude Lelouch

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Wiesenfeine
Fernsehfilm von Frank Wesel
20.55 Von Knochen, Wurzeln und Konserven
20.50 Die Welt heißt Brasilien
Blaise Cendrars
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Die neue Lust am Körper
22.35 Wirtschaftsreportagen
23.05 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Kulturmagazin
22.35 Landesspiegel
23.05 Nachrichten
Nur für das Saarland:
21.50 Kulturspiegel
22.20 Der Blutgau (4)

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Abenteuer der drei Musketiere
Franz.-ital. Spielfilm (1953)
20.40 Z. E. N.
20.45 Von Antje und ihrer Liebe zum Nichts
21.30 Rundschau
21.45 Im Gespräch
Alter schützt vor Rotlicht nicht
23.15 Rundschau
23.20 Der gläserne Schlüssel
Amerikanischer Spielfilm (1942)

SAT 1

13.30 Kum Kum
So ein Ausreißer
14.00 Kung Fu
Caine und der Spieler
15.00 Sketchl
Lees Sonnenschirm
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
Party mit Hindernissen
17.00 Drei Engel für Charlie
Pleite eines Gauners
18.00 Abenteuer Wildnis
Wo der Adler haust
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Seine Tochter ist der Peter
Österr. Spielfilm (1955)
Mit Sabine Eggerth u. a.
Regie: Gustav Fröhlich
Anschl. APF Wetterblick
20.30 Beatles
Yellow Submarine oder Help – zwei von insgesamt 20 Beatles-Titeln, die Louis Clark nicht für eine Pop-Gruppe, sondern für das altehrwürdige Royal Philharmonic Orchestra arrangiert hat.
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künstler, Sport und Wetter
22.15 Solo
Austral. Spielfilm (1977)
Mit Lisa Peers, Vincent Gil u. a.
Regie: Tony Williams
23.50 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
U. a. Dies Städtlein in der Stadt. Der Nürnberger Christkindlesmarkt
Reportage von Ursula Königer
19.00 heute
19.30 Derrick
Ein unheimliches Haus
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Elias Canetti
Ein Dichter gegen Macht und Tod
22.30 Gesichter der Renaissance
Savonarola und die Unmoral
Von Gino Cadeggianini
23.00 Apropos Film
Aktuelles aus der Filmbranche
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.55 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.20 Karlchen
19.30 Alias Smith und Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Sartana, noch warm und schon Sand drauf
Italienischer Spielfilm (1971)
Mit Antonio Vilar, Daniela Giordano u. a.
Regie: Anthony Ascot
22.10 RTL-Spiel
22.25 Stellenmarkt
Eine Sendung in Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsämtern und den Unternehmerverbänden
23.20 Wetter / Horoskop / Betthupferl

هكذا من الأصل

Wer kennt Habakuk?

P. D. – Mit dem alten Habakuk, der zu den zwölf kleineren Propheten gerechnet wird, hat der „Kreativ Kunst Kasten", der seinen Namen trägt, wohl nichts gemein. Schließlich geht es dabei nicht um die Klagen über Gottlosigkeit und Götzendienst, sondern mehr um das, was Kindergärtnerinnen und Joseph Beuys verbindet, die Maxime „Jeder ist Künstler". Aber da es diesen Künstlern bekanntlich an Ausdrucksmitteln – von den handwerklichen Fähigkeiten ganz zu schweigen – mangelt, gibt es mancherlei Krücken, mit denen der verdrängten Kreativität auf die Beine geholfen werden soll. „Habakuk" ist eine davon, und zwar eine besonders feine.

Er besteht aus einer rotgerahmten Platte, auf der einen Seite weiß, auf der anderen schwarz. Dazu gibt es „132 farbige Formteile ... aus hochwertig geschäumtem Karton ... im Vierfarben-Siebdruck hergestellt". Diese Teile in allen möglichen Formen, „nach einem bestimmten Rasterprinzip aufgebaut", sind nicht nur bunt, sie sind auch gestreift, kariert oder mit Punkten versehen. Außerdem sind sie magnetisch, so daß sich auf der Platte aus ihnen hübsche Bilder legen lassen.

„Habakuk" ist, das verrät uns der Werbetext, dem Künstler Ralph Westphal erst „nach vielen Jahren intensiver Auseinandersetzung" gelungen. Deshalb ist der „Kreativ Kunst Kasten" auch nicht billig. 198 Mark kostet er in der größten von drei Ausführungen. (Kindergärten und Seniorenheime bekommen ihn allerdings schon für 148 Mark.)

Man komme aber nicht mit dem Einwand, das sei ja eigentlich recht teuer für ein etwas ungewöhnliches Legespiel. „Habakuk" ist viel mehr, er sei „ein neues Universum für kreatives Gestalten", versichern uns seine Werbebegleiter.

„Nur eine lebhafte Einbildungskraft muß man haben, die muß aber schon verflucht lebhaft sein, nachher ist es recht angenehm auf der Welt", meinte schon Nestroy, obwohl er keine Werbetexte für neues Spielzeug zu ersinnen hatte.

Hier wird die Melodie des Bösen wirklich vom Grundton des Leidens skandiert – Gedanken zum 75. Geburtstag von Jean Genet

Faszinierter Blick auf den Menschen im Käfig

Jean Genets im Gefängnis geschriebene Romane, die vor vierzig Jahren, direkt nach dem großen Krieg, in Frankreich erschienen, kamen als literarische Konterbande zu uns. Noch 1965 mußten sich die Käufer der deutschen Ausgabe von „Querelle" verpflichten, „den Band verschlossen aufzubewahren und Jugendlichen nicht zugänglich zu machen", ihn „weder privat noch gewerblich auszuleihen". Inzwischen gibt es „Querelle" als Taschenbuch. Und seit einer Woche wird eines von Genets Theaterstücken, „Der Balkon", sogar in der Comédie Française gespielt. Genet, der heute fünfundsiebzig Jahre alt wird, ist in unserer Zeit zum Klassiker geworden.

Einer der ersten, die das vorausahnten, war Jean-Paul Sartre, und das war kein Wunder, denn Genet und sein Werk wirkten geradezu wie der lebende Beweis für den von Sartre verkündeten Existentialismus. „Wir haben ein wirkliches literarisches Genie in Frankreich, das im Stil Descartes schreibt", erklärte der Verfasser von „Das Sein und das Nichts" und der „Fliegen" zur großen Verwunderung seiner amerikanischen Zuhörer 1945 in New York. Seine Einleitung zur Werkausgabe Genets bei Gallimard, die zu einem 600-Seiten-Buch geriet, „Saint Genet, Komödiant und Märtyrer", beschrieb den Autor als einen „Geworfenen", als einen, der solange vom Bösen verfolgt wird, bis er sich selber für das Böse entscheidet und ein in sich stimmiges System des Bösen entwirft.

Aber dem Negativ-Monument, das Sartre entworfen hatte, glich der wirkliche Genet zu keiner Zeit. Er lehnte Sartres Buch ab. Es habe ihn so erschreckt, erzählte er später, daß er deshalb überhaupt aufgehört habe zu schreiben. Er schrieb danach freilich noch das „Tagebuch eines Diebes", verstummte dann aber tatsächlich, *mußte* verstummen, wie er mit ergreifender Offenheit eingestand, weil er den Übergang zur Welt der Erwachsenen nicht schaffte, sein „Reifeprozeß" also unentrinnbar ein Weg ins Schweigen wurde.

Am Anfang dieses Prozesses stand die öffentliche Fürsorge. „Als Zögling der öffentlichen Fürsorge war es mir unmöglich, meine Herkunft zu erfahren", heißt es im „Tagebuch". „Mit 21 Jahren erhielt ich eine Geburtsurkunde. Meine Mutter hieß Gabrielle Genet. Mein Vater war unbekannt."



Wanderer zwischen Erziehungsanstalt, Gefängnis, Fremdenlegion und Literatursalon: Der französische Schriftsteller Jean Genet, heute ein Klassiker FOTO DPA

Unter der Obhut bäuerlicher Pflegeeltern wächst der junge Genet in Südfrankreich auf und wird mit zehn Jahren wegen Diebstahls in die Erziehungsanstalt für jugendliche Deliquenten, Mettray, eingeliefert. Mit 18 geht er zur Fremdenlegion, desertiert und beginnt ein Vagabundenleben, das ihn durch viele Länder Europas führt, auch nach Deutschland. Immer wieder kehrt er zurück ins Gefängnis. Ein erster Brief von ihm an André Gide existiert aus dem Jahr 1933. 1940 begann er zu schreiben. „Als ich das Schreiben aufgab, war ich 34 oder 35 Jahre. Das war ein Traum, zumindest eine Träumerei. Als ich frei kam, war ich verloren."

Sein erster Text, über einen zum Tode Verurteilten, erscheint 1942. Cocteau erlangt seine Freilassung aus dem Zuchthaus von Fresnes. Sartre lernt Genet durch Cocteau 1944 kennen, als bereits Teile seines Romans „Notre-Dame des Fleurs" und seines ersten Theaterstücks, „Unter Aufsicht", gedruckt waren. Wegen Prostitution und Diebstahl erneut angeklagt, rettet ihn 1948 nur eine Petition zahlreicher Schriftsteller an den Präsidenten Vincent Auriol vor lebenslanger Zwangsarbeit.

Die ungeheuerliche Selbstentblößung Genets, das Bekenntnis zur Homosexualität und dem, was das Verbrechen aus ihm gemacht hat, war an sich schon eine literarische Sensation. Die fröhlich-orgiastischen Pornographien eines Henry Miller, mit der sich damals Leser und Gerichte beschäftigten, entlarvten sich im Vergleich dazu als bloße kommerzielle Schlüpfrigkeiten. Genet seinerseits produzierte *keine* Pornographie, er gab lediglich spontane Kunde vom Stand seiner existentiellen Geschlagenheit, und genau diese Spontaneität, das *Naturereignis* das diese Art von Schreiben darstellte, machte ihn zu einem singulären Ereignis der Literatur.

Was uns heute, da wir nicht mehr unter dem direkten Schock des ersten Lesens stehen, auffällt, ist die Ohnmacht zur Reflexion, die geradezu gespenstisch mit der Spontaneität der Erlebnismitteilung kontrastiert. Die reflexive Umkehr der Welt in Genets Werk, die Sartre so wichtig nahm, jene Transformation des Verbrechens zur Tugend, des Selbsthasses zur Liebe – sie ist künstlich und wirkt auf peinliche Weise unehrlich. Von einem bestimmten Moment an – seine erste Begegnung mit dem Werk Prousts in der Gefängnisbibliothek von Fresnes brachte ihn zum Schreiben – übernahm Genet eben bewußt literarische Muster, die er aber nur lässig und äußerlich nachahmte.

Die wirkliche Welt, die „Außenwelt", mußte dem notorischen Zuchthäusler fast notwendig als Scheinwelt erscheinen. So kehrte er auch später, im Stand des Etabliertseins, zumindest im Geiste immer wieder in die „wahre" Welt, die Welt des Verbrechens und des Gegenwurfs, zurück. „Wirklich zu mir gefunden, in der realen Welt zurechtgefunden, habe ich mich nur bei diesen beiden revolutionären Bewegungen, bei den 'Schwarzen Panthern' und bei den Palästinensern", heißt es in einem Interview mit Hubert Fichte. „Da wurde unter den Bedingungen der realen Welt gehandelt und nicht nach der Welt der Grammatik."

Bis vor kurzem noch, bevor er sich endlich eine Wohnung in Paris kaufte, lebte Genet in Hotels in Belgien oder Frankreich. In der Öffentlichkeit stand sein Name für die Sache derer, die sich selbst aus der Gesellschaft ausgeschlossen hatten. Revolutionäre Bewegungen wandten sich an ihn, um seinen Ruhm für ihre Belange einsetzen zu können. Die Anwälte jener, die über dem Scheitern ihrer Ideen zu Verbrechern geworden waren, nutzten ihn schamlos aus. So entstand ein Bild vom alten Genet, von dem man nicht weiß, inwiefern und ob es überhaupt noch etwas mit dem Schöpfer des „Querelle" und des „Balkon" zu tun hat.

„Ein Mann wie ich ist kein Anhänger von irgendwas", sagte er in dem erwähnten Interview. „Ich bin ein Mann der Revolte, mein Standpunkt ist sehr egoistisch. Ich möchte nicht, daß die Welt sich verändert, damit ich mir weiter erlauben kann, gegen die Welt zu sein."

So etwas klingt in den (pseudo-) intellektuellen Salons natürlich höchst plausibel, es ist modisch, es ist die heute in der Literatur so sehr bewunderte Melodie des Bösen schlechthin. Was sie freilich weit über den bloßen Salonzynismus hinaushebt, ist der Ausweis authentischen Erleidens. Hinter dem Bösen erscheint bei Genet – gerade weil er *nicht* darauf insistiert, sondern seine Wunden eher versteckt – der *leidende* Mensch, der Mensch im Käfig, der es nicht geschafft hat, den Gittern je zu entrinnen, und dessen Werk dadurch zum unheimlichen, unheimlich fluoreszierenden Paradigma menschlicher Grundbefindlichkeit wird.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

JOURNAL

Postumer Hemingway erscheint im Mai

dpa, New York

Einen bisher unveröffentlichten Roman von Ernest Hemingway mit dem Titel „The Garden of Eden" (Der Garten Eden) will der New Yorker Verlag Charles Scribner's Sons im Mai nächsten Jahres herausgeben. Der Autor hat 15 Jahre lang, bis zu seinem Selbstmord 1961, an diesem Roman, der starke biographische Züge aufweist und sich mit Bisexualität beschäftigt, gearbeitet. Veröffentlicht wird das Werk erst jetzt, weil sein Thema – wie Verlagsleiter Charles Scribner erklärte – heute nicht mehr so fremdartig erscheint wie vor 25 Jahren. Derzeit wird das Originalmanuskript mit seinen 48 Kapiteln auf ein Drittel gekürzt.

Das vierte Jahrbuch der Deutschen Oper Berlin

DW. Berlin

„Bittere Klarheit" heißt ein Essay von WELT-Kritiker Klaus Geitel zum Œuvre von Roland Petit anläßlich dessen Ballett „Der Blaue Engel" in dem soeben erschienenen Jahrbuch der Deutschen Oper Berlin für die Spielzeit 1984/85. Der Komponist Wolfgang Rihm schreibt über Alban Berg, Rudolf Kelterborn über Erfahrungen mit der Literatur-Oper, Siegfried Matthus und Heinz-Josef Herborth über „Komponieren in Ost und West". Neben der obligatorischen Dokumentation eines Jahres Opernarbeit in Berlin sind es diese „Beiträge zum Musiktheater", die den üppig illustrierten Band (19,80 Mark) interessant machen.

„Ring"-Tetralogie in Wiesbaden

DW. Wiesbaden

Zum dritten Mal seit 1945 inszeniert das Hessische Staatstheater Wiesbaden die vollständige „Ring"-Tetralogie durch ein geschlossenes Regie-Team. Die Gesamtinszenierung unter Nicolas Joël entstand in den Spielzeiten 1983/84 („Das Rheingold"), 1984/85 („Die Walküre", „Siegfried") und 1985/86 („Götterdämmerung"). Während der „Internationalen Maifestspiele '86" wird außerdem eine zyklische Aufführung gezeigt. Die musikalische Leitung liegt in den Händen von Siegfried Köhler.

Fränkisches Volksleben im 19. Jahrhundert

DW. Würzburg

Bis zum 13. April zeigt das Mainfränkische Museum Würzburg eine Ausstellung mit dem Titel „Fränkisches Volksleben im 19. Jahrhundert". Die durch die Mitarbeit des Instituts für Deutsche Philologie der Universität Würzburg entstandene Ausstellung will – beschränkt auf das erste bayerische Jahrhundert des Verwaltungsbezirks Unterfranken – die getrennt zu bearbeitenden Einzelstudien in einen größeren Sinnzusammenhang stellen. Im Zentrum der Ausstellung steht deshalb die Frage nach dem Realitätsgehalt des überlieferten Bildes vom Volksleben der Vergangenheit, beispielhaft dargestellt an den Bereichen Möbel, Keramik und Textil.

Anton Wildgans-Preis für Kaltenbrunner

dpa, Wien

Der mit rund 14 000 Mark dotierte Anton-Wildgans-Preis der Vereinigung österreichischer Industrieller ist für 1985 dem Schriftsteller Gerd-Klaus Kaltenbrunner verliehen worden. Der Autor, der sich von jeher mit linken Zeitströmungen auseinandergesetzt hat – er ist den Lesern der WELT als scharfsinniger Essayist bekannt –, gibt das Taschenbuchmagazin „Initiative" im Herder Verlag heraus.

Kindermuseumsführer für die Vorburg

DW. Mönchengladbach

Das Städtische Museum Schloß Rheydt hat für die Sammlungen in der Vorburg einen Kindermuseumsführer herausgebracht. Sein Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen die Ur- und Frühgeschichte, die Stadtgeschichte sowie die bedeutende Entwicklung der Weberei nahezubringen. Orientiert am Erfahrungsbereich museumspädagogischer Arbeit wurde das Heft unter Mitarbeit der jungen Besucher entwickelt.

Otto Lange-Gemälde für Leipziger Hauptbahnhof

dpa, Leipzig

Fünf wiederentdeckte Gemälde des Dresdener Expressionisten Otto Lange, die 1913 im Auftrag der Königlich Sächsischen Staatsbahn entstanden waren, konnten nach aufwendiger Restaurierung ihre ursprüngliche Schönheit wiedererhalten und sollen im kommenden Jahr im Speisesaal des Leipziger Hauptbahnhofs angebracht werden. Die etwa 1,50 Meter mal 2,40 Meter großen Gemälde waren im vergangenen Jahr in einer Lagerhalle bei Leipzig gefunden und später von Studenten der Dresdener Kunsthochschule identifiziert worden.

Das Jewish Museum New York: „Jüdische Künstler in Paris 1905–1945"

Genies und ihre charmanten Begleiter

Das New Yorker Jewish Museum, in den 60er Jahren berühmt für seine ausgezeichneten, oft kontroversen Ausstellungen zeitgenössischer Kunst, ist über die Jahre behäbig geworden. Gelegentlich gelingt ihm aber noch ein Treffer, wie momentan mit „The Circle of Montparnasse: Jewish Artists in Paris, 1905–1945". Der Gast-Kurator Keneth Silver hat dazu 114 Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen zusammengetragen, die auf einzigartige Weise das Schaffen und Leben einer eng verbundenen Gruppe von Künstlern in einer sehr bewegten Zeit illuminieren.

Die jungen jüdischen Künstler, die zu Anfang dieses Jahrhunderts nach Paris drängten, waren fast alle ausländische Einwanderer. Zur ersten Welle der Neuankömmlinge gehörte die Russin Sonia Delaunay, die ihren begüterten Onkel zu einer Paris-Reise überredet hatte, ferner Max Weber, der (obwohl in Polen geboren) aus Amerika angereist war, und Jules Pascin aus Bulgarien. Von 1906–12 rollte eine zweite Welle an und brachte Marc Chagall aus Rußland, Jacques Lipchitz aus Litauen und Amedeo Modigliani aus Italien. Weitere jüdische Zuwanderer waren u. a. Chaim Soutine, ebenfalls aus Litauen, George Kars aus Prag, Walter Bondy aus Budapest.

Es ist nur logisch, daß diese jungen Leute nicht etwa an den Salon-Stil, damals so beliebt bei der Pariser Bourgeoisie, anknüpften, sondern daß sie sich mit Haut und Haaren der Moderne ergaben, die ihnen in ihrer Abwendung von figurativer Orthodoxie eine Freiheit ohnegleichen anzubieten hatte.

Von Chagall ist hier die Zeichnung „Mutterschaft" (1912) ausgestellt, die fast bäuerisch-simple Darstellung einer schwangeren Frau, in deren Leib, wie durch ein Fenster, ein strammes, herrisch-männliches Kind zu sehen ist, während die Mutter in einer Gebärde des Schweigens den Finger auf die Lippen legt. Von Modigliani sind mehrere Porträts vertreten. Er malte nicht nur Adolphe Basler, Chaim Soutine und Moise Kisling, sondern auch Jacques Lipchitz, Leon Bakst und Max Jacob. Sein „Selbstportrait" (1919) mit Palette und leicht zurückgeneigtem Kopf, in warmen Himbeerfarben gemalt, wirkt poetisch und selbstverliebt.

Mit immer neuer, ungeheurer Ausdruckskraft in den Vordergrund drängend, erscheint Chaim Soutine, von dem u. a. ein zerquältes Selbstporträt (1918) und ein wunderbares Porträt der Maria Lani (1929) zu sehen ist: die großen, nach unten geschrägten Augen der Frau starren aus einem herzförmigen Gesicht, das durch die überhohe Stirn noch betont wird. Ihre schmalen Schultern sind hochgezogen in einer Geste der Hilflosigkeit, während ihre Hände sich in die eigenen Ellenbogen krallen.

Zu den charmanten Begleitern der Genies gehörten Künstler wie Chana Orloff, deren glatte, elegante Jazz-Age-Figuren das Bild einer frivolen, amüsanten Zeit herrlich abrunden, und auch Moise Kisling, der zu den liebenswertesten Gestalten des Circle *of Montparnasse* zählte. Er und seine Frau, Renée Gros, waren Stammgäste in allen Montparnasse-Kneipen, in denen sie allabendlich, in den gleichen amerikanischen Cowboyhemden und mit ungleichen Socken ausstaffiert, auftauchten.

Im nachhinein muten diese ersten Pariser Jahre paradiesisch-verspielt an. Der Beginn der 30er Jahre brachte den Umbruch. Nationalismus und Antisemitismus vergifteten das einst so liberale Pariser Klima. Man malte zunehmend Politisches, wenn man überhaupt noch malte. Ein künstlerisches Dokument schließt die Austellung: Auf eine polnische Landkarte hat der in Polen geborene Moise Kisling triumphierend gekritzelt: „Hitler Creve! Goebbels aussi! 1 Mai 1945." (Bis 2. Februar, Katalog 12,95 Dollar)

VERA GRAAF

Wer die Haifische füttert – Mühen mit dem Unterhaltungsfilm in der „DDR"

Die Altmöbelramschbürgerlichkeit

In den letzten Wochen sind in der „DDR" eine Reihe von Spielfilmen uraufgeführt worden, die beweisen, daß man bei der Defa jetzt angesichts der weiterhin rückläufigen Besucherzahlen fast verzweifelt auf Unterhaltung setzt. Die Ergebnisse sind jedoch äußerst mager. Das bestätigen nicht nur die Zuschauerreaktionen, sondern auch die Kritiken der SED-Presse. Auf die Komödie „Besuch bei van Gogh" von Horst Seemann z. B., die den fiktiven Besuch eines Menschen aus der Zukunft bei dem großen Maler der Vergangenheit schildert, reagierte das „Neue Deutschland" mit der bissigen Bemerkung, hier sei „eine fade, triste Welt, von Computern und Koordinierern beherrscht".

Die Zeitschrift „Filmspiegel" ging das Problem grundsätzlich an und schrieb, das künstlerische Ungenügen vieler Defa-Unterhaltungsfilme mache sich „bereits im Stadium der Buchentwicklung" bemerkbar, vergaß natürlich, hinzuzusetzen, daß das Drehbuch drüben immer Produkt zahlreicher politischer Restriktionen und Interventionen ist, die jeder guten Idee und jeglichem Witz im Wege stehen. Das bekommen nicht zuletzt auch die zaghaften Versuche zu spüren, „Westerns" à la „DDR" auf die Beine zu stellen. Der jüngste Versuch, „Atkins" von Stefan Kolditz und Helge Trimpert, gedieh zur reinen Katastrophe.

Mit Verbitterung reagierten Publikum und Kritiker auch auf Werner W. Wallroths Lustspiel „Der Doppelgänger", ein müdes Verwechslungsspielchen um seelenlos und frustriert gewordene Eheleute – er mittlerer Leitungsfunktionär, sie Mode-Reporterin. Er müsse feststellen, bekannte Wolfgang Lange in der Ostberliner Fachzeitschrift „Film und Fernsehen", „daß mein Gemüt der unablässigen Begegnung mit Film-Figuren, die mir horrend einfältig erscheinen, nicht gewachsen ist und daß das soziale Milieu der Handlung, dieser Ruch der Altmöbelramschbürgerlichkeit, mir endgültig zuwider ist".

Spendet das „Neue Deutschland" einem neuen Film einmal Lob und Anerkennung, entdeckt gar „Heiteres und Ernstes für ein großes Publikum" wie bei „Der Haifischfütterer" von Erwin Stranka, so heißt das noch lange nicht, daß die Defa auch wirklich Heiteres produziert hätte. In Strankas Film wird die Geschichte eines 18jährigen, klassenbewußten Arbeiterjungen erzählt, der vor seinem Dienst bei der „Nationalen Volksarmee" noch einmal erkunden möchte, was wirklich in ihm steckt, und der es dabei mit einer Reihe von Mädchen zu tun bekommt. Es geht um Sex, ein paar dünne Späßchen und lockere Sprüche, die die wehrkraftstärkende Aussage versüßen sollen.

Der „Filmspiegel" vermochte darin „kaum künstlerische Eigenart" zu entdecken und fand die Geschichte „getüftelt statt lebendig". Und der „Eulenspiegel", Ost-Berlins satirische Wochenzeitschrift, hielt in einer Glosse fest, was viele Zuschauer über die Jugendlichen im „Haifischfütterer" sagten: „... oberflächlich und vordergründig konzipiert, daß sie und ihre konstruierten Verhaltenssituationen immer wieder in blanke Trivialität, wenn nicht Vulgarität abrutschen".

Zwei Defa-Lustspiele befinden sich gegenwärtig in der Endfertigung: „Die Gänse von Bützow" (Regie: Frank Vogel) und „Je t'aime, Chérie" (Regie: Roland Oehme) nach einer Idee des bekannten „DDR"-Lustspielautors Rudi Strahl. Im Mittelpunkt steht bei ihm das Mädchen Martina, das nach Bulgarien reist, um den Vater ihres Kindes zu suchen, und dabei eine diplomatische Begleitperson in manche Verlegenheit bringt. Von beiden Filmen erhoffen sich die SED-Kritiker „endlich einmal anspruchsvolle Unterhaltung". Man wird sehen.

HARALD BUDDE

Bedeutendes Dokument der Jungsteinzeit – Wer rettet das Grab von Züschen?

Seelenloch zwischen Leben und Tod

Eines der bedeutendsten Kulturdenkmäler aus prähistorischer Zeit in Hessen ist vom Verfall bedroht, wenn es nicht bald in einem klimatisierten Raum untergebracht und geschützt wird. Diese Auffassung vertritt der Marburger Archäologe Lutz Fiedler vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen. Seine Sorge gilt der im dritten Jahrtausend vor Christus errichteten jungsteinzeitlichen Grabanlage bei Züschen unweit von Fritzlar, die schon 1894 entdeckt und ausgegraben wurde.

Die aus behauenen Steinplatten gebaute, etwa 20 Meter lange, 3,50 Meter breite und in den Boden eingetiefte Grabkammer stellt eine bedeutende technische Leistung dar, die ohne die Verwendung von Rollen, Rampen, Hebebäumen oder ähnlichem kaum vorstellbar ist. Ursprünglich war die Grabkammer mit großen Steinplatten abgedeckt und von einem Hügel überwölbt. Heute liegt sie offen vor dem Betrachter. Die Längswände der Grabkammer bestehen aus jeweils zwölf Steinen, die Schmalseite aus einer einzigen Platte. Die nordöstliche Abschlußplatte weist eine kreisrunde Öffnung von etwa 50 Zentimeter Durchmesser in der Mitte auf. Sie trennt den kleinen, etwa 2,50 Meter langen Vorraum von der eigentlichen Grabkammer, die mehr als zwei Dutzend Bestattungen und etliche Beigaben enthielt.

Die runde Öffnung in der Abschlußplatte der Grabkammer scheint als Eingang fast zu klein. Manche Archäologen nehmen trotzdem an, daß durch sie hindurch bestattet wurde. Zumindest bildete dieses Loch bei im Vorraum stattfindenden Opferhandlungen eine Art Tür zwischen den Lebenden und den Toten. Für die Hypothese, diese Öffnung habe man einst als „Seelenloch", also gewissermaßen als „Tür" für die Seelen der Verstorbenen, betrachtet, gibt es keine überzeugenden Hinweise.

Interessante Einblicke in die Welt der frühen Viehzüchter und Bauern ermöglichen die mit Steingeräten eingepickten Gravuren an den Wänden des Grabes. Häufig ist vor allem eine senkrechte Linie mit einem nach oben geöffneten Halbbogen darüber, die, nach anderen Felsbildern in Europa zu schließen, Rinder darstellen. Mehrfach sind zwei Rinder durch eine Linie mit zwei betonten Endpunkten verbunden, die vielleicht Räder sein sollen. Damit könnte ein Ackerbaugerät gemeint sein. Seltener verbinden sie ein Joch mit Deichsel und zweirädrigem Wagen.

Die zunehmende Luftverschmutzung seit den 70er Jahren setzt dem Züschener Kulturdenkmal bedenklich zu. Die Steinplatten sind von Algen übersät und korrodieren allmählich. Dies hat bereits den Landkreis bewogen, ein kostspieliges Schutzdach über der Grabanlage zu errichten. Der Verfall war dadurch nicht zu vermeiden. Nach Ansicht von Lutz Fiedler wäre aus rein wissenschaftlicher Sicht die Unterbringung der Grabanlage in einem Museum (zum Beispiel im Landesmuseum Kassel) möglich und wünschenswert. Besser wäre freilich die Einrichtung eines Museums vor Ort.

Ein solches Museum über der Grabanlage könnte nach Fiedlers Überlegungen leicht realisiert werden, wenn die bisher im Fritzlarer Heimatmuseum aufbewahrten steinzeitlichen Funde zusammen mit dem Steingrab von Züschen in einem neuen Vorgeschichtsmuseum gezeigt würden. Das seitherige Museum in Fritzlar könnte bei einer solchen Lösung mühelos mit den Abteilungen Stadtgeschichte, Volkskunde, Geologie und Kunstabteilung weiterbestehen.

DORIS BAUMBAUER



Er ist Deutschlands erfolgreichster Filmregisseur: Geza von Cziffra, der Ungar aus dem Romanischen Café FOTO: DPA/HAMBERGER

Chronist und Zeitgenosse: Geza von Cziffra ist 85

Der Drehbuchdoktor

Anders als fast alle seine Kollegen aus der Goebbels- und Nachkriegsära hat der Schriftsteller und Filmregisseur Geza von Cziffra, der heute 85 Jahre alt wird, seinen Namen schön frisch erhalten können – weil er nicht aufhörte, zur Feder zu greifen, in galligen Leserbriefen und amüsanten Büchern unverdrossen zum Film von heute Stellung nimmt, aber auch, weil er als „Drehbuch-Doktor", mit der Erfahrung von zirka 175 Titeln im Rücken, so manches Filmvorhaben vor der sicheren Pleite rettete.

Aus Arad in Siebenbürgen, wo er geboren war, mußte er fliehen, das Regime Bela Kuns vertrieb ihn auch aus Ungarn. So landete Geza von Cziffra 1922 in Berlin, wo er als Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes" die Sprache schreiben lernte, die er bis heute nicht akzentfrei sprechen kann. Er mußte Abschied nehmen von hochfliegenden Jugendträumen, zu denen ihn nicht zuletzt der ungarische Nationalpreis animiert hatte, den er schon als 15jähriger Lyriker zugesprochen bekam, und wurde ein zynisch-ironischer Chronist der zwanziger Jahre, ein Zeitgenosse Brechts, Remarques, aber auch des jungen Goebbels, den Cziffra im Romanischen Kaffee kennenlernte und ausgerechnet dem jüdischen Theaterdirektor Eugen Roberts als Dramaturg empfahl.

Geza von Cziffra war Zeuge der Erfindung des Tonfilms und wurde bald einer seiner gefragtesten Drehbuchautoren („Es war eine rauschende Ballnacht") und Regisseure (vom „Weißen Traum", dem erfolgreichsten deutschen Film aller Zeiten, in dem er die Eisrevue erfand, über „Die Dritte von rechts" der Nachkriegsjahre bis zu vierzehn Peter-Alexander-Lustspielen). Um es mit einem Satz zu sagen: Cziffra ist wohl der bis heute erfolgreichste deutsche Filmemacher.

Er schrieb aber auch Theaterstücke („Aurora von Königsmark", „Anita und der Teufel"), die zu Serienerfolgen im Theater „Unter den Linden" wurden; er heiratete fünf Mal und behandelte in Büchern („Kauf dir einen bunten Luftballon", „Tango", „Hanussen", „Der Kuh im Kaffeehaus") immer wieder das Thema, das auch Gegenstand seines letzten, soeben erschienenen Büchleins ist: Berühmte Zeitgenossen, die noch unbefleckt vom Ruhm sind. Er selbst hat sich schon lange mit seinem eigenen Ruhm abfinden müssen.

W. T.

Verlieren denn Frauen im Cockpit eher die Nerven?

Psychische Belastbarkeit ist Voraussetzung für Piloten

MARIA GROHME, Bonn

Es hat nicht sollen sein. Von den knapp 200 Frauen, die sich erstmals um einen Platz im Piloten-Lehrgang der Deutschen Lufthansa beworben hatten, erreichten nur sieben das Finale – und kamen am Ende nicht durch. (WELT v. 14. 12.) Ein Ergebnis, das auf den ersten Blick der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht widerspricht: Bei diesen berufsspezifischen Eignungstests fallen im Durchschnitt 86 bis 92 Prozent der Bewerber durch.

Die Deutsche Lufthansa tat sich mit dem Gedanken, Frauen ins Cockpit ihrer Maschinen zu lassen, lange schwer, obwohl weltweit Frauen große Fluggeräte fliegen. Wenn man so will, auch im „Beritt" der Lufthansa: Bei der DLT, einer Tochter der Lufthansa ist Barbara Mörl-Weiding seit 1981 Co-Pilotin auf einer zweimotorigen Turboprop. Die amerikanische United Airlines beschäftigt mehrere Dutzend weibliche Piloten, bei der französischen Air Inter fliegen inzwischen sogar reine Frauencrews. Co-Pilotinnen sitzen auch in den Cockpits der Air France, der British Caledonian Airways und vieler anderer Fluggesellschaften. Selbst die Swiss Air bildet inzwischen eine junge Frau zur Pilotin aus.

Daß die Deutsche Lufthansa diesem weltweiten Trend nur sehr zögernd folgte, hat ökonomische Gründe: Die Ausbildung ist kostspielig, das Risiko eines vorzeitigen Ausscheidens von Pilotinnen wegen Familiengründung ist nicht zu umgehen. Und da die Fluglizenz verfällt, wenn nicht ständig eine bestimmte Anzahl von Flugstunden absolviert wird, wären dann gut 350 000 Mark in den Sand gesetzt. Die Nachlizensierung kostet wieder mehr als 100 000 Mark, „und den Frauen kann man schließlich nicht verbieten, Kinder zu bekommen", so der Sprecher der Pilotengewerkschaft.

Gleichheitsgrundsatz lieferte „Denkanstöße"

„Denkanstöße" in Richtung „Frauen im Cockpit" hat die Lufthansa nach eigenem Bekunden durch den vor einigen Jahren neugeschaffenen Paragraphen 611 BGB erhalten: Der besagt, daß Frauen im Arbeitsleben, sowohl bei der Einstellung als auch bei den Aufstiegschancen, gleichbehandelt werden müssen. Auf die Einsicht folgte der Entschluß. Die Frauen erhielten die Chance, in eine der letzten „Männerdomänen" einzudringen. Und für Flugkapitän Gerardo Wendt, Leiter der Auswahlkommission in Hamburg, gibt es grundsätzlich keine geschlechtsspezifische Eignung für diesen Beruf. Frauen sind in diesem Bereich für ihn „absolut Männern gleich".

Das strenge Auswahlverfahren gliedert sich in zwei Teile: Ein eintägiger Test dient dem Kennenlernen der Kandidaten. Wer hier geeignet erscheint, den Pilotensitz einzunehmen, wird sich anschließend eine Woche lang auf Herz und Nieren testen lassen müssen – auf physikalisches und mathematisches Grundwissen (Stand Mittelstufe), auf praktisch technisches Verständnis und Englischkenntnisse.

Wichtig im Testverfahren ist die Frage nach den „psychomotorischen Fähigkeiten", jenen vergleichbar, die man haben muß, um ein Auto zu lenken. Da sich das Flugzeug aber im dreidimensionalen Raum bewegt, ist räumliches Vorstellungsvermögen Voraussetzung. Psychische Belastbarkeit gehören zu den Voraussetzungen. Der Kandidat muß „eine Haut wie ein Elefant" haben, wenn er in kritischen Situationen Prioritäten setzen, einen Fehler wegstecken muß, um den notwendig nächsten Schritt sofort einleiten zu können.

Im technischen Bereich hervorragend

Wie die zum Test angetretenen Frauen bei diesen Prüfungen abgeschnitten haben, wollte Flugkapitän Wendt nicht mitteilen. Der Sprecher der „Vereinigung Cockpit", der Interessenvertretung der Piloten, war aber jahrelang Fluglehrer für verschiedene Lizenzen und hatte mitunter auch Schülerinnen. Nach seinen Erfahrungen schnitten die Frauen im technischen Bereich hervorragend ab, zeigten jedoch Schwächen in der psychischen Belastbarkeit. Und die Tests, sagt er, sind so hart, daß „selbst Genies an ihre Grenzen stoßen".

Ist die Testhürde geschafft, dauert es zweieinhalb Jahre, bis der angehende Pilot ins Cockpit steigt. Dort absolviert er 800 Flugstunden als zweiter Co-Pilot. Dann wird er auf allen Typen der Lufthansa – von der kleinen Boeing 737 bis zum Jumbo – als erster Co-Pilot fliegen, um dann, eventuell, als Kapitän wieder auf der kleinsten Maschine anzufangen.

Es wird also nach der Statistik und somit sehr wahrscheinlich noch Jahre dauern, bis die erste Frau bei der Deutschen Lufthansa in das Cockpit steigt; und sicher mehr als zwanzig Jahre, bis sie eventuell als Kapitän dort sitzt. Bis dahin behalten auch die Worte Gültigkeit, die ein Leiter der Bremer Fliegerschule zu diesem Thema prägte: „Eher wird eine Frau Boxweltmeister im Schwergewicht als Kapitän bei der Lufthansa."

Die Kosmetikbranche kämpft um einen neuen Markt / Zahl der Nobelmarken auf 70 gestiegen

Der Mann entdeckt die duftenden Essenzen

Von RUDOLF ZEWELL

Eine magische Aura umgibt die duftenden Essenzen seit jeher, etwas wie Zauberkraft. Den Priestern des Altertums waren sie Zeichen göttlicher Nähe und dem französischen Romancier Victor Hugo war der Duft des Parfüms „ein Hauch des Himmels". Die Kraft zu bezaubern haben die erlesenen Wohlgerüche noch heute, in einer Zeit, die allem den Stempel nivellierenden Konsums aufdrückt, einer Zeit, in der die Kosmetikindustrie auf der Suche nach neuen Märkten, ein weites, bisher brachliegendes Feld entdeckte: den Mann.

Und der wird nun mit allen Regeln werblicher Kunst herangeführt an Flaschen und Tuben, zu Dusch- und Badegel, After Shave Balsam, Bracing Body Splash, Lid- und Halscremes gar. Ein neues Körperbewußtsein wird festgestellt – und propagiert. „Muß man dem Mann das Altern ansehen?", heißt es in einer Anzeige. Natürlich nicht. Falten sind von gestern. Was wußte, fragt man sich unwillkürlich, der Mann früher eigentlich von Kosmetik?

Bis in die 50er Jahre galt es als ausgesprochen unmännlich, ein Duftwasser zu benutzen. Lediglich klassische Kreationen wie Kölnisch Wasser – das gibt es bei Farina seit 1714 – oder Lavendel-Wässer waren geduldet. Erst das Wirtschaftswunder wandelte Gesinnung und Sinne. Der gestiegene Lebensstandard ließ eine Palette von Phantasieduftnoten maskuliner Prägung entstehen, von Edlem konnte aber nicht die Rede sein. Rasierseife, After Shave, Haarwasser und Brillantine – das war's.

Erste zaghafte und auch erfolgreiche Vorstöße mit exklusiveren Marken für den Männermarkt unternahm 1965 Estée Lauder mit „Aramis". Es folgten Dior (Eau Sauvage, 1966), Rubinstein (Men's Club, 1966) und Rochas (Monsieur Rochas, 1969).

Heute stellt sich der Herrenduftmarkt als klargegliedertes Preis- und Prestigegefüge dar. Im Unterhaus sozusagen bildet das, was man gemeinhin Rasierwasser nennt, das breite Fundament (fast 40 Prozent des gesamten Kosmetiksortiments). Tabac original, Sir Irish Moos, Hattric, Old Spice, Russisch Leder und seit neuestem auch adidas gehören hierher.



Nobelmarken (v.l.n.r.): „Silver" (von Aigner), „Aramis 900 (von Lauder), „Lagerfeld", „Antaeus pour Homme" (von Chanel), „Kouros" (von Yves Saint Laurent), „Santos de Cartier", „Armani" FOTO: POLY PRESS

So gut wie jeder hat diese Namen schon gehört. Kein Wunder. Nahezu zwei Drittel aller Männer ab 14 verwenden Rasierwasser. Früher blieb es auch dabei. Doch die Zeiten haben sich geändert. So gut wie alle Marken im unteren und mittleren Preissegment (mehr als 90 Prozent der Käufe) bieten heute Herrenserien an, die neben den klassischen Produkten auch ausgefallenere beinhalten. Ganzkörperkosmetik ist angesagt – so zumindest die Wunschvorstellung der Branche.

Dies gilt erst recht für das Oberhaus der Düfte, die sogenannten Depot-Marken, Mischungen aus 50 bis 100 Essenzen, die in nur wenigen Jahren zur stattlichen Zahl von 70 angewachsen sind. Und hier tummelt sich, was Rang und Namen hat auf einem kleinen Feld. „Am Männermarkt werden die höchsten Zuwachsraten verzeichnet", so Leonard Lauder, Präsident des Kosmetikgiganten Estée Lauder, der gleich mit mehreren Kreationen für Männer „ganz oben" vertreten ist.

Nur sieben Prozent der Käufer greifen zu Nobelmarken. Es sind vor allem die gutverdienenden 25- bis 45jährigen. Nahezu zwei Drittel dieser Marken werden von Käufern erworben, deren Nettoeinkommen über 3000 Mark liegt. Die Preisklasse als Kriterium des Prestiges: 50 Milliliter After Shave Lotion kosten etwa 25 bis 40 Mark und dieselbe Menge Eau de Toilette 30 bis 50 Mark.

Auf das neue Kosmetikbewußtsein allein wollen die Hersteller aber auch bei dieser Schicht nicht setzen. „Die Exklusiven machen zur Zeit die stärkste Werbung", weiß man in der Branche. Und das geschieht gleich auf mehreren Ebenen: zum einen mit mehr oder weniger sinnigen Sprüchen wie „Abstand wahren ist ein Geheimnis des Erfolgs" (Davidoff), „Sich fühlen wie ein Abenteurer und Gentleman" (Guerlain), „Für den Mann, der weiß, was er will" (Nina Ricci). Da jubelt das Herz des Machers und des Macho. Da wird der Aktive, der Dynamische, der ganz und gar Echte, und so nebenbei auch der Sensible angesprochen.

Auch bei der Gestaltung der Behältnisse verläßt man sich auf die Konturen herber Männlichkeit. Dezente graue, blaue und schwarze Töne dominieren. Technik-Anklang ist gefragt. Bestes Beispiel dafür ist Armanis Design, angesiedelt zwischen Glühbirne und Motorblock – zugegeben nicht ohne Reiz. „Grundlage meiner Arbeit", so der italienische Modeschöpfer, „ist mein Sinn für Ästhetik, der es mir erlaubt, Männer mit sportlichem Aussehen und intelligenter Geisteshaltung richtig einzuschätzen."

Auch andere Modeschöpfer fühlen sich der Parfüm-Kreation verpflichtet. Coco Chanel hat es vorexerziert. Ihre Nachfolger auf dem Duftmarkt: Lagerfeld, Jil Sander, Aigner (mit Spitzenpositionen auf dem deutschen Männermarkt), Gucci, Cerutti, Versace, Nina Ricci, Yves Saint Laurent, Krizia, Burberrys, Lacoste, Bogner und – der große Renner der Saison – Boss (die Brüder Holy geben ihren Anzügen eine Duftprobe bei).

Immer häufiger finden sich Männerduft-Anzeigen auch in Frauenzeitschriften. Des Rätsels Lösung: Nahezu die Hälfte der Duftwässerchen werden nicht von Männern selbst ausgewählt, sondern von ihren Ehefrauen oder Freundinnen. Womit wieder einmal bewiesen wäre, wer die bessere Nase hat. Wußten doch schon die alten Ägypterinnen: „Ohne Wohlgeruch kann kein Tag wirklich glücklich sein."

Das Geschäft mit der Schönheit

Die Bundesrepublik Deutschland steht mit einem Verbrauch von knapp 150 Mark je Kopf der Bevölkerung für Kosmetika und Körperpflegemittel nach den USA an zweiter Stelle. Im vergangenen Jahr hat die deutsche Kosmetikindustrie ihren Umsatz um 3,5 Prozent auf 8,5 Milliarden Mark erhöht.

Den größten Bereich stellen unverändert Haarpflegemittel dar, mit einem Umsatzvolumen von 1,65 Milliarden Mark vor Hautpflegemitteln mit 1,5 Milliarden Mark. Spektakuläre Zuwachsraten um 20 Prozent verzeichneten Duschzusätze, Parfüms, Rasiercremes und Aerosole.

Zweistellige Zuwachsraten erzielte in den vergangenen Jahren der Bereich Herrenkosmetik, der heute mit etwa 20 Prozent am Gesamtmarkt beteiligt ist: Der Anteil der Nobelmarken am Umsatz, der noch im Jahre 1976 bei 374 Millionen Mark lag, konnte sich im vergangenen Jahr auf etwa 700 Millionen Mark steigern.

Grundsatzurteil zur Auffahrt auf die Autobahn

DW. Karlsruhe

Wer in eine belebte Autobahn einfährt, darf nicht sofort auf den Überholstreifen fahren. Der Bundesgerichtshof stellte jetzt den Grundsatz auf: Der Fahrer muß sich zunächst in den Verkehrsfluß auf der Normalspur einfügen. Er muß sich vergewissern, daß er durch das beabsichtigte Überholen auch solche Fahrzeuge nicht gefährdet oder behindert, die – für ihn kurzzeitig durch andere Fahrzeuge verdeckt – sich ihm auf der Normalspur mit hoher Geschwindigkeit von hinten nähern. Aus einer Autobahnraststätte zwischen Frankfurt und Nürnberg fuhren nacheinander zwei Lastzüge auf die stark befahrene Autobahn ein. Der Fahrer des Lastzuges setzte sofort zum Überholen des vor ihm eingefahrenen Lastzuges an. Er fuhr also „in einem Zuge" von dem Beschleunigungsstreifen auf die Überholspur durch. Dort raste mit rund 200 km/h ein Jaguar heran, dessen Fahrer Lichthupenzeichen gab und eine Notbremsung vornahm. Dabei geriet sein Fahrzeug ins Schleudern, stellte sich quer und prallte mit voller Wucht gegen den Lkw-Anhänger. Der Jaguar-Fahrer erlitt schwerste Verletzungen, der Wagen wurde zerstört. (Az.: IV ZR 194/84)

Ablaß per Fernsehen

dpa, Vatikanstadt

Katholiken können den völligen Ablaß für ihre Sündenstrafen auch erhalten, wenn sie „mit Sammlung" den päpstlichen Segen in einer Fernseh- oder Radioübertragung hören. Ein entsprechendes Dekret ist vom Vatikan unterzeichnet worden. Die Bestimmung tritt Weihnachten in Kraft, gilt aber nur für Gläubige, die „vernünftige Gründe" haben, nicht zur Messe gehen zu können. Der Ablaß in Fernsehen und Radio ist nur dann gültig, wenn der Betreffende zuvor an Beichte und Abendmahl teilgenommen und gebetet hat.

Golddollar kehrt wieder

AP, Washington

Der legendäre Golddollar kehrt nach 53 Jahren wieder. Präsident Ronald Reagan unterzeichnete am Dienstag ein Gesetz, das die Prägung und den Verkauf von Goldmünzen im Nennwert von 50, 25, zehn und fünf Dollar vorsieht. Der Preis der Münzen soll mit dem Goldpreis schwanken und sich nicht mit dem Nennwert decken. Dennoch sind die Golddollars zum Nennwert reguläre Zahlungsmittel.

Untersuchung abgebrochen

AP, Bhopal

Die Regierung des indischen Unionsstaates Madhya Pradesh hat jetzt den Abbruch einer juristischen Untersuchung des Giftgasunglücks von Bhopal angekündigt. Ministerpräsident Motilal Vora erklärte vor dem Parlament, die Entscheidung sei im Interesse der Opfer gefallen. Alle Aspekte des Unglücks seien von Kommissionen untersucht worden, die von der Bundesregierung in Neu-Delhi eingesetzt worden seien.

Wegen Tötung verurteilt

rtr. Mönchengladbach

Die 29jährige Martina Zimmermann ist gestern vom Landgericht Mönchengladbach wegen Totschlags an ihrem Geliebten zu acht Jahren Freiheitsentzug und Einweisung in ein psychiatrisches Krankenhaus verurteilt worden. Frau Zimmermann war angeklagt, im April 1983 ihren damals 33jährigen Freund in der Badewanne erdrosselt, die Leiche zerstückelt, eingefroren und später in einem Park versteckt zu haben.

ZU GUTER LETZT

Auf die Frage „Haben Sie auch Microchips?" antwortete die Verkäuferin: „Nein, nur gewöhnliche Kartoffelchips". Aufgeschnappt in einem großen Bonner Kaufhaus.

WETTER: Schauer, etwas kühler

Lage: Auf der Rückseite von nach Osten abziehenden Tiefausläufern fließt vorübergehend kühlere Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: Starke Bewölkung mit Schauerniederschlägen, im Bergland als Schnee. Tageshöchsttemperaturen 4 bis 7 Grad, in den Mittelgebirgen um den Gefrierpunkt. Nachts auch in den Niederungen bis zum Gefrierpunkt zurückgehende Temperaturen, dabei Gefahr von Straßenglätte durch überfrierende Nässe. Mäßiger, im Norden frischer Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Norden noch einzelne Schauer, im Süden auflockernde Bewölkung, wenig Temperaturänderung.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.24 Uhr*, Untergang: 16.15 Uhr; **Mondaufgang:** 13.04 Uhr, Untergang: 1.07 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 19. Dez., 7 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	0	R
Bielefeld	7	Sp
Braunlage	3	R
Bremen	7	R
Dortmund	5	R
Dresden	4	R
Düsseldorf	9	bd
Erfurt	5	R
Essen	9	bd
Feldberg S.	3	Ne
Flensburg	4	R
Frankfurt M.	5	R
Freiburg	4	bd
Garmisch	5	bw
Greifswald	0	S
Hamburg	5	Sp
Hannover	7	R
Kahler Asten	[illegible]	R
Kassel	5	R
Kempten	6	R
Kiel	3	R
Koblenz	10	bd
Köln-Bonn	9	bd
Konstanz	4	R
Leipzig	7	R
List/Sylt	4	R
Lübeck	3	R
Mannheim	4	R
München	5	R
Münster	6	bd
Norderney	8	R
Nürnberg	4	bd
Oberstdorf	6	bw
Passau	5	bd
Saarbrücken	3	R
Stuttgart	5	bd
Trier	5	Sp
Zugspitze	-8	bd

Ausland:		
Algier	18	he
Amsterdam	10	R
Athen	19	wl
Barcelona	14	he
Belgrad	5	he
Bordeaux	4	bd
Bozen	7	he
Brüssel	10	bw
Budapest	4	bw
Bukarest	2	bd
Casablanca	19	bw
Dublin	8	he
Dubrovnik	16	he
Edinburgh	8	he
Faro	15	he
Florenz	10	bd
Genf	2	he
Helsinki	-11	he
Hongkong	17	bw
Innsbruck	3	bw
Istanbul	19	he
Kairo	21	bw
Klagenfurt	-1	bw
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	2	bd
Korfu	17	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	-14	bw
Lissabon	11	he
Locarno	15	bw
London	10	he
Los Angeles	12	wl
Luxemburg	4	Sp
Madrid	7	he
Mailand	2	Ne
Malaga	13	bw
Mallorca	14	wl
Moskau	-20	bd
Neapel	13	bw
New York	1	bw
Nizza	11	bw
Oslo	-6	Sr
Ostende	11	bw
Palermo	16	he
Paris	8	bd
Peking	2	wl
Prag	5	R
Rhodos	17	he
Rom	9	he
Salzburg	5	R
Singapur	19	bw
Split	15	he
Stockholm	-12	bw
Straßburg	4	bd
Tel Aviv	17	bw
Tokio	9	he
Tunis	17	he
Valencia	14	he
Varna	2	bd
Venedig	6	he
Warschau	-5	he
Wien	2	R
Zürich	4	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Ein frustriertes Kaninchen und das Haus Oranien

HELMUT HETZEL, Amsterdam

„Plötzlich klingelt mitten in einer Sitzung das Telefon. Juliana war am Apparat ... und wissen Sie, was dann geschah? – Sie fing an zu heulen. Ich sprach mit einer heulenden Mutti."

Über diese Worte, ausgesprochen von dem in ganz Holland als „Haudegen" bekannten früheren Verteidigungsminister Henk Vredeling, empören sich derzeit die Niederländer dermaßen, daß sie den eben erst zu Ende gegangenen Streik der Lkw-Fahrer bereits schon wieder vergessen haben. Das Interview wurde von der linksliberalen Zeitschrift „Haagse Post" gestern veröffentlicht. Darin wird das Königshaus Oranien-Nassau, das für zahlreiche Holländer nach wie vor eine achtenswerte Familie und Institution darstellt, schwer beleidigt.

Der für seinen rüden Umgangston berüchtigte Sozialdemokrat Vredeling, der momentan allerdings kein Amt mehr bekleidet, bezog sich in den hier genannten Zitaten auf ein Gespräch mit der damaligen Königin Juliana, das 1973 stattgefunden haben soll und das Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Königshaus und dem damaligen Verteidigungsminister zutage förderte. Es ging dabei um die Frage: Militärberater ja oder nein? Vredeling war dagegen. Königin Juliana und Prinz Bernhard dafür.

Die nach Angaben von Vredeling nach einem Streit darüber am Telefon in Tränen ausgebrochene Königin Juliana, die nach der Amtsübergabe an ihre Tochter Beatrix als „Fürstin des Volkes" bei den Niederländern nach wie vor großes Ansehen und tiefgehende Sympathien genießt, gab daraufhin den Hörer, so der Ex-Minister in seinem umstrittenen Interview, an Prinz Bernhard ab. Diesen habe er, so Vredeling, dann erst richtig heruntergeputzt. „Wissen Sie, was der Unterschied zwischen zwei Meinungen ist?", habe er Prinz Bernhard gefragt und dann die Antwort gleich selbst geliefert: „Der Unterschied ist, daß ich entscheide." Daraufhin sei Prinz Bernhard „zahm wie ein Lamm" geworden. Er sei plötzlich die Untertänigkeit selbst gewesen. „Ich sagte daraufhin", so Vredeling weiter, „ein typischer Mof von der Sorte: Befehl ist Befehl, Gehorsam ist Gehorsam." Mof ist eines der schlimmsten Schimpfworte in Holland.

Daraufhin habe Prinz Bernhard gefragt, wie er, der Verteidigungsminister, sich die Parade vorstelle. Originalton Vredeling: „Nun, sagte ich, ein kleines Fest. Nichts Besonderes und ohne Schnörkel. Ihre Frau kann herumgehen und all diesen stolzen Affen die Hand geben, aber keine Flugzeuge, keine Panzer, keine Show."

Aus Kreisen des Königshauses verlautete zu diesem aufsehenerregenden Interview bisher nur, man sei „sehr betroffen und entrüstet". Prinz Bernhard selbst habe aber noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob er den Ex-Minister verklagen werde.

Gerichtliche Schritte aber sind in diesem Fall so gut wie sicher. Der Dachverband aller in den Niederlanden bestehenden Oranje-Vereinigungen hat bereits angekündigt, daß man Vredeling wegen dieser beleidigenden Äußerungen vor Gericht bringen werde.

Selbst der amtierende christdemokratische Premierminister des Landes, Ruud Lubbers, griff bereits in die laufende Diskussion ein und sagte, daß er solche Worte „scharf mißbillige".

Ein offizieller Sprecher des Königshauses wollte erst keinen Kommentar geben, sagte dann aber doch, Vredeling sei tatsächlich das, wofür er sich selbst halte: „Ein frustriertes Kaninchen." Unter dieser Überschrift wurde das Interview publiziert.

Eigene „Familie" sprach Todesurteil

FBI: Castellano wurde zum Sicherheitsrisiko für die Mafia / John Gotti neuer Pate

WOLFGANG WILL, New York

Über den Mafia-Chef Paul Castellano (73), der Montag abend in Manhattan auf offener Straße zusammen mit seinem designierten Nachfolger, Thomas Bilotti (46), erschossen wurde, hat vermutlich die eigene „Familie" das Todesurteil gesprochen. Davon sind Kenner der Szene, darunter Ronald Goldstock, Chef des Sonderdezernats der New Yorker Staatspolizei, überzeugt.

Vermutlich hat es sich so abgespielt: Mehrere Dutzend Mafia-Bosse trafen sich zu einer „Familienfeier" und beschlossen, Castellano zu beseitigen. Dafür stimmten nicht nur die Jüngeren in der eigenen „Familie" Gambino, sondern auch die Bosse der „Familien" Genovese, Colombo, Bonanno und Luchese. So kam es zum Todesurteil gegen „Big Paul".

Goldstock: „Nur so kann es gewesen sein. Die mächtigste Unterweltfigur der USA – und das war Castellano – kann nicht ermordet werden, ohne daß die eigene Familie die Zustimmung gegeben hat. Die Familie war sich darin einig, daß es besser sei, wenn er nicht mehr am Leben ist – besser für alle und vor allem fürs Geschäft. Castellano wäre ja, so wie sein Prozeß gelaufen ist, für einige Jahre hinter Gitter gewandert, und dort wäre der Druck auf ihn groß gewesen, auszupacken – und davor hatte die Familie berechtigte Angst."

Castellano stand unter mehrfacher Anklage: Ihm war nachgewiesen worden, daß er einen Ring beaufsichtigte, dessen Mitglieder Luxusautos stahlen. 25 von ihnen, wurde im Prozeß bekannt, mußten wegen „Unzuverlässigkeit" sterben. Dabei hatten die Killer auch die unbeteiligte Freundin eines solchen „Soldaten", die 19 Jahre alte „Cherrie", umgebracht. Das hatte Castellano kritisiert – sicherlich mit ein Grund, weshalb ihn jetzt die tödlichen Kugeln trafen.



Nachfolger des ermordeten „Paten" Paul Castellano: John Gotti FOTO. AP

Als Nachfolger Castellanos wird übereinstimmend der 45jährige John Gotti genannt. Er dürfte selbst das Todesurteil angeordnet haben. Der „Capo", der in einem Einfamilienhaus im New Yorker Stadtteil Howard Beach/Queens wohnt, begann seine Mafia-Karriere 1960 als einfacher „Soldat" und arbeitete sich allmählich hoch. Sieben Jahre mußte er wegen Entführung und Totschlags absitzen.

Vor einigen Monaten sollte er wieder festgenommen werden, kam aber dann nach Stellung einer Kaution in Höhe von 1 Million Dollar frei. Gotti ist angeklagt, illegale Spielkasinos betrieben und von Spielkasinos in Atlantic City und Las Vegas „Steuern" erpreßt zu haben. Der Prozeß dürfte Anfang des kommenden Jahres beginnen. (SAD)

Telefonischer Feldzug wider die fleischlichen Sünden

GEORG BAUER, Kiel

In der anonymen Frauenstimme am anderen Ende der Telefonleitung schwingt ein werbender Unterton mit. „Sind Sie bitte vorsichtig beim Selbstzuckern der Getränke. Wissen Sie, daß zwei Marzipanbrote mit einem Gewicht von jeweils 100 Gramm so viel Fett enthalten, wie der Körper am Tag braucht," tönt es höflich aus der Muschel. Die Mahnung kommt vom Band und kann über die Kieler Nummer 11502 abgerufen werden. Doch so angenehm das Timbre der Stimme auch ist, die Botschaft hat ernsthaften Charakter.

Texter dieser vorweihnachtlichen Verkündigung ist die Landesvereinigung für das Gesundheitswesen in Schleswig-Holstein. Unter dem Motto „Festtage ohne Pölsterchen" ist sie – unterstützt vom Bundesgesundheitsministerium in Bonn – angetreten, die Freßsucht zur Weihnachtszeit zu bremsen und den Genuß der kulinarischen Leckereien in geordnete Bahnen zu lenken. Wie der Vorsitzende der Vereinigung, der Arzt Peter Moritzen, mitteilt, gehe es nicht um einen Stop dem Lukull.

Auch werden keine Speisezettel empfohlen, die Karotten, Feldgemüse oder sonstiges Grünzeug als Garanten der Gesundheit und als Ausdruck der „Haute Cuisine" darstellen. Im Vordergrund steht vielmehr die Bewußtseinsbildung bei einer Bevölkerung, die sich an dem Thema „Gesunde Ernährung" zwar in wachsendem Maße interessiert zeigt, doch das Interesse zu wenig in praktisches Handeln umsetzt.

Der Feldzug wider die fetten Speisen, das Naschen und Schlecken stößt dabei im nördlichsten Bundesland auf besondere, traditionsbedingte Hindernisse. Landwirte und Seefahrer, Berufsgruppen, die als Schwerarbeiter auf eine ausreichende Kalorienzufuhr angewiesen waren und sind, prägten einstmals die Bevölkerungsstruktur im Norden. Entsprechend sah der Speiseplan aus mit Mahlzeiten, die vor allem eines aufwiesen – einen hohen Fettgehalt.

Über den Erfolg ihrer Aktion kann die Vereinigung nur spekulieren. Die Resonanz auf ihren Telefondienst ist zwar ermutigend. Die Frage aber, wie es um die Umsetzung der Tips bestellt sei, lasse sich „ungleich schwieriger beantworten".